Nr. 8 August 1982 E 8080 E

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Rockefeller

Die Macht hinter dem Präsidenten

Insider

Konsequenzen des 2. Weltkrieges

USA

Siegen die Illuminaten?

Multis

Der Erdöl-Kolonialismus

Kapitalismus

Arbeiter und Unternehmer in einem Boot

Tierschutz

Schmutzige Geschäfte mit Primaten



Terrorismus: Lähmender Schrecken und blinde Angst

DM 5,–

Luxemburg 110 Lf
Österreich 45 öS
Schweiz 5,50 sfr

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51,
7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Montag des Vormonats.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 5,– einschließlich 6,5% Mehrwertsteuer.

DIAGNOSEN kann beim Verlag oder bei jedem Postamt bestellt und im Abonnement bezogen werden. Das Abonnement kostet jährlich DM 50,– einschließlich 6,5% Mehrwertsteuer und Porto. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Jahresende gekündigt werden.

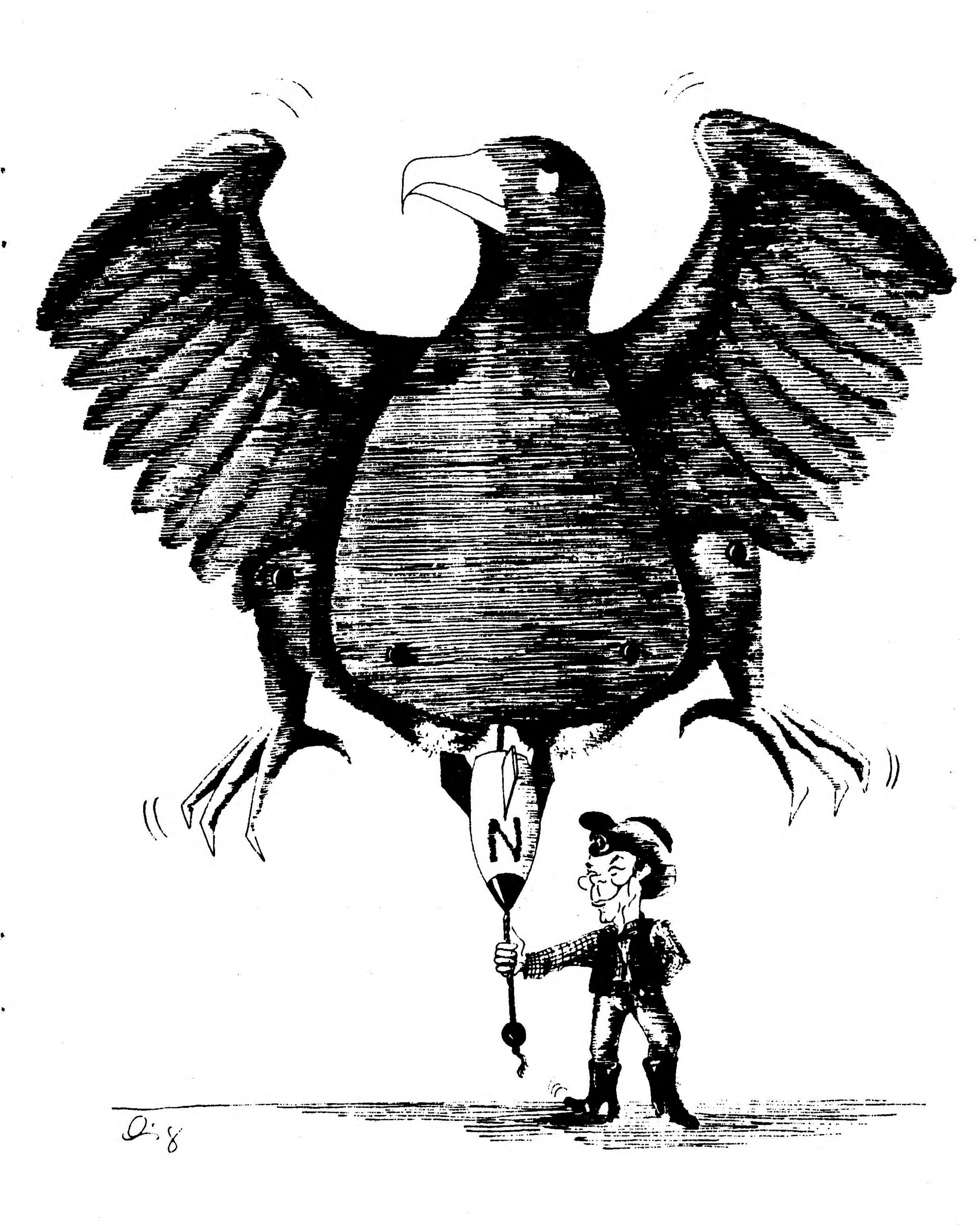
Anzeigenverwaltung: VWM Verlags- und Werbemanagement GmbH, Klettenbergstraße 21, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon: (06 11) 55 39 35, Telex: 412618 peca
Für den Anzeigenteil verantwortlich: Gisela Caspar

Gesamtherstellung: GREISERDRUCK, 7550 Rastatt, Karlsruher Straße 22



ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 30. August 1982 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.


N

In diesem H



▲ Im September wird die Republik Irak Gastgeber der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Staaten sein. Wird es ein Aufbruch zu neuen Ufern? Arabische Staaten und arabische Staatsmänner haben bei den Blockfreien schon seit langer Zeit eine wichtige Rolle gespielt. Seite 10

Die Kolonialherren gingen, der Kapitalismus blieb und damit die Ausbeutung der sogenannten Entwicklungsländer. Offenbar ist es der sozialen Marktwirtschaft nicht gelungen, die Störungen des Kapitalismus auszuschalten. Und darum besteht die Frage für die Entwicklungsländer: Was ist das Wesen des Kapitalismus? Seite 14 ▶



Was ist mit dem Zweiten Weltkrieg erreicht worden? Er hat den Weg für die Gründung eines Staates Israel im Jahre 1948 gelegt, ein Ereignis, das den Nahen Osten zu einer gärenden Brutstätte des Rassenhasses und der Gewalt werden ▼ ließ. Seite 16



eft lesen Sie:

»Wir sind ohne jeden Zweifel erpreßbar. ▶ Seit wir uns vom Öl abhängig gemacht haben, mußte das für jedermann klar sein«, sagte Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker. Professor Helmut Schäfer von der TU München: »Es wurde so getan, als habe 1973 eine krasse Zäsur in unserer Energieversorgung stattgefunden, die alle Welt überrascht hat. Dies war keineswegs der Fall. Der Problematik der Ölversorgung, die Abhängigkeit von dritten Ländern war durchaus vorher bekannt. Es ist auch schon 1973 von Fachleuten deutlich darauf hingewiesen worden. Nur hat niemand die Warnungen in der Öffentlichkeit und in der Politik hören wollen.« Öl hat den »Sieben Schwestern« Macht und Reichtum gebracht. Die Ölstaaten wurden aber politisch betrogen und wirtschaftlich ausgeplündert. Profite kennen keine Moral. Seite 28





◀ Tiere sterben nicht nur in der pharmazeutischen Industrie, Tiere sterben auch für die Schönheit. Fast alle Kosmetikfirmen machen toxologische Tests an Tieren. Einige führen sie selbst nicht aus, sondern beziehen bereits getestete Grundstoffe von Grundstoffherstellern. Doch besteht die Möglichkeit, Kosmetika völlig frei von Tierversuchen herzustellen. Seite 54

Überall, wo Geld von Verwaltungen verteilt wird, wo Behörden den Markt zu lenken versuchen, wo die Vorschriften wuchern, da möchten viele den reichen Segen der Beihilfen genießen, da entdekken clevere Großhändler Lücken in den Verordnungen, da riskiert man schon mal einen Trick. Wie groß der Schaden für die EG-Kasse durch illegale Manipulationen ist, das weiß niemand. Seite 78 ▼



Der Kommentar

Wie im alten Rom

Ekkehard Franke-Gricksch

Der berühmte europäische Philosoph George Santayana schrieb einmal den Satz: »Diejenigen, die die Lehren der Geschichte ignorieren, sind dazu bestimmt, sie noch einmal zu erleben.«

Die Geschichte ist voll mit Beispielen großer Nationen, die zu einer Position der Macht aufgestiegen sind, eine Zeitlang blühten, zu verfallen begannen und schließlich der Vergessenheit anheimfielen.

Das alles überragende Beispiel für diese Supermächte der Vergangenheit ist das Römische Reich. Vor zweitausend Jahren haben der Wohlstand und die militärische Stärke Roms die Vorstellungskraft der Alten Welt ins Schwanken gebracht. Als aber kostenloses Brot und Spiele den Menschen wichtiger wurden als harte Arbeit und Patriotismus, da begann der Verfall Roms.

Zusammenbruch der nationalen Bestimmung

Aus den Geschichtsbüchern erfahren wir, daß der Untergang des mächtigen Roms durch dieselben nationalen Krankheiten zustande gekommen ist, die gegenwärtig die Vereinigten Staaten und die westlichen Industrienationen einschließlich der Bundesrepublik Deutschland ruinieren: wucherndes Verbrechen, Inflation, ein Auseinanderbrechen der Familie mit der Folge zunehmender Ehescheidungen, eine explosionsartige Ausweitung von Regierungsbürokratie, Staatswohlfahrt, der Verfall von Patriotismus und der Zusammenbruch der nationalen Bestimmung.

Rom wurde auf dem festen Fundament eines stabilen Familiengefüges aufgebaut. Jedoch zu Beginn des 2. Jahrhunderts war die Mehrheit der römischen Väter bereits dem Trend der Zeit erlegen: »Da sie es sich abgewöhnt hatten, ihre Kinder zu leiten, ließen sie sich von ihren Kindern regieren und man genoß es, sich leerbluten zu lassen, um den kostspieligen Launen seiner Sprößlinge genüge zu tun. Das Ergebnis war, daß ihnen eine Generation von Faulenzern und Verschwendern folgte, die sich an Luxus gewöhnt und jeglichen Sinn für Disziplin verloren hatten.«

Zur selben Zeit erlebte Rom »eine Scheidungsepidemie«, so schreibt Carcopino und zitiert Seneca mit den Worten: »Sie heirateten, um sich scheiden zu lassen.«

Carcopino berichtet, daß sich eine starke »Feministinnen«-Bewegung in der römischen Gesellschaft entwickelte: »Einige Frauen entzogen sich den Mutterpflichten aus Angst, ihre gute Figur zu verlieren, einige rühmten sich, ihren Ehemännern in keinem Betätigungsfeld nachzustehen, und forderten sie zu Wettkämpfen heraus, die ihnen ihr Geschlecht eigentlich zu verbieten schien: einige waren nicht damit zufrieden, ihr Leben an der Seite ihres Ehemannes zu leben, sondern führten ein anderes Leben ohne ihn. Es liegt auf der Hand, daß die unglücklichen Ehen zahllos gewesen sein müssen.«

Wie stand es um die römischen Schulen?

Das Ergebnis? Ein fortgesetztes Zusammenbrechen der Familienstruktur und das Auseinanderfallen der Eltern-Kind-Beziehungen.

»Die Schulen untergruben die Moral der Kinder anstatt sie zu stärken, sie mißhandelten die Körper der Kinder anstatt sie zu entwickeln, und falls sie erfolgreich waren, ihrem Verstand eine gewisse Menge an Information zu liefern, so waren sie nicht dazu berechtigt, auch nur eine anspruchsvollere oder noble Aufgabe wahrzunehmen.

Die Schüler verließen die Schule mit dem schweren Gepäck von ein paar praktischen und Allerweltsbegriffen, die mühsam erworben und von so geringem Wert waren, daß es im 4. Jahrhundert für Vegetius nicht mehr selbstverständlich ist, daß neue Rekruten der Armee soviel schreiben gelernt haben, um die Bücher des Korps zu führen.«

Die bestürzende Erziehung dieser jungen Römer ließ sie ohne einen Katalog an moralischen Werten und ohne ein Gefühl für Patriotismus zurück.

»Die römischen Tugenden – Ehrlichkeit, Offenheit, Fruchtbarkeit und Patriotismus – verwelkten und starben. Was übrigblieb war ein Volk, das weder die Laster seiner Herrscher noch die zunehmend frecheren Angriffe der ausländischen Feinde aus seiner Lethargie reißen konnte.«

Anstatt sich diesen aufstürmenden Problemen zu stellen, stürmte das römische Volk in die Theater. Diese Fluchtversuche in die Welt der Einbildung und Unterhaltung dienten dazu, die aufweichende moralische Kraft der Römer weiter zu schwächen.

»In allen großen Städten der Provinzen nahm das Theater den gleichen schlechten Vorrang im gesellschaftlichen Leben der Einwohner ein.«

Der Historiker Myers schreibt in seinem Buch »Rom: Sein Aufstieg und Untergang«: »Auf der römischen Theaterbühne ging es derb und unmoralisch zu. Sie war eines der Hauptorgane, dem die Untergrabung des ursprünglich gesunden Morallebens in der römischen Gesellschaft zugeschrieben werden muß.

So sehr waren die Menschen mit den obszönen Darstellungen auf der Bühne beschäftigt, daß sie jeden Gedanken und Sorge um die Angelegenheiten des wirklichen Lebens verloren.«

Verachtung für menschliches Leben

Könnte sich diese gleiche bedauerliche Situation heute in Amerika und bei uns wiederholen?



Die Römer berauschten sich an dem Nervenkitzel und der Aufregung sportlicher Ereignisse. Sie waren in einem »fieberhaften Rausch nach Aufregung, nach etwas Neuem, das die übersättigten Sinne füttern würde«.

Sie waren »von barbarischer Freude erregt« und beim Anblick der blutigsten Kämpfe »konnten sie ihr Entzücken nicht unterdrücken«.

Carcopino berichtet dazu in seinem Buch »Der Alltag im Alten Rom«: »Jene Tausende von Römern, die Tag für Tag, von morgens bis nachts an diesem Abschlachten Gefallen nahmen und nicht eine Träne für denjenigen übrig hatten, deren Opfer ihre Spiel-Einsätze vervielfachte, lernten nichts als Verachtung für menschliches Leben und Würde.«

Dieser totale Verfall der moralischen Lebenskraft Roms kündigte den endgültigen Zusammenbruch des Reiches an. Ein weiterer wichtiger Faktor, der zum Untergang Roms beigetragen hat, lag in dem riesigen Zustrom von Ausländern: »Diese Orientalisierung der Bevölkerung Roms hatte einen wesentlich größeren Einfluß als ihr gewöhnlich beigemessen wird, nämlich auf die weitreichendere Frage, warum die geistige Haltung und das Handeln des cäsarischen Roms so ganz anders waren als die der Republik.«



Die neuen Römer waren völlig verschieden von den Menschen, die das Land verließen, um sich andernorts anzusiedeln. Sie »waren nicht dem Boden Roms entsprungen, ihre Erinnerungen und Bindungen lagen woanders. Während die Staatsmänner und führenden Persönlichkeiten ihre Kräfte erschöpften, um zu bewahren, was von dem alten Geist und den alten Bräuchen verblieben war, bemühten sich unten, unter jenen Bevölkerungsklassen, die fortgesetzt aus den versklavten Ländern angeworben wurden, stete Kräfte um seine Zerstörung.«

Als sich die Probleme innerhalb der Grenzen des römischen Reiches anhäuften, griffen die amtlichen Stellen darauf zurück, freigiebig Almosen zu verteilen, um den »Pöbel« zu besänftigen.

Die staatliche Fürsorge war ein »Hauptmerkmal des Römischen Lebens. Die Übel, die sich aus dieser falsch verstandenen staatlichen Wohltätigkeit ergaben, lassen sich gar nicht genug betonen. Untätigkeit und alle damit verbundenen Laster wurden soweit gefördert, daß wir uns wahrscheinlich nicht irren, wenn wir diese Praktik als eine der Hauptursachen für die Demoralisierung der Gesellschaft bezeichnen« (Myers »Rom: Sein Aufstieg und Untergang«).

Wiederholte Abwertung der Währungen

Als sich die Probleme weiter vermehrten, erfand die Regierung eine weitere Antwort – mehr Regierung! Dieser enorme Staatsapparat, wie konnte es anders sein, brachte nur eins: höhere Steuern.

»Es gab Bodensteuern, Grundstückssteuern, Berufssteuern, Kopfsteuern.« Der Erfolg, »jedem unternehmerischen Mann wurde das Herz herausgerissen«.

Die Römer machten Ernte, Sklaven, Boden und Straßen steuerpflichtig. Parallelen zwischen der alten römischen Gesellschaft und unserer modernen Gesellschaft lassen sich nicht leugnen.

Schließlich wurde die Steuerlast so unerträglich, daß die Pächter die Höfe verließen und die Kaufleute auf ihre Geschäfte verzichteten. An diesem Punkt »griff die Regierung ein und band die Pächter an den Boden – der Beginn der Leibeigenschaft – und die Geschäftsleute und Arbeiter an ihre Berufe und Handelsbetriebe. Das Privatunternehmertum wurde niedergemalmt und der Staat war gezwungen, vielerlei Geschäftsbereiche zu übernehmen, um den Apparat in Gang zu halten.«

»Dies führte zu noch weiterer erstickender Besteuerung mit wiederholten Abwertungen der Währung, die eine tödliche Schwächung der Mittelklasse bewirkten und die Anzahl ihrer natürlichen Führer dezimierten. Der Versuch, die sich daraus ergebende Unordnung mit der vollständigen Reglementierung des totalitären Staates zu beseitigen, hielt den fortschreitenden Verfall nur vorübergehend auf. Desintegration folgte auf die Unterdrückung der Initiative.«

Die unglaublichen Parallelen, die zwischen der alten römischen Gesellschaft und unserer modernen Gesellschaft bestehen, lassen sich nicht leugnen.

Können wir es uns eigentlich leisten, diese gefährlichen Trends fortlaufen zu lassen? Können wir es uns leisten, die drastischen Warnungen der Geschichte in den Wind zu schlagen?

Leider läßt es sich nicht leugnen, daß es heute unter den die Macht Ausübenden Menschen gibt, die ein passives, unmotiviertes Volk als nützlich für ihre selbstsüchtigen Zwecke ansehen. Ein Volk und besonders dessen Jugend, die »nur dem Augenblick leben«, stellen keine Bedrohung für jene dar, die zu herrschen wünschen.

Denken muß passiv und negativ sein

Lady Queensborough schrieb vor etwa fünfzig Jahren: »Ein positiv denkender Mensch kann nicht kontrolliert werden. Für die Zwecke der okkulten Beherrschung muß daher das Denken passiv und negativ gestimmt werden, so daß eine Kontrolle erreicht werden kann. Ein Verstand, der sich bewußt für ein gestecktes Ziel einsetzt, ist eine Macht, und Macht kann gegen Macht antreten, sowohl für das Gute als auch für das Schlechte. Das Komplott zur Beherrschung der Welt könnte allein schon mit Erkenntnis dieses Prinzips zunichte gemacht werden, da man aber dies nicht – leider nicht erkennt, bleibt es unangefochten bestehen.«

Wir sollten unsere Lehren aus der Geschichte Roms ziehen. Wir sollten uns gerade heute nicht leisten, den Fehler zu begehen, zwischen einer Wahrheit zu wählen, die wir akzeptieren, und einer Wahrheit, die wir ablehnen. Die wahren Tatsachen der Geschichte verpuffen oder verschwinden nicht einfach, nur weil man sie nicht wahrhaben will.

Bei einer aufrichtigen Suche nach der Wahrheit – der geschichtlichen, der politischen und der nationalen –, werden wir Tatsachen entdecken, die weder gedehnt, verformt, kommentiert oder interpretiert sind, damit sie vorgefaßten Ideen oder Wünschen entsprechen. Wir sollten bei unserer Suche weitergehen und uns nicht mit Formulierungen und Bemäntelungen der eigentlichen Wahrheit abspeisen lassen.

Wir alle sollten bereit sein, die traditionelle Geschichte, wie sie uns beigebracht wurde, beiseite zu legen und anzufangen, ehrlich einige vergessene Fakten der wirklichen Geschichte zu untersuchen, die niemals in unseren öffentlichen Schulen gelehrt werden. Oder wollen wir, wie die meisten Menschen in unserer heutigen Gesellschaft, einfach unseren Verstand vor diesen Fakten verschließen? Die wenigen Zitate aus der Geschichte Roms sollten eigentlich zu denken geben.

Winston Churchill hat einmal gesagt: »Fast alle Menschen stolpern irgendwann einmal in ihrem Leben über die Wahrheit. Die meisten springen schnell wieder auf, klopfen sich den Staub ab und eilen ihren Geschäften nach, als ob nichts geschehen sei.«

Was werden Sie tun? □

Zitate

Siechtum

Franz Josef Strauß, CSU-Vorsitzender und bayerischer Ministerpräsident: »Die Europäischen Gemeinschaften sind bis an die Grenzen des Siechtums geschwächt, ihrer politischen Führung fehlen Gemeinsinn, Standhaftigkeit und Durchschlagskraft. Europa wird von den Regierungen der Mitgliedstaaten demontiert.«

Reife

Dr. Carl H. Hahn, Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG: »Unsere Volkswirtschaft könnte insgesamt mit einem Menschen verglichen werden, der gerade ausgewachsen ist und nun nicht mehr an Größe, sondern nur noch an Reife zunimmt.«

Bereicherung

Anke Fuchs, Bundesfamilienministerin: »Ich möchte dazu beitragen, daß die Familien begreifen, daß es eine große Bereicherung ist, mit Kindern zu leben.«

Loyalität

Holger Börner, Ministerpräsident von Hessen: »Ich kann die Wirtschaft unseres Landes nicht mit Parteitagsbeschlüssen heizen, sondern muß mich um billigen Strom kümmern.«

Regen

Gerhart Rudolf Baum, Bundesinnenminister: »Was mich beim Umweltschutz wirklich schreckt, das ist der Regen: der saure Regen und die Umweltpolitik der US-Administration Reagan.«

Fröhlich

Manfred Lahnstein, Bundesfinanzminister: »Ich bin ein fröhlicher rheinischer Konservativer – aber bitte in dieser Abstufung: fröhlich – rheinisch – konservativ.«

Brötchen

Norbert Blüm, stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender: »Wenn die SPD noch lange regiert, werden bis zum Jahr 2000 alle im öffentlichen Dienst beschäftigt sein. Dann gibt's nur noch Brötchen auf Krankenschein und Fleischwurst auf Attest.«

Füllhorn

Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzender: »Die Zukunft der Gesellschaft liegt nicht im reichen Füllhorn öffentlicher Sozialleistungen für Arme und Reiche, sondern in Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Bürgernähe und Dezentralisierung.«

Krieg

Hans Apel, Bundesverteidigungsminister: »Würden wir von uns aus auf Teile der Abschrekkung verzichten, würden wir uns nicht nur unnötig schwächen, sondern Krieg würde wieder kalkulierbar werden für die Sowjetunion.«

Handeln

Dr. Karlheinz Bund, Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG, Essen: »Sitzen wir nicht wie das Kaninchen vor der Schlange! Die Geisteskapazität in unserem Land ist groß, tun wir endlich was!«

Liebe

Gerhard Mayer-Vorfelder, baden-württembergischer Kultusminister: »Ich will, daß die Schüler Liebe nicht nur machen, sondern daß sie auch wissen, wie man Liebe schreibt.«

Großherzig

Karl Carstens, Bundespräsident: »Wir geben in unserem Lande jedem Abiturienten die Möglichkeit zu studieren. Deshalb müssen wir auch jedem anderen Schulabgänger, der einen Beruf erlernen will, diese Möglichkeit geben. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit, um das wir uns alle bemühen müssen.«

Balzen

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer: »Das Balzen führender Unionspolitiker um einen Koalitionspartner erinnert an die Komödien von Molière: Helmut Kohl redet von der Notwendigkeit politischer Führung, taktiert aber derweil unter dem Tisch wie Tartuffe.«

Allzeit bereit

Alexander Haig, ehemaliger US-Außenminister: »Wir stehen jederzeit bereit, wenn unsere aktive Beteiligung einen Beitrag leisten oder eine konstruktive Option darstellen würde. Das bedeutet, daß ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht daran glaube, daß es eine aktive Rolle für die Vereinigten Staaten gibt.«

Rote Zahlen

Valery Giscard d'Estaing, ehemaliger französischer Staatspräsident: »Die Situation ist nicht mehr zu retten. Der wirtschaftliche Motor ist zerstört. Im kommenden Jahre werden alle großen Industrieunternehmen Frankreichs in den roten Zahlen stecken.« □



Glosse

Frühreife aus Schilda

Adelheid Miksch

Die Schildbürger hatten einmal eine Exkursion zu einer berühmten Versuchs- und Forschungsanstalt für Agrikultur gemacht. Sie hatten wachstumsfördernde Düngung und Beleuchtung, radikal-schonende Schädlings- und Unkrautvernichtung und ähnliches gezeigt bekommen und waren dann noch durch die Umgebung gefahren, wo je nach Boden und Lage Frühobst, Frühgemüse und Frühwein erzeugt wurden. Sie waren sehr beeindruckt und angeregt.

Als sie wieder in Schilda waren, hielten sie gleich eine Ratsversammlung ab. Es ging darum, in Schilda etwas anzubauen oder zu erzeugen, was so schönen Gewinn brächte wie die Frühkartoffeln, die Frührettiche, der Frührhabarber, der Frühsalat, das Frühobst und der Frühwein den Bauern in der Umgebung der Agrikulturanstalt.

Da nun aber in Schilda der Boden recht mager und die Lage auch nicht gerade herrlich war, entschlossen sie sich, aus ihren Kirschbäumen etwas zu machen.

Nicht, daß ihre Kirschbäume etwas Besonderes gewesen wären. Die Kirschen waren nicht sehr groß, aber immerhin waren sie das erste Obst, das in Schilda reif wurde, und Kirschbäume gab es genug in den Gärten und Obstgärten und an den Feldrainen von Schilda.

Natürlich brauchten die Schildbürger Fachleute für den geplanten Frühkirschenanbau. Deshalb schickten sie einen Bauern, einen elektronischen Apparatisten und einen Chemielaboranten zum Kurs in die Versuchs- und Forschungsanstalt. Die drei Abgesandten bekamen auch gleich Geld und Vollmacht, um nötige Maschinen und Behandlungsmittel, die in Schilda nicht vorhanden waren, zu kaufen. In Schilda gab es bis dahin ja nur Mist zum Wachsen.

Die drei nützten ihre Zeit und lernten die Frühobsterzeugung aus dem Effeff. Sie brachten nach Schilda eine automatische Kirschenerntemaschine und einen Quasi-Sol-Reifungsautomaten mit eingebautem Verbrennungsschutzbad mit. Der Abpackmaschine war der Duft- und Süßegalizer vorgeschaltet. Viele Kanister aus Kunststoff enthielten die nötigen Flüssigkeiten; dann gab es noch verschiedene Sprayflaschen und große Kunststofflattenkisten mit kleinen Kunststoffkörbchen, täuschend wie geflochtene Weidenkörbchen anzusehen.



Die Erntemaschine begann ihre Arbeit im März. Kein Frost oder Hagel hatte die Kirschblüte zerstört. Die Bienen waren brav gewesen, die Kirschen waren etwa erbsengroß und grün.

Das war eben der Witz: Normal, am Baum, wären sie Mitte Juli reif geworden. Und mit den neuen Mitteln konnte man die Reifung in einer Woche herbeiführen.

Also pflückte die automatische Kirschenerntemaschine die grünen Kirschen ab. Das mit abgerissene Laub schwamm dann beim Waschen der Kirschen obenauf und wurde mit einer Art Kamm abgeschöpft. Natürlich alles automatisch. Bei jedem Arbeitsgang leuchtete ein bestimmtes Lämpchen auf, ein kurzes »Ping« ertönte, dann wieder ein Rauschen und Surren. Also: »Ping«, Reinigungsflüssigkeit auf die Kirschen, »Ping«, Kirschen im Bad bewegen, »Ping«, Blätter abschöpfen, »Ping«, zweites Bad.

Eine bestimmte Anzahl grüner Kirschen, nicht zu viele, wurde auf eine Art Horde ausgestoßen. Es waren viele große Horden, die sich wie ein Paternosteraufzug ständig hinauf und wieder hinunter bewegten. In der oberen Hälfte des Paternosters wurden sie von den Quasi-Sol-Grafittoleuchten bestrahlt, im unteren Teil durch das Verbrennungsschutzbad getaucht, wobei die Schutzflüssigkeit abwärts vorsichtig abkühlend und beim Hinaufgehen wieder allmählich erwärmend wirkte. Also: die Kirschen mußten sozusagen gegen Sonnenbrand imprägniert werden und ihre Körpertemperatur mußte etwas abgesenkt werden.

Die Kirschen schwollen zusehends an. Jetzt verstand man auch, weshalb am Anfang so relativ wenige Früchtchen auf die Horden ausgestoßen worden waren. Also, sie rundeten und färbten sich ganz herrlich. Schon am dritten oder vierten Tag hätte man sie von den Horden wegessen mögen. Aber halt, sie sollten ja noch viel vollkommener gemacht werden!

Vom Verbrennungsschutzbad her haftete den Kirschen nämlich ein ganz leichter, öliger Geruch an. Das stellten zwar nur die empfindlichen Nasen und Gaumen fest – aber wozu hatte man denn den Duft- und Süßegalizer? Eben um die Kirschen vollkommen zu machen. Das geschah dergestalt, daß sich über die Horden mit den Kirschen eine Art großes Fakirbett senkte. Die Nägel aber waren ganz feine Doppelkanülen, durch die in jede Kirsche köstliches Kirscharoma und eine feine Dosis des neuesten magenfreundlichen und krebsverhütenden Süßstoffs injiziert wurde.

Die Kirschen waren nun fertig. Ein Hauch konservierenden Glanzsprays und blupp, blupp wurden sie in Portionen von 250 Gramm in die reizenden Körbchen gefüllt. Schließlich wurden sie zum einschlägigen Großmarkt gebracht: Eine große, süßsaftige Kirsche im März aus deutschen Landen frisch auf den Tisch!

Ein geschmackvolles Schildchen machte die Verbraucher mit dem neuen Produkt, den »Frühreifen aus Schilda«, bekannt. Neben der Aufzählung der hervorragenden Eigenschaften wies es im Kleingedruckten darauf hin, daß die Steine auszuspucken seien.

Die Steine waren nämlich in der Blitzreifung nicht steinhart geworden, sondern weich geblieben, was zum Mitessen verführte. Am Anfang soll es bei Erwachsenen einige leichte Fälle von Vergiftungen gegeben haben. Daß kleine Kinder gestorben wären nach dem Genuß der »Frühreifen«, dürfte wohl eine unwahre Behauptung der Konkurrenz gewesen sein.

Die »Frühreifen aus Schilda« setzten sich in dieser Saison beim Konsumenten voll durch. Die Schildbürger hatten durch den saftigen Preis für die saftigen »Frühreifen« einen saftigen Gewinn und außerdem standen sie in Fachblättern für Gemüse-, Obst- und Weinbau und für chemische Industrie.

Nur die maschinell abgeernteten Bäume waren beleidigt. Sie wurden teilweise oder ganz dürr. Aber die Schildbürger machten sich nichts daraus. Mit Hilfe der Forschungs- und Versuchsanstalt für Agrikultur würden sie sicher revitalisiert werden können, oder es würde ein Kirschsetzling im Blitzwuchsverfahren in einem halben Jahr ertragsfähig gemacht werden. □

Neue Politik

Arabische Pioniere der Blockfreiheit

Wolf Schenke

Im September dieses Jahres wird eines der führenden arabischen Länder, die Republik Irak, Gastgeber der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Staaten sein.

Seit den ersten beiden derartigen Konferenzen, in Bandung 1955 und in Belgrad 1961, hat sich die Zahl der blockfreien vervielfacht. Inzwischen gehört die Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen zu dieser Gruppe. Arabische Staaten und arabische Staatsmänner haben bei den Blockfreien schon seit langer Zeit eine wichtige Rolle gespielt, die Namen Gamal Abdel Nasr und Houari Boumedienne kommen da zuerst ins Gedächtnis.

Auf der letzten dieser Konferenzen in Havanna im September 1979 hielt der derzeitige irakische Staatspräsident, Saddam Hussein, eine vielbeachtete Rede: »Die Bewegung der Blockfreien – wie wir sie verstehen«, in der er Grundsätzliches zu Sinn und Bedeutung der Bewegung, zum Verhältnis zwischen Industrie- und Rohstoffländern und unter anderem auch zu dem Abkommen von Camp David aussagte.

Aus tiefem Glauben an die Bewegung der Blockfreien

Hussein schloß damals mit einem Hinweis auf die diesjährige Konferenz: »... möchte ich die große Freude des Volkes und der Regierung der Republik Irak darüber ausdrücken, daß unsere historische Hauptstadt Bagdad die Ehre hat, Tagungsort der kommenden Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten zu sein, und daß damit unser Volk eine willkommene Gelegenheit erhalten wird, seinen tiefen Glauben an die Bewegung der Blockfreien und seine Sympathie für die unter ihrem Banner kämpfenden Völker zu bekunden, ebenso wie seine erneute Versicherung unbegrenzter Bereitschaft zur tatkräftigen Unterstützung dieser Völker bei ihrem Kampf um Freiheit, Selbstbestimmung und sozialen Fortschritt.«

Wenn der irakische Staatschef hier von »tiefem Glauben an die Bewegung der Blockfreien« sprach, so waren das keine leicht dahingeredeten Worte, wie sie Politikern oder Diplomaten als Höflichkeitsfloskeln bei solchen Gelegenheiten leicht in den Mund kommen, sondern hier wurde auf eine sehr tiefgehende und enge, schon auf mehr als vier Jahrzehnte zurückgehende Verbindung hingeweisen zwischen der Idee der staatstragenden Partei des heutigen Irak, »Ba'th al'arabi«, der »arabischen Wiedergeburt« und dem Gedanken der Blockfreiheit. Da diese innere Beziehung der breiten Öffentlichkeit in Europa vollkommen unbekannt, aber meiner Einsicht nach von großer Wichtigkeit für das Verständnis der irakischen und allgemein der arabischen Politik ist, möchte ich hier auf einige Ereignisse der Geschichte hinweisen. Nicht zu Unrecht bemerkte Patrick Seale in seinem Standardwerk über die politische Entwicklung im arabischen Raum 1945 bis 1958:

Anschluß an einen der Blöcke ist sinnlos

»Fast ein Jahrzehnt vor Abdel-Nasr wurden die Führer des Ba'th die im Kern festesten und unbeugsamsten Anti-Kolonisten und ›Neutralisten‹ der arabischen Welt.«



Unter Abdel-Nasr wurde die Ba'th-Partei zum unbeugsamsten Anti-Kolonisten und Neutralisten der Arabischen Welt.

Gemeint waren die Gründer der Ba'th-Partei, Michel 'Aflag und Salah al-Din Bitar, und der sich später mit ihnen zusammenschließende Akram al-Hurani.

Schon auf dem ersten Kongreß des Ba'th im April 1947 in Damaskus wurde zum Kapitel Außenpolitik der folgende Punkt 1 beschlossen: »Es existiert ein einziges und unabhängiges höheres arabisches Interesse, das uns in unseren Beziehungen zur Welt leitet, unter anderem in unserer Haltung zu den beiden antagonistischen großen Blöcken.«

Und im Leitartikel des Parteiorgans »Al Ba'th« vom 23. April 1947 hieß es weit vorausschauend und programmatisch:

»Jede Überlegung, die sich auf die Tatsache stützt, daß die Welt in zwei Blöcke geteilt ist, und daß sich die Araber dem einen der beiden anschließen müssen, ist eine kriminelle Überlegung. Die Araber suchen den Frieden in der Respektierung der Unabhängigkeit der Nationen. Dies wird sich nur durch den Bruch mit der Politik der Aufteilung in Einflußzonen und der bilateralen Abkommen sowie durch die Wiederbelebung der Prinzipien der Vereinten Nationen verwirklichen lassen. Es ist wahr, daß die Politik der verschiedenen irakischen Regierungen, wie es unter anderem auch der Pakt mit der Türkei und dem Iran zeigt, ihren Ursprung im internationalen Antagonismus zwischen dem anglo-amerikanischen und dem sowjetischen Lager hat. Der Anschluß an einen der Blöcke ist eine sinnlose und schädliche Maßnahme, denn sie bringt nicht nur keinen Vorteil für die Araber, sondern zieht schlimmere Konsequenzen nach sich.«

Diese Äußerung über die Politik der verschiedenen irakischen Regierungen bezog sich auf die politische Lage in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Irak war zwar nominell seit 1932 ein unabhängiges Land, stand aber nach wie vor durch das haschemitische Königshaus und die Politik des langjährigen Ministerpräsidenten Nuri al-Sa'id und durch die Anwesenheit britischen Militärs auf verschiedenen Stützpunkten stark unter britischem Einfluß, der sich vor allem in den auswärtigen Beziehungen geltend machte.

Fortsetzung des alten Kolonialismus

Obwohl England das Land »in die Unabhängigkeit« hatte entlassen müssen, versuchte es, in den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges soviel wie möglich von seiner alten beherrschenden Stellung im Nahen Osten zu bewahren, alles unter dem Vorwand, die arabischen Länder, die selbst dazu nicht in der Lage seien, vor dem Vordringen der Sowjetunion schützen zu müssen. Allmählich wurde Großbritannien bei diesen Bestrebungen von den USA abgelöst.

Die Suche nach Stützpunkten und Bündnissen datiert schon seit jener Zeit, und die arabischen Nationalisten, allen voran die Ba'th-Partei, sahen darin mit Recht eine Fortsetzung des alten Kolonialismus in verschleierter Form, der ihre Unabhängigkeit bedrohte. Das erste arabische Land, wo sie sich dem mit Erfolg widersetzen konnten, war Syrien, das Geburtsland des Ba'th, das die Anglo-Amerikaner mit Hilfe der ihnen verbundenen damaligen irakischen Regierung in ein Militärbündnis, den unter ihrem Protektorat stehenden Bagdad-Pakt (abgeschlossen im Juni 1947 zwischen der prowestlichen Türkei, dem Irak, dem Iran und Pakistan), hineinziehen wollten.

Die gesamtarabisch eingestellte Ba'th-Partei lehnte sowohl für das von ihr trotz der staatlichen Unterstellungen als Einheit gesehene arabische Volk als auch für Syrien im besonderen solche Bündnisse ab. Unabhängigkeit und Blockfreiheit bedingten sich nach ihrer Auffassung gegenseitig, waren sozusagen zwei Seiten derselben Medaille. Die Partei ist in Syrien, sowohl in langen, Jahren der Opposition als auch vorübergehend an der Macht, unter größten Schwierigkeiten beharrlich dafür eingetreten.

1948 rief sie zum Jahrestag der UN-Abstimmung über die Teilung Palästinas einen Streik der Studenten aus, bei dem unter anderem die Ablehnung aller Bündnisse mit ausländischen – nichtarabischen – Mächten gefordert wurde. Akram al-Huranis Arabische Sozialistische Partei, die später in der Ba'th-Partei aufging, hatte in ihrem Anfang 1950 beschlossenen Programm eine Außenpolitik »frei von jeder ausländischen Orientierung oder Einfluß«.

Ein Jahr später, als der britische General Sir Brian Robertson und der US-Staatssekretär McGhee eine Tour durch arabische Länder unternahmen, auf der Suche nach Teilnehmern an einem westlichen Militärbündnis, veranstaltete der Ba'th in Damaskus und anderen großen syrischen Städten Protestdemonstrationen und richtete an die in der Arabischen Liga zusammengeschlossenen Staaten einen Appell:

»Die arabische Nation, die um ihre Befreiuung vom anglo-französisch-amerikanischen Imperialismus kämpft, warnt die Arabische Liga vor irgendeiner Geste des Anschlusses an den einen oder anderen der zwei Machtblöcke. Sie hält sich an einen echten Neutralismus, der den westlichen Imperialismus daran hindern wird, aus dem Vaterland eine strategische Basis zu machen und seine Ölreserven für militärische Zwecke auszubeuten.«

Angeborene Wurzeln des arabischen Neutralismus

Ba'th-Generalsekretär Salah al-Din Bitar machte dem Amerikaner klar, daß die Interessen der Araber voll und ganz mit einer Politik der Neutralität identisch seien. Schon damals wurde von der westlichen Propaganda jede neutralistische Haltung als »prokommunistisch« oder »pro-sowjetisch« verleumdet. Seale hielt es deshalb noch 15 Jahre später in seinem in England und den USA erschienenen Buch für notwendig, klarzustellen: »Westliche Beobachter neigten zu der Annahme, daß sie (die arabischen Nationalisten) alle kommunistisch inspiriert seien, und begriffen nicht die eingeborenen Wurzeln des arabischen Neutralismus. Männer wie Hurani, 'Aflag, Bitar waren keine Fellowtraveller und folgten nicht kommunistischen Direktiven. Der Westen war ihr ganzes politisches Leben lang ihr Feind gewesen, und ihr Instinkt sagte ihnen, sich aus Großmachtkonflikten herauszuhalten.«

Im Februar 1955 wurde die syrische Regierung des Ministerpräsidenten Faris al-Khuri gestürzt, weil er nach Meinung des Auswärtigen Ausschusses das Parlaments, dessen Sekretär Salah al-Din Bitar war, von der von ihm versprochenen Linie der Bündnisfreiheit abzuweichen drohte.

Inzwischen war Gamal abd al-Nasr in Ägypten an die Macht gekommen, der ebenfalls für die Blockfreiheit eintrat. In diesem Punkt herrschte zwischen dem Ba'th und ihm, wenn es auch auf anderen Gebieten Differenzen gab, während der folgenden Periode des Zusammenschlusses von Syrien und Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik (1958–1961) volle Übereinstimmung.

Im Juli 1958 erfochten die arabische nationale Bewegung im Irak einen großen Sieg, als General Kassem mit Hilfe des Ba'th das haschemitische Königshaus und den pro-britischen Ministerpräsidenten Nuri al-Sa'id beseitigte und Irak aus dem verhaßten Bagdad-Pakt austrat.

Aber der sprunghafte Kassem, der sich mit Nasr nicht verstand und bald mit allen auseinanderfiel, die den Boden für seine Machtergreifung im Irak vorbereitet hatten, darunter die Ba'th-Partei, zeigte wenig Verständnis für außenpolitische Fragen. In der Furcht, er könnte von einem Rivalen im Militär in seiner Abwesenheit gestürzt werden, begab er sich nie ins Ausland und nahm deshalb auch nicht an der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Belgrad 1961 teil, auf der Nasr die arabischen blockfreien Bestrebungen vertrat.

Diese Kontinuität muß man kennen

Ein Aufbruch zu neuen Ufern erfolgte erst mit der irakischen 17.-Juli-Revolution von 1968, welche die Ba'th-Partei in diesem Land an die Macht brachte. Seitdem hat Irak konsequent die Linie der Blockfreiheit befolgt, welche die Gründer der Ba'th – Michel 'Aflag lebt und wirkt seitdem in Bagdad – schon zwei Jahrzehnte vorher konzipiert hatten. Diese Kontinuität muß man erkennen, um zu ermessen, welche fundamentale Bedeutung die Blockfreiheit für den Irak hat und warum sie gerade dort so tief verwurzelt werden konnte.

Dr. Sa'dun Hammadi, seit vielen Jahren irakischer Außenminister, hat in seinem Grundsatzreferat Anfang 1979 Ausführungen über die irakische Außenpolitik gemacht, die unverändert heute noch gelten und lesenswert sind. Ich zitiere einiges daraus:

»Wir befürworten die Auflösung der beiden großen Machtblöcke der NATO und des Waschauer Paktes sowie auch die Entflechtung sämtlicher Bündnisse in der Welt. Andererseits befürworten wir die Annäherungstendenzen, ja sogar die Einheitsbestrebungen in Westeuropa und in der Gruppe der asiatischen Staaten. Wir unterstützen weiter die Organisation für die afrikanische Einheit, die islamische Konferenz und jede Annäherung der südamerikanischen Staaten. Auf der wirtschaftlichen Ebene bejahen wir die Organisation erdölexportierender Staaten und fordern die anderen Länder mit Rohstoffen auf, sich zusammenzuschließen, um ähnliche Organisationen wie die OPEC zu gründen.

Wir befürworten gleichfalls die Verhandlungen zwischen den Entwicklungsländern und den westlichen Industriestaaten im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs. Wir treten für den Abbau des militärischen Wettbewerbs ein und strikt für das Verbot und die Vernichtung aller nuklearen Waffengattungen. Eine solche Haltung entspringt unserer festen Überzeugung von der Notwendigkeit der Verringerung des Ungleichgewichts in der Welt.

Unsere Methode bei der Behandlung der Probleme des Ungleichgewichts beruht nicht auf bloßer Theorie. Wir wollen uns bemühen, Machtkonzentrationen überall zu beseitigen, wenn und wo dies möglich ist. Andernfalls müssen wir sie durch die Bildung einer gleichwertigen Macht neutralisieren und durch ihre Wirkung das Ungleichgewicht aufheben.

Aus verschiedenen Gründen lehnen wir es ab, in Bündnisse mit den Großmächten einzutreten. Das Eintreten in ein solches Bündnis erzwingt notwendigerweise die Anpassung unserer Außenpolitik an dessen Ziele.

Die großen internationalen Blöcke – zur Zeit sind es zwei – befinden sich in einem Kampf, der ihren herrschenden Ideolo-

Neue Politik

Arabische Pioniere der Blockfreiheit

gien und Eigeninteressen entspringt. Weder diese Ideologien noch die Eigeninteressen stimmen mit den unseren überein. Dazu kommt, daß dieser internationale Kampf durch seine Kompliziertheit, Intensität und Variationen mit der Zeit gewisse Strategien und Manöver entwikkelt, wie das seiner Natur entspricht. Das gilt gleichermaßen für Angriff und Rückzug, Gewinn und Verzicht. Die Erfordernisse dieses Kampfes verlangen, daß jeder der Beteiligten Endergebnisse und die damit verbundenen Opfer akzeptiert. Die Entscheidungsfreiheit in der Außenpolitik wird dadurch wesentlich eingeengt.

Einmischung in die inneren Angelegenheiten

Noch ein anderer praktischer Punkt muß erwähnt werden. Der Beitritt zu einem dieser beiden Blöcke stellt eine zusätzliche Eskalation der Intensität des Kampfes gegeneinander dar. Die Verschärfung der Gegensätze bedeutet in der Praxis eine zunehmende Bereitschaft der Großmächte, sich in die inneren Angelegenheiten kleiner Staaten einzumischen und ihre Freiheit zu bedrohen.«

Daß diese Gedanken nicht nur Theorie bleiben, sondern Irak sich in der tagespolitischen Praxis entsprechend verhält, konnte der Verfasser an einem konkreten Beispiel in der jüngsten Zeit erleben:

Die Sowjetunion war im Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert. Afghanistan war ein blockfreies und gleichzeitig ein islamisches Land, und es war für Staaten, die zu beiden Gruppen gehörten, wie zum Beispiel Irak, selbstverständlich, diese Besetzung zu verurteilen. Auf der anderen Seite konnten die schon lange Zeit vor dem Sowjeteinmarsch in Afghanistan in Worten und Taten erkennbaren Absichten der Vereinigten Staaten auf die ölreiche Golf-Region nicht übersehen werden. Dazu kamen nach der Besetzung Versuche der amerikanischen Außenpolitik, die afghanischen Ereignisse zu benutzen, um die islamischen Staaten oder wenigstens Teile von ihnen in eine gegen die UdSSR gerichtete Front zu bringen.

In dieser Situation fand in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad Ende Januar 1980 eine islamische Konferenz statt. Auf ihr brachte Außenminister Sa'dun Hammadi einen Entschließungsentwurf ein, in dem unter anderen die starke Besorgnis ausgedrückt wurde, »über die Versuche der Großmächte, auf die islamischen Staaten Pressionen aller Art auszuüben und sie, unter Anwendung von Gewalt, durch Interventionen und die Errichtung von Militärstützpunkten auf ihrem eigenen Gebiet zu bedrohen, damit die Interessen der Großmächte im Zeichen gegenseitiger Auseinandersetzungen gesichert seien«.

Besonders hingewiesen wurde auf »die gegenwärtig stattfindenden Versuche der Staaten des westlichen Lagers, die neue Situation, die sich aus den Ereignissen in Afghanistan ergeben hat, zu benutzen, um eine imperialistische Einmischung in der islamischen Welt zu wiederholen, insbesondere eine Einmischung in dem Afghanistan benachbarten Gebiet. Diese islamische Außenministerkonferenz warnt diese Staaten vor den gefährlichen Folgen ihres Handelns, das den Frieden und die Sicherheit in der Welt bedroht.

Solidarität islamischer Staaten

Sie warnt auch die Mitgliedsstaaten vor den Gefahren, sich in die Pläne und Strategien der Großmächte hineinziehen zu lassen, die das Gebiet der islamischen Staaten zum Austragungsort ihres Konfliktes bestimmen wollen. Sie rufen alle islamischen Staaten zur Solidarität und Gemeinsamkeit auf, den Gefahren entgegenzutreten, die ihre Zukunft bedrohen.«

Der Verfasser dieses Aufsatzes sprach mit Außenminister Hammadi am Tag nach seiner Rückkehr von Islamabad nach Bagdad und dieser bestätigte ihm, der Irak sei dafür eingetreten, die Situation nicht einseitig, sondern in ihrem Gesamtbild zu betrachten. Das bedeute in diesem Fall, erstens die sowjetische Aktion und zweitens die amerikanische Gegenaktion zu sehen, und das von einer blockfreien Warte, aktiv jeder Blockpolitik entgegentretend.

Die Sowjetunion habe ihre Macht und ihren Einfluß ausgedehnt, und dem stünden Versuche der USA und einiger ihrer Verbündeter gegenüber, durch Gegenmaßnahmen den westlichen Einfluß in der Region auszudehnen. In diesem Zusammenhang sagte Außenminister Hammadi: »Diese Dinge bestehen nicht in unserer Einbildung« und verwies erstens auf die von höchster Ebene der USA kommenden Erklärungen, daß man »die eigenen Interessen im Gebiet des Golfes schützen« müsse.

Zweitens: »Die USA und Verbündete machen intensive und ernsthafte Anstrengungen, um militärische Fazilitäten im Golf-Gebiet zu gewinnen, zum Beispiel Oman.«

Drittens sei »der Aufbau der Flotten-Präsenz im Golf bereits Tatsache und schließlich werden diplomatische Kontakte zu diesem Zweck intensiviert. Alles dies erhöht die Gefahren.«

Was die potentiellen amerikanischen Gegenaktionen betreffe, erklärte der Minister, so verlange die echte blockfreie Haltung gegenüber den sowjetischen Handlungen, daß man auch aktiv Widerstand gegen eine amerikanische Gegenaktion leisten müsse. »Das taten wir in Islamabad und haben dafür eine einmütige Zustimmung erhalten.«

In diesem Zusammenhang ist zeitlich wie inhaltlich auch der Vorschlag zu sehen, den der irakische Staatspräsident Saddam Hussein im Februar 1980 in Form einer »Nationalen Charta« den arabischen Bruderstaaten vortrug. Er beinhaltete die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten sowohl untereinander als auch wie ihr Verhältnis zu den Staaten der übrigen Welt gestaltet werden sollte. Zu letzterem finden wir in den acht vorgeschlagenen Punkten der »Nationalen Charta«:

»Die Ablehnung jeder fremden militärischen Präsenz im arabischen Heimatland, unter welchem Vorwand und welcher Tarnung auch immer.

Vermeidung von internationalen Disputen durch die arabischen Staaten und absolute Nichtparteinahme für streitende oder kriegführende Parteien, außer in der Selbstverteidigung. Verbot jeder Teilnahme von arabischen Streitkräften oder auch nur Teilen an Kriegen innerhalb und außerhalb der Region im Auftrag eines fremden Landes oder einer fremden Partei.«

Europa und Arabien könnten besser zusammenarbeiten

Obgleich es bis heute nicht zu einer formellen Annahme der vorgeschlagenen »Nationalen Charta« gekommen ist, hat die in ihr zum Ausdruck gebrachte Haltung des Irak doch offensichtlich eine Anzahl arabischer Länder beeindruckt und mit dazu beigetragen, daß sie den beiden Supermächten keine Stützpunkte auf ihrem Gebiet eingeräumt haben und mit Erfolg der Tendenz widerstanden, arabische Staaten in die Konfrontation der Supermächte hineinzuziehen.

Es war mir darum gegangen, an konkreten Beispielen aus der politischen Praxis zu zeigen, daß für die irakische Führung das Bekenntnis zur Blockfreiheit mehr bedeutet als nur die Zugehörigkeit zu einer Staatengruppe, die sich alle paar Jahre einmal auf einer Konferenz trifft und dort allgemeine Erklärungen verabschiedet, daß vielmehr die daraus fließende Haltung sich in konkreten, unter Umständen problembeladenen Situationen der internationalen Politik bewährt.

Vielleicht interessiert den Leser die Botschaft, die Außenminister Sa'dun Hammadi über den Verfasser den Europäern übermitteln wollte: »Was wir möchten, ist, daß Europa in sich stärker zusammenarbeitet, und daß dies zu einer von den Supermächten unabhängigen Politik führt. Das wäre zum Vorteil nicht nur für Europa selbst, sondern für die ganze Welt. Wir in Arabien versuchen das. Europa und Arabien könnten weit besser zusammenarbeiten.« □

Wolf Schenke ist Verleger und Herausgeber der unabhängigen Monatszeitschrift »Neue Politik«.

Palme-Bericht

Idee der gemeinsamen Sicherheit

Egon Bahr

Wer sich von den Schwierigkeiten der Gegenwart beherrschen läßt, verliert die Kraft, sie zu verändern. Wer sich der Vision einer besseren Welt hingibt, verliert leicht den Bezug zur Wirklichkeit und damit die Möglichkeit, die Wirklichkeit zu verändern. Die Unabhängigen-Kommission für Abrüstung und Sicherheit war sich bewußt, daß sie nicht den unerlaubt leichten Weg gehen dürfte, den Meisterplan für eine bessere Welt zu entwickeln, für den guter Wille und Bekenntnis die wesentlichen, aber nicht tragfähigen Pfeiler wären. Zu erarbeiten, was in überschaubarer Zeit möglich werden kann, ausgehend von handfesten Interessen und Realitäten, mußte die Aufgabe sein, natürlich in eine Richtung, die mehr Sicherheit gibt.

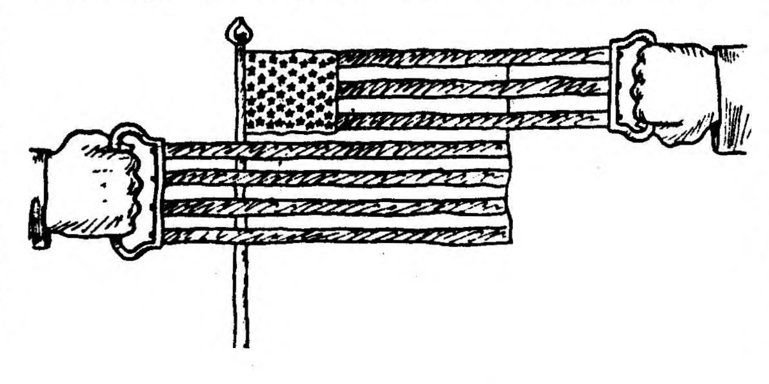
Dabei war am Anfang nicht klar, ob es überhaupt einen solchen Bericht geben würde, wie er jetzt vorliegt. Ausgangspunkte und Erfahrungen der einzelnen Kommissionsmitglieder waren sehr unterschiedlich. Jeder von ihnen würde einen anderen Bericht geschrieben haben, andere Akzente gesetzt, Prioritäten gefunden und Vorschläge gemacht haben, vielleicht auch, weil Gründe und Verantwortlichkeiten für den heutigen Zustand der Welt in Ost und West und Süd sehr unterschiedlich gesehen werden. Wenn wir versucht hätten, uns darüber zu verständigen, wer mehr Schuld an den Problemen hat, hätten wir uns nie einigen können.

Zusammenhänge zwischen Gefahr und Krise

Ich halte es für eine wichtige Leistung, daß dies möglich war. Auch wenn kein Mitglied der unabhängigen Kommission für seine Regierung sprechen konnte, stellt der Bericht ein Dokument dar, das einen Seltenheitswert besitzt: Es gibt für die Analyse der Weltsituation, der wichtigen Aufgaben und ihrer möglichen Lösungen einen vereinbarten Text. Man wird sich künftig darauf berufen können, daß dieser Text die Zustimmung eines Amerikaners und eines Russen gefunden hat, die insofern noch wichtiger war als die anderer.

Die Welt sieht sich einer Gefahr und einer Krise gegenüber. Die Gefahr besteht darin, daß die Fähigkeit von Wissenschaft und Technik, neue Waffensysteme zu entwickeln, schneller wächst als die Fähigkeit der Politik, sie zu beherrschen. Die Krise der Wirtschaft ergibt sich auch daraus, daß ein unverhältnismäßig großer Teil der menschlichen Intelligenz und der industriellen Produktion für Rüstung eingesetzt wird, die dazu bestimmt sind, nicht benutzt zu werden, und von denen niemand garantieren kann, ob sie ihren Zweck erfüllen, durch Abschreckung Sicherheit zu produzieren.

Die Zusammenhänge zwischen der Gefahr und der Krise sind bislang so kompakt behandelt worden, wie wir das für nötig halten, zumal die Volkswirtschaften der drei sogenannten »Welten«, bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen, in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden. Ein globales Problem, das einen globalen Ansatz verlangt, aber unter dem Mangel an globalen Instrumenten leidet.



Vorschlag für eine entnuklearisierte Zone

Die Kommission sieht die Gefahr einer Senkung der atomaren Schwelle. Es ist im allgemeinen Interesse, im Konfliktfall Zeit zu gewinnen, politische Entscheidungen treffen zu können und die nukleare Schwelle anzuheben. Es darf nicht so sein, daß wegen der technischen, geographischen Stationierung nahe der Grenze eine Situation entstehen kann, in der zwischen der Alternative, überrannt zu werden oder nukleare Waffen zu gebrauchen, der Knopf gedrückt wird, der das Tor zu einem Atomkonflikt öffnet.

Der Vorschlag zu einer entnuklearisierten Zone, 300 Kilometer breit, ist geeignet, gefährliche Potentiale auseinanderzuziehen. Die Einwände, die Georgij Arbatov dagegen geltend gemacht und schriftlich niedergelegt hat, sind nicht leichtzunehmen; dennoch hat der Vorschlag, einmütig angenommen, ein besonderes politisches Gewicht.

Wenn er aufgegriffen würde, so ergäben sich für keine Seite militärisch ins Gewicht fallende Nachteile gegenüber dem heutigen Zustand; politisch aber würde es sich um den Versuch handeln, in einer begrenzten Region und auf einem begrenzten Sektor ein Stück gemeinsamer Sicherheit zu erproben. Falls dieser Test funktioniert, würde er dahin wirken, sowohl die Region wie den Sektor auszuweiten.

Eine Zone in Europa, frei von taktischen oder, wie es im Englischen heißt, »Gefechtsfeld«-Atomwaffen wäre ein Experiment mit sehr geringem und kalkuliertem, also tragbarem Risiko, das die Politik in die Richtung bringt, daß beide Seiten ihre Sicherheit gemeinsam und nicht gegeneinander zu organisieren beginnen.

Dieser begrenzte Vorschlag ist Teil der Empfehlung der Kommission geworden, weil er ihr unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten in Ost und West als in überschaubarer Zeit realisierbar erschien.

Die Idee der gemeinsamen Sicherheit hat sich die Kommission zu eigen gemacht. Sie wuchs aus der Erkenntnis, daß man im nuklearen Zeitalter nicht mehr siegen kann. Fast alle bisherigen Rüstungskontrollverhandlungen haben darunter gelitten, daß beide Seiten sich dabei Vorteile zu verschaffen suchten, indem sie sich Lücken ließen, um ihre Stärke weiter zu entwickeln oder ihre Schwächen auszugleichen. Aber da es keine Vorteile mehr gibt, die das Risiko eines Krieges tragbar machen, wird die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit zum natürlichen Vorteil beider Seiten.

Gemeinsame Sicherheit billiger zu organisieren

Sie verlangt das Umdenken, den Gegner als Partner zu aktzeptieren, und ist geeignet, die Doktrin der Abschreckung abzulösen. Gemeinsame Sicherheit ergibt gemeinsames Interesse, keine neuen Waffensysteme einzuführen, also die explosive Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis nicht mehr militärisch anzuwenden, also die Hoffnung auf einen qualitativen technischen Durchbruch gemeinsam aufzugeben, der doch nur zeitlich begrenzt denkbar ist und einen gefährlichen Rückfall in die Vorstellung bedeuten würde, zuletzt vielleicht doch noch siegen zu können. Die erste Stufe gemeinsamer Sicherheit gestattet qualitativ und quantitativ einen Rüstungsstop. Die zweite Stufe eröffnet die Aussicht auf echte Abrüstung, weil gemeinsame Sicherheit billiger zu organisieren ist als Sicherheit voreinander.

Gemeinsame Sicherheit kann also finanziell und materiell die Mittel schaffen, die erforderlich sind, um die großen Aufgaben der Menschheit anzupacken: Hunger, Unterentwicklung und das ökologische Gleichgewicht unseres gemeinsamen Lebensraumes, der Erde. □

Kapitalismus

Arbeiter und Unternehmer in einem Boot

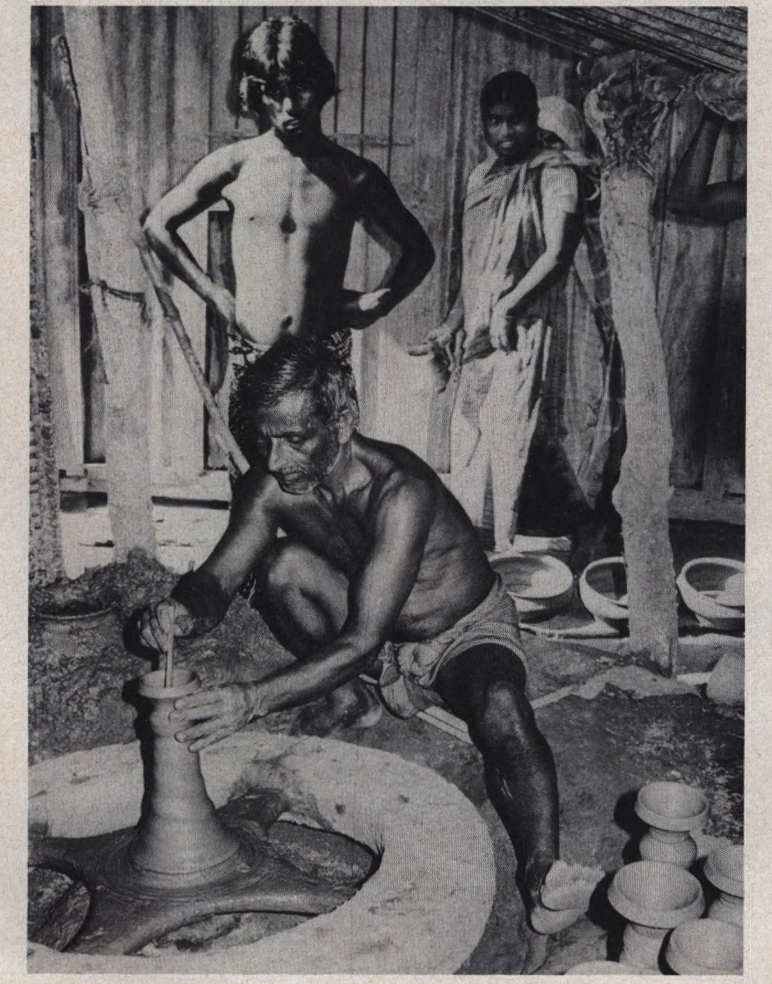
Kurt Keßler

Es gibt kaum einen Menschen in der Gegenwart, den der Begriff »Entwicklungshilfe« und die mit ihm verbundenen Probleme nicht im Innersten berührt und irgendwie zu einer Stellungnahme zwingt, sei es in gefühlsmäßiger entschiedener Ablehnung oder in leidenschaftlicher Befürwortung. Es ist fast genauso wie mit dem Problem »Frieden«: Beide setzen bei jedem Menschen ungewöhnlich intensive Gefühlsregungen in Gang. Aber bekanntlich ist es gerade bei den leidenschaftlich vertretenen Gefühlen so außerordentlich schwer, zu einer allgemeinverbindlichen Übereinstimmung der Meinungen zu gelangen, weil die Gefühlswelt bei jedem Menschen von ganz persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen geprägt ist.

Daß mit unserer als Kapitalismus bezeichneten Ordnung etwas nicht stimmt, daß die sogenannte Ordnung in Wirklichkeit eine Unordnung ist, das empfindet jeder, und es gilt zu begreifen, daß es sich um eine Unordnung des Geldsystems handelt. Bei den im Kapitalismus zu beobachtenden Spannungen geht es immer irgendwie um Geld. Der Besitz von Geld eröffnet alle Möglichkeiten der Wunscherfüllung. Im Gegensatz dazu bezieht sich der Begriff der Armut auf das Nichtvorhandensein von Geld.

Abhängig vom Wohlwollen der Industrieländer

Was hat den Zustand verursacht, daß die Entwicklungsländer in einer so starken Benachteiligung gegenüber den Industrieländern sich befinden? Ganz gewiß besteht eine Teilursache in der mit größter Rücksichtslosigkeit betriebenen Kolonisierung durch die Industrieländer. Die Menschen wurden damals wie rechtlose Kreaturen mißhandelt und gejagt, ihre Kulturen und Wirtschaftsformen wurden systematisch zerstört und so die Länder in einer totalen Hilflosigkeit und Abhängigkeit vom Wohlwollen der Industrieländer gelassen.



Die Kolonialherren gingen, der Kapitalismus blieb und damit die Ausbeutung der sogenannten Entwicklungsländer.

Aber inzwischen ist ja den ehemaligen Kolonialherren klargeworden, daß diese Maßnahmen nicht nur ein fluchwürdiges Verbrechen waren, sondern auch ein völliger wirtschafts- und sozialpolitischer Fehlschlag. Die Gesetze des natürlichen und besonders auch des sozialen Lebens lassen sich eben nicht ungestraft mißachten.

Die rigorose Ausplünderung der Kolonien brachte nicht etwa den Industrienationen in ihrer Gesamtheit Vorteile, sondern nur der verschwindend kleinen Oberschicht. So wurden innerhalb der europäischen Staaten die sozialen Spannungen und gerade auch die Kolonisation vergrößert.

Über den Kapitalismus geht die Ausbeutung weiter

Nun sind inzwischen aber die sogenannten Entwicklungsländer aus ihrer politischen Abhängigkeit entlassen und haben zur Selbständigkeit gefunden. Und ganz gewiß ist inzwischen auch ein beträchtliches Maß an materieller und noch mehr ideeller Hilfe von den europäischen Ländern geleistet worden. Gewiß sind dabei manche Fehler gemacht worden.

Beispielsweise diesen Ländern die von uns als segensreich empfundenen technischen Bedingungen der Großindustrie völlig unvorbereitet zukommen zu lassen, war falsch. Nur eigenständig gewachsene Wirtschaftssysteme, die ihren Grund in der eigenen Geisteshaltung und Kultur haben, können von Bestand sein. Es gehört dazu die persönliche Erfahrung aller in einem Kollektiv lebenden Menschen, daß zur Abwendung materieller Not eigenes Mühen jedes Einzelnen in einer sinnvollen Abstimmung der Gegenseitigkeit in der Gemeinschaft erforderlich ist.

Offensichtlich haben die Entwicklungsländer von den Kolonisatoren als verhängnisvollstes Erbe auch das System des Kapitalismus herausgebildet – zum Teil mit direkter Unterstützung der ehemaligen Kolonialherren. Und es ist ja sattsam bekannt, daß finanzielle Hilfeleistungen der Industrieländer an die Entwicklungsländer vielfach nur den neuen Machthabern, und seien sie auch von schwarzer Hautfarbe, zugute kamen.

Sehr viel schlimmer ist, daß diese Länder durch ihre enge Verbindung mit dem Kapitalismus nur dieses ausbeuterische System kennengelernt haben und eine eigenständige Geistes- und Wirtschaftskultur zu entwickeln nicht in der Lage waren. Sie mußten ja auch den Eindruck gewinnen, daß der Kapitalismus, gleichgültig ob als Privatkapitalismus oder als Staatskapitalismus, materiell erfolgreicher ist als ihre eigenen, von den Fremden als primitiv deklassierten Lebensformen. So ist es nur allzu verständlich, daß die Menschen dunkler Hautfarbe die Lebensformen der Weißen möglichst genau nachzuahmen versuchten.

Inzwischen ist zwar das Selbstbewußtsein der Farbigen sehr gewachsen. »Black is beautyful« ist mehr als nur eine Redensart. Aber die Infektion mit dem Kapitalismus ist geblieben. Man spricht zwar immer wieder von

der Notwendigkeit, eine neue Form von Wirtschaftssystem entwickeln zu müssen. Aber wie das geschehen soll, ist noch nicht einmal in Ansatzpunkten zu erkennen. Um da auf den richtigen Weg zu gelangen, ist es zunächst einmal erforderlich, das eigentliche Wesen des Kapitalismus zu erkennen und aus seinen Fehlern zu lernen.

Es ist wie mit dem Absolutismus

Der Kapitalismus hat bei uns, den Industrieländern, den sozialen Ausgleich verhindert und schwerwiegende soziale Spannungen verursacht. In den Ländern des Staatskapitalismus erleben wir einen beängstigenden Rückgang in der Versorgung mit allen hochqualifizierten Gütern des täglichen Bedarfs. Allein die Rüstungsindustrie läuft auf höchsten Touren.

Woran liegt die mangelhafte Versorgungslage in den kommunistischen Ländern? Einfach daran, daß man dort die Marktgesetze außer Kraft gesetzt hat, welche einen Wettbewerb um die beste Qualität und eine möglichst große Quantität der Gebrauchsgüter dadurch anregen, daß für die beste Leistung auch die höchste Einnahme als Lohn winkt. Staatliche Festsetzung von Preisen, Löhnen und Produktionsziffern blockieren diesen Marktmechanismus und töten damit die Freude an der Arbeit.

Nur die wegen ihrer Genehmigungsbefugnisse umworbenen Bürokraten und Funktionäre leben üppig. Da diese Kaste alle Schalthebel wirtschaftlicher und politischer Macht in der Hand hat, vermag sie auch das für sie so lukrative System der Ausbeutung erfolgreich zu verteidigen. Es ist wie mit dem Absolutismus vergangener Jahrhunderte bei uns.

Und bei uns im Westen hat man nach dem Zweiten Weltkrieg die Fehler des Privatkapitalismus auszumerzen versucht durch ein unerhört kompliziertes System staatlicher Sozialfürsorge. Voran schritt auf diesem Weg die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer »Sozialen Marktwirtschaft« nach den Professoren Müller-Armack und Ludwig Erhard.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß auf diesem Wege nicht nur in unglaublich kurzer Zeit die furchtbaren Schäden des Krieges zu überwinden und eine Spitzenstellung in der Weltwirtschaft zu erringen war, sondern auch eine soziale Befriedigung weitgehend erreicht zu sein schien. Die Bundesrepublik entwickelte sich zu einem der reichsten Länder und hat nach den verschiedensten Seiten das Füllhorn finanzieller Wohltaten ausgeschüttet.

Sicherlich spielt dabei der Ehrgeiz mit, aus der Rolle des von Haß und Verachtung getroffenen Besiegten zu entweichen und ein geachtetes Glied der Völkergemeinschaft zu werden.

Verlust an sozialem Gemeinschaftssinn

Aber seit knapp zehn Jahren stellen sich immer mehr wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei uns ein und mit diesen zugleich ein zunehmender Verlust an nationalem und sozialem Gemeinschaftssinn. Die innenpolitischen Spannungen werden größer, und zwar nicht etwa wegen fundamentaler Unterschiede in den politischen Programmen, sondern wegen einer aus wirtschaftlichem Interessenkonflikt geborenen Klassenbildung.

Je mehr es an den verschiedenen Ecken unserer Wirtschaft nicht mehr recht klappt, um so mehr ist das Gefühl des gegenseitig Auf-einander-angewiesen-Seins im Schwinden begriffen. Die Polarisierung zwischen sogenannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch kein Argument der Vernunft zu erklären, sondern durch gefühlsbestimmte Einstellungen. Und in diese gefühlsmäßige Standpunktwahl sind irgendwie mehr oder weniger alle Menschen einbezogen, auch wenn sie mit der industriellen Produktion nichts zu tun haben.

Die Vernunft sollte sagen, daß keiner ohne den anderen auskommen kann, daß nur durch ein sinnvolles Zusammenleben die Schwierigkeiten überwunden werden können und daß durch innerpolitische Kampfmaßnahmen alles nur viel schlimmer wird. Ob es wohl mehr ist als Phantasie, wenn man ursächliche Verbindungen sieht zwischen den zunehmenden innenpolitischen Spannungen und der vermehrten Kriegsangst?

Die Überwindung dieser Spannungen dürfte von existentieller Bedeutung für unser Volk und darüber hinaus für den ganzen europäischen Kontinent sein. Und für die Entwicklungsländer ist diese Frage nicht nur deswegen wichtig, weil von einer weiteren Leistungsfähigkeit der Industrieländer auch deren Hilfe für die Entwicklungsländer abhängt, sondern noch viel mehr deswegen, weil mit einer Aufdeckung der hier wirksamen sozialen Störfaktoren die gesamte Menschheit von einer Geisel befreit wird, die bisher immer wieder von Zeit zu Zeit den sozialen Frieden bedrohte und durch einen unsinnigen Kampf schreckliche Opfer forderte.

Offenbar ist es der »Sozialen Marktwirtschaft« doch nicht gelungen, die entscheidenden Störelemente des Kapitalismus auszuschalten. Und um das zu können, ist die Frage so eminent wichtig: Was ist das Wesen des Kapitalismus?

Diese Frage ist gerade auch für Entwicklungsländer von wesentlicher Bedeutung, wenn sich dabei die schon geäußerte Vermutung bestätigen sollte, daß der Kapitalismus es ist, der sowohl die koloniale Ausbeutung der Länder betrieben hatte und dazu nach ihrer Verselbständigung eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse verhinderte.

Die Macht einer kleinen Gruppe

Es dürfte wohl von niemandem widersprochen werden, wenn man feststellt, daß das entscheidende wirtschaftliche Steuerungselement des Kapitalismus die Rentabilität ist. Nur wenn das für einen bestimmten Produktionsvorgang erforderliche Investitionskapital eine »ausreichende« Rendite, das heißt Verzinsung erbringt, stellt sich dieses Kapital zur Verfügung, und dann kann die Produktion anlaufen.

Ohne zunächst zu dem Problem des Zinses an sich Stellung zu nehmen, kann doch schon hier gesagt werden, daß somit nur ein winziger Bruchteil der Gesamtbevölkerung, nämlich die Besitzer der großen Geldvermögen, mit der Investitionsentscheidung praktisch das gesamte Wirtschaftsleben beherrscht.

Bei dieser Erörterung ist es wichtig, die funktionelle Rolle des Unternehmers von der des Geldgebers zu trennen, auch wenn sie öfter in einer Person vereinigt sind. Aufs Ganze gesehen, dürfte die Fremdfinanzierung die Eigenfinanzierung der Unternehmen mengenmäßig weit übertreffen.

Unternehmen und Geldgeber lassen sich bei ihren Entscheidungen von durchaus entgegengesetzten Standpunkten leiten: Der Unternehmer als Kreditnehmer wünscht einen möglichst geringen Zins, der ja einen beträchtlichen Kostenfaktor darstellt, während der Geldgeber einen möglichst hohen Zins wünscht. Da von der Finanzmasse her die Zahl der großen Geldbesitzer sehr viel geringer ist als die Zahl der Unternehmer als Kreditsucher, besteht unter den Geldgebern nur eine relativ geringe Konkurrenz, somit ist ihre Position sehr viel stärker als die der Kreditnehmer. Die eigentliche entscheidende Steuerungsfunktion in der kapitalistischen Wirtschaft liegt also bei der winzigen Zahl der Besitzer größter Geldsummen.

Diese Überlegungen sind unter anderem so wichtig, um zu erkennen, daß die Stoßrichtung des sozialen Kampfes der Gewerkschaften gegen die Unternehmer falsch und unwirksam ist. Unternehmer und Arbeiter sitzen sozialpolitisch in einem Boot. Beide miteinander leisten im Zusammenwirken die schöpferische Arbeit, und beide sind abhängig von Konjunktur und Ertragslage des Unternehmens.

Wenn von Unternehmerseite heute zur Erklärung der gegenwärtigen schweren Konjunkturprobleme auf eine überzogene Sozialpolitik der Regierung und eine überhöhte Lohnpolitik der Gewerkschaften verwiesen wird, dann sollte man nicht vergessen, daß die allerersten Vorboten einer sich abschwächenden Konjunktur die Empfehlungen der verschiedenen Zeitschriften für Anlageberatung waren, die schon frühzeitig vor bundesdeutschem Aktienbesitz – mit Ausnahme weniger spezieller Titel – warnten wegen unzureichender und unsicherer Zinserträge. ☐

Dr. Kurt Keßler ist Erster Vorsitzender der Freisozialen Union, Feldstraße 46, 2000 Hamburg 6.

Insider

Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges

Des Griffin

Was ist mit dem Zweiten Weltkrieg erreicht worden? Vom Standpunkt des durchschnittlichen Erdenbewohners gesehen ist er ein Desaster ohne jegliche mildernden Umstände gewesen. Vom Standpunkt der Illuminaten gesehen war er ein uneingeschränkter Erfolg.

Der Zweite Weltkrieg mit seinen dreißig Millionen Toten und seinen unbeschreiblichen Geschichten menschlichen Leids war ein klar erkennbarer Bestandteil des weltweiten »Sanierungs«-Programms der Illuminaten, dessen Endziel die Erschaffung des Weishaupt'schen »Novus Ordo Saeculorum« – der »Neuen Weltordnung« ist.

Der Kommunismus als Schwarzer Mann

Die globale Strategie, die die illuministischen Verschwörer verfolgten, wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts von einer »Tarnorganisation« der Illuminaten, der Liga der Gerechten, entworfen. Sie war von Albert Pike, dem Obermeister des »Alten und Anerkannten Ritus« der Freimaurerei, in einem Brief an Giuseppe Mazzini aus dem Jahre 1871 dargelegt worden.

Pike, der theosophische Kopf der Bewegung in den Vereinigten Staaten, gründete den ultrageheimen Ritus des Palladin, der die Angriffsspitze in dem Feldzug zur Welteroberung bildete. Bei seinen verschwörerischen Aktivitäten wurde Pike aufs sorgfältigste von Mazzini unterstützt, dem italienischen Revolutionär, der für die politischen Angelegenheiten zuständig war. Als Mazzinie starb, übernahm Adrianno Lemmin seine Aufgaben.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde Nikolai Lenin, ein ergebener Anhänger des Sergejy Nechajew, zum Leiter der Politaktivitäten der Bewegung ernannt. Seine absolut skrupellose und felsenfeste Hingabe an die »Sache« war für den Erfolg der Bolschewistischen Revolution einige Jahre später von entscheidender Bedeutung.
Seit dieser Zeit ist der Kommunismus – der moderne Nachfolger des Paladin-Ritus – die Avantgarde der internationalen revolutionären Bewegung.

In dem politischen und psychologischen Ablaufschema hat der Kommunismus die Rolle des »Floretts« gespielt, wie sie Albert Pike auf Seite 1 seines Mammutwerkes »Morals and Dogmas« dargelegt hat, das 1871 veröffentlicht wurde. Kurzum, die Verschwörer haben den Kommunismus als »Schwarzen Mann« benutzt, um die westlichen Nationen zu Zugeständnissen und Verpflichtungen zu zwingen, die ihren ersten Interessen zuwiderlaufen.



Mit Terror und Blutvergießen wurde im Jahr 1948 der Staat Israel proklamiert und damit Palästina geteilt.

Lenins Plan für die Welteroberung

Zu Beginn der 20er Jahre hat Lenin, zur Zeit Diktator im roten Rußland, der Welt die zukünftigen Pläne der Illuminaten für die Welteroberung mitgeteilt: »Zuerst werden wir Osteuropa einnehmen, dann die Massen Asiens . . .«

Diese Ziele wurden als ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges erreicht. 1944 und 1945 fiel Osteuropa unter die rote Herrschaft. Der größte Teil Asiens folgte einige Jahre später. Das Vietnam-Debakel und die jüngsten Ereignisse in Südostasien gehören zu einer »Aufräumungs«-Übung, mit der die losen Enden zusammengebunden werden.

Der Zweite Weltkrieg hat den illuministischen Interessen auf vielfältige, lebenswichtige Weise gedient:

1. Er verursachte, daß die großen Risse, die sich in der alten Weltordnung im Gefolge des Konfliktes von 1914 bis 1918 gezeigt hatten, weit aufsprangen und die finanziellen und sozialen Grundlagen der traditionellen Moral weggeschwemmt wurden.

2. Amerika, dessen Sicherheit weder vor noch während des Krieges jemals gefährdet gewesen war, wurde endgültig in den Mahlstrom der Weltpolitik verwickelt und gezwungen, seine Politik aufzugeben, die der Nation so lange Zeit gute Dienste geleistet hatte: Handeln mit allen, Bündnisse mit niemand.

3. Der Zweite Weltkrieg, der beinahe zwei Jahre länger als notwendig geführt worden ist, damit die Sowjets Osteuropa besetzen konnten, haben die Vereinigten Staaten die unglaubliche Summe von 400 Milliarden Dollar gekostet und die Staatsverschuldung auf 220 Milliarden US-Dollar anwachsen lassen. Damit befanden sich die Vereinigten Staaten tief in den Krallen der internationalen Bankers.

4. Der Zweite Weltkrieg brachte für die von den Alliierten bei Kriegsausbruch genannten Ziele ein völlig anderes Ende. Winston Churchill war am Ende unter all den Hauptdarstellern dieser theatralischen Groteske der einzige, der einen letzten Protest im Namen der ursprünglichen »Prinzipien« und »Zielsetzungen« des Krieges einlegte: »Wir sind gegen Deutschland aus einem Grund in den Krieg gezogen: daß Polen frei und unabhängig sein solle. Jedermann hier weiß, was es uns gekostet hat, so unvorbereitet, wie wir waren, und daß es uns beinahe unser Leben als eine Nation gekostet hat. Großbritannien hatte kein materielles Interesse an Polen. Sein Interesse war allein das der Ehre, weil wir das Schwert für Polen gegen Hitlers brutalen Angriff gezogen haben.«

Wildwuchernder Sozialismus als Krankheit

5. Der Zweite Weltkrieg ebnete den Weg für die Ankunft eines wildwuchernden Sozialismus, eine Krankheit, die die Arbeitsmoral in Großbritannien vernichtet und dazu gedient hat, es in ein »Klein-England« zu verwandeln. In jüngster Zeit hat dieselbe Krankheit, von vielen unserer führenden Politiker gefördert, sich auch in den Vereinigten Staaten eingenistet und droht, unsere einstmals große Republik zu vernichten.

6. Der Krieg bereitete den Weg für die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) im Jahre 1945, was ein lachhafter Name ist. Ihr Hauptsitz in New York befindet sich auf Boden, den die Rockefellers gestiftet haben. Dieses abscheuliche Bastardding mitten ins Zentrum von New York zu setzen, ist eine direkte Beleidigung für das Andenken an unsere Gründungsväter und Helden der amerikanischen Revolution – die Einzelpersonen, die so heldenhaft gekämpft und so sorgsam bemüht gewesen sind, uns eine Republik zu geben, die frei von dem Fluch ausländischer Verwicklung sein sollte.

7. Der Zweite Weltkrieg hat auch den Weg für die Gründung eines Staates Israel im Jahre 1948 gelegt, ein Ereignis, das den Nahen Osten zu einer gärenden Brutstätte des Rassenhasses und der Gewalt werden ließ.

Um das gegenwärtig hohe Maß an Spannung in der Welt zu verstehen ist es wichtig die Ereignisse zu verstehen, die zur Gründung des Staates Israel führten.

Brennpunkt Nahost

Als die blutenden Wunden in Europa und Asien sich zu schließen begannen, wurde die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Nahost gelenkt, wo die Zionisten gerade dabei waren, den Staat Israel in Palästina zu etablieren.

Im November 1944 wurde Lord Moyne, der englische Kolonialminister, der Freund aller Menschen war und sich bemüht hatte, eine faire Lösung für das Palästina-Problem zu finden, in Kairo von zwei Zionisten aus Palästina ermordet. Sein »Verbrechen« hatte darin bestanden, daß er die Ansicht vieler seiner verantwortlichen Vorgänger geteilt hatte, nämlich daß das Eindringen der Zionisten in den Nahen Osten in einer Katastrophe enden würde.



Prominente Zionisten: der Philanthrop Nathan Straus, Louis D. Brandeis, Richter am Obersten US-Bundesgericht und Rabbi Stephen S. Wise.

Die Ermordung von Lord Moyne erregte in England sehr viel Widerstand und veranlaßte viele Politiker, sich die Unterstützung des Konzeptes von einem jüdischen Staat noch einmal zu überlegen.

Als der nächste Zionistenkongreß 1946 in Genf zusammentrat, hatte er, laut Dr. Weizmann, »einen speziellen Charakter« und »zeigte eine Tendenz, sich auf Methoden zu verlassen, für die es unterschiedliche Namen gibt: ›Widerstand‹, ›Verteidigung‹, ›Aktivismus‹. Ein Grundzug war ihnen allen gemeinsam: die Überzeugung, daß man gegen die englische Macht in Palästina, und was dies betrifft, auch andernorts kämpfen müsse.«

Mit anderen Worten: Der Zionistische Weltkongreß von 1946 befürwortete den Einsatz von Terrorismus als einem Mittel zur Errichtung des zionistischen Staates. Diese Methoden hatten sich bereits vor 30 Jahren in Rußland als erfolgreich erwiesen: sie sollten noch einmal erprobt werden. Man war sich völlig im klaren, daß der zionistische Staat ohne Terrorismus nicht verwirklicht werden kann.

Attentate als politisches Instrument

Es entstanden in Palästina viele Terrororganisationen mit dem Zweck, die Gründung eines Zionisten-Staates zu erzwingen. Die größte von ihnen hieß Irgun Zvai Leumi und wurde von Menachim Begin angeführt. Eine andere war die Stern-Bande, zu deren Anführern Yitzhak Shamir zählte. Diese bildeten, wie es in der »Los Angeles Times« hieß, »Israels Untergrundursprung; sie benutzten das Attentat als politisches Instrument«.

Als der Terror und das Blutvergießen eskalierten, gab ein »Select Committee on Estmates« des englischen Unterhauses bekannt, daß »sehr viele Juden, einem zweiten Exodus gleichkommend, aus Osteuropa in die amerikanisch besetzte Zone in Deutschland und Österreich auswanderten, von denen die Mehrheit die Absicht hat, schließlich nach Palästina zu gehen. Es ist klar, daß dies eine im höchsten Maße organisierte Bewegung ist, hinter der ausreichend Mittel und großer Einfluß stehen, aber der Unterausschuß konnte kein wirkliches Beweismaterial erlangen, wer die wahren Anstifter sind.«

Ein Kriegsuntersuchungsausschuß, den der US-Senat nach Europa entsandte, erklärte, daß die »umfangreiche Auswanderung von Juden aus Osteuropa in die amerikanische Zone Deutschlands Teil eines sorgfältig organisierten Planes ist, der von speziellen Gruppen in den USA finanziert wird.«

Zu beachten ist, daß dieser massive »Exodus« aus Rußland und den osteuropäischen Nationen stattfand, die aufgegeben und hinter dem, wie Churchill sagte, »Eiserenen Vorhang« abgeschnitten waren.

Offensichtlich hat dieser »zweite Exodus« mit der Zustimmung und vollen Kooperation von Washington, London und Moskau stattgefunden. Niemand verläßt die Sowjetunion ohne Erlaubnis, und doch liegt hier ein eindeutiger Beweis vor, daß der Eiserne Vorhang geöffnet wurde, um eine massive Flut von »Juden« aus diesem Gebiet zu entlassen, und zwar mit Ziel Palästina. Dies wurde »sorgfältig geplant und von speziellen Gruppen in den USA finanziert«.

Die Teilung Palästinas

Dieses Vorgehen erinnert daran, daß dreißig Jahre zuvor, als man zur Vorbereitung der russischen Revolution Schlüsselpersonen von New York nach Petrograd kutschierte, sich die Grenzen einer Vielzahl führender Nationen zu eben diesem Zwecke öffneten. Offenbar gab es auf der höchsten Ebene der internationalen Machtpolitik keine Verbündeten, Feinde oder Neutrale. Alle Regierungen beugten sich dem Willen der höchsten Instanz in den politischen Angelegenheiten.

Auf der Konferenz von Jalta 1945, so ein maßgebliches Regierungsdokument, »sagte Roosevelt, er sei ein Zionist und fragte, ob Stalin auch einer sei.

Insider

Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges

Stalin antwortete, er sei im Prinzip einer, aber er erkenne das Problem.«

Während der Jahre 1946 und 1947 schwoll die zionistische Terrorkampagne zu einem Crescendo an. Hunderte von englischen Soldaten wurden überfallen, im Schlaf erschossen oder sonstwie in die Luft gesprengt. Zwei englische Soldaten wurden in einem Obstgarten zu Tode gemartert und hängen gelassen. Die Engländer zeigten sich tatsächlich abgeneigt, dieser Gewalttätigkeit mit fester Hand zu begegnen.

Konfrontiert mit einer immer größer werdenden Welle des Terrorismus innerhalb von Palästina, einer steigenden Welle von hunderttausenden von »Juden« aus den Ostblockländern und »unwiderstehlichem Druck« der Zionisten in England selbst, und der Truman-Regierung in Washington, legte die englische Regierung die Palästinafrage der neu gegründeten UNO vor. Am 29. November 1947 stimmten die Vereinten Nationen für eine Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten – einen jüdischen und einen arabischen, und zwar per 1. Oktober 1949.

Der Plan wurde von den Zionisten angenommen, aber von den Arabern natürlicherweise abgelehnt, die keineswegs die Absicht hatten, ihre Eigentumsrechte und Regierungsrechte über ein Land aufzugeben, das seit fast 2000 Jahren ihre Heimat gewesen war. Im Gefolge dieses Vorschlages nahmen die Gewalttaten in Palästina immer mehr zu. Alarmiert machte der UN-Sicherheitsrat einen Rückzieher, und die Truman-Regierung eine Kehrtwende in der amerikanischen Politik und schlug vor, den Teilungsvorschlag zu suspendieren, einen Waffenstillstand auszuhandeln und das englische »Mandat« durch eine »Treuhänderschaft« zu ersetzen, an der sich die Vereinigten Staaten stark beteiligen würden.

Die Nachkommen kämpfen für einen Staat Palästina

Die Zionisten erkannten, daß ihr Traum von einem jüdischen Staat am Einstürzen war, und schlugen sofort zu, um die UNO vor eine vollendete Tatsache zu stellen; sie zweiteilten Palästina eigenmächtig.

Um die Herzen der arabischen Einwohner Palästinas mit nacktem Terror zu erfüllen, »stürmten jüdische Terroristen der Stern-Bande und der Irgun Zvai Leumi das Dorf Deir Yasin und schlachteten alle Leute dahin. Die Leichname von 250 Arabern, überwiegend Frauen und Kinder, wurden in Brunnen geworfen.«

Die Palästinenser erkannten, daß das Massaker von Deir Yasin sie davor warnen sollte, was mit ihnen geschehen würde, wenn sie auf ihrem Land wohnen blieben. Abgesehen von wenigen tausend flohen sie in die Nachbarländer. Und so ist im wesentlichen das »palästinensische Flüchtlingsproblem« entstanden.

Es sind diese Leute und ihre Nachkommen, die unter der Führung von Yasir Arafat und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) noch immer um die Gründung eines palästinensischen Staates in diesem Gebiet kämpfen.

Was hält die Zukunft für den konfliktgeplagten Nahen Osten bereit? Man kann die Ereignisse nicht genau vorhersagen, aber es gibt Anzeichen dafür, daß die Zukunft noch gewalttätiger sein wird als die Vergangenheit.

Die im Juli 1980 vom israelischen Parlament abgegebene Erklärung, daß Jerusalem nunmehr die politische Hauptstadt des Staates Israel ist, könnte von allergrößter Bedeutung sein. Stellt dies einen Schritt in Richtung auf ein sehr viel ehrgeizigeres Ziel auf seiten der Zionisten dar?

Seit Jahren gilt es als eine anerkannte Tatsache, daß die Zionisten planen, Jerusalem zur Verwaltungsmetropole einer Eine Welt-Regierung zu machen. Dieses hochgesteckte Ziel ist von David Ben-Gurion, Israels ehemaligem Premierminister, in einem 1962 für die Zeitschrift »Look« geschriebenen Artikel dargelegt worden. Er sagte voraus, was in dem nächsten Vierteljahrhundert auf der Weltbühne gespielt werden würde. Seine Worte werden originalgetreu wiedergegeben.

Jerusalem Sitz des Obersten Gerichtshofes

David Ben-Gurion im Magazin »Look« am 6. Januar 1962: »Das Bild der Welt im Jahre 1987, wie es in meiner Vorstellung erscheint: Der Kalte Krieg wird der Vergangenheit angehören. Der Druck von innen durch die ständig zunehmende Intelligenzia in Rußland nach mehr Freiheit und der Druck der Massen nach Anhebung ihres Lebensstandards könnte zu einer allmählichen Demokratisierung der Sowjetunion führen. Andererseits könnte der wachsende Einfluß der Arbeiter und Bauern und die zunehmende politische Bedeutung von Männern der Wissenschaften die Vereinigten Staaten in einen Wohlfahrtsstaat mit einer Planwirtschaft umwandeln.

West- und Osteuropa werden eine Föderation autonomer Staaten bilden, mit sozialistischer und demokratischer Ordnung. Mit Ausnahme der UdSSR als einem föderierten Eurasischen Staat, werden alle anderen Kontinente in einem Weltbündnis vereinigt, das über eine internationale Polizeimacht verfügt. Sämtliche Streitkräfte werden abgeschafft und es wird keine Kriege mehr geben.

In Jerusalem werden die Vereinten Nationen – wirklich Vereinte Nationen – einen Schrein des Propheten erbauen, der der föderierten Union aller Kontinente dienen wird; dies wird der Sitz des Obersten Gerichtshofes der Menschheit sein, um alle Kontroversen unter den föderierten Kontinenten beizulegen, wie von Jesaja prophezeit ist.

Jede Person in der Welt wird das Recht auf höhere Schulbildung haben. Eine Pille zur Verhütung von Schwangerschaft wird das explodierende natürliche Wachstum der Bevölkerung Chinas und Indiens bremsen. Im Jahre 1987 wird das durchschnittliche Lebensalter des Menschen 100 Jahre erreicht haben.«

Man beachte, daß der damalige israelische Premier die Zeit voraussah, in der Amerika wahrscheinlich »ein Wohlfahrtsstaat mit einer Planwirtschaft« sein wird. Im Gegensatz zu den amerikanischen Bauern weiß er offenbar, was die Machthaber hinter den Kulissen mit unserer einstmals großen Republik im Sinn haben.

Die amerikanischen Sklaven würden dann in ein »Weltbündnis unter einer internationalen Polizeimacht« fusioniert. »Jerusalem wird der Sitz des Obersten Gerichtshofes der Menschheit sein, um alle Kontroversen unter den föderierten Kontinenten beizulegen«.

Der erste Teil der Prophezeiung von Ben-Gurion ist fast schon erfüllt. Kann ein Versuch, auch den zweiten Teil in Erfüllung gehen zu lassen, noch lange auf sich warten lassen?

Versuche, ein solches Weltbündnis mit Jerusalem als Hauptquartier, zu errichten, würden mit großer Sicherheit den Dritten Weltkrieg auslösen, den der Spitzenilluminat Albert Pike in seinem Mazzinibrief aus dem Jahre 1871 prophezeit hat.

Pike sagte, daß dieser Dritte Weltkrieg im Nahen Osten ausbrechen würde, und zwar aufgrund der Feindschaft zwischen den Arabern und den Israelis, und daß er in der Gründung einer Weltdiktatur kulminieren würde.

Die Einstellung der internationalen Bankers gegenüber der Errichtung eines solchen universellen Sklavenlagers wird deutlich in den Worten von James Warburg zusammengefaßt, die er am 17. Februar 1950 vor dem US-Senat aussprach: »Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird.«

Mit anderen Worten, wenn unzählige Millionen von unschuldigen Menschen sterben müssen, um ihr Ziel zu verwirklichen, so hat das für die internationalen Bankers und ihre gottlosen Genossen keine Bedeutung. □

Der vorstehende Beitrag wurde dem Buch von Des Griffin »Die Absteiger – Planet der Sklaven?« entnommen, erschienen im VAP-Verlag, Wiesbaden.

Terrorismus

Lähmender Schrecken und bleiche Angst

Der Terrorismus ist abgefeimte Gewaltanwendung seitens Minderheiten, die sich aufgrund bestehender Verhältnisse völkisch, religiös oder rassisch unterdrückt oder in ihren wirtschaftlich-monetären-politischen Herrschaftsansprüchen an die Welt durch die Mehrheit behindert fühlen. Da diese Minderheiten aufgrund bestehender Kräfteverhältnisse keine Möglichkeit sehen, ihre Vorstellungen auf friedlichem Wege oder durch offenen Kampf durchzusetzen, greifen sie zu den Mitteln des Hinterhaltes. Der internationale Terrorismus bedient sich dabei in erster Linie des ideologischen oder Schreibtisch-Terrorismus, der über planmäßige totale Verwirrung zur wirtschaftlichen, kulturellen oder physischen Vernichtung des bekämpften Opfers führt.

Der Terrorismus ist heute aufgrund der technischen Voraussetzungen der Kommunikation in der ganzen Welt verbreitet und nimmt so zu, daß er als ein »Weltbürgerkrieg« erkannt wird.

Was hat die Raubtiere gezähmt?

Der nationale Terrorismus ist aufgrund seiner begrenzten Zielsetzungen von beschränkter Dauer.

Das Ziel des internationalen Terrorismus ist die Weltherrschaft, die eine totale Diktatur, das heißt eine Einebnung eigenständiger Strukturen, voraussetzt. Da sich die menschliche Natur derartiger Bestrebungen widersetzt und der staatskapitalistische Konkurrenzkampf der Einweltler (CFR, Bilderberger, Trilateral Commission) zu totalen Vernichtungskämpfen führt, ist der internationale Terrorismus seiner Natur nach von unbeschränkter Dauer.

Die heutigen Vernichtungswaffen lassen erwarten, daß er nicht nur zur Vernichtung der menschlichen Kulturen, sondern auch zur Dezimierung der Menschheit selbst führen wird, wenn sich die Völker und ihre Führer nicht einem transzendenten, das heißt ihre subjektiven Wertvorstellungen verbindlich überwindenden Faktor zuwenden.



Die Ermordung des französischen Präsidenten Sadi Carnot durch den italienischen Anarchisten Jeronimo Caserio am 24. Juni 1894, verschaffte dem politischen Terrorismus weltweite Beachtung und Anerkennung.

Der nationalistische Terrorismus, je nach Ausgangslage und Erfolg auch als Widerstand, Partisanenkampf, Guerilla und Freiheitskampf bezeichnet, ist von begrenzter Dauer und wird in der Regel durch das Eingreifen Dritter zur Sicherung wirtschaftlicher Vorteile entschieden. Erfolg oder Mißerfolg der Gewaltanwendung allein entscheidet über die internationale Anerkennung, die damit die Weisheit der Verfasser der seit dem 10. August 1906 im Britischen Museum hinterlegten, jedoch hinsichtlich ihrer Autorenschaft umstrittenen »Protokolle« aufzeigt:

»Was hat die Raubtiere, genannt Mensch, gezähmt? Was hat bis jetzt ihrer Leitung gedient? Zu Beginn des Gesellschaftsaufbaues waren wir brutalen und blinden Gewalten unterworfen, später dem Gesetz, das dieselbe Macht, nur verbrämt, ist. Ich ziehe den Schluß, daß durch Naturgesetz das Recht in der Macht liegt.«

Terroristen sind für Freunde Patrioten

Die öffentlichen Massenmedien berichten nicht neutral über den Terrorismus. Die Medien in den sozialistischen, das heißt staatskapitalistischen Ländern unterstehen dem staatlichen Meinungs- und Informationsmonopol. Für die Berichterstattung ist folglich nicht entscheidend, was geschehen ist, sondern wer den Terrorakt zu welchem Zweck vorgenommen hat. Danach richtet sich auch die Berichterstattung über staatliche Gegenmaßnahmen, die als »faschistischer Terror« bezeichnet werden, wo die »sozialistische Ordnung« noch nicht errichtet werden konnte. Sie wird dort als »Verletzung der Menschenrechte« angeprangert, wo übergeordnete politische Ziele verfolgt werden.

Dazu ein Zitat aus dem von Rockefeller kontrollierten Nachrichten-Magazin »Time«: »Israel selbst würde heute wahrscheinlich nicht existieren ohne Terroristen. Die Irgun Zvai Leumi und die Sternbande setzten die Briten durch Bomben und Mordanschläge unter Druck, um ihr Mandat über Palästina aufzugeben und versuchten, die Araber durch einfachen Mord auszutreiben. Lord Moyne, der britische Verwalter für den Nahen Osten, wurde 1944 in Kairo durch die Sternbande getötet, die auch den UNO-Vermittler Graf Bernadotte 1948 umbrachte. Die abscheulichste Tat von allen war die Ermordung durch Irgun und Sternbande von 254 Arabern des Dorfes Deir Yassin 1948.«

Der Chef der Irgun, Menachem Begin, dazu im »Daily Express«: »Unsere Feinde nennen uns Terroristen, unsere Freunde Patrioten.«

Und der palästinensische Terrorchef Y. Arafat vor der UNO: »Viele von Ihnen, die heute in dieser Halle sitzen, wurden früher als Terroristen bezeichnet.«

Die Ursachen des nationalistischen Terrorismus sind spezifisch regionaler Natur, die Symptome des internationalen Ter-

Terrorismus

Lähmender Schrecken und bleiche Angst

rorismus ideologische Verwirrungen – in allen Fällen entscheidet die Intervention monopol- oder staatskapitalistischer Wirtschaftsinteressen über den Erfolg oder Mißerfolg.

Die Errichtung und Aufrechterhaltung eines Monopols (Öl, Diamanten, Phosphat) setzt die direkte oder indirekte Kontrolle aller bedeutsamen Vorkommen eines Rohstoffes oder Know-how voraus.

Terrorismus als Werkzeug des Superkapitalismus

Aufgrund ihrer weltumspannenden Interessen und Militärmacht nehmen die USA hierbei eine überragende Stellung ein. Sie gelten als das Schulbeispiel für den Kapitalismus, dessen in Zahlen ausgedrückter Erfolg oder Mißerfolg Wertmesser allen Handelns geworden ist. Die Präsidenten und Regierungen der USA werden über die Manipulation der beiden Parteien vom Kapital bestellt und sind diesem verantwortlich.

Seit Präsident Lincoln, der den Staat als Garant des Gemeinwohls verstand, dient die US-Staatsmacht somit zunehmend der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen, wie unter anderem die Senatsuntersuchungen über den CIA gezeigt haben.

Die Eigenversenkung des US-Schlachtschiffes »Maine« im Hafen von La Havanna löste 1898 den Krieg mit Spanien aus. Diesem Krieg, dessen Ausgang zur Übernahme Kubas und der Philippinen durch US-Kapital führte, war eine Pressekampagne des Hearst-Trust vorausgegangen. Die Rebellen der kolumbianischen Provinz Panama wurden durch die US-Regierung bestellt, finanziert und ihre Unabhängigkeitserklärung durch die US-Kriegsflotte abgeschirmt.

Freigelegt vom ideologischen Beiwerk und den Symptomen decken sich die Folgen des heutigen Terrorismus mit den Interessen des Kapitalismus und des Kommunismus derart, daß seine Köpfe zunehmend als die eigentlichen Urheber des heutigen Terrorismus jeder Art angesehen werden.

Während die Vereinten Nationen erst als Anwalt der saharauischen Unabhängkeitsforderung gegenüber Spanien aufgetreten waren, hat sie nicht nur der Übergabe des Terrorismus an Marokko und Mauritanien seitens Spaniens nach dem Tode Francos zugestimmt, sondern deckt durch ihr Stillschweigen das internationale Phosphatmonopol, das sich mit Marokko geeinigt hatte und es über Anleihen an das staatliche Office chériffien du Phosphat finanziert, bis die Phosphatpreise so im Griff sind, daß auch dieser Energieträger preislich »angehoben« werden kann.

Das Uranmonopol ist der rote Faden in fast allen Terrorismusgebieten und Akten der jüngsten Zeit; so in Südwestafrika, Südafrika, dem Entführungsversuch und der Ermordung Jürgen Pontos und dem der Sowjetunion von den USA aufgezwungenen Austausch von Somalia gegen Äthiopien bei gleichzeitiger Unterstützung der Guerillas in der äthiopischen Provinz Ogadan.

Der Mord an Ponto

C. R. Stahl in »Green's Commodity Market Comments«, New York, 29. Januar 1975: »Noch vor Ende dieses Monats werden die Goldkäufer der letzten GSA-Versteigerung vom 6. Januar Lieferung erhalten. Eine Frage bleibt aber noch zu beantworten, das heißt, für wen kaufte die Dresdner Bank 400 000 Unzen bei dieser Versteigerung? Die Notwendigkeit einer Klarifizierung ergibt sich aus den verschiedenen Erklärungen des Banksprechers. Zuerst bestätigte die Bank, daß sie das Gold für ihre Kunden gekauft hätte,



dann, daß ihre Kunden weder Araber noch OPEC-Länder seien, dann, daß sie es nicht für irgendeine Zentralbank gekauft hätte, und schließlich, daß sie das Gold für eigene Rechnung erworben hätte.

Sicher widerspricht die Erklärung eines Kaufs für eigene Rechnung, nach der sie es für Kundenrechnung erworben hätte. Sollte die Bank das Gold

Der Präsident der USA McKinley wird 1901 von dem aus Polen eingewanderten Leon Czolgosz erschossen. Der Terrorismus hatte immer seine Freunde.



wirklich für eigene Rechnung gekauft haben, so hätte sie sich einer unverantwortlichen Spekulation schuldig gemacht, und der Vorstandsvorsitzende, Herr Ponto, könnte bald zu Herstatt überwechseln – denn schließlich beläuft sich das Aktienkapital der Dresdner Bank auf nur 223 Millionen Dollar (533,6 Millionen DM), und sogar die gesamten Eigenmittel der Bank, einschließlich der gesetzlichen Reserve, erreichen nur 600 Millionen Dollar (1,5 Milliarden DM).

In den letzten Jahren ist die Dresdner Bank außerhalb Deutschlands sehr aktiv geworden, und der 22prozentige Anstieg ihrer Gesamtaktien im Jahre 1973 ist auf das Geschäft ihrer neu eröffneten Zweigstellen in London, New York, Singapur und Tokio zurückzuführen. Für eine Bank, deren Liquidität von 13,2 Prozent im Jahre 1972 auf 10,5 Prozent im Jahre 1973 zurückgegangen war, erscheint es seltsam, nahezu 20 Prozent ihres Aktienkapitals in Gold zu investieren.

Noch erstaunlicher ist die Tatsache, daß der 1973er Reingewinn der Dresdner Bank mit etwa 38 Millionen Dollar (91,5 Millionen DM) nur 60 Prozent der 66 Millionen Dollar ausmachte, die die Bank für die gekauften 400 000 Unzen Gold aufzubringen hat.

So glauben wir, daß Gold-Standartenführer Jürgen Ponto der deutschen Bankenaufsicht einige Erklärungen schuldig ist. Das Gesetz verpflichtet deutsche Banken, ihre Warenhandelsgeschäfte offenzulegen; Gold und Silber sind jedoch ausgenommen. Die Zeit mag reif sein, diese Ausnahmeregelung aufzuheben und auch für diese beiden Metalle einen Berichtszwang einzuführen.«

Emil Rahm, Herausgeber von »Memopress«, Hallau/Schweiz, schrieb am 5. Februar 1975 an Jürgen Ponto: »... fühle ich mich verpflichtet, Sie auf einige Zusammenhänge aufmerksam zu machen, die zeigen, daß Sie buchstäblich in die Schußlinie gewisser Interessen geraten sind, auf die ich im folgenden nur in groben Zügen eingehen kann. Aber vermutlich kennen sie diese Zusammenhänge besser als ich.

Aus dem Kommentar Stahls in Green's Commodity Letter vom 29. Januar 1975 geht hervor, daß der Goldkauf durch Ihre Bank gewissen Interessen und deren Machenschaften zuwiderlief.

Manche werden nur ruiniert

Nicht immer geht es so glimpflich aus, wenn man ›das Spiel‹ gewisser Kreise stört. Ist es nicht seltsam, wie viele derer, die sich mit Gold, Öl und nun auch Uranium befassen, Opfer unaufgeklärter Unfälle geworden sind? Die Namen Diesel (von Bord gefallen), Enrico Mattei (Flugzeug), Jan Masaryk (Fenstersturz), Anne Boyer (Fenstersturz), George Schaefer (Fenstersturz) und Karen Silkwood (Autounfall) fallen mir gerade ein. Einige wie Nixon oder demnächst Saxbe kommen mit dem Leben davon, andere wiederum wie Herstatt werden nur ruiniert. Wie kann man sich vor Datteln schützen?

Wenn Sie die geradezu unglaublich freche Warnung, die Sie von dieser Clique erhalten haben, nicht mit der Kapitulation beantworten wollen, dann könnten Sie aus der Erkenntnis heraus, daß die ›Alte Welt‹ zur Zeit noch die Trümpfe für eine neue Währungsordnung in Form von Gold und Öl in der Hand hält, einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, sie mit durchzusetzen. Die Möglichkeit, ein handlungsfähiges Kerneuropa zu schaffen, besteht meiner Ansicht nach, wenn die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, ihrerseits konföderiert, diese monetäre Allianz mit dem Mittleren Osten als einzigen Ausweg vor der geplanten Konfrontation schmackhaft machen.«

Aus dem Leitartikel der »Washington Post« vom 8. März 1977: »Brasiliens atomare Wahl – Brasilien wünscht US-Uran für seinen Reaktor zu bekommen, den Westinghouse im Begriff steht, zu liefern. Aber für die mehr als acht Reaktoren, die es anfänglich von Westdeutschland kaufen will, sucht es Uran von einem europäischen Konsortium.«

Jürgen Ponto war ab 3. August 1977 zu Besprechungen mit den zuständigen Ministern in Brasilien verabredet. Drei Tage vorher wurde er beim Versuch, ihn zu entführen – was die Verhandlungen unmöglich gemacht hätten –, ermordet.

Zitat aus dem »Executive Intelligence Review«, New York, 9. August 1977: »Jürgen Ponto, Mordopfer der Carter-Regierung?«

In Lateinamerika, Afrika und dem Mittleren Osten war der am 31. Juli durch die Terroristenbande Baader-Meinhof ermordete Chef der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, als die treibende Kraft hinter westeuropäischen Anstrengungen bekannt, eine neue internationale Währungsregelung zu schaffen, die stark auf einer internationalen Industrialisierung beruhen soll.

Warnung an die Widersacher

International war Ponto in erster Linie durch seine enge Mitarbeit am Exportabkommen zwischen Westdeutschland und Brasilien hervorgetreten, das Brasilien in offenem Gegensatz zur Antinuklearpolitik der Carter-Regierung den Bau eines kompletten Atomenergiesystems einschließlich Urananreicherung erlaubt. Seit der internationalen Ölkrise im Oktober 1973 hatte Ponto enge Beziehungen zu Kuwait gepflegt. Ende 1974 verhandelte er über einen kuwaitischen Kauf einer größeren Beteiligung an Westdeutschlands Daimler-Benz.

Seit Januar 1977 war Ponto viel in der Welt herumgereist und hatte Niederlassungen der Dresdner Bank in Paraguay, Kanada und Houston/Texas eröffnet. Er schaffte sich Kontakte zur Industrie in den südlichen und südwestlichen Bundesstaaten der USA und traf im vergangenen Frühjahr bei der Eröffnung der Zweigniederlassung der wichtigsten westdeutschen Edelmetallhandelsfirma Degussa Corp. in Mobile auch Alabamas Gouverneur George Wallace.«

»De Financieel Economisch Tijd«, Zeitschrift des flämischen Unternehmerverbandes, Belgien: »Gewisse Kreise sehen den Mord an dem deutschen Bankier Jürgen Ponto als letzte politische Drohung von höchster Ebene, denn er war einer der Unterzeichner des Vertrages zwischen

Terrorismus

Lähmender Schrecken und bleiche Angst

Bonn und Brasilien über die Lieferung von Kernkraftwerken. Oder mit anderen Worten: eine Warnung an die Widersacher amerikanischer Interessen. Könnte man nicht Brzezinskis jüngste Pläne, ein Drittel der Bundesrepublik an die Russen abzutreten, in den gleichen Zusammenhang der Einschüchterung stellen? Manche beklagen sich über den eigenen wirtschaftlichen Weg, den die Deutschen eingeschlagen haben und sich dabei keineswegs auf Europa beschränken.

Vielmehr haben sie Operationen bis um das Jahr 2000 entwickelt und versuchen, sich gute Ausgangspositionen in Osteuropa, den OPEC-Staaten und Südamerika zu erobern. Das bedeutet Kollisionskurs gegen die USA.«

Kein Terrorismus bei wirtschaftlichem Einverständnis

Am 27. Mai 1977 wird aus Mogadishu, Somalia, gemeldet: »Westinghouse Corp. steht in aktiven Verhandlungen über ein Multimillionen-Dollar-Gemeinschaftsprojekt zur Ausbeutung möglicherweise großer Uranvorkommen in Zentralsomalia. Es handelt sich dabei um einen Versuch, das kritische Problem der Einhaltung von Lieferungsverträgen von Uran an Atomkraftwerke zu lösen.

In das Geschäft sollen die somalische Regierung und ein Ostblockstaat, in einem außergewöhnlichen Bergwerkskonsortium zusammengefaßt, verwikkelt sein, das nach Ansicht somalischer und westlicher diplomatischer Quellen fast mit Sicherheit das größte Geschäft in Somalia werden würde.«

Am 8. Juni 1977 gibt C. L. Sulzberger, aus der Gründerfamilie der »New York Times«, »Nachfolger des berühmten Walter Lippmann«, mehrere Signale: »Kürzlich besprachen der britische Außenminister Owen und US-Außenminister Vance die Lage am Horn von Afrika. Sie gelangten zu recht erfreulichen Mutmaßungen. Sie kamen überein, daß die UdSSR, Waffenlieferant von Somalia, das den Eingang zum Roten Meer und den westlichen Indischen Ozean kontrolliert, kurz vor ihrem Hinauswurf durch die Somalis steht, die nun zum Westen nach Hilfe ausschauen.«

Sulzberger berichtet weiter unter dem Stichwort »Wirtschaftshilfe«: »Eine US-Delegation wird demnächst nach Mogadishu, Somalias Hauptstadt, reisen, um die Aussichten für Wirtschaftshilfe zu überprüfen. Die kriegerischen Somalis haben nur einen erbitterten Feind, Äthiopien. Ihr Haß für diesen chaotischen, christlichen Staat hat teilweise religiöse Ursachen, rührt aber vor allem aus territorialen Streitigkeiten her. Mogadishu erhebt Anspruch auf Äthiopiens östliche Provinz Ogaden und unterstützt dort eine Aufständischenbewegung, die jetzt den größten Teil des umstrittenen Gebietes beherrscht.«

Und dazu der ehemalige deutsche Bundespräsident Walter Scheel: »Nachdenkliche Menschen beginnen überhaupt zu zweifeln, ob unsere Wirtschaftsformen für uns selbst und für andere der Weisheit letzter Schluß sind.«

Alexander Solchenizyn erklärte am 30. Juni 1975 vor den US-Gewerkschaften: »Es gibt ein überraschend befremdliches Bündnis, aber wenn man es überlegt, ein begründetes, verständliches Bündnis. Es ist die Allianz unserer kommunistischen Führer und Ihrer Kapitalisten.«

Gemeinsame Interessen einer materialistischen Welt

Für Solschenizyn ist diese Allianz begründet und verständlich, weil er die Funktion des alle Grenzen überschreitenden Kapitals erkannt hat. Es stellt in immer neuen Bündnissen und Zerwürfnissen das gemeinsame Interesse in einer materialistisch verstandenen Welt und damit den Schutz vor dem totalen Chaos dar, das die hochtechnisierte Menschheit ohne Anerkennung eines transzendenten und damit verbindlichen Ordnungsprinzips bedroht.

Dr. A. Hammer, ein enger Freund Lenins, dem er die Grundlage seines Vermögens, eine Gemäldesammlung aus vorrevolutionären Besitzes verdankte, galt als Pionier dieser Verständigung über gemeinsame Wirtschaftsinteressen. In diesem Sinne hatte er den späteren spanischen Premier L. Carrero Blanco in den sechziger Jahren eine 25prozentige Beteiligung der Occidental Petroleum Co. an der Ausbeutung der Phosphatvorkommen in der spanischen Sahara abzugewinnen versucht, die Carrero Blanco als unvereinbar mit den national-spanischen Interessen ablehnte.

Ermordung König Umberts von Italien im Jahre 1900. Die persönliche Rechtfertigung der Terroristen ist dabei bis heute von der gleichen Art: ihre Gewalt sei ein Widerhall der gesellschaftlichen Gewalttätigkeit, der Trieb zur Zerstörung sei ein schöpferischer Trieb.



Mit den staatskapitalistischen Bürokratien ist dagegen Rückgriff auf eine Verständigung ohne Terrorismus möglich, wie die eben zitierte Meldung aus Mogadishu zeigt.

Weiterer Beweis einer Reuter-Meldung vom 30. Mai 1977 aus Paris: »Rumänien wird 58 Millionen Dollar in die Island Creek Coal Co. in Virginia, einer Tochter der Occidental Petroleum Co., investieren, erklärte Armand Hammer, Präsident der Oxy, heute. Rumänien möchte seine Abhängigkeit von sowjetischer Kohle verringern. Der Vertragswert könne zwei Milliarden Dollar erreichen.«

Aktivitäten eines weltweiten Urankartells

Am 4. Januar 1977 verbreitete die Nachrichtenagentur Reuter aus London folgende Meldung: »Ein Fall, in welchem drei Richter dem höchsten Kronanwalt Paroli boten und eine Gewerkschaft daran hinderten, die Verbindungen mit Südafrika zu boykottieren, wird vor den höchsten Gerichtshof Englands, dem House of Lords, gebracht werden. Es wurde den Richtern mitgeteilt, daß Kronanwalt Sam Silkin bei den Lords gegen die richterliche Entscheidung Berufung einlegen würde. Der Fall wird als Kraftprobe zwischen Regierung und Rechtsprechung angesehen. Er begann dadurch, daß eine rechtslastige ›Pressure Group‹, die National Association für Freedom, einen richterlichen Entscheid gegen den gewerkschaftlich organisierten Poststreik gegen Südafrikas Apartheidspolitik suchte. Mr. Silkin hatte das Gesuch abgelehnt.«

Nachdem sich Samuel Silkon im Februar 1977 gegen die Souveränität im Namen der Menschenrechte gewandt hatte, berief er sich im Oktober 1977 auf sie, um das Uranmonopol vor Untersuchungen der US-Antitrust-Behörde zu schützen. Die »International Herald Tribune« hierzu:

»In einer Rede vor dem Gerichtshof des House of Lords stellte sich Samuel Silkon, der Kronanwalt, auf die Seite der sieben Direktoren der Rio Tinto-Zinc. Corp., eines Uranförderers, die sich um die Aufhebung eines Urteils des Appellationsgerichtes bemühen, das sie zur mündlichen Aussage in einem Prozeß zwingt, den große Kraftwerke gegen die Westinghouse Corp. angestrengt haben.

Mr. Silkon stellte sich auf den Standpunkt, daß die Art und Weise, wie die USA in den Prozeß verwickelt seien, Fragen der Komik aufwürfen und nach übertriebener Souveränität schmecke. Der Prozeß sei der ›einer ausländischen Regierung, die sich in unsere Souveränität einmischt.‹

Westinghouse erklärte, daß die Aktivitäten eines weltweiten Urankartells einer der Gründe waren, die den Marktpreis von Uran auf 26 Dollar pro Pfund getrieben hätten, als sie bekanntgab, daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, die zu Preisen von 8 bis 12 Dollar abgeschlossen worden seien.«

Der ideologische Terrorismus

Die Hauptwerkzeuge des ideologischen Terrorismus sind die Medien. Die Urheber dieser Art von Terrorismus üben ihn selbst nur dort aus, wo sie die Staatsgewalt übernommen haben. Er wird aber ebenso »von oben« in den Staaten angewandt, wo ihre Gegner sich in nationalistischen oder ebenso rassistischen Gegenstaaten abgeigelt haben.

Die Urheber sind in der Regel als Schreibtischterroristen tätig, die junge, nicht mehr ihrem Ursprung verbundene Menschen über Ideologien zu selbstaufopfernden Befreiungstaten treiben. Diese erscheinen dann als die Terroristen.

Eine der finstersten Terrororganisationen der Geschichte waren die persischen Haschischini Ende des 11. Jahrhunderts. Ihre Führer waren radikal atheistische Nihilisten. Doch sie förderten das religiöse Gefühl der einfachen Anhänger, vor allem aber den Glauben der »Selbstaufopfernden Jünglinge«, die man Fedayin nannte. Der Ausdruck ist jetzt bei den Palästinensern wieder aufgetaucht.

Diese Fanatiker wurden mit Haschisch berauscht, und in diesem Zustand wurden sie von schönen Mädchen höchst zärtlich betreut. Sollten die Jünglinge doch glauben, sie wären im Siebenten Himmel mit den lieblichen Houris. Um sich das Paradies aber endgültig zu verdienen, mußten sie Mordaufträge mit dem Einsatz ihres Lebens ausführen. Mit Gift, Dolch, Schwert und Strick wurden sie der Schrecken nicht nur der rechtgläubigen Muslims, sondern auch der braven Kreuzfahrer, die vor diesen Mordgesellen eine heillose Angst hatten. Durch sie fand das Wort »assasin« für »Mörder« Eingang in alle Sprachen Westeuropas – von Sizilien bis England.

Die mongolischen Horden unter Mangu-Khan rotteten die Assessinen, nicht aber das Gedankengut ihres Gründers »Hassan des Illuminators« aus.

Aus der sachbezogenen, die Zeit unberücksichtigt lassenden Gegenüberstellung von Ideologien, Ereignissen, Kommentaren und Nachrichten auf weltweiter Basis ergibt sich ein ganzheitliches Bild des Terrorismus: An die Stelle der Symptome treten Urheber und Ursachen.

Die Gegenüberstellungen zeigen, daß ein Netz ideologischen Terrors auf der ganzen Welt liegt, dessen Maschen mit dem Ziel einer Weltdiktatur immer enger gezogen werden. Widerspenstige Sterbliche in Führungsstellungen werden aus dem Kreis der Lebenden gezogen, bevor sie die Pläne stören können.

Wo ganze Völker und Gruppen sich unbewußt oder bewußt gegen die »Neue Ordnung« auflehnen, wird der Atomterrorismus wie in Hiroshima und Nagasaki eingesetzt werden.

Kapital als weltweiter Wertmesser

In einer zur Zeit in 155 staatliche Verwaltungsbezirke – sprich Mitglieder der Vereinten Nationen – aufgeteilten Welt, die wiederum selbst in den »gewordenen Strukturen« durch die Aufteilung in Parteien keinen staatstragenden Willen mehr hervorbringen können, gibt es durch die Nichtanerkennung eines transzendenten und dadurch einigenden Prinzips keinen ausreichend gemeinsamen Nenner mehr.

Die in fast zweitausend Jahren zwischen souveränen Staaten entwickelten und mehr oder weniger beachteten Konventionen friedlichen und kriegerischen Zusammenlebens, die davon ausgingen, daß nur Gott unbekannter Richter ist, werden konsequent durch menschliche Unfehlbarkeitsansprüche, konsequente Forderung nach »totaler Kapitulation« und Gerichte ersetzt.

In »Friedenszeiten« dient Terrorismus der Durchsetzung der totalen Unterordnung. Die um ihre Verankerung im Transzendenten und Geoffenbarten gebrachten »humanistischen Ideale« können die hominstische Raubtiernatur noch weniger zügeln als die ehemalige Verpflichtung auf die »Zehn Gebote«. Ihre Stelle als weltweiter Wertmesser nimmt »Das Kapital« ein.

Im Gegensatz zum Realkapital, das das Produkt von Arbeit und menschlicher Erfindungsgabe ist, wird diesen, aus dem Nichts geschaffenen Nominalkapital Eigenwert wie der einer Ware und eigenschöpferische Kraft zugesprochen. Ohne jegliche Leistung unbegrenzt machbar, dient es der schrittweisen Übernahme aller Produktivkräfte in der Welt, da es zumeist als risikoloses Fremdkapital eingesetzt, über die feste Gewinnbeteiligung, ungeachtet des Geschäftsverlaufes, das haftende Eigenkapital verdrängt. Der hierdurch eintretenden zunehmenden Verschuldung des freien Unternehmers, die durch die Absetzbarkeit der Zinsen steuerlich bewußt gefördert wird, entspricht die effektiv zunehmende Beteiligung der anonymen Kapitalbürokratie (multinationale Konzerne, Banken, Zentralbanken und Monopole).

Aus ihnen rekrutieren sich die staats- und wirtschaftsbestimmenden, weitgehend steuerbefreiten Eliten (Bilderberger, CFR, Trilateral Commission, Politbüro, sozialistische Bürokratien), die ihre Tätigkeit ideologisch rechtfertigen. Diese wiederum versuchen untereinander einen Machtausgleich ihrer gegensätzlichen Interessen herbeizuführen. Da diese Elite sich jedoch aufgrund des dem Kapital eigenen Ausschließlichkeitsanspruchs in einem Ausleseprozeß befindet, wird der Überlebenskampf der immer mächtigeren Monopole zunehmend schärfer: Der Terrorismus wird zur Waffe, wo die Gegensätze nicht mehr anders zu lösen sind. □

Siegen die Illuminaten?

Des Griffin

Kurz nach Jimmy Carters Inauguration und Zbigniew Brzezinskis Ernennung zum Direktor des Nationalen Sicherheitswesens veröffentlichte die Trilaterale Kommission den Bericht »Mitarbeit mit den kommunistischen Ländern zur Lösung globaler Probleme«. Der 1977 erschienene Bericht stellte fest: »Diese Schrift wurde veranlaßt von dem Bestreben, jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern bei der Behandlung gewisser internationaler Probleme auszunutzen. Im Rahmen dieser von uns gesuchten Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist es unser Hauptziel, die Weltprobleme wirkungsvoller in Angriff zu nehmen. Eine Mitarbeit der Kommunisten könnte bei der Behandlung dieser Probleme von Nutzen sein.«



Seit 1953, als Experte für sowjetische Angelegenheiten am Forschungsinstitut für internationale Veränderung, Columbia School, Washington D.C., sowie in Harvard tätig, schrieb Brzezinski ein 1970 als Paperback erschienenes Buch mit dem Titel »Between two Ages«, das uns einen Vorgeschmack auf das gab, was uns und unseren Kindern an Niedertracht geboten werden wird.

Engstirnigkeit infolge Unaufgeklärtheit

Die offizielle trilaterale Veröffentlichung befaßte sich mit der »Trilateral-Kommunistischen Zusammenarbeit in neun globalen Problembereichen«, den Ozeanen und dem Weltall, der trilateral-kommunistischen Zusammenarbeit im Bereich der Wetter-Änderungen und der Erdbeben-Kontrolle, Zunahme des Sowjet-Handels mit dem Westen – besonders was technologische und strategische Güter betrifft.

Ein in Brzezinskis Buch »Zwischen zwei Weltaltern« enthaltenes Zitat lautet: »Die Technologie wird den Führern der größeren Nationen eine Auswahl von technischen Verfahren zur Durchführung geheimer Kriege zur Verfügung stellen, von denen nur ein sehr kleiner Teil der Sicherheitskräfte unterrichtet zu werden braucht. Technische Verfahren zur Änderung des Wetters könnten benutzt werden, um lang andauernde Dürrebeziehungsweise Unwetterperioden mit dem Ziel auszulösen, die Widerstandskraft einer Nation zu schwächen und sie zu zwingen, die Forderungen des Gegners anzunehmen.«

Das Buch von Brzezinski wird als die Bibel der Trilateralen bezeichnet. Bei der Darlegung, warum die Welt »ein neues Gewebe internationaler Beziehungen weben« muß (Pseudonym für eine Neue Weltordnung), behauptet Brzezinski, daß die Menschheit große Entwicklungsphasen durchgemacht hat und wir uns heute mitten in der vierten und letzten Phase befinden.

Nach Brzezinskis Bewertung der Geschichte hat sich die erste, sehr primitive »Phase« um Religion gedreht und dafür gesorgt, daß »die Idee angenommen wurde, das Schicksal des Menschen liege im wesentlichen nur in der Hand Gottes«. Eine solche Vorstellung ist für einen derartig großen und »illuminierten« Verstand, wie ihn der eingewanderte Pole sein eigen nennt, vollkommen unakzeptabel, da sie eine »Engstirnigkeit infolge massiver Unaufgeklärtheit, Analphabetentum und eine auf die unmittelbare Umwelt beschränkte Sicht« bezeugt.

Bruder Zbig und der Marxismus

Er erzählt uns, daß die zweite Phase, die der Mensch auf dem Weg zur wahren Erleuchtung durchgehen mußte, der Nationalismus gewesen ist, »der ein weiterer gigantischer Schritt in der fortschreitenden Neudefinition vom Wesen des Menschen und seinem Platz in der Welt war«.

Die dritte Phase sei der Marxismus, der »eine weitere entscheidende und kreative Phase der Ausreifung des menschlichen Universalbildes darstellt. Gleichzeitig bedeutet der Marxismus einen Sieg des äußeren, aktiven Menschen über den inneren, passiven Menschen und einen Sieg des Denkens über den Glauben: er betont die Möglichkeit des Menschen, sein materielles Schicksal zu formen, und dies hat dazu gedient, das Denken anzuregen und menschliche Energie zweckgerichtet zu mobilisieren.«

Einige Seiten später verlangt »Bruder Zbig«, daß wir ihm glauben sollen, daß »der Marxis-



Margo Hoffs Ikon paßt nicht mehr zum Bild der USA. In der Verwirklichung des Marxismus siegt das Denken über den Glauben.

mus, der in dem von den Bemühungen der industriellen und nationalistischen Revolutionären hervorgebrachten sozialen Umbruch geboren wurde, ein einmaliges intellektuelles Instrument war, um die grundlegenden Kräfte unserer Zeit zu verstehen und zu harmonisieren, er hat die Fahne der Internationalen aufgezogen«.

Hinsichtlich der »Rivalität« zwischen Rußland und Amerika findet Brzezinski anscheinend an dem russischen Standpunkt nichts auszusetzen, daß »das letztendliche Ergebnis des Wettkampfes, aufgrund der historischen Überlegenheit des kommunistischen Systems, schon im vornhinein feststeht«.

Die vierte und abschließende Phase wird von Brzezinski als die »Technotronische Ära« bezeichnet – beziehungsweise das »Ideal des vernünftigen Humanitarismus auf weltweiter Ebene«. Laut »Webster's New Collegiate Dictionary« bedeutet Humanitarismus »den Grundsatz, der das göttliche Wesen von Jesus Christus verneint. Die Doktrine, daß die Verpflichtungen des Menschen auf den Menschen und die menschlichen Beziehungen beschränkt sind und ausschließlich von ihm ausgehen. Die Doktrine, daß sich das Wesen des Menschen allein durch eigene Anstrengungen, ohne Gottes Gnade vervollkommnen läßt.« Dies ist die Quintessenz des Illuminatentums – das Dogma, daß es eine Elite gibt, die ganz allein dazu berechtigt ist, die Angelegenheit der Menschheit zu bestimmen.

Eine Elite kontrolliert und steuert

Es ist offenbar, daß Brzezinski ein einsatzfreudiger Verfechter dieser Überlegungen ist. Seine bevorstehende »Technokratische Ära« steht »in unmittelbarem Zusammenhang mit den Auswirkungen der Technologie« und »bedingt das allmähliche Erscheinen einer Gesellschaft, die vermehrt kontrolliert und gesteuert wird. Eine solche Gesellschaft dürfte von einer Elite beherrscht werden, ungehindert von traditionellen Werten. Diese Elite dürfte nicht zögern, ihre politischen Ziele unter Einsatz der allermodernsten Techniken zu verwirklichen, mit denen sich das Volksverhalten beeinflussen läßt und die Gesellschaft genauestens überwacht und kontrolliert werden kann.«

In der Januar-Ausgabe von 1968 des »Encounter« führt Brzezinski zu demselben Thema aus: »Die Wissenschaftler sind zuversichtlich, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Computer genausogut denken kann wie der Mensch und in der Lage sein wird, ›kreative‹ Gedanken zu haben; angeschlossen an Roboter oder ›Retortenmenschen‹ könnten sie wie Menschen handeln.«

»Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zur sozialen und politischen Kontrolle über das Individuum ungeheuerlich zunehmen. Wie ich bereits gesagt habe, es wird möglich sein, eine fast permanente Überwachung über jeden einzelnen Bürger auszuüben und eine aktuelle vollständige Datenkartei zu führen, die selbst höchst private Angaben über die Gesundheit oder das persönliche Verhalten des Bürgers enthält, und zwar neben all den üblichen Daten. Diese Datenbanken werden dem sofortigen Zugriff der Behörden unterliegen.«

In »The Freeman Digest« erklärte George W. Franklin, Koordinator der Trilateralen Kommission, daß »bestimmte weise Männer« (zweifellos Illuminierte) »eingesetzt würden, um darüber zu entscheiden, was getan werden muß«!

Brzezinski erklärt: »Die Realität unserer Zeit ist die, daß eine moderne Gesellschaft wie die U. S., ein zentrales Organ zur Koordinierung und Umstrukturierung braucht, das nicht aus 600 Leuten bestehen kann.«

Wie hat sich Brzezinski vorgestellt, daß die amerikanische Nation und die Welt seine elitäre »Neue Weltordnung« annehmen soll? Dazu erläutert er: »Spannung ist unvermeidlich, wenn der Mensch versucht, das Neue in das Rahmenwerk des Alten zu integrieren. Eine Zeitlang wird der vorhandene Rahmen flexibel genug sein, um das Neue zu integrieren, und zwar indem er es in einer vertrauteren Form anpaßt. Aber irgendwann einmal wird der alte Rahmen überlastet sein. Die neue Menge an Schwierigkeiten läßt sich nicht mehr in traditionellen Formen umfunktionieren und macht sich schließlich mit zwingender Gewalt geltend. Heute schon ist der alte Rahmen der internationalen Politik mit ihren Einflußbereichen, Militärbündnissen zwischen Nationen-Staaten, der Fiktion von Souveränität, den doktrinären Konflikten aus den Krisen des 19. Jahrhunderts – ganz eindeutig nicht mehr mit der Realität zu vereinbaren.«

Bruder Zbig und die Bankers

Man sollte nicht übersehen, daß Brzezinski während seiner Zeit als Leiter des Forschungsinstitutes für Kommunistische Angelegenheiten an der Columbia Universität ebenfalls als »außenpolitischer Berater« und Vertrauter von David Rockefeller tätig war. Es ist offensichtlich, daß der mächtigste Mann in den Vereinigten Staaten, für den angeblich das Amt des Präsidenten eine Rückstufung darstellen würde, an der anti-amerikanischen Philosophie des polnischen Immigranten einen höchst persönlichen Gefallen fand.

Im Jahre 1972 schlug Rockefeller in einer Rede vor dem internationalen Finanzpublikum der Chase Manhattan Bank in London, Brüssel und Paris die Gründung einer Internationalen Kommission für Frieden und Wohlstand vor (die später Trilaterale Kommission genannt wurde), die »dafür sorgen sollte, daß die klügsten Köpfe sich mit den Problemen der Zukunft befassen«.

Zum Schluß seiner Ausführungen sagte er: »Die Angehörigen dieser neuen Generation werden sich sehr viel leichter als ihre Vorfahren über nationale und sprachliche Grenzen hinwegsetzen. Sie werden ein Maß an wirtschaftlicher Integration für selbstverständlich halten und jenen Widerstand leisten, die sich in die Getrenntheit zurückziehen möchten.«

»Ich bin sicher, daß, wenn die neuen Männer und Frauen an die Macht in Regierung und Industrie, in den Universitäten und den Gewerkschaften kommen, wir es leichter haben werden, als es zur Zeit aussieht, eine Interessengemeinschaft zu errichten.«

Der Multi-Milliardär David Rockefeller hat Brzezinski zu seinem Strohmann gewählt, der dann seine elitäre Trilaterale Kommission gegründet hat.

Von dem Rechercheur Craig S. Karpel erfahren wir, daß »Brzezinski im Juli 1973 die Columbia Universität verließ, um Präsident der Trilateralen Kommission zu werden. Er hatte den Auftrag, 200 Mitglieder auszu-

USA

Siegen die Illuminaten?

wählen, die das nächstbeste zu einem Weltvorstand darstellen würden. Brzezinski suchte nicht nur die einflußreichsten Männer der multinationalen Großkonzerne aus, sondern er hat die Organisation auch mit Individuen durchsetzt, die für den Plan unerläßlich waren, um die Kandidaten der Kommission wie Carter und Mondale in hohe Regierungsämter zu bringen. Um sich die Unterstützung der Massenmedien zu sichern, hat er den Chefredakteur der ›Chicago Sun-Times‹, den Chefherausgeber der ›Times‹, den Präsidenten der Columbia Broadcasting System und Direktoren der ›Los Angeles Times‹, der ›New York Times‹ und des ›Wall Street Journal‹ mit aufgenommen.



David Aronsons Garten von Eden. Die Wissenschaftler hoffen, daß bis zum Jahre 2000 der Computer genauso denken kann wie der Mensch.

Was bringt die Reagan-Regierung?

Viele Millionen Amerikaner möchten nichts lieber erleben, als daß die Hoffnungen auf eine rasche Bremsung der Inflation, einer Gesundschrumpfung der Bürokratie und einen sich daran anschließenden Aufwärtssog in der Produktivität Wirklichkeit werden, und daß Amerika seine moralische, geistige und finanzielle Lebenskraft der Vergangenheit zurückgewinnt.

Die Reagan-Regierung muß dazu im Licht der harten, kalten Realitäten beurteilt werden, nicht im warmen Dämmerschein von Wunschträumen. Was geschehen ist und geschieht, muß objektiv betrachtet werden, nicht mit Gefühl.

Erstens, Ronald Reagan hat sich unter dem allmächtigen Druck der unsichtbaren Regierung im Weißen Haus mit Mitgliedern des CFR und der Trilateralen Kommission umgeben, deren grundlegende Philosophie von Genosse »Zbig« Brzezinski in seinem Buch »Between Two Ages« zum Ausdruck gebracht wurde. Diese Philosophie ist in ihrer Grundstruktur illuministisch und den Grundsätzen diametral entgegengesetzt, auf denen die Vereinigten Staaten gegründet sind.

Zweitens, die Liberalen haben mit ihrer üblichen selbstgerechten Überheblichkeit aus den »brutalen« Kürzungen des Staatshaushaltes 1982 eine Streitfrage ersten Ranges gemacht. Tatsächlich aber belaufen sich diese Kürzungen auf weniger als 5 Prozent der Ausgaben von 1981 und sind nichts weiter als symbolische Geste an die Adresse der amerikanischen Wähler, die tiefgreifende Änderungen verlangt haben. Diese Kürzungen sind nicht im mindesten »brutal«.

Im Grunde unternimmt die Reagan-Regierung wenig, um die finanziellen Leiden der Nation zu heilen, nachdem der Präsident bereits früher klar gemacht hatte, daß er nicht die Absicht hat, gegen das private Federal Reserve System vorzugehen, dessen eigennützige Aktionen die Ursachen für diese Leiden sind.

Dieser private Großkonzern, der seit seiner Gründung im Jahre 1913 noch nie eine Wirtschaftsprüfung erlebt hat, wird, wie der verstorbene Kongreß-Abgeordnete Louis T. McFadden sagte, von »einer dunklen Bande von Finanzpiraten« geleitet. Es ist zweifellos der schlimmste Fluch, der jemals auf die amerikanische Nation gelegt worden ist. Dieses skrupellose Kartell hat von den sogenannten Vertretern im Kongreß die Genehmigung erhalten, einen satanischen Plan auszuführen, wodurch sie diese Vereinigten Staaten mit ganz offensichtlicher Straffreiheit ausplündern dürfen. Mit der Monetisierung der Staatsverschuldung haben sie dafür gesorgt, daß sich ein starker Inflationsdruck innerhalb der amerikanischen Wirtschaft aufbaut.

Kanonen- und Butter-Politik

Diese katastrophale Dampfwalze der Zerstörung wurde durch die Entscheidung der Johnson-Regierung in Bewegung gesetzt, jegliche Silberdeckung für die »Fed«-Noten abzuschaffen. Dadurch war der Weg frei für seine »Kanonen- und Butter-Politik«, mit der der Vietnamkrieg finanziert wurde. Das »Federal Reserve System« (Fed) hat dadurch Milliarden neuer, ungedeckter »Dollars« in die Wirtschaft gepumpt, ohne daß damit ein entsprechendes Wachstum von Gütern und Leistungen einhergegangen wäre. Das unvermeidliche Resultat: eine beschleunigende Geldinflation.

Es gibt zwei Arten der Inflation: von Kredit und Geld. Die Inflation in den 20er Jahren war nur eine Kreditinflation. Zu der Zeit war der Dollar so gut wie Gold. Nach gesetzlicher Bestimmung war ein Dollar 412,5 grains Standardsilber. Er hätte gar nicht gesünder sein können. Es gab keine Geldinflation. Das war einfach nicht möglich.

Als die Kreditaufnahme gestoppt wurde (die Ursache für die große Rezession), fielen die Preise auf ihre berechtigte Höhe. Der Wert des Dollar war an Silber und Gold gebunden. Es gab kein Drucken von Papiergeld. Sämtliche Noten konnten zu ihrem Nennwert in Silber oder Gold eingelöst werden.

Die Geldinflation in den 80er Jahren haben die USA deshalb, weil die Monopolisten die Staatsverschuldung monetisiert haben. Das hat die Wirkung, daß Milliarden von ungedeckten »Scheindollars« gedruckt werden. Dadurch sind die Preise für alle Dinge explodiert und viele Unternehmen in den Konkurs getrieben worden. Daraus ist

dann eine konjunkturelle Talfahrt geworden.

Die Regierungseinnahmen sind nach unten abgeknickt, während die Sozialleistungen in die Höhe geschnellt sind. Mit dem »Monetary Control Act von 1980« (Währungskontrollgesetz), das am 1. Juni 1981 in Kraft getreten ist, hat der Kongreß der »Fed« den Freibrief gegeben, die amerikanischen Bürger mehr denn je auszunehmen. Wie der Finanzmann James Sibbett in einem Bulletin betont, »gibt dieses Gesetz der ›Fed‹ die Macht, jede Schuld, sogar eine private, ja sogar die einer anderen Nation, zum monetisieren!«

Monetisierung von Schulden

Bisher hat sich die Inflation in einem Land auf die Monetisierung seiner eigenen Staatsverschuldung beschränkt. Aber mit diesem neuen Gesetz kann die »Fed« auch die Schulden eines ausländischen Landes kaufen sowie die des amerikanischen Bundes, der Kommunen, der Städte, ja sogar die privater Unternehmen wie zum Beispiel von Chrysler. Die Zahlungsweise für diese Schulden besteht darin, Dollars aus dem Nichts zu schöpfen, einfach, indem man dem Verkäufer der Schuld einen Kredit in den Fed-Büchern einräumt. Der Verkäufer kann dann diesen Kredit jederzeit beanspruchen, indem er sich bei der Bank an der Ecke Dollars holt. Auf diese Weise wird die Geldmengenversorgung erhöht. Da sich das Geldmengenwachstum ausweitet, gehen die Preise für Güter und Waren in die Höhe.

Entscheidend ist jedoch, daß, selbst wenn es Präsident Reagan gelingt, den Haushalt auszugleichen und sogar einen Goldstandard einzuführen, wir immer noch unter einer galoppierenden Inflation leiden, und zwar wegen dieser neuen Möglichkeit der Monetisierung der Schulden.

Das letztendliche Motiv, das diesem Gesetz zugrunde liegt, ist, die internationalen Bankers aus der Klemme zu holen, da sie auf wertlosen Darlehen sitzen, die sie an fremde Nationen verliehen haben. Letztlich ist es eine einfache Umbuchungsaktion, womit die Verluste der Bankers an das amerikanische Volk in Form von steigenden Preisen abgewälzt werden.

Außerdem lassen sich damit auf bequeme Art und Weise Unternehmen wie Chrysler, Geld- und Kreditinstitute und sonstige Schulden »gutschreiben«, die nach Meinung der »Fed« gerettet werden sollten.

Unterdessen täuscht die »Fed« vor, die Inflation mit einer Hochzinspolitik zu bekämpfen, was in Wirklichkeit dazu beiträgt, die Inflation nicht mehr anzuheizen, da überall die Kosten steigen. »Absurde« Zinssätze, wie Präsident Reagan sie nannte, werden tatsächlich eine Rezession verursachen, die so gut wie eine Garantie ist, daß zunächst Chrysler-Schulden von der »Fed« monetisiert werden. Hohe Zinsen helfen nur, die Kreditinflation zu bremsen, die wir gar nicht haben. Dagegen heizen hohe Zinsen die Geldinflation an, und die haben wir.

Diese neue Bedrohung des Dollars ist noch größer und handfester als die alte. Es ist möglich, daß Präsident Reagan den Etat ausgleichen kann. Aber es ist ausgeschlossen, daß die Hottentotten in Timbuktu ihre Kredite jemals zurückzahlen. Ich weiß nicht, wie hoch diese nicht eintreibbaren Schulden dort draußen sind. Eine Schätzung spricht von 500 Milliarden Dollar. Auf jeden Fall reicht es aus, um den Dollar auszulöschen, wenn die »Fed« sie monetisiert.

Mißachtung der Gesetze

Alle Probleme, die die amerikanische Nation belasten, lassen sich auf ein und denselben Nenner bringen – Mißachtung der Gesetze. Unter dem satanischen Einfluß der von den Illuminaten beherrschten Humanitaristen ist die amerikanische Öffentlichkeit einer Gehirnwäsche unterworfen worden, die sie glauben macht, daß es keine absoluten Wahrheiten, keine absoluten Gesetze gibt. Und keine Strafe dafür, daß man alle Gesetze mit Füßen tritt, die uns von Gott gegeben wurden. Diesem satanischen Ansturm ist es gelungen, die Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft zu unterminieren.

Die grimmige Zukunft, die Illuminaten für alle amerikanischen »Bauern« vorgesehen haben, wurde von einem Sprecher einer weiteren Exklusivgruppe, dem Club of Rome, sehr anschaulich dargelegt. In einem Interview mit dem Magazin »Fusion« vom August 1980 hat Howard Odum, Meeresbiologe an der Universität Florida, enthüllt, was die Internationalisten für unsere Zukunft planen: »Die Vereinigten Staaten haben eine neue und reizvolle Führungsrolle in der Welt. Wir werden die Welt nach unten führen. Wir werden die Welt auf ein niedrigeres Niveau des Energieverbrauchs bringen.«

Die Weltstrategen glauben, »es ist notwendig, daß die Vereinigten Staaten in den nächsten 50 Jahren ihre Bevölkerung um zwei Drittel verringern.« Odum erzählt leider nicht, wie er und seine illuminierten Freunde die Beseitigung von rund 150 Millionen ihrer Mitamerikaner bewerkstelligen wollen, aber wir können sicher sein, daß sie mit Fleiß an dieser Problemlösung arbeiten.

In dem von Odum vorgesehenen Staat könnte der Großteil der Bevölkerung »Vollbeschäftigung in einer eigenversorgerischen Landwirtschaft finden. Es gäbe praktisch keine Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiten, die heute von Maschinen ausgeführt werden, wieder von Menschenhand getan werden müßten.«

Der Plan sieht eindeutig vor, daß die Amerikaner nach und nach all ihrer Freiheit und ihres Wohlstandes beraubt werden und daß sie in der Neuen Weltordnung auf den Status von Leibeigenen gedrückt werden. Dies bestätigt die Aussage des verstorbenen Professor Carrol Quigley, daß die Internationalisten »nichts weniger wollen, als ein Weltsystem der finanziellen Beherrschung durch Privathand, welches das politische System eines jeden einzelnen Landes sowie die Weltwirtschaft insgesamt lenkt. Dieses System soll von den Zentralbanken der Welt in feudalistischem Stil gesteuert werden, die konzentriert handeln, und zwar aufgrund von Geheimabkommen, die auf häufig stattfindenden Gipfeltreffen und Gipfelkonferenzen vereinbart werden.«

Amerikas Schicksaldekade

Amerika steht an einem Scheideweg. Das Jahrzehnt der 80er Jahre ist die Schicksaldekade. Die kommenden Jahre werden über die Zukunft der Vereinigten Staaten entscheiden – und die der ganzen Welt.

Für diejenigen, die »Augen haben, um zu sehen«, sind die Wegweiser klar und unmißverständlich markiert. Der eine Pfeil weist die Nation auf einen verführerischen Pfad des Vergnügens, bespickt mit subtilen Vortäuschungen, die an die niedrigsten Instinkte des Menschen appellieren, nach Links. Dies ist der Weg des geringsten Widerstandes, der Weg, der all jenen traurigen, kranken Geschöpfen verheißungsvoll erscheint, die jegliches persönliches Verantwortungsbewußtsein aufgegeben und ihre Seele für eine bezahlte Reise in die Märchenwelt eingetauscht haben, die die humanitaristischen Propagandisten für sie geplant haben.

Diese leichtgläubigen Unschuldslämmer, die sich auf diesen Weg verlocken lassen, wissen nicht, daß er zu einem gewaltigen persönlichen Trauma, zu Frustration, Armut, Degradierung und letztlich in die totale Sklaverei führt.

Der andere Pfeil lenkt die amerikanische Nation auf einen langen, mühsamen Weg des Aufstiegs zurück zur nationalen Unabhängigkeit und wahrem materiellem und geistigem Gedeihen. Er führt in die Freiheit. □

Multis

Der Erdöl-Kolonialismus

Gert v. Paczensky

»Wir sind ohne jeden Zweifel erpreßbar. Seit wir uns vom Öl abhängig gemacht haben, mußte das für jedermann klar sein«, sagte Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker Mitte November 1977. Professor Helmut Schäfer von der Technischen Universität München fügte hinzu: »Es wurde so getan, als habe 1973 eine krasse Zäsur in unserer Energieversorgung stattgefunden, die alle Welt überrascht hat. Dies war keineswegs der Fall. Die Problematik der Ölversorgung, die Abhängigkeit von dritten Ländern war durchaus vorher bekannt. Es ist auch schon 1973 von Fachleuten deutlich darauf hingewiesen worden. Nur hat niemand die Warnungen in der Öffentlichkeit und insbesondere in der Politik hören wollen.«

Das wird wohl auch auf die Haltung wichtiger Presseorgane zurückzuführen sein. In Wirklichkeit waren die Warnungen schon damals unüberhörbar. Mit der wachsenden Abhängigkeit vom Öl verbunden war ja ein schmerzhafter Schrumpfungsprozeß der deutschen Ruhrkohle, der unter ausgesprochen krisenhaften Begleiterscheinungen in wenigen Jahren viele Arbeitsplätze vernichtete.

Versündigung an den lebenswichtigen Interessen

Die Zahl der Beschäftigten unter Tage ging an der Ruhr von Ende 1969 bis 1973 von 325 215 auf 98 220 zurück, die der insgesamt in der Ruhrkohle Beschäftigten von 495 847 auf 162 979, und an der Saar wurde ja auch stillgelegt. Die »stillgelegten« Schachtanlagen hatten eine verwertbare Förderung von mehr als 75 Millionen Tonnen pro Jahr gehabt, die stillgelegten Kokereien von etwa 19 Millionen Tonnen, die stillgelegten Brikettfabriken fast drei Millionen Tonnen.

Nicht alles an dieser »Schrumpfung« war vermeidbar. Auch die Kohleindustrie hatte einen jedenfalls unbequemen Modernisierungsprozeß durchzumachen. Aber die Art, wie ihre Abdankung zugunsten des Öls forciert wurde, ohne daß die Verantwortlichen für die deutsche Energieversorgung eingriffen – Ludwig Erhard gehörte zu den Entscheidenden –, war nicht nur eine Versündigung an den lebenswichtigen Interessen der nächsten Generationen, sie wurde auch damals schon erkannt und immer wieder beschrieben.

Mit dem Heizöl gegen die Kohle

Als Vorläuferin der Europäischen Gemeinschaft war am 25. Juli 1952 die »Montanunion« ins Leben getreten, die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl«. Sie wurde ebenso wie heute die EG in Brüssel von einer »Hohen Behörde« geleitet, mit der Zuständigkeit, die der Name beschreibt und die ihr die teilnehmenden Regierungen (Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und die Benelux-Staaten) unter Verzicht auf eigene Souveränitätsrechte abgetreten hatten.

In der Zeit davor war die Ruhr nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg einem von den Besatzungsmächten verordneten Sonderregime unterworfen gewesen – zur verordneten »Entflechtung« und »Entkartellisierung«, die große Teile der deutschen Industrie betraf, hatte auch noch ein spezielles Statut die Ruhr einer internationalen Behörde unterstellt. Die Bundesrepublik hatte dort gegenüber den westlichen »Partnern« kaum etwas zu melden. Aber auch nach Beginn der Montanunion ging es dem Ruhrkohlebergbau nicht besser. Die Weichen für den überwältigenden Sieg des Öls wurden damals gestellt.

Öl hat den »Sieben Schwestern« Reichtum und Macht gebracht. Die Ölstaaten wurden politisch betrogen und wirtschaftlich ausgeplündert. Profite kennen keine Moral.

Helmuth Burckhardt, Ehrendoktor ing., Bergassessor a. D., war damals Generaldirektor des Eschweiler Bergwerks-Vereins und Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau. Er versuchte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack, dann Konrad Adenauer und schließlich Erhard als Bundeskanzler klarzumachen, daß eine politische Entscheidung fällig sei, um dem Verdrängungswettbewerb des Öls zu begegnen. Damals waren die Multis mit dem Heizöl gegen die Kohle angetreten. Für Benzin brauchten sie keinen Kampf zu liefern, dieses Geschäft besorgte die Motorisierung von selbst. Aber – wer Heizöl forcierte, forcierte zwangsläufig auch die Benzinproduktion mit.



Aus der Tonne Rohöl gewinnt die Raffinerie automatisch auch Benzin – allenfalls die Hälfte ergibt Heizöl.

Burckhardt berichtet in seiner Schrift »25 Jahre Kohlepolitik«, wie die Ruhrkohle im Wettbewerb behindert und zu einer Umverteilung ihrer Lieferungen gezwungen wurde, wie dadurch dann ihre traditionellen Abnehmer erst zur Importkohle und dann zum Heizöl abgedrängt wurden – all das nicht in einem Wettbewerb mit Chancengleichheit, sondern unter beständiger gezielter Behinderung der Ruhrkohleunternehmen.



Und Burckhardt warnte damals, daß das Öl nicht so billig bleiben werde: Der deutsche Steinkohlebergbau »steht also heute auf seinen angestammten Märkten im Wettbewerb mit Energieträgern, die nur vorübergehend auf Grund besonderer Ereignisse ganz besonders billig angeboten werden und deren Wettbewerbslage gegenüber der heimischen Kohle sich wieder ändern wird. Es entsteht in dieser Sachlage die Frage, ob es angezeigt ist, zuzulassen, daß diese nur vorübergehende Entwicklung zu einer starken Einschränkung der Förderkapazität des deutschen und europäischen Kohlebergbaus führt. Zur Diskussion stehen dabei die Fragen der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit der Versorgung. Ihre Sicherheit ist vor allem abhängig von der Sicherheit der Zufahrtswege und von der Lieferwilligkeit der jeweiligen Produzenten. Ihre Wirtschaftlichkeit ist aber wesentlich auch eine Funktion der von den Exporteuren angestrebten Preispolitik.«

Das war ein Jahr vor der Gründung der OPEC, 14 Jahre bevor die OPEC die westliche Welt unsanft aus der Vorstellung aufweckte, billiges Öl sei ein automatisches Vorrecht für die Industrieländer.

Sieben Schwestern

Die größten Ölgesellschaften werden in der Branche seit langem »Sieben Schwestern« genannt. Oft sagt man auch »Majors« und das bedeutet hier die größten. Die sieben – das sind Exxon (amerikanische Mutter der Esso), Shell, Mobil, BP, Texaco, Gulf und Socal (Standard Oil of California), deren Produkte wir unter dem Namen »Chevron« kennen.

Die persische Ölkonzession kostete 1901 in bar 20 000 Pfund, umgerechnet 409 000 Reichsmark. In heutiger Kaufkraft würde man etwa sieben oder acht Einfamilien-Reihenhäuser dafür bekommen. Die »Anglo-Persian«, später in Anglo-Iranian umgetauft und dann in BP, konnte dafür rund 835 Millionen Tonnen Öl fördern. Das ist soviel, wie die Bundesrepublik im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens insgesamt verbraucht hat: von 1950 bis 1974.

Zwei Millionen Pfund zahlte die britische Regierung 1914 für ihre Beteiligung an BP. Winston Churchill gab 1923 bekannt, daraus habe die Regierung schon 25,6 Millionen Pfund gewonnen – an der Wertsteigerung, an den Dividenden und an gesparten Ausgaben für Erdöl. Die bis dahin von der BP gezahlten Steuern vergaß er: 3,24 Millionen Pfund. Für einen Einsatz von zwei Millionen nach acht Jahren fast 29 Millionen – das kann sich sehen lassen.

Der ausgewiesene Reingewinn der BP von damals bis 1980: 6,8 Milliarden Pfund. Obwohl von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre weitgehend von Steuern befreit, wird sie dem britischen Staat dennoch auch einen Milliardenbetrag an Steuern verschafft haben.

Für eine Konzession im Nahen Osten zahlte die Standard Oil of California aus eigener Kasse 70 000 Pfund (Gold), umgerechnet 324 000 Dollar (oder auch 1,4 Millionen Mark), verteilt auf die Jahre 1933 bis 1936. Für das Geld hätte sie auch etwa dreißig Rolls-Royce kaufen können oder 30 Mercedes S 8 oder ein ziemlich großes Mietshaus.

Alle weiteren Kosten konnte sie auf später hinzukommende Gesellschafter abwälzen oder aus den schon laufenden Öleinnahmen decken.

Das war in Saudi-Arabien. Es brachte der Standard bis 1973 mehr als 800 Millionen Tonnen Erdöl, den vier Partnern zusammen 2,7 Milliarden Tonnen. Bis 1980 flossen weitere drei Milliarden Tonnen – auch sie zu günstigen Bedingungen größtenteils von denselben Gesellschaften vermarktet. Insgesamt wäre das die Ölversorgung der Bundesrepublik (unter Anlegung unseres tatsächlichen Verbrauchs) von 1950 bis zum Jahr 2000.

Die Bundesrepublik hat seit ihrer Gründung bis 1980 am Mineralöl rund 350 Milliarden DM Mineralölsteuer und Umsatzsteuer verdient.

Das sind einige Milliarden mehr, als Indiens Zentralregierung mit allen Staatshaushalten der letzten zehn Jahre zusammen für ihr 675-Millionen-Volk ausgeben konnte. Es ist fünfmal soviel, wie die Bundesrepublik in diesem Zeitraum insgesamt an staatlicher »Entwicklungshilfe« ausgegeben hat.

Erdöl-Kolonialismus

Antriebskraft und Schmierstoff für den industriellen Aufschwung Europas, Australiens, Neuseelands, Japans und der weißen Enklaven in Afrika und Asien war das superbillige Erdöl der Kolonialzeit. Nordamerika förderte für sich selbst lange Zeit genug und mußte erst nach dem Zweiten Weltkrieg Öl importieren.

Für die Konzessionen in Kolonien oder nach kolonialem Muster waren nur lächerliche Beträge bezahlt worden. Produktionskosten und Abgaben an die Herkunftsländer waren im Verhältnis zum Gewinn belanglos. Das billige Kolonialöl bestimmte durch seine Mengen auch die Preise für die Produktion aus anderen Ländern, die ebenfalls benötigt wurden, um die immer gewaltigere Nachfrage zu decken – hauptsächlich aus Lateinamerika.

Diesen Markt beherrschten, den Gewinn schöpften bis 1973 so gut wie allein die sieben größten Ölgesellschaften, die »Sieben Schwestern«. Die Weltförderung betrug von 1857 bis 1973: 41,26 Milliarden Tonnen. Davon förderten: Nordamerika (Selbstverbraucher) 15,5 Millionen Tonnen, Sowjetblock und Jugoslawien 5,65 Milliarden Tonnen, Europa außer den vorstehenden 0,48 Milliarden Tonnen, Australien und Neuseeland 0,066 Milliarden Tonnen. Hauptsächliche Konzessionen der Kolonialwirtschaft: 12,5 Milliarden Tonnen.

In welchem Mißverhältnis die Gewinne standen, die das Lieferland einerseits, die jeweilige Ölgesellschaft und ihr Heimatland andererseits aus dem Öl der Kolonialwirtschaft ziehen konnten, mag eine Momentaufnahme aus dem Jahr 1950 zeigen. Gestützt auf die in London 1951 veröffentlichte Bilanz der BP kommen wir zu einer bemerkenswerten Gewinnverteilung (nach dem damaligen Kurs von Pfund in DM umgerechnet): In britische Kassen flossen 948,9 Millionen DM, die Perser erhielten an Royalty 188,5 Millionen DM.

Multis

Der Erdöl-Kolonialismus

Knappheit selbst gemacht

Viele Jahrzehnte lang haben einige Öl-Multis den Energiemarkt der Welt beherrscht und, was die Kohle anbelangt, durcheinandergebracht. Die »Sieben Schwestern« wünschen weiter eine entscheidende Rolle zu spielen, wenn auch vielleicht nicht mehr nur beim Öl. Sie stellen sich uns heute als zuverlässige, verantwortungsbewußte Garanten steigender Energieversorgung vor – unter der Bedingung freilich, daß wir ihnen hohe Gewinne gönnen.

Es gibt aber viele Beispiele, daß die Multis ohne viel Federlesens Produktion und/oder Versorgung kürzten, sobald sie sich über amtliche Maßnahmen und Regelungen ärgerten, seien es Kontrollen oder Quoten oder in anderen Fällen auch die Freigabe eines Marktes, den sie lieber schön geregelt und aufgeteilt sähen. Ganz zu schweigen davon, daß die Multis, als schon die künftige Knappheit längst vorauszusehen war, sogar die Ölsuche selbst drosselten. Vorkommen, deren Ergiebigkeit längst erwiesen war, wurden nicht in Arbeit genommen, weil die Gesellschaften lieber auf höhere Preise warten wollten.

Ölgesellschaften sind keine Fürsorgeunternehmen. Sie sind kommerziell orientiert, auf möglichst hohen Gewinn ausgerichtet. Warum hätten sie ausgerechnet in Zeiten relativen Energie-Überflusses schon die zusätzlichen Quellen entwickeln sollen, die dann die Preise ihrer bisherigen Gewinnbringer gedrückt hätten? Da zu zögern, ist verständlich. Sie möchten auch nicht dafür getadelt werden, daß sie die ungeheuren Erdgasvorkommen in ihrem Tätigkeitsbereich, die schon vor 20 Jahren hätten nutzbar gemacht werden können, keines Blickes würdigten. Das galt als zu teuer, »unwirtschaftlich«. So darf ein kommerzielles Privatunternehmen natürlich argumentieren. Aber dann kann es nicht gleichzeitig behaupten, qualifiziert zu sein, die Verantwortung für unsere Energieversorgung zu übernehmen.

Qualifizierter, so tönt es, als ein staatliches Unternehmen wäre. Diese Behauptung wirkt im Licht bisheriger Erfahrungen reichlich verwegen. Staatliche Unternehmen will auch ich nicht automatisch höher einschätzen als nichtstaatliche. Wenn es aber um Grundlagen für die Lebensfähigkeit der Staaten überhaupt geht, und zu diesen Grundlagen gehört sehr vorrangig eine ausreichende Energieversorgung, dann flößt ein Unternehmen, das dem Staat verpflichtet ist und von ihm kontrolliert werden kann, dem also die Versorgungssicherheit wichtiger zu sein hat als seine eigene »Rendite«, zweifellos mehr Vertrauen ein.

Der Bock als Gärtner

Über die Vertrauenswürdigkeit der Groß-Multis zu sprechen, ist besonders dringlich, wenn der Kapitalbedarf immer riesiger und die Energieversorgung immer problematischer zu werden scheinen. Es ist ein Ablenkungsmanöver, zu behaupten, nur diese Gesellschaften hätten die Mittel dafür.

Woher denn? Doch wohl von den Verbrauchern, dem Kapitalmarkt, dem Staat, durch die großzügigen Steuervergünstigungen, die gewöhnlich nicht erwähnt werden, wenn von der angeblich hohen Besteuerung der Firmengewinne die Rede ist. Fraglos könnte der Staat, könnten die Staaten das notwendige Kapital aufbringen – zumal, was uns am nächsten liegt, die in der Europäischen Gemeinschaft. Wenn die Summen wirklich ins Astronomische gingen, müßte vielleicht auch eine europäische Energiegesellschaft her.

Seit einiger Zeit geistert durch die Diskussion die Schätzung eines renommierten Instituts, daß der Übergang zu neuen Energiesystemen weltweit zusätzlich 40 Billionen Dollar im Wert von 1975 erfordert. Damals stand der Dollar ähnlich wie 1981, es bedeutet also fast 100 Billionen DM.

Zugegebenermaßen – diese Riesensumme wäre schließlich für die ganze Welt, und keineswegs nur von einem Staat aufzubringen, und sicher nicht auf einmal. Und auch für dieses Institut könnte der Satz Erhard Epplers von der Prognosen-Makulatur gelten. Aber daß gewaltige Beträge nötig sein werden, bezweifelt niemand.

Stört denn auch der Gedanke niemanden, daß sie von kaum einem Dutzend Ölgesellschaften einkassiert, verwaltet, disponiert, ausgegeben werden sollten? Daß die Verfügungsgewalt über diese Gelder in die Hände einiger weniger, privatprofitorientierter Konzernvorstände gerät, die niemanden außer ihren gewinnerpichten, aber machtlosen Aktionären Rechenschaft schulden und keiner wie immer gearteten demokratischen Kontrolle unterliegen? Die sich vielmehr in der Vergangenheit immer wieder über die Interessen und Wünsche so mancher Völker und Staaten, deren Geld sie da abschöpfen würden, hinweggesetzt haben?

Die zivilisierte Welt verhängte einen Boykott gegen das weiße Apartheidsregime im Süden Afrikas – Multis lieferten Öl und machten den Boykott wirkungslos. Geld ist Macht – wenn man dieser kleinen Gruppe die Finanzgewalt zur Organisation unserer Engergieversorgung überträgt, könnte man ihr gleich die Weltregierung übertragen, vielleicht wenigstens die der westlichen Welt. Wer so abdankt, ob als Staat oder Staatengruppe, hat Energie- und andere Wirtschaftskrisen in der Tat verdient.

In der Energieversorgung haben wir abgedankt

Das Argument gilt natürlich auch für weniger abenteuerliche Finanzmassen und in bescheidenerem Rahmen, wenn sie für uns so wichtig sind wie die Energieversorgung der Bundesrepublik. Leider hat es den Anschein, als ob unser Staat, just auf diesem Gebiet, das alle andere wirtschaftliche Aktivität beeinflußt, weitgehend abgedankt hat. Das ist schon in den Gründerjahren der Bundesrepublik passiert, in der Zeit, als die CDU/CSU die Regierung stellte. Damals haben wir uns wohl angewöhnt, die Interessen der Multis mit unseren eigenen gleichzusetzen, und diese Mentalität findet sich auch in der Gegenwart. Sie prägt beispielsweise eine Studie über die Energieversorgung, die das Bundeswirtschaftsministerium im Auftrag von Bundeskanzler Schmidt Anfang 1980 entworfen hat, und die großenteils von der PR-Abteilung eines Ölmultis verfaßt sein könnte.

»Mit dem Zurückdrängen der internationalen Ölgesellschaften mehren sich die Ansatzpunkte für eine Bilateralisierung und Politisierung des Ölgeschäfts«, heißt es da, als seien direkte ölwirtschaftliche Beziehungen zwischen zwei Staaten etwas Verwerfliches und die Ölwelt nicht schon immer politisiert gewesen, woran in der Vergangenheit die internationalen Ölgesellschaften mehr schuld hatten als jeder andere. Es geht weiter:

»Die Ölwaffe wird selektiver und subtiler anwendbar; die Lieferländer könnten als Geschäftsgrundlage von ihren Abnehmern politisches Wohlverhalten und spezifische Marktöffnungen, konkrete Abnahmezusagen bestimmter Erzeugnisse, Technologie und ähnliches fordern.«

Zu deutsch: Die Lieferländer können in Zukunft ihre Lieferungen mit Bedingungen verknüpfen. Das klingt so recht bedrohlich. Aber da täten sie nur, was die Ölkonzerne vorgemacht haben. Diese haben die Wirtschaftspolitik von jeher mitbestimmt, sogar auch die Außenpolitik. Die OPEC-Länder würden auch nichts machen, was ihnen nicht die westlichen Nationen und der Ostblock gezeigt haben.

Die Verfolgung außenpolitischer Ziele mittels des Außenhandels ist nichts Neues, internationale Koppelgeschäfte schon überhaupt nicht. Als sich Ende 1981 Multis aus Libyen zurückzogen, auf dem Tiefpunkt der amerikanisch-libyschen Beziehungen, wurde wohl ebenfalls die »Ölwaffe« angewendet.

Ja, das liest sich alles wie ein Appell, die Multis möglichst schnell wieder in ihre alte Rolle einzusetzen. Aber das kann nur ein Nachruf sein, denn sie haben diese Rolle nun verloren, und es ist besser, der Westen stellt sich realistisch darauf ein. Dazu gehört natürlich auch die Erkenntnis, daß es im Gegensatz zum Selbstlob der Ölgesellschaften kein Vorteil wäre, ihnen ihre alte Schlüsselrolle zurückzugeben.

Abhängigkeiten sind keine Einbahnstraßen

Sieben oder acht Ölgesellschaften in der Schlüsselrolle – da dürfte ein politischer Krach zwischen einer von ihnen und einem Förderland wohl für die Kundschaft bedenklicher sein, zu der dann viele Länder gehören, als zwischen einem westlichen Staat und einem Lieferland. In Wirklichkeit würde der Weg über den Verteilungsapparat der Multis die Ölländer noch mächtiger machen.

Aber das geht zu Ende. Ihnen bleibt nur für eine Zeit noch die Funktion von Verteilern, weitgehend zu Diensten und im Auftrag der Förderländer, bis diese auch das in direkte Eigenregie nehmen. Daß die Ölgesellschaften nichts mehr wirklich garantieren können, hat in der Ölkrise von 1973/74 Japan merken müssen. Plötzlich kündigte einer der Ölriesen nach dem anderen diesem besonders ölabhängigen Industriekoloß die Lieferungen auf, dann lieferten sie doch.

Das Schreckgespenst der Großmultis, die direkten Beziehungen zwischen Staaten auch auf dem Gebiet des Erdöls, hat in Wirklichkeit einen Vorteil, den kein Multi bieten kann. Sollte in der Tat ein Boykott eines Industrielandes kommen, also eine Lieferverweigerung trotz getroffener Abmachungen, dann kann sich ein solches Land wohl besser wehren, als es eine Ölgesellschaft könnte: Es hat ganz andere Druckmittel.

So wie wir von dem Öl, sind die Ölförderländer auf geraume Zeit von Ausrüstungen abhängig, die nur die industrialisierten Staaten liefern können. Die wirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten sind keine Einbahnstraße. Wie gesagt – diese Entwicklung ist ohnehin im Gange, wie die wachsende Zahl von Lieferabkommen zwischen den Ölstaaten beziehungsweise deren nationalen Gesellschaften und westlichen aber auch anderen Empfängerländern und deren staatlichen Gesellschaften beweist.

Was manche westliche Regierung befürchtet, darunter auch wohl die unsere, ist etwas anderes. Die ölfördernden Länder sind scharf darauf, nicht nur über ihre Lieferungen des für uns wichtigsten Rohstoffes zu verhandeln, also über unsere Interessen. Sie möchten auch andere Bereiche der Weltwirtschaft einbeziehen, jene, in denen die geltende Weltwirtschafts-»Ordnung« ihre Interessen und die anderer »Entwicklungsländer« nicht hinreichend berücksichtigt.

Davor schreckt man in Bonn nicht weniger zurück als in Washington oder London. Aber es ist abzusehen, daß es uns nicht gelingen wird, ewig zu mauern. Eine realistische und langfristige Politik der Energiesicherung setzt voraus, daß man auch die Wurzeln der Krise erkennt, in die wir geraten sind. Sie sind in einer tiefen Ungerechtigkeit, im kolonialistisch bestimmten Ungleichgewicht des herrschenden Weltwirtschaftssystems zu suchen, an dem die Multis erheblichen Anteil hatten. Dagegen haben sich die ölfördernden Länder als erste erfolgreich aufgelehnt. Die Multis wegen ihrer technischen Tüchtigkeit auch morgen zu den Verantwortlichen für die Energieversorgung zu machen, heißt wirklich, den Bock als Gärtner zu behalten.

Politisch betrogen und wirtschaftlich ausgeplündert

Die Lösung, sogar eine, die den Multis die erwähnten Verteilungsaufgaben lassen würde, geht nur in Zusammenarbeit mit den OPEC-Ländern. Dabei stört das Israelproblem, aber das ist nicht die Schuld der OPEC. Natürlich auch nicht die der Multis. Naiv ist nur, anzunehmen, so entscheidende Belange wie unsere Energieversorgung durch Länder, die auch noch wichtige andere Interessen haben, könnten für immer in einem politikfreien Raum gehalten werden.

In diesem Zusammenhang gibt es seit der ersten Ölkrise auch eine neue Diffamierungskampagne. Wer auf die berechtigten, teilweise lange überfälligen Wünsche und Forderungen der arabischen Ölstaaten eingeht, mache »Kotau vor den Scheichs«, heißt es da, »schiele« nach ihrem Wohlwollen, sprich Öl – kurz: ist offenbar ein charakter- und würdeloser Verräter an edlen Prinzipien. Hauptprinzip unter diesen wäre natürlich, die Launen der jeweiligen israelischen Regierung über alles zu stellen ... auch über jede Moral.

Denn es ist unbestreitbar, daß in unseren Beziehungen zu dieser nahöstlichen Welt, die der Westen jahrzehntelang politisch betrogen und wirtschaftlich ausgeplündert hat, das langfristige Interesse sich endlich auch einmal mit der Moral deckt. Die gebietet Wiedergutmachung der Sünden, die im Kolonialzeitalter begangen wurden, bis weit in unser Jahrhundert hinein. Das ist so zwingend, wie die Diffamierungskampagne verächtlich ist. Man kann ihre Spuren aber fast täglich irgendwo in der deutschen Presse finden. Wer die Zukunftsinteressen der Bundesrepublik ernst nimmt, darf sich von diesen Haßgesängen nicht beeindrucken lassen.

Für die Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern und der OPEC gibt es schon einen diskutablen Vorschlag. Er stammt vom Präsidenten des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Armin Gutowski, und dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Roth, die ihn 1980 vorgelegt haben. Er sieht Liefergarantien und Preisbeschränkungen der OPEC einerseits, eine Wertgarantie der Industrieländer für die Finanzanlagen der Förderländer andererseits vor, dazu einen Fonds, der auch anderen »Entwicklungsländern« helfen würde. Wie üblich, ist er zunächst von den Zuständigen, die aus ihrem eingefahrenen Gleis nicht herauswollen, als unmöglich abgelehnt worden.

Zurück zu unseren »Sieben Schwestern«, den »Majors«. Natürlich hätten sie auf Presse und Öffentlichkeit in den westlichen Ländern nicht ganz so erfolgreich einwirken können, wenn sie sich nicht rechtzeitig Freunde und Kontakte in den Regierungen und Verwaltungen gesichert hätten. So brauchten sie ihre Argumente nur selten selber vorzubringen.

Das alte Lied von der verlustreichen Suche

»Das für die Öl-Entwicklung benötigte Kapital ist so groß, daß nur die größten internationalen Gesellschaften die Ressourcen und die technische Erfahrung im benötigten Umfang haben«, las ich schon vor 20 Jahren in einer amtlichen britischen Publikation. »Besonders«, so geht es weiter, hätten nur die Großen »die Fähigkeit, die schweren Verluste zu tragen, die untrennbar mit den erfolglosen Suchbohrungen verbunden sind, denen man bei der Suche nach neuen Ölquellen ausgesetzt ist«. Unausgesprochen: und deswegen müssen sie möglichst riesige Gewinne machen.

Die Osmose zwischen »Majors« und regierendem Milieu ist überall weit gediehen. In den USA ist sie ganz offen und notorisch – die Ölindustrie hat nicht wenige hohe Regierungsbeamte und Regierungsmitglieder gestellt, und einige Präsidenten aus dem »richtigen« Milieu.

In der Bundesrepublik gibt es kaum ein einschlägiges Papier von Bundesregierung oder Länderregierung, das nicht wenigstens teilweise auf Entwürfe früherer oder gar noch tätiger Mitarbeiter der Ölgesellschaften zurückginge. Wenn die niedersächsische Wirtschaftsministerin den pensionierten Shell-Deutschland-Chef Welbergen zu ihrem offiziellen Berater macht, wenn man sich erinnert, daß der CDU-Schatzmeister Walter Leisler Kiep früher im Aufsichtsrat der Texaco saß und der einflußreiche Industrielle Otto Wolff von Amerongen im Direktorengremium von Exxon, braucht man sich über großes Verständnis für Multi-Belange nicht sonderlich zu wundern. Verständnis hauptsächlich für ihre Gewinnbedürfnisse wegen der aufwendigen, verlustreichen Suche – das Lied ist alt. □

Die Öffentlichkeit wird systematisch an der Nase herumgeführt, was die Ölkrise und ihre Gründe anbelangt – auch bei der Frage: »Muß Öl wirklich so teuer sein?« Daß sogar die Bundesrepublik vom Erdöl-Kolonialismus betroffen ist, weiß kaum jemand. Mit einer Kampagne gegen die OPEC sollen wir von Entwicklungen und Tatsachen abgelenkt werden, ohne deren Kenntnis wir die Energiekrise nicht durchschauen, also auch nicht mitreden können. Gert v. Paczensky hat in seinem Buch »Das Ölkomplott – Von der Kunst, uns und andere auszunehmen« Informationen und Zusamenhänge dargestellt, die von den Multis und vielen Medien total verschwiegen werden. Der vorstehende Beitrag ist ein Auszug aus diesem Buch, das im Kösel-Verlag, München, erschienen ist.

Rockefeller

Die Macht hinter dem Präsidenten

Gary Allen

Das internationale Bankwesen gehört wahrscheinlich zum wichtigsten Bestandteil der Rockefeller-Familie und ihrer Geschäfte. Die Abrundung ihrer Macht liegt jedoch bei Standard Oil. In der Öffentlichkeit ist es immer noch bekannter, daß die Familie im Ölgeschäft tätig ist, als daß man um ihre Bankbeteiligungen weiß.

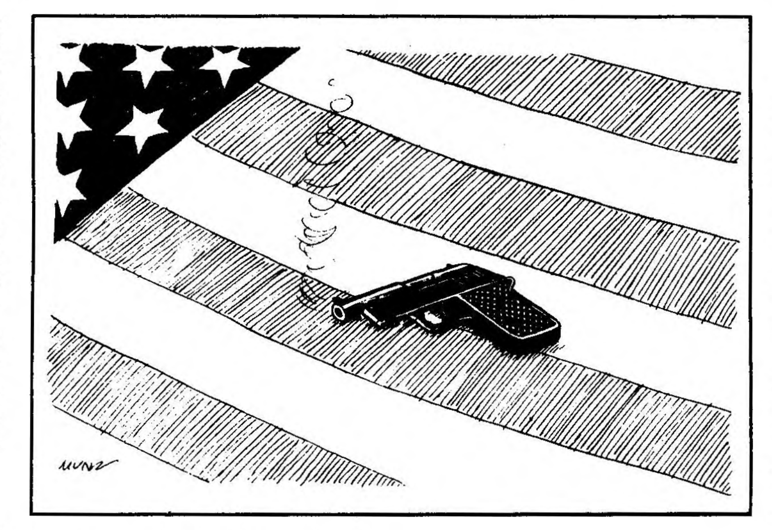
Erdöl ist zur Zeit die wichtigste Ware im Welthandel. Es liefert den Treibstoff für fast alle Motorfahrzeuge auf der Erde, mit ihm werden die meisten Kraftwerke betrieben, und es ist das wichtigste Rohmaterial für die Herstellung von Kunststoffen, chemischen Erzeugnissen und Pharmazeutika. Alles dies hat den Rockefellers großen Reichtum eingetragen.

Der Tiger packt es an

So berichtet das Nachrichtenmagazin »Time« über das Rockefeller-Imperium: »In 111 Jahren hat das Unternehmen, das unter den verschiedenen Namen als Standard Oil Trust, Standard Oil Co. (New Jersey), Esso und jetzt als Exxon bekannt geworden ist, Kriege, Enteignungen, brutal geführten Konkurrenzkampf, schmutzige Angriffe und selbst die Zergliederung durch den Obersten Gerichtshof der USA (1911) überstanden. Es hat nicht nur überlebt, sondern ist auch gewachsen – von einer Raffinerie in Cleveland zu einem Riesenwesen, das in mehr als 100 Ländern über mehr als 300 Tochter- und Filialgesellschaften, eine Art ›Vereinte Nationen des Öls‹, Erdöl verkauft. Es ist nicht nur gewachsen, sondern hat auch noch Gewinn abgeworfen – so viel, daß es im letzten Monat den größten Jahresgewinn melden konnte, den je eine Industriefirma eingefahren hat: 2,4 Milliarden Dollar nach Abzug der Steuern.«

Um eine Vorstellung von der gigantischen Größe von Exxon, dem Tiger in der Ölbranche, zu bekommen, muß man folgende Überlegung anstellen: Wenn man Exxon seinen gesamten Geschäftsbereich im Ausland wegnehmen würde, wäre es immer noch das neunt- oder zehntgrößte Unternehmen in den Vereinigten Staaten. Obwohl die Firma nur 16 Prozent ihrer Ölförderung und 32 Prozent ihres Absatzes in den Vereinigten Staaten tätigt.

Wenn Exxon sich darauf beschränken würde, Öl zu befördern, würde es das größte Schiffahrtsunternehmen der Welt sein. Exxon hat 155 eigene Tanker und eine wechselnde Zahl von Schiffen unter Charter. Und weiter ist Exxon ein bedeutendes Bankunternehmen und verfügt über große Vermögen in Mark, Yen, Franc, Pfund, Sterling und Dollar auf der ganzen Welt.



Symbol individueller Freiheit?

Öl nicht das Hauptgeschäft

Um beurteilen zu können, in welchem Maße die Familie Rokkefeller Exxon und die anderen Nachfolgegesellschaften des ursprünglichen Standard Oil Trusts kontrolliert, müssen wir alle Teile des Puzzlespiels, die wir finden können, einsammeln und sorgfältig zusammenfügen. Bei seiner Aussage im Kongreß hat Dilworth offengelegt, daß die Familie Rockefeller Ölaktien im Wert von annähernd 324 600 000 Dollar in ihrem Besitz hat. Das entspricht einem Anteil von durchschnittlich zwei Prozent in jeder der vier großen Ölgesellschaften.

Aber bereits 1966 ließen die Aussagen vor dem Patman-Ausschuß erkennen, daß die neun Familienstiftungen der Rockefellers auch im Durchschnitt drei Prozent in den Nachfolgegesellschaften des Standard Oil Trusts kontrollieren. Dieser bekannte Anteil von fünf Prozent würde den Rockefellers eine wirkungsvolle Kontrolle über die vier Ölriesen sichern.

Außerdem gibt es Aktien, die bei den Rockefeller-Banken, ihren Versicherungsgesellschaften, Gesellschaften und anderen Körperschaften, deren Vorstände mit den Rockefellers verflochten sind, treuhänderisch verwaltet werden.

Und schließlich ist – obwohl das unglaublich klingt – Öl nicht das Hauptgeschäft der Rockefellers. Diese Ehre gebührt dem internationalen Bankgeschäft. Die Rockefeller-Familien-Banken sind die First National City Bank und die Chase Manhattan Bank. Die Chase Manhatten ist das drittgrößte Bankhaus der Welt, trotz der Nummer drei aber bei weitem das einflußreichste.

Chase Manhattan ist durch den Zusammenschluß der im Rockefeller-Besitz befindlichen Chase Bank mit der von Kuhn, Loeb kontrollierten Manhattan Bank entstanden. Die Ehe wurde zu einem großen Erfolg für beide Familien; 1971 berichtete Chase Manhattan über ein Vermögen in Höhe von 36 Milliarden Dollar. Das ist an sich schon eindrucksvoll genug, aber die »New York Times« hat aufgezeigt, daß das nicht alles ist: »Ein großer Teil der Geschäfte der Chase Manhattan Bank wird über die Tochtergesellschaften in Übersee abgewickelt und erscheint deshalb nicht im Geschäftsbericht.«

Auch »Time« hebt die riesige Macht der Chase Manhattan hervor und merkt an, daß »die Chase 28 eigene Zweigstellen im Ausland hat, aber auch, was noch wesentlicher ist, über ein weltumspannendes Netz von 50 000 Korrespondenzbanken verfügt. Fünfzigtausend Korrespondenzbanken in aller Welt. Wenn jede von ihnen nur lächerliche 10 Millionen Dollar wert ist, dann würde das Chase ein Weltpotential von fünfhundert Milliarden Dollar einräumen. Eine solche Summe ist einfach unvorstellbar. Unglücklicherweise handelt es sich dabei wahrscheinlich um eine eher konservative Einschätzung der Macht und des Einflusses von Chase.

Ein selbständiger Staat

Eine solche Anhäufung von Finanzmitteln würde den Rockefellers die Möglichkeit eröffnen, über Nacht eine internationale Finanzkrise vom Zaun zu brechen. Könnten sie es gewesen sein, die in den letzten Jahren mit dem Goldpreis und den Wechselkursen für den Dollar und andere Währungen Jo-jo gespielt haben, die damit Angst und Schrecken bei den meisten Investoren auslösten, selbst aber Gewinne machten?

Jedesmal, wenn einer dieser Stürme am internationalen

Geldmarkt losgeht, fließen Hunderte von Dollarmillionen in die europäischen Banken. Wenn der Sturm sich legt, haben diejenigen, die »vorher schon alles gewußt hatten«, riesige Geldmengen eingesackt. Daß die Rockefellers über die Chase Manhattan Bank und ihre überseeischen Verbindungen gewinnreich daran beteiligt waren, scheint kaum zweifelhaft zu sein.

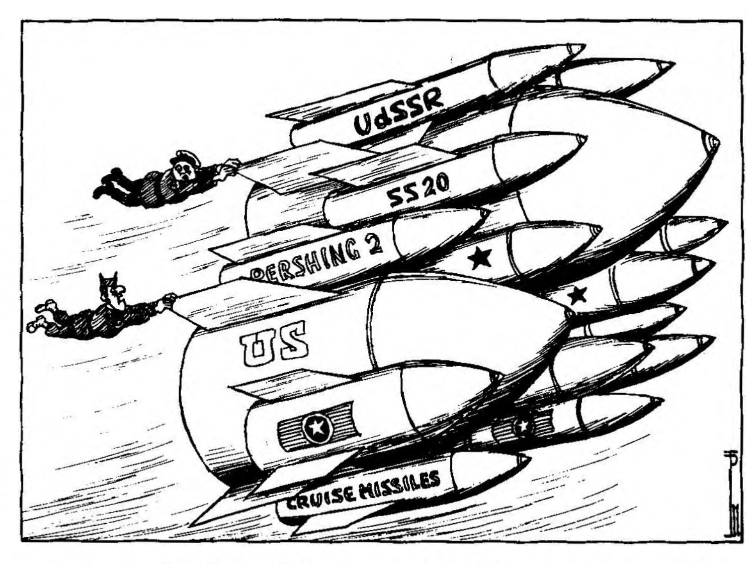
Nach fast allen Kriterien ist die Chase Manhattan praktisch ein souveräner Staat geworden. Sie unterscheidet sich von den meisten von ihnen nur dadurch, daß sie mehr Geld hat. Sie unterhält sogar einen hauptamtlichen Vertreter bei den Vereinten Nationen.

Die Jahresberichte der Chase Manhattan enthalten viele Informationen, aus denen sich Einzelheiten über die weltweiten Aktivitäten der Bank ablesen lassen. Das internationale Geschäft läuft im großen Maßstab ab. Und Anzeichen für ein Abflauen sind nicht zu erkennen. Kein Zweifel, Chase Manhattan ist unbestrittener Weltmeister im Schwergewicht, was das internationale Bankgeschäft angeht.

Während der Anhörung im Senat, als es um seine Bestätigung im Amt des Vizepräsidenten ging, behauptete Nelson: »In meinem Besitz befinden sich keine Aktien der Chase Manhattan Bank«. Er unterließ es nur zu erwähnen, daß seine Familie 623 000 Aktien oder 2,54 Prozent des Aktienkapitals der Chase Manhattan ihr eigen nennt. Und er ging auch über die Tatsache hinweg, daß der Fonds der Rockefeller-Brüder weitere 148 000 Chase-Aktien enthält und die Rockefeller-Universität auch 81 296 Stück in ihrem Portefeuille hat.

Myer Kutz berichtet in der »New York Times«: »Die Rokkefeller-Organisation habe einen großen, mit Kontrollmöglichkeiten verbundenen Anteil an der Chase Manhattan Bank, der auf mehr als vier Prozent geschätzt wird.«

Wiederum müssen wir darauf hinweisen, daß der tatsächliche Besitzanteil der Familie an Chase Manhattan vielleicht viel größer ist, als zugegeben wird. James Knowles stellt in seiner in die Einzelheiten gehenden Untersuchung »The Rockefeller financial Group« dazu fest:



Eigentumsverhältnisse von Banken sind Geheimnisse

»Es ist unmöglich zuverlässig festzustellen, ob die wohlhabenden Familien, die in den Vorständen der Banken der Rockefeller-Gruppe vertreten werden, einen für die Kontrolle ausreichenden Anteil am Aktienkapital besitzen. Die Eigentumsverhältnisse bei den Großbanken sind ein sorgfältig gehütetes Geheimnis. Selbst wenn die Banken einmal gezwungen sind, wie etwa im Falle der Patman-Untersuchung über die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse im Jahre 1962, ihre größten Aktionäre zu nennen, haben sie – wie man sagt – ›Straßennamen‹ angegeben. Diese ›Straßennamen‹ sind völlig frei erfunden und bringen keinerlei Hinweise auf die wirklichen Nutznießer oder Treuhänder. Im Fall der Chase Manhattan Bank, zum Beispiel waren unter den Namen der 20 größten Aktionäre fünfzehn ›Straßennamen‹.«

Wenn fünfzehn der zwanzig größten Aktienpakete unter falschen Namen gehalten werden, um die wirklichen Eigentümer nicht bekannt werden zu lassen, ist es unmöglich, daran zu zweifeln, daß einige von ihnen – wenn nicht sogar alle – dem Rockefeller-Imperium zuzurechnen sind.

Wenn man die wenigen Tatsachen, die in der Öffentlichkeit bekanntgeworden sind, betrachtet – daß die Rockefellers bei weitem den größten Aktienanteil an Chase Manhattan haben, daß andere Familien, die mit dem Standard-Oil-Vermögen von Anfang an eng verbunden sind, ebenfalls über große Aktienpakete verfügen, daß sich die Liste der Vorstandsmitglieder bei Chase Manhattan wie ein Adressenverzeichnis führender Mitarbeiter Rockefellers liest, kann kein Mensch mehr bestreiten, daß die Rockefellers die Chase Manhattan Bank kontrollieren.

Weitere Banken als Trabanten

Aber die Chase Manhattan ist nicht die einzige Riesenbank im Finanzimperium der Rockefellers. Die erste Bank, mit der es die Familie Rockefeller direkt zu tun bekam, war die National City Bank in New York. Ihr früherer Präsident, James Stillman, wurde ein enger Mitarbeiter von John D.'s Bruder William, der damals den riesigen Standard Oil Trust leitete. William Rokkefeller übertrug die Bankgeschäfte von Standard Oil der Leitung Stillmans, und so wurde die National City die größte Bank in New York. Die finanzielle Ehe wurde untermauert durch die Verehelichung von zwei Söhnen William Rockefellers mit zwei Töchtern von Stillman.

Bis er sich 1967 aus dem Geschäft zurückzog, war James Stillman Rockefeller, einer der Nachkommen der Fusion Stillman-Rockefeller, Vorstandsvorsitzender der First National City Bank. James hatte vorher schon die familiären und finanziellen Verbindungen der Familie Rokkefeller verstärkt, indem er Nancy Carnegie aus der mit sagenhaftem Reichtum ausgestatteten Familie Carnegie geheiratet hatte.

Die City Bank erfreute sich eines so phänomenalen Wachstums, daß sie jetzt Chase in ihrem Gesamtvermögen übertrifft. Sie hat nicht das Prestige und den politischen Einfluß wie Chase, aber da beide Institute Banken der Rockefeller-Familie sind, macht das wirklich wenig aus.

Aber da gibt es noch eine dritte große New Yorker Bank aus dem Trabantenkreis der Rockefellers, nämlich die Chemical Bank, die von der Familie Harkness kontrolliert wird. Edward Harkness war einer der engsten Geschäftsfreunde von John D. im Standard Oil, der nicht zu den Rockefellers gehörte.

Kontrolle ist die eigentliche Macht

Eng mit den Rockefeller-Banken verbunden sind die riesigen Versicherungsgesellschaften, deren Anlagevermögen in die Hunderte von Dollarmillionen geht. Lebensversicherungen spielen eine wichtige Rolle im Finanzierungsgeschäft, weil sie vor allem langfristige Kredite bereitstellen können, während die Banken es vor allem mit dem kurz- und mittelfristigen Kredit zu tun haben. Dementsprechend hängt die Zahlungsfähigkeit anderer Gesellschaften oft davon ab, ob sie Darlehen von den von Rockefeller beherrschten Finanzgiganten erhalten können.

Die Rockefeller-Bankengruppe ist eng verfilzt mit den Vorständen von drei der vier größten Lebensversicherungsgesellschaften: Metropolitan Life, Equitable Life und New York Life. Das Gesamtvermögen dieser drei Versicherungsgesellschaften belief sich 1969 auf mehr als 113 Milliarden Dollar. Nach den Zahlen von Professor Knowles machen die von der Rockefeller-Gruppe kontrollierten Banken etwa 25 Prozent des Gesamtvermögens der fünfzig größten Geschäftsbanken der Vereinigten Staaten aus; etwa 30 Prozent der Vermögenswerte der fünfzig größten Lebensversicherungsgesellschaften kommen dazu.

Die Kontrolle über diese Banken und Versicherungsgesell-

Rockefeller

Die Macht hinter dem Präsidenten

schaften gibt der Familie Rockefeller einen Hebel in die Hand, mit dem sie weit mehr anfangen kann, als wenn ihr diese Firmen direkt gehörten.

Es gibt verschiedene Wege, auf denen der Rockefeller-Clan große Teile der Wirtschaft kontrollieren kann. Der erste führt über die Aktien im Besitz der Familie. Fünf Prozent Besitzanteil an einer Gesellschaft mit weiter Streuung des Aktienkapitals wird nach einem Bericht des Bankenausschusses des amerikanischen Senats schon als einer Kontrolle gleichkommend angesehen, besonders wenn man Rockefeller heißt.

Macht durch Treuhandvermögen

Ein anderes Verfahren, durch das die Rockefeller-Gruppe beträchtlichen Einfluß oder beträchtliche Kontrolle über größere Teile der Wirtschaft ausübt, nutzt die Treuhand-Abteilung der Rockefeller-Banken. Schon vor Jahren beliefen sich die Werte, die von den Treuhand-Abteilungen der Geschäftsbanken verwaltet wurden, auf 253 Milliarden Dollar, fast 100 Milliarden Dollar mehr als die Vermögenswerte aller Sparkassen und Spar- und Darlehensbanken zusammengenommen. Normalerweise übt eine Geschäftsbank, die treuhänderisch tätig ist, über die bei ihr hinterlegten Aktien allein das Stimmrecht aus. Wer aber glaubt, daß das auch bei den riesigen Depots der Fall sei, die die Familie Rockefeller eingerichtet hat, muß schon als schlimmer Träumer angesehen werden.

Während Dilworth Verrenkungen machte, um die versammelten Senatoren davon zu überzeugen, daß sich die Familie niemals, aber wirklich niemals, in das Management der Firmen einmische, berichtete das Magazin »Fortune«, daß die Rockefeller-Banken oft in den Nahkampf gehen, und der sehr angesehene Professor Knowles wußte hinzuzufügen: »Keine Gesellschaft ist davor sicher, möglicherweise von einer Treuhandabteilung einer Bank beherrscht zu werden.«

Bereits 1967 hatten die Rockefeller-Banken insgesamt 35 Milliarden Dollar Treuhandvermögen zu verwalten – fast 14 Prozent aller Treuhandvermögen in den Vereinigten Staaten. Davon entfielen 22,5 Milliarden Dollar auf Aktienvermögen. Knowles merkte dazu an:

»Es ist ganz offensichtlich, daß solche Aktienpakete, von denen die meisten unter der Kontrolle der Familie sind, deren Vertreter in den Vorständen dieser Rockefeller-Banken sitzen oder indirekt durch das von den Depotbanken ausgeübte Stimmrecht unter ihrer Kontrolle stehen, eine Grundlage für eine wirkungsvolle Kontrolle eines großen Teils der amerikanischen Wirtschaft abgeben.«

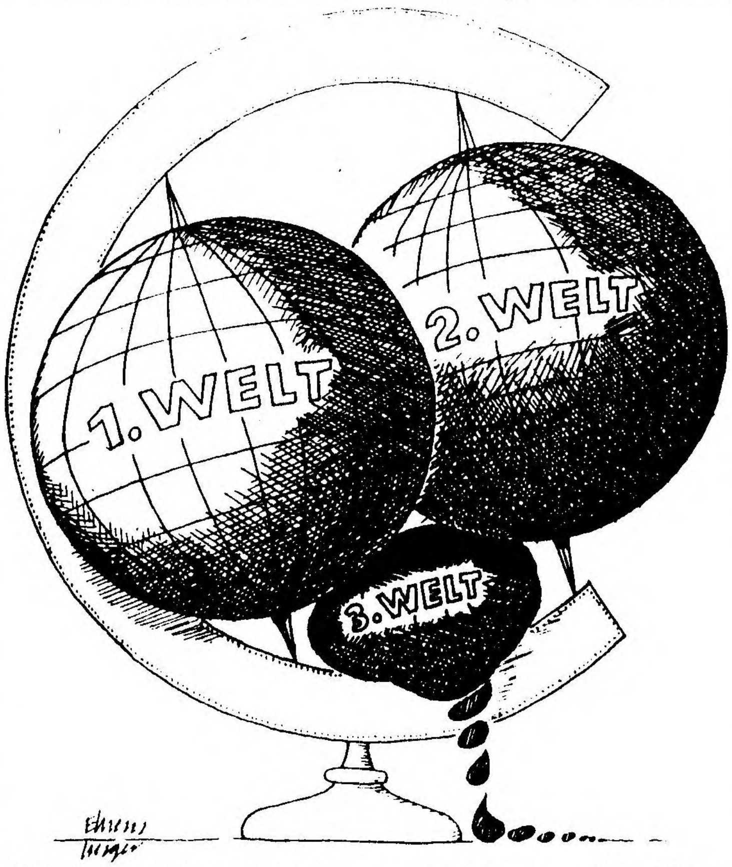
Die Treuhandabteilung von Chase, zusammen mit den zu der Bank gehörenden Anlageberatungsgesellschaften, kontrolliert in 21 großen amerikanischen Gesellschaften jeweils das größte einzelne Aktienpaket. Das bedeutet, daß auch United Airlines und 16 andere Firmen im Multi-Millionen-Dollar-Bereich unter der Knute der Rockefellers stehen.

Die »Los Angeles Times« berichtet dazu: »Kontrolle der Bank und ihrer Treuhandabteilung hat zur Folge, daß sich die finanziellen Möglichkeiten der Familie vervielfachen. Jede größere Bank in New York hält Millionen von Aktien im Auftrag von anderen Eignern – die meisten von ihnen geben der Bank die Vollmacht, auch das Stimmrecht und damit Einfluß auf die Leitung der Gesellschaft auszuüben.«

Kontrolle über Kredite

Aber abwarten, es kommt noch mehr. Fragen Sie sich immer noch, ob das Ausmaß der Macht, die sich die Rockefeller aufgebaut haben, gefährlich ist? Dann machen Sie sich bitte klar, daß allein die Verkehrsgesellschaften unter Rockefeller-Einfluß folgendermaßen aussehen: Penn-Central, TWA, Eastern Airlines, United Airlines, National Airways, Delta, Braniff, Northwest Airlines und Consolidated Freightways.

Andere große Gesellschaften, in denen die Rockefellers einen bedeutenden Einfluß – direkt oder indirekt – haben, der aber nicht ausreicht, um eine Unternehmenskontrolle nachzuweisen, sind: AT & T, Motorola, Safeway, Honeywell, General Foods, Hewlett-Packard und Berlington Industries.



Noch ein anderes Verfahren, mit dem die Rockefellers erhebliche Kontrolle über Gesellschaften ausüben können, ist die Gewährung von Krediten. Mehr und mehr haben in den letzten Jahren Firmen ihre Modernisierung und Erweiterung mit Geld finanzieren müssen, das sie bei der Bank aufgenommen hatten. Der alte John D., so berichtet uns sein Biograph Allen Nevins, hatte es niemals zugelassen, »daß irgendein Finanzkapitalist größere Teile seines Vermögens in die Hand bekam. Big Daddy wollte sich nicht von den Kredithaien in der Wall Street auffressen lassen, machte sich aber nichts daraus, selbst einer von ihnen zu werden. Rund 80 Prozent der von Chase gegebenen Darlehen – der größten Kreditsumme von einem Institut in den Vereinigten Staaten – sind an große, nationale Unternehmen gegeben worden.

Die Bank of America, die größte der Vereinigten Staaten, hat sich auf Abzahlungsdarlehen an Millionen von Privatkunden spezialisiert. Die Rockefeller-Banken geben weniger Kredite, aber sie geben sie an die Großen der Industrie. Nach Professor Knowles ist die Position der Rockefellergruppe auf dem Kapitalmarkt sogar stärker, als es ihrem Anteil am Bank- und Versicherungsgeschäft entsprechen würde. Wenn eine Bank einer Gesellschaft einen großen Kredit gewährt, dann ist sie in der Lage, eine Stimme bei den Entscheidungen in dieser Firma zu verlangen. Dem wird oft in der Weise entsprochen, daß jemand einen Sitz im Vorstand des Kreditnehmers erhält.

Die Macht geht über das Meßbare

Das ist wieder verwandt mit der anderen Methode der wirtschaftlichen Kontrolle, nämlich der Besetzung der Vorstände über Kreuz. Dann sitzt ein Vorstandsmitglied der einen Gesellschaft auch in dem Vorstand der anderen Firma. Theoretisch ist das in den Vereinigten Staaten durch Gesetz verboten, doch erwies sich die Bestimmung als ebenso wirkungslos wie das Verbot der Prostitution in New

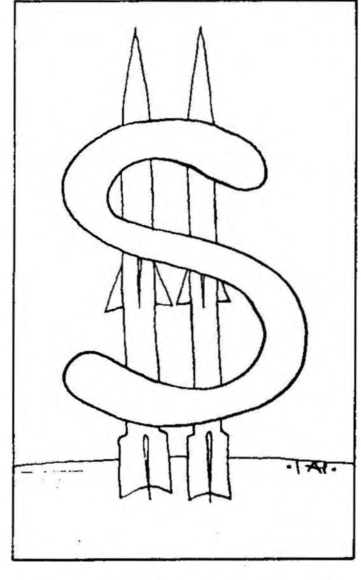
York. An der Aufgabe, alle Überkreuz-Besetzungen innerhalb der Rockefeller-Gruppe aufzuspüren, würde wahrscheinlich auch ein Einstein verzweifeln.

Hier eine ungefähre Zwischenbilanz aller Firmen, von denen bekannt ist, daß sie in das Spinnennetz der Rockefeller gehören: 37 von den führenden 100 Industrieunternehmen der Vereinigten Staaten, 9 der 20 führenden Verkehrsunternehmen, das größte Versorgungsunternehmen, drei der vier größten Versicherungsgesellschaften, dazu noch Dutzende kleinerer Unternehmen, die sich mit Fabrikation, Groß- und Kleinhandel, Krediten oder Anlagen befassen, werden von den Rockefellers beherrscht.

»Die Macht, die mit dem Familienvermögen ausgeübt wird, geht über das Meßbare hinaus«, erklärt die »Washington Post«. Und dieses Mal hatte die Zeitung recht. »Es ist ein Netz von Eigentumstiteln und Möglichkeiten der Einflußnahme, das größer ist als die Summe seiner Teile.« Aber, so sagt Rockefeller, das ist alles ein Mythos!

Ein oder zwei ungläubige Thomasse haben sich Gedanken darüber gemacht, ob es nicht einen Interessenkonflikt geben könne, wenn diese Finanzmacht mit der politischen Macht einer Vizepräsidentschaft und schließlich vielleicht eines Tages der Präsidentschaft eines Mitgliedes der Rokkefeller-Familie zusammengefaßt werden sollte.

Vermögen sollte kein Hindernis auf dem Weg in ein hohes Amt sein, das ist klar, vorausgesetzt aber, daß das Regieren vom Ge-



schäft und das Geschäft vom Regieren getrennt bleibt. Es ist aber offensichtlich, daß Geschäft und Regieren seit vielen Jahrzehnten immer enger und gemütlicher zusammenrücken. Heute ist es praktisch unmöglich geworden, zu entscheiden, wer wen verführt. Diejenigen, die ideologisch links stehen, nennen das Faschismus und die auf der rechten Seite nennen es Staatssozialismus. Beide haben recht!

Kein Vermögen für unlautere Zwecke

Der springende Punkt ist, daß die Familieninteressen der Rokkefellers so eng mit den Fragen der Außen- und Innenpolitik verzweigt sind, daß jede wichtige Entscheidung der Regierung in irgendeiner Weise das Rockefeller-Imperium in Mitleidenschaft zieht.

So schrieb die »Washington Post« dazu: »Wenn ein Rockefeller Vizepräsident wird oder die Ereignisse ihn irgendwie eines Tages zum Präsidenten machen, wird er bei praktisch jeder wichtigeren öffentlichen Angelegenheit auf das Vermögen seiner Familie stoßen.

Steuern, Umwelt, staatliche Vorschriften für Privatgeschäfte, Preise, Zinssätze, Diplomatie in Übersee, Krieg und Frieden – Interessen der Rockefellers werden von den politischen Entscheidungen der Regierung auf praktisch jedem wichtigeren Gebiet des amerikanischen Lebens gefördert oder geschädigt.

Als Vizepräsident oder Präsident könnte er sich sicher nicht jedesmal zurückziehen, wenn eine politische Entscheidung zu treffen wäre, die die Chase Manhattan Bank betreffen würde. Dann wäre er arbeitslos. Selbst wenn Rockefeller ein Armutsgelübde ablegen sollte, würde doch das Imperium intakt bleiben und weiter von seiner Familie beherrscht werden. Aber der Reichtum der Rockefeller ist so groß, daß er selbst über diese Frage des Interessenkonflikts hinausragt.

Was würde zum Beispiel ein Bürokrat der mittleren Ebene machen, wenn er wüßte, daß er in das Vermögen der Präsidentenfamilie eingreift? Würde ein Senator oder Kongreßmitglied in der Lage sein, der zusammengefaßten Macht des Weißen Hauses und der zweitgrößten Bank der Wall Street Widerstand entgegenzusetzen, um all die Gesellschaften, die hier im Geschäft sind, noch gar nicht zu erwähnen?«

Bei seinen Anhörungen vor der Einsetzung als Vizepräsident der Vereinigten Staaten trat Nelson A. Rockefeller feierlich und ernst auf. Er wirkte völlig echt, als er den versammelten Volksvertretern erklärte: »Ich hoffe, daß der Mythos oder die falsche Vorstellung von dem Ausmaß, in dem meine Familie Kontrolle über die Wirtschaft dieses Landes ausübt, völlig ans Licht gebracht, offengelegt und zerstreut wird. Dieses Netz der Kontrolle, wie es sich die Öffentlichkeit vorstellt, gibt es nicht.«

Die Senatoren hätten nicht höflicher sein können. Niemand lachte. Das Protokoll verzeichnete nicht einmal ein Schmunzeln. Schließlich werden heutzutage auch nur selten Dummköpfe in den Senat gewählt. Nelson und David, die Führer des Rokkefeller-Clans, sind die unbestrittenen wirtschaftlichen Könige der Nation. Kein Politiker, der auch nur genug Grütze im Kopf hat, um zum Hundefänger gewählt werden zu können, wird einen König auslachen.

Rätselraten über den Umfang des finanziellen Reichtums der Rockefellers ist seit der Jahrhundertwende ein beliebtes Spiel. Am 29. September 1916 berichtete die »New York Times« auf ihrer ersten Seite, daß allein die Ölanteile des Patriarchen John D. Rockefeller 500 Millionen Dollar wert seien und Rockefeller damit der erste Milliardär Amerikas sei. Acht Stunden nach dem Erscheinen des Berichtes hatte sich der Wert seiner Ölaktien um glatte acht Millionen Dollar erhöht. Kein schlechtes Ergebnis für einen Arbeitstag, nicht einmal für einen Rokkefeller. □

Gary Allen »Die Rockefeller Papiere«, VAP Verlag, Wiesbaden.

Politisches Lexikon

CFR – Council on Foreign Relations

Die Verflechtung der Rockefeller-Macht ist kaum zu begreifen, wenn man nichts von dem alles durchdringenden Einfluß des Council on Foreign Relations – Rat für auswärtige Beziehungen – weiß. Die Organisation ist der Schlußstein des gesamten Gebäudes der Insider. Die Führung dieses Rates ist sozusagen das Gehirn des Polypen. Praktisch jeder Rechtsanwalt, Bankier, Professor, General, Journalist und Bürokrat, der irgendeinen Einfluß auf die Außenpolitik der Präsidenten von Franklin Roosevelt bis Ronald Reagan gehabt hat, verbrachte einen Teil seiner Zeit im Harold-Pratt-Haus in New York, dem Sitz des Rates. Der Rat hat unter demokratischen wie unter republikanischen Regierungen ein Arbeitsvermittlungsbüro für die amerikanische Regierung abgegeben.

Der »Rat für Auswärtige Beziehungen« wurde 1919 in New York auf Veranlassung einflußreicher Kreise von ihrem Beauftragten »Colonel« E. Mandell House, »dem Kissinger Wilsons« und seinen intellektuellen Freunden konzipiert, um US-Regierung und Bevölkerung von ihrer laut House »negativen«, von Präsident Washington festgelegten Politik der »Nichteinmischung in ausländische Händel« auf eine »positive«, von Wilson mit der Kriegserklärung an Deutschland am 7. April 1917 begonnenen Außenpolitik zugunsten »einer Weltgemeinschaft« zu bringen.

Colonel Edward Mandell House (1858–1938), protestantischer Geschäftsmann (Baumwolleinkäufer für Rothschildfirmen in England), Mitglied der »Illuminierten und Synarchischen Freimaurer der ›Masters of Wisdom‹«, Freund und engster Berater von Präsident Wilson.

Die »einflußreichen Kreise« beschreibt Dan Smoot, ehemaliger FBI-Agent, in »The Invisible Government«, 1962: »House schuf die Innen- und Außenpolitik Wilsons, die während der letzten 121 Jahren die Washingtons war bis Woodrow Wilsons Kriegsrede an den Kongreß im April 1917. House hatte mächtige Verbindungen zu internationalen Bankiers in New York, Leute wie Paul und Felix Warburg, Otto H. Kahn, Louis Marburg, Henry Morgenthau, Mortimer Schiff und Herbert Lehman. House hatte gleich mächtige Verbindungen zu Bankiers und Politikern in Europa. House überzeugte Wilson, daß die USA eine missionarische Aufgabe hätten, die Welt für die ›Demokratie‹ zu retten, daß der Weg, alle zukünftigen Kriege zu vermeiden, die Schaffung einer Weltföderation von Nationen sei.«

Umerziehung zu einer neuen Weltordnung

Im September 1916 ernannte Präsident Wilson auf Veranlassung seines Beraters House ein Komitee von Intellektuellen, um Friedensbedingungen und eine Charta für eine Weltregierung auszuarbeiten. Dieses Komitee unter Vorsitz von House setzte sich aus rund 150 Professoren, Doktoranden, Anwälten, Wirtschaftlern, Schriftstellern und anderen zusammen: Walter Lippman (Leitartikler), Norman Thomas (Vorsitzender der amerikanischen Sozialistischen Partei), Allen Dulles (CIA-Chef), John Foster Dulles (Außenminister), Christian A. Herter (Außenminister).

Unter den scharfen Augen des gerissenen Colonel House setzten diese eifrigen jungen Intellektuellen Wilson die Charta einer Weltregierung auf und bereiteten die schöne neue sozialistische Einwelt vor, die dem Ersten Weltkrieg folgen sollte.

Jedoch an der Pariser Friedenskonferenz ging alles schief, besonders als verfassungstreue Senatoren herausfanden, was geplant war, und klarmachten, daß der Senat die Mitgliedschaft der USA in einer solchen Weltföderation nicht genehmigen würde.

Nach Ablehnung des Völkerbundes durch den noch weitgehend von Konstitutionalisten gehaltenen Senat, der ebenso wie die Gründer des CFR »von der Atmosphäre traditioneller europäischer Machtpolitik bei den Verhandlungen in Versailles enttäuscht war«, gründeten House und seine Freunde den CFR 1921 in New York, um durch Umerziehung für ihr Ziel einer »Neuen Weltordnung« zu wirken, während seine englischen Freunde, unter anderem aus der »Round-Table-Richtung« der Freimaurerei »The Royal Institute of International Affairs« (genannt »Chatham House«) bildeten.

Heute ist die ganze Welt mit CFR-Ablegern überzogen, »aber wenn es um die Versorgung mit frischem Talent und einfallsreiche Konzepte für so drückende globale Probleme geht wie Ernährung, Energie und Bevölkerungskontrolle, dann ist es die Trilateral Comission, eine neuere und jüngere Organisation, die als das wirkliche ›Versorgungsdepot‹ der US-Regierung angesehen wird.«

Wie aus der Reihe der Vortragsveranstaltungen hervorgeht, hat fast jeder der heute amtierenden Regierungschefs, jeder Bewerber auf ein politisches Amt und jeder Politiker, der für diesen Posten in Frage kommt oder aus dem Hntergrund operiert, sich dem CFR vorzustellen.

Höchster Einfluß bei einem Minimum Verantwortung

Noch im April 1975 beschrieb Professor Medford Evans die Rolle des Rates: »Es ist wie mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der CFR ist nicht die Regierung, es ist eher die Hauptagentur, von der die Regierung gesagt bekommt, was sie zu tun hat. Daß es die Wähler sind, ist offensichtlich eine Illusion. So genießt das CFR höchsten Einfluß mit einem Minimum an gesetzlicher Verantwortung.«

Das den Gründern und ihren Mitläufern vorschwebende Ideal einer aus sich selbst geeinten Welt erwies sich für sie selbst als Utopie, als am 21. November 1971 das »New York Times Magazine« als erstes Organ der »freien Presse« das CFR bloßstellte, das sich bis dahin als »Erziehungsgruppe« und »sozial club« eingeführt hatte. Anlaß war der zunehmende Interessenkonflikt zwischen der auf die Einheit der Welt festgelegten Rockefeller-Gruppe (Machtmittel Öl, Dollar, US-Regierung) und der mit mehr historischer Erfahrung auf Pluralismus eingestellten Rothschildgruppe (Machtmittel Öl, Gold, Frankreich).

Weitere Merkmale des Konfliktes zwischen den beiden Finanzgruppen sind Watergate, Lockheed Affaire, Kongreßuntersuchung der Ermordung Kennedys, die Berichterstattung über die prekäre Bilanzsituation der New Yorker Großbanken.

Organisation der CFR

Vorsitzender der CFR ist seit 1970 David Rockefeller. Offizielles Organ ist die Vierteljahreszeitschrift »Foreign Affairs«, die die Strategie der US-Außenpolitik vorschreibt. Durch die Mitgliedschaft der größten Verleger und Leitartikler überregionaler Zeitschriften und Zeitungen sowie von Vorstandsmitgliedern der Fernsehketten hat der CFR entscheidend Anteil an der Meinungsformung in den USA. Über die »International Herald Tribune«, der einzigen weltweit verbreiteten, in Paris erscheinenden Tochter der »New York Times« und »The Washington Post« sowie die nachgeschalteten anderssprachigen Medien in erheblichem Maß auch in der ganzen westlichen Welt.

Mit der Gewinnung der steuer-

freien Rockefeller- und Carnegie-Stiftungen für ihre Ziele erschloß sich der CRF 1927 die wichtigste Quelle seiner Einnahmen, die sich unter anderen aus Mitglieds- und Firmenbeiträgen, Investment- und Abonnementseinkommen zusammensetzen.

Zielsetzung und Methoden

Die von den Urhebern des CFR angestrebte Weltbeherrschung, deren materielle Voraussetzung der Staats-Kapitalismus ist, erfordert einen ideologischen Mantel. Nachdem sich der mystische Un-Glaube der liberalen Richtung an die Machbarkeit der »Einen Welt«, basierend auf dem Verstand der »Menschen guten Willens«, seit den Erfahrungen mit dem geistigen Turmbau zu Babel und dem Völkerbund sowie den Vereinten Nationen als utopisch erwiesen hat, wird der ideologische Umhang von den marxistischen Denkern geliefert. Im New Yorker Weltordnungsinstitut sind Urheber, Förderer (unter anderem Warburg, Rockefeller) und Wissenschaftler folgerichtig vereint.

Die CFR-Denker gehen davon aus, daß »Demokratie überholt« ist. Infolge der schrittweisen Zerstörung der im organischen Zusammenhang stehenden Lebensbereiche durch die Folgen des zum Ordnungsprinzip erhobenen Staats-Kapitalismus, müssen an die Stelle absterbender Institutionen weltweite Planungen und ihre Durchsetzungsmöglichkeiten treten, um Chaos zu vermeiden, das im Atomzeitalter menschheitsvernichtend wird.

Voraussetzung für die dem CFR vorschwebende »Neue Ordnung« einer dekretierten und durchsetzbaren Welteinheit ist daher die beschleunigte Beseitigung nationaler Eigenständigkeit, gegebenenfalls durch Zulassung von Weltkriegen, die Schaffung synthetischer Staatengebilde, die Verschmelzung von Rassen und Religionen sowie Fortfall von Handelshindernissen und Unabhängigkeitsfaktoren.

Der nächste Weltkrieg ist wahrscheinlich

In einer Rechtfertigung des CFR schrieb Wilhelm Bittorf 1975 im »Spiegel«: »Die Depression traf die Amerikaner so schwer wie sonst nur die Deutschen – da hatte das Volk die Quittung für seine Borniertheit. Und damit nicht genug: Es mußte noch in einen Weltkrieg, bis es seine Lektion einigermaßen gelernt hatte und ein Zustand erreicht war auf Erden, den die klarsten Köpfe der Hochfinanz schon nach dem ersten Durchgang erstrebten – nur daß man damals, wenn es geklappt hätte, auch mit der jungen Sowjetunion leichter fertig geworden wäre.«

Das Mitglied des Weltordnungsinstitutes in New York und der Trilateral Comission, der Physiker, Philosoph und Friedensforscher C. F. von Weizsäcker: »Der nächste Weltkrieg ist wahrscheinlich«.

Ohne Insiderstatus, jedoch in Kenntnis der Ursachen des Ersten und Zweiten Weltkrieges und des die Ölpreisverfünffachung dienenden Yom Kippurkrieges 1973 (»Kriege passieren nicht, sie werden gemacht«) kommt der amerikanische politische Analytiker C. B. Baker zum Schluß, daß es einen »CFR-Plan für einen begrenzten Krieg und Atombombenterrorismus« gibt: »Einige patriotische Organisationen haben 1976 von einer in Philadelphia abgehaltenen Konferenz berichtet, die US-Verfassung abzuschaffen und die von Rexford Tugwell ausgearbeitete neue Verfassung der sogenannten »New States of America«, Ermächtigungsgesetze und Regionalregierungen an ihre Stelle zu setzen. Die jetzige Verfassung kann unter normalen Umständen nicht leicht ersetzt werden. Entgegen den Annahmen nicht informierter Konservativer können Rockefeller und sein CFR nicht einfach eine magische Wand bewegen, im Handumdrehen die Verfassung wegwischen und eine neue hinstellen und Regionalregierungen und/oder ›Neue Staaten‹ mit völlig verschiedenen Grenzen, Gesetzen und Bevölkerungen errichten. Solche radikalen diktatorischen Veränderungen können nur in höchster Gefahr herbeigeführt werden. Die Bedrohung muß so schrecklich sein, daß das amerikanische Volk gerne seine Freiheit für den angeblichen Schutz einer Rockefeller-CFR-Diktatur hergibt. Nichts weniger als Kriegsgefahr und/oder Atomzerstörung kann die politische Opposition überwältigen.«

STATE OF NEW YORK)
: ss.:
COUNTY OF NEW YORK)

On this 2nd day of November, 1949, before me came ALLEN W. DULLES and FRANK ALTSCHUL, who being by me duly and severally sworn, each for himself, deposes and says: That he, the said Allen W. Dulles, is the President of the COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS, INC., and that he, Frank Altschul, is the Secretary thereof; that they have been duly authorized to execute and file the foregoing Certificate by the concurring vote of a majority of the members of the said Corporation present, in person or by proxy, at an annual meeting thereof duly held on October 13, 1949, upon notice pursuant to Section 43 of the Membership Corporations Law.

President

Secretary

Subscribed and sworn to before me this 2nd day of November, 1949.

Der CIA ist in Wirklichkeit der Vollzugsarm des CFR. Um das zu beweisen, braucht man nur die Tatsache zu berücksichtigen, daß Allen W. Dulles, im Zweiten Weltkrieg Chef der OSS-Operationen in der Schweiz, später Präsident des CFR wurde. Das obige Dokument weist Allan W. Dulles als Präsident des CFR aus.

Idee eines abgesprochenen Atomkrieges

Baker fährt fort: »Die Anzeichen mehren sich, daß Rockefeller und seine CFR-Mannschaft insgeheim mit den Sowjets einen begrenzten und sorgfältig geplanten Atomkrieg beschlossen haben. Unter anderem griff Nelson Rockefeller 1976 in Frankfurt die Sowjets bitter an. Seit Kissinger an die Macht kam, hatte die Rockefeller hörige Presse die sowjetische Bedrohung stets heruntergespielt, aber dann kam eine 180gradige Kehrtwendung.

Zur selben Zeit jedoch, in der die Rockefeller-Kissinger antikommunistische Propaganda ablief, trafen sich David Rockefeller und seine wichtigsten Leute geheim auf der 10. Darthmouth-Konferenz am 4. Mai 1976 mit den sowjetischen Führern, einschließlich der Berater seines handgepflückten demokratischen Präsidentschaftskandidaten Carter wie Brzezinski, Gardner, Warnke und Yost.«

Baker schreibt weiter, daß die Idee eines abgesprochenen Atomkrieges zwischen USA und der UdSSR einem als unmöglich und fantastisch erscheinen mag: »Aber eine genaue Überprüfung der gemeinsamen Vorteile ergibt, daß ein solcher begrenzter Krieg sowohl der sowjetischen Diktatur als auch der Rockefeller-CFR-Gruppe internationaler Banker handfeste Vorteile verspricht.

Es ist wahrscheinlich, daß sich ein solcher begrenzter US–sowjetischer Konflikt vor allem in Mitteleuropa zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Kräften abspielen wird. In einem solchen abgesprochenen Krieg werden vermutlich einige Atomexplosionen ausgemachte Gebiete der USA treffen und für maximale psychologische Wirkung sorgen.« □

Friedensbewegung

Europa muß seinen Weg finden

Erhard Eppler

Es gehört inzwischen schon zu den üblichen Tricks wirkungssüchtiger Referenten, zuerst einmal das Thema in Frage zu stellen. Was ich hier zur Einleitung sage, ist als vorsorgliche Abwehr naheliegender Mißverständnisse zu verstehen. Daß es darum geht, Europa nicht zum atomaren Kriegsschauplatz werden zu lassen, daß Europa also leben, überleben will, dürfte gar kein Gegenstand der Diskussion sein. Aber wie ist es mit der Brücke zwischen Ost und West, Nord und Süd?

Für einen Arbeiter in den sambischen Kupferminen oder für eine Plantagenarbeiterin in Equador sind wir Norden, Teil der industrialisierten Welt. Und das ist auch so. Für einen Angestellten in einer rumänischen Handelsgesellschaft, der vom eigenen Opel-Rekord oder gar Mercedes träumt, sind wir Westen, Teil einer Welt, die nach anderen, sprich kapitalistischen Regeln funktioniert, und das ist ja auch so, wobei ich hinzufügen möchte, daß dieser Westen nach seinen Regeln mühsam funktioniert, aber eben doch noch besser als der Osten nach seinen.

Mittelweg zwischen Staats- und Privatkapitalismus

Das Bild von der Brücke kann also nicht meinen, daß wir nicht wüßten, wohin wir gehören. Wir gehören zum Norden, weil dies so ist, und wir gehören zum Westen, weil wir dies, bei aller Kritik an dem, was hier vorgeht, so wollen. Daran ändert die militärische Neutralität nichts, nicht die der Schweiz heute, auch nicht falls dies geschähe, die anderer Teile West- und Zentraleuropas in der Zukunft.

Es gibt keinen erstrebenswerten Mittelweg zwischen einem bürokratisierten, unbeweglichen und phantasielosen Staatskapitalismus und einem zunehmend bürokratischen und vermachteten Privatkapitalismus. Was wir demokratischen Sozialismus nennen, hätte sein Recht nicht zwischen den beiden, sondern jenseits von beiden.

Wenn wir so Position bezogen haben, lautet die nächste Frage: Was können wir dafür tun, daß Nord und Süd, Ost und West gemeinsam überleben können, wenn möglich so, daß leben nicht nur vegetieren, malochen, hungern nach Brot und nach Menschlichkeit bedeutet?

In sechs Jahren administrativer Tätigkeit habe ich vieles in Frage gestellt und auch verändert, was sich Entwicklungshilfe nannte. Heute, nach weiteren acht Jahren, weiß ich, daß mein Denkansatz keineswegs zu radikal war. Heute ist mir klar, daß den meisten Ländern im Süden alles schadet, was sie auf unsere Wege locken, drängen oder stoßen soll. Solange das Gesamtverhältnis des Nordens zum Süden so angelegt ist, daß der Süden so werden soll, wie wir, läuft der Süden in Sackgassen. Warnschilder, die diese Sackgassen ankündigen, sind heute die dramatisch wachsende Verschuldung, die dramatisch wachsende Arbeitslosigkeit und die ebenso dramatisch fortschreitende Umweltzerstörung.

Hauptsache die Bilanzen der Multis stimmen

Nehmen wir das Musterland Brasilien, da haben wir alles beisammen: Dieses Land hat sich mit atemberaubendem Tempo unter einer brutalen Militärherrschaft in der Weise industrialisiert, wie dies im Westen vorexerziert worden war. Die Folge: Damit die Ölrechnung für Tausende von Fabriken und Millionen von Autos bezahlt werden kann, muß fruchtbares Land mit Rohrzucker bepflanzt werden, nicht damit die Menschen essen, sondern damit die Autos fahren können.

Nicht nur die Kluft zwischen reich und arm ist unerträglich geworden; heute hungern dort mehr Menschen als vor zehn Jahren, ohne das Wohlwollen des westlichen Banksystems wäre das Land bankrott; gegenüber dem Ballungsraum Sao Paolo ist der von Stuttgart fast ländlich-unversehrt, und was an tropischem Wald vernichtet wird, dürfte uns alle noch teuer zu stehen kommen.

Aber: dies war das Musterland kapitalistisch – meist durch multinationale Konzerne – erzeugten Wirtschaftswachstums.

Machen wir uns nichts vor: Entwicklungshilfe her oder hin, unsere Wirtschaft ist genau an dieser Art von Entwicklung interessiert. Was schert es deutsche Baufirmen, wenn sie in Opec-Ländern für 1 Milliarde DM das Stück, technisch unüberbietbare Krankenhäuser hinstellen, was schert es sie, wenn diese riesigen Reparaturwerkstätten für körperliche Defekte monatlich sogar dann 5 Millionen DM Unterhaltungskosten erfordern, wenn gar kein Personal für den Betrieb zu finden ist!

Was schert es die chemische Industrie von Basel bis Ludwigshafen, wenn unsere Art von Landwirtschaft im Süden die Bodenerosion vorantreibt, wenn dort die Schädlinge noch rascher gegen Gifte resistent werden als hier? Was schert es die Automobilindustrie Europas, wenn eine Stadt nach der anderen im Verkehrschaos und im Gestank verkommt?

Was schert es unsere Investoren, wenn eine Kunstfaserfabrik für



100 oder 200 Arbeiter Tausende von Schäfern oder Webern brotlos machen?

Was kümmert es unsere Waffenexporteure, wenn für jeden exportierten Panzer auch dann Menschen sterben, wenn dieser Panzer nie eingesetzt wird: einfach weil die Militarisierung des Südens das Elend noch hoffnungsloser macht?

Hauptsache, die Bilanzen unserer Multis stimmen.

Das Beispiel Energiepolitik

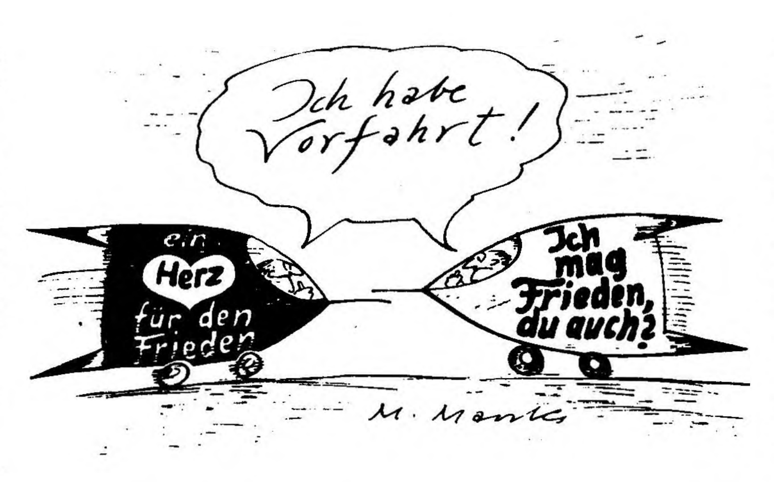
Solange dies die Wirklichkeit ist, hat Entwicklungshilfe, wo sie gut ist, den Sinn, solche Wirkungen ein bißchen abzumildern, wo sie schlecht ist, sie noch zu verstärken. Worauf es ankommt, ist, ob wir für die dritte Welt partnerschaftsfähig werden. Und dies setzt dreierlei voraus:

Die Einsicht, daß die meisten Länder des Südens unseren Weg auch dann nicht gehen können, wenn die meist von uns korrumpierten Oberschichten dies wollen.

Daß wir zusammen mit den Einsichtigen und noch nicht Korrumpierten im Süden Wege einer technischen und ökonomischen Entwicklung suchen, die diesen Kulturen und Klimazonen angemessen sind. Daß wir vor allem fragen, was wir hier bei uns ändern müssen, damit der Süden leben kann.

Für die Länder der dritten Welt ist eine Energieversorgung durch dezentrale und möglichst erneuerbare Energiequellen vorteilhafter als durch zentralisierte Großtechnologien. Für großtechnische Anlagen fehlt ihnen:

- Das Kapital; wie soll ein armes Land in zehn Jahren zwei Milliarden Mark für ein Kernkraftwerk investieren, ehe der erste Strom fließt?
- Die technische Erfahrung; sie reicht bei uns nicht aus, Unfälle zu verhindern. Wie soll dies in technisch weniger geübten Gesellschaften sein?
- Die technische Infrastruktur, zum Beispiel ein weiträumiges Netz zur Verteilung des Stroms.
- Die politische Stabilität; Kernkraftwerke passen nicht in Ländern, in denen Bürgerkrieg herrscht oder droht.



Nuklearexport in die dritte Welt setzt dort einen Prozeß in Gang, dessen Scheitern abzusehen und teilweise schon sichtbar ist. Der deutche Nuklearexport nach Persien ist zusammengebrochen, im Fall Brasilien droht ähnliches.

Energiepolitik im Interesse der dritten Welt bedeutet also: Drastische Energieeinsparung in Industrieländern, damit fossile Energieträger, vor allem Öl, dort noch erschwinglich bleiben. Jeder Liter Öl, jede Kilowattstunde Strom, die wir zu Hause einsparen, ist ein winziges Stück Entwicklungshilfe.

Großzügige Hilfe bei der Erschließung dezentraler und erneuerbarer Energiequellen. Hier sind es vor allem drei Energiequellen, die es zu erschließen gibt:

- Die bisher kaum genutzte Wasserkraft, etwa in den Anden oder im südlichen und östlichen Afrika.
- Die Sonnenenergie, deren Umwandlung in elektrische Energie, etwa für dezentral zu speisende Wasserpumpen, heute schon wirtschaftlich ist.
- Organische Energiequellen, neben Biomasse, vor allem Holz.

Klima der Partnerschaft

Daß Sonnenenergie auch dort nicht genutzt wurde, wo sie im Übermaß vorhanden ist, hängt mit einem Modell von Entwicklung zusammen, das vom Norden kopiert war. Deshalb wird Sonnenenergie im Süden erst genutzt, wenn sich der Norden darin – sehr viel weniger erfolgreich – versucht.

Wenn wir die Menschen dort ermuntern, andere, eigene Wege zu gehen, so werden sie dies nur dann nicht als neueste Masche des Kolonialismus empfinden, wenn wir selbst bereit sind, über die Anwendung einfacherer Technologien oder eine weniger aufwendige Lebensweise bei uns mit uns reden zu lassen, wenn sie, wie bei der Sonnenenergie, sehen, daß wir ihren natürlichen Vorsprung hinnehmen. Die von Schumacher angestoßene Diskussion über kapital- und energiesparende, dafür aber arbeitsintensive Technologien für Länder mit brachliegender Arbeitskraft kann nur dann weiterführen, wenn wir in Europa unsere herkömmliche harte Technologie nicht für tabu erklären.

Wenn wir anderen eine weniger energiefressende Form der Landwirtschaft nahelegen, dann müssen wir diese zu Hause mindestens in Alternativmodellen selbst praktizieren. Wer anderen Massenverkehrsmittel empfiehlt, tut gut daran, gelegentlich selbst solche zu benutzen.

Die Entwicklungspolitik eines Landes entscheidet sich nicht in einem Ministerium, nicht einmal in einer Regierung. Beide spiegeln häufig nur wider, inwieweit eine Gesellschaft kooperationsfähig ist. Die Deutschen sind es nur bedingt, weniger als die Niederländer oder die Schweden, mehr vielleicht als die Japaner.

In Schweden kann sich jede Regierung eine Entwicklungshilfe leisten, die sich an den Bedürfnissen der ärmsten 800 Millionen Menschen orientiert, in Japan mit seinem ungebrochenen Nationalismus in allen Wirtschaftsfragen könnte dies keine. Je weniger eine Gesellschaft vom Leistungszwang gepeitscht, von Prestigekonsum getrieben, von Konkurrenzangst gejagt ist, je offener eine Gesellschaft ist für Neues, Ungewohntes, Fremdes, je stärker der Wille nach mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eine Gesellschaft bestimmt, je unverkrampfter eine Demokratie gelebt wird, um so eher wächst ein Klima der Partnerschaft, ohne das Entwicklungspolitik immer ein Kummerdasein führen muß.

Zeige mir deine Entwicklungspolitik, und ich sage dir, wer du bist. Über die Qualität unserer Entwicklungspolitik wird jeden Tag entschieden, und zwar im eigenen Land, in seiner Einkommenspolitik, seiner Energiepolitik, seiner Verkehrspolitik, aber auch in allem, was seine gesellschaftlichen Kräfte tun oder unterlassen, kurz: bei uns selbst.

Europa ist gefordert

Was ich hier anpeile, wird nicht von den USA, sicher auch nicht von der Sowjetunion ausgehen. Die östliche Supermacht hat mit ihrer eigenen Fehlentwicklung genug zu tun, in der westlichen Supermacht wurde ein Präsident gewählt, der dem Süden nicht mehr zu sagen hat als dies:

Seht zu, daß Euer Land für unsere Multis attraktiv wird, sie werden Euch dann schon helfen. Wenn Ihr stramm antisowjetisch – notfalls auch zusammen mit den chinesischen Kommunisten – operiert, könnt Ihr von uns auch Waffen, Weizen und Maschinen bekommen.

Welchen Rückschritt die Reagan-Administration bedeutet, kann der ermessen, der die entwicklungspolitische Diskussion der frühen Siebzigerjahre mitgemacht hat. Alles, was damals mit Robert McNamara, Jan Pronk, Judith Hart, Ernst Mechanek, Maurice Strong erarbeitet wurde, hat Reagan vom Tisch gewischt.

Daß hier Europa, Westeuropa gefordert ist, hat Françoise Mitterrand verstanden. Aber eben: so wie die US-Regierung Frankreich gegen die vernünftige Haltung Helmut Schmidts in der Polenkrise ausspielen konnte, so spielt sie in Sachen dritte Welt Genscher und Schmidt gegen Cheysson und Mitterrand aus. Wenn verzweifelte Menschen im Süden nach Hilfe ausschauen, dann bleibt im Grunde nur noch Westeuropa.

Friedensbewegung

Europa muß seinen Weg finden

Der Osten könnte auch dann nicht, wenn er wollte. Die USA wollen nur, was den Osten schwächt. Japan hat sich einem kaum verhüllten Wirtschftsimperialismus verschrieben.

Was wir brauchen ist ein westeuropäischer Konsens in folgenden Punkten: Widerstand gegen den Versuch der USA, die dritte Welt nur noch als Kampffeld zwischen Ost und West und als Betätigungsfeld für die Großindustrie zu verstehen.

Hilfe für die Kräfte, die für ihre Länder eigene, ihrer Tradition und Kultur gemäße Wege gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderung suchen.

Gemeinsame Anstrengungen in Europa, solche Versuche durch Erarbeitung von angemessener Technologie zu unterstützen, dies gilt vor allem für die Energieversorgung, das Verkehrswesen, das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft.

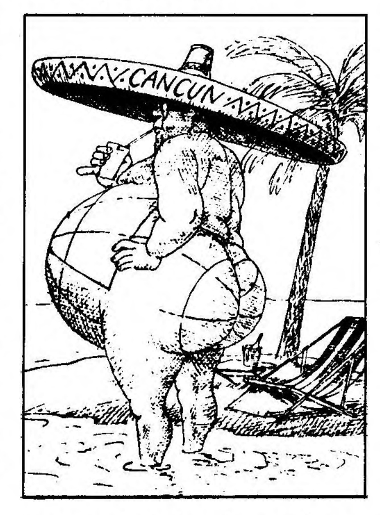
Überprüfung unserer eigenen Innenpolitik, vor allem auf diesen Feldern, mit dem Ziel, partnerschaftsfähig zu werden.

Widersprüchliche US-Propaganda

Was das Ost-West-Verhältnis angeht, so möchte ich von einer Äußerung des früheren Vizepräsidenten der USA, Mondale, ausgehen: er meinte, militärische Stärke sei noch keine Politik, wenn man keinen Plan für den Frieden habe.

Dies ist eine überaus höfliche Beschreibung dessen, was heute in Washington vor sich geht. Wie immer man den Einfluß Ronald Reagans auf seine eigene Politik einschätzt, wir haben es mit einem Mann zu tun, für den das Leben sich immer als Kampf der Guten gegen die Bösen, schließlich als Sieg der Guten über die Bösen dargestellt hat. Dieses vulgär-manichäische Weltbild, das heute die Politik der USA beherrscht, läßt Waffenstillstände zu, aber letztlich keinen Frieden. Frieden zwischen Gut und Böse ist nicht nur unmoralisch, sondern auch unmöglich.

Dabei vollzieht sich die US-Politik gegenüber dem Osten auf den zwei Ebenen der Propaganda und der praktischen Politik. In der Propaganda wird uns Angst eingejagt vor der Dynamik kommunistischer Weltrevolution und vor sowjetischer Überlegenheit, in der praktischen Politik wird auf allen Gebieten, von der Rüstung bis zur Ökonomie, Druck ausgeübt in der Absicht, ein ohnehin morsches, zerfallenes Imperium an seinen inneren Ausweglosigkeiten krepieren zu lassen.



Spannend wird es da, wo die realpolitische Zielsetzung selten, aber eben doch – sich öffentlich kundgibt, etwa in der Neujahrsrede des Präsidenten oder in Interviews von Verteidigungsminister Weinberger. Dann fragt sich der verwirrte Beobachter, was denn nun stimme: ob die Sowjetunion dabei sei, sich die Welt zu unterwerfen oder an inneren Widersprüchen zugrunde zu gehen – beides zusammen ist recht unwahrscheinlich.

Was tut der Bär, wenn er in der Ecke ist?

Die These, daß die östliche Führungsmacht auf allen Gebieten außer dem militärischen geradezu erschreckend schwach sei, ist kaum zu widerlegen. Die Bindekraft der kommunistischen Ideologie läßt nach, auch in der Sowjetunion selbst. Die sowjetische Industrie ist auf dem Weltmarkt nach wie vor nicht konkurrenzfähig. Die Konkurrenten der USA sind ökonomisch Westeuropa und Japan, nicht die Sowjetunion.

Wenn es um Gefahren aus dem Osten geht, so besteht sie in den Achtzigerjahren vor allem an zwei Punkten:

Die Sowjetführung könnte versucht sein, ihre ideologische, politische und ökonomische Schwäche durch militärisches Auftrumpfen zu überspielen.

Die Sowjetführung könnte zu dem Ergebnis kommen, daß die Rüstungsanstrengungen des Westens schon in den späteren Achtzigerjahren, vor allem aber im letzten Jahrzehnt, die Sowjetunion so in die Ecke manövrieren könnten, daß die Frage C. F. von Weizsäckers akut wird: Was tut der Bär, wenn er in der Ecke ist und vor allem: ehe er in der Ecke ist?

Die Gefahr solcher Kurzschlüsse wäre noch größer, wenn die nächste Führungsgeneration in Moskau Bilanz zöge und zu einem negativen Saldo unter Breschnews Entspannungspolitik käme.

Der Funke kann überspringen

Ehe wir nach der Rolle Europas fragen, müssen wir nach Ursachen und Anlässen Ausschau halten, die einen Konflikt zwischen den Supermächten auslösen könnten.

Sie dürften nach menschlichem Ermessen nicht in Europa liegen. Die Wahrscheinlichkeit einer US-Intervention in Polen ist so groß und so klein wie die eines sowjetischen Überfalls auf die Bundesrepublik. Die Sowjetunion in ihrem heutigen Zustand braucht ein wirtschaftlich intaktes Westeuropa als Handelspartner und ein politisch handlungsfähiges Westeuropa als Dämpfer für amerikanischen Kreuzzugsgeist.

Sie hätten nichts von einer europäischen Atomwüste – die sich mindestens bis Moskau erstrekken würde – und sie kann auch nicht scharf darauf sein, sich in Frankfurt oder gar in Bern all die Probleme potenziert auf den Hals zu laden, mit denen sie seit bald 40 Jahren in Osteuropa nicht zurande kommt.

Kurz: Ich glaube nicht, daß es in Washington oder Moskau umsetzungsfähige Strategien gibt, die Demarkationslinie in Europa zu verschieben. Aber es gibt sehr wohl umsetzungsfähige Strategien, die auf den Nahen Osten, Zentralamerika, Kambodscha, wohl auch auf Teile Afrikas zielen.

Der explosive Landstrich unserer Erde dürfte der Nahe und Mittlere Osten sein, zum einen, weil von seinen Quellen die Ölversorgung des Westens – nicht übrigens des Ostens – abhängt, zum anderen, weil der israelisch-arabische Konflikt heute, nicht ohne das Zutun Begins, vom Frieden weiter entfernt scheint als jemals zuvor.

Ich gestehe, mir graut vor der Vorstellung, daß beides, der Kampf um das Öl und der Kampf um Israel, das Begin vorschwebt, sich verknäueln könnten. Und ich würde mich auch nicht wundern, wenn man in Israel darüber nachdächte, ob nicht die Reagan-Administration ein Geschenk ist, das sich so rasch nicht wiederholt.

Jedenfalls: Die Gefahr für Europa besteht vor allem darin, daß die Weltmächte außerhalb Europas in eine nicht mehr beherrschbare Konfrontation geraten und daß dann der Funke auf Europa überspringt. Er wird dies um so sicherer tun, je mehr eine Weltmacht von Europa aus militärisch bedroht werden kann oder sich bedroht fühlt. Dies ist das entscheidende Argument gegen Raketen, die von Deutschland aus in 5 Minuten den Kreml treffen könnten.

Zehn Thesen für Europa

Was kann, wenn die Analyse wenigstens in der Tendenz richtig ist, Funktion und Position Westeuropas sein? Dabei meine ich mit Europa zuerst einmal die Europäische Gemeinschaft.

Ich möchte dies in 10 Thesen andeuten.

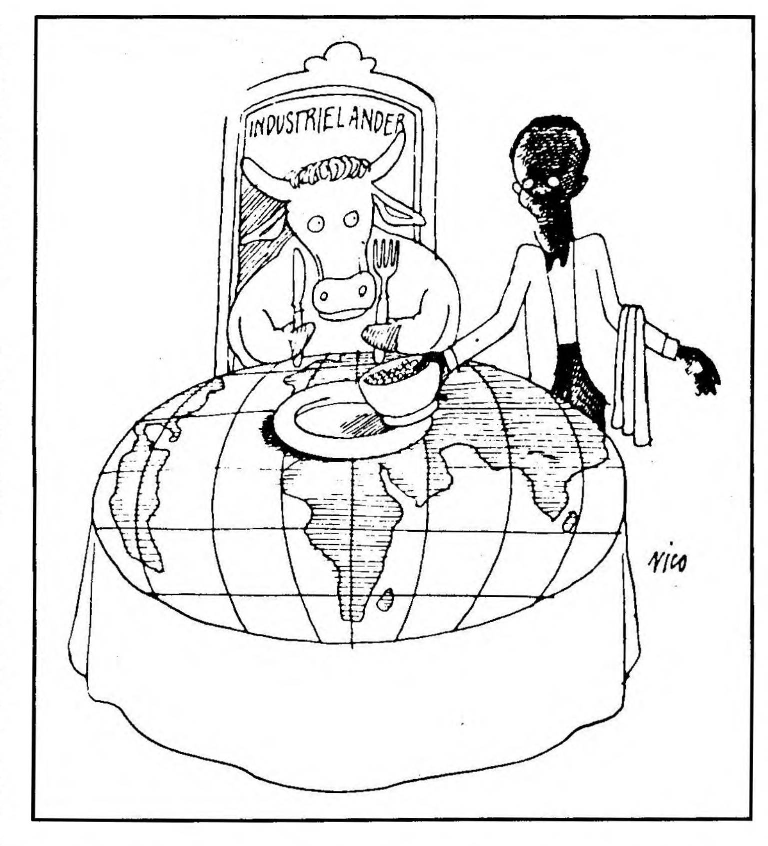
1. Westeuropa braucht auch künftig die Rückendeckung der USA gegenüber der Weltmacht Sowjetunion, so wie die USA die Kooperation der Westeuropäer brauchen. Dieses gemeinsame Interesse ist die Basis der NATO. Diese Basis würde nur dann brüchig, wenn gegensätzliche Interessen gewichtiger würden als gemeinsame.

2. Westeuropa hat kein Interesse daran, die Sowjetunion unter einen ökonomischen, politischen und schließlich militärischen Druck zu setzen, der die Sowjetunion nach innen verhärten und nach außen unberechenbar machen kann. Wir müssen auf absehbare Zeit mit dem Sowjetsystem leben und auf seine Wandlungsfähigkeit setzen.

3. Westeuropa hat ein ökonomisches und politisches Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Ländern des Warschauer Paktes. Auch unsere Sicherheit wird um so größer sein, je wichtiger wir als Handelspartner werden.

4. Westeuropa wird militärisch umso sicherer sein, je weniger sich die Sowjetunion von Europa bedroht fühlt. Daher müssen westeuropäische Verteidigungsanstrengungen darauf zielen, ein hohes Risiko für jeden Angreifer glaubhaft zu machen, ohne daß von Westeuropa eine Bedrohung der Sowjetunion ausgeht. Dies setzt voraus, daß an die Stelle der Strategie der flexiblen Antwort ein reines Verteidigungskonzept tritt, das sich in Umrüstung auf rein defensive Waffen und Organisationsstrukturen niederschlägt.

5. In einer Epoche, in der neue Waffentechnik einen atomaren Krieg wieder begrenzbar, führbar und schließlich gewinnbar erscheinen läßt, hat Europa kein gesteigertes Interesse an atomwaffenfreien Zonen, die schließlich zu einer großen Zone ohne atomare Waffen zusammenwachsen können. Europäische Staaten, die selbst keine atomaren Waffen herstellen, sollten auf ihrem Territorium auch keine stationieren.



6. Westeuropa muß eine eigene Politik gegenüber der dritten Welt entwickeln, abstimmen und durchsetzen. Ausgangspunkt dafür könnten die Vorstellungen der französischen Regierung sein.

Drohpotentiale in West und Ost verringern

7. Eine eigene Nahostpolitik Westeuropas wird in dem Maße dringlicher, wie amerikanische Rückendeckung die Regierung Begin zu Handlungen ermutigt, die immer neues Konfliktpotential anhäufen. Dabei kann die Europäische Gemeinschaft an ihre gemeinsame Nahostresolution anknüpfen.

8. Die Teilung Europas durch die Beschlüsse von Jalta ist nur zu überwinden, wenn europäische Politik von dieser Realität ausgeht. Da keine Weltmacht zulassen wird, daß ihr Einfluß in Europa auf Dauer einseitig vermindert wird, muß ein Prozeß eingeleitet werden, der auf beiden Seiten die Eigenständigkeit der Bündnispartner gegenüber ihrer Führungsmacht stärkt und neue Verbindungen zwischen den Europäern auf beiden Seiten knüpft. Dabei sind zu jedem Zeitpunkt die Sicherheitsinteressen beider Weltmächte zu berücksichtigen.

9. In dem Maß wie es gelingt, militärische Drohpotentiale in West- und Osteuropa zu verringern, gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen zu schaffen, könnten – wohl erst in den Neunziger Jahren – Vereinbarungen spruchreif werden, welche die bestehenden Bündnissysteme überwölben und relativieren, schließlich ersetzen.

10. Nur in diesem Prozeß könnte ein Ausscheren von Bündnispartnern der beiden Systeme aus ihren Allianzen sinnvoll werden. Ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO hier und jetzt würde niemandes Sicherheit erhöhen.

Ich habe bei alledem von Europa gesprochen, nicht von Deutschland. Einmal, weil es das Thema so will, zum anderen, weil dies von der Sache her nötig ist. So natürlich es ist, wenn die alten Nationen Europas sich zu Wort melden, wenn es um Leben und Tod, ihr Leben und ihren Tod als Nationen geht, so sicher ist auch, daß ein Chaos von Nationalisten das letzte ist, was uns helfen kann. Daher steht auch das Thema Wiedervereinigung der Deutschen jetzt nicht an. Nur wenn die Europäer – und hier meine ich nun alle – einen Weg finden, im Spannungsfeld der Supermächte ihre gemeinsamen Interessen zur Geltung zu bringen – und die gibt es – haben sie eine Chance gemeinsamen Lebens und Überlebens. □

Erhard Eppler, ehemaliges Mitglied des SPD-Präsidiums, hat den vorstehenden Beitrag als Referat auf einer außenpolitischen Tagung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gehalten, und wir haben ihn ungekürzt der Schweizer Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur »Profil« entnommen.

Umwelt-Journal

Verwüstung der Erde

Jedes Jahr werden etwa sechs Millionen Hektar einigermaßen fruchtbares Land zu Wüsten. Niemand hat genaue Zahlen, aber Fachleute schätzen, daß jährlich sogar 20 Millionen Hektar so sehr an landwirtschaftlicher Qualität verlieren, daß die Bewirtschaftung keine Erträge mehr bringen kann – auch wenn es sich dabei noch nicht um das handelt, was man gemeinhin Wüste nennt, und Abhilfe scheint nicht in Sicht. Auf rund 2,4 Milliarden Dollar jährlich wurden bei der Wüsten-Konferenz in Nairobi 1977 die Kosten geschätzt, mit denen dem Vorrücken der Wüsten in den Entwicklungsländern Einhalt geboten werden könnte. Der UN-Fachpressedienst »Earthscan«: »Es gibt keine Anzeichen dafür, daß dieses Geld aufgebracht werden kann.«

Ein Drittel der Erdoberfläche, 47 Millionen Quadratmeter, ist arid oder semi-arid (trocken oder fast trocken). Über 600 Millionen Menschen leben in diesem Teil der Welt. 80 Millionen Menschen sind vom weiteren Vordringen der Wüste akut bedroht.

Hauptgründe für das Entstehen und die Ausbreitung von Wüsten sind Überkultivierung (schlechte Böden werden nicht mehr brach liegen gelassen), Überbeweidung (immer mehr Tiere werden immer häufiger über immer weniger Land getrieben) und Versalzung (Bodensalze werden durch Bewässerung herausgespült, ohne daß sie abfließen können). □



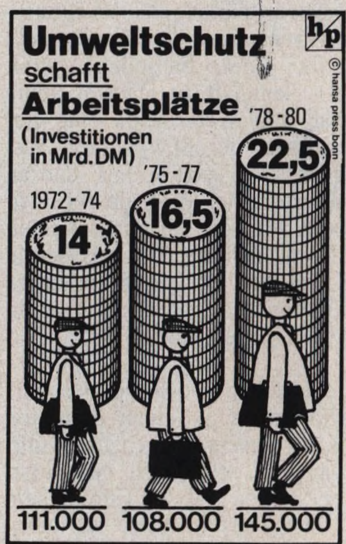
Die zutraulichen Haflinger sind die einzigen »Verkehrsmittel«, denen Urlauber von Leutasch/Tirol auf ihren Wanderungen durch das romantische Gaistal begegnen. Das Seitental ist auf 25 km Länge für Autos gesperrt.

Zwei Milliarden Tonnen Abfälle

Experten zerbrechen sich den Kopf, wie die Verschwendung von Rohstoffen, deren sich die Industrienationen schuldig machen, künftig verhindert werden soll. Die Erfahrungen mit den verschiedenen Recycling-Systemen spielen dabei gewiß eine wichtige Rolle.

In der Europäischen Gemeinschaft fallen pro Jahr rund 2 Milliarden Tonnen Abfall aller Art an. Man schätzt, daß 70 bis 90 Prozent dieser Abfälle in irgendeiner Weise wiederverwendbar sind, da in ihnen Metalle, Glas, Gummi, Öl, Fasern, Papier, Proteine und Holz enthalten sind. Doch 80 bis 90 Prozent dieser Abfälle werden heute noch vernichtet – das sieht doch sehr nach einer immensen Verschwendung von Rohstoffen aus.

Und diese Verschwendung ist um so bedauerlicher, als der Energiepreis sowie die Preise für Rohstoffe ständig im Steigen begriffen sind und gleichzeitig besteht die Gefahr einer Verknappung. □



In den letzten 10 Jahren wurden rund 53 Milliarden DM für Investitionen und weitere zig Milliarden DM für laufende Kosten im Umweltschutz ausgegeben. Insgesamt sichert der Umweltschutz mehr als 100 000 Arbeitsplätze.

Das Meer ist kein Abfalleimer

Es gibt Umweltverschmutzer, die nutzen die Tatsache aus, daß es in zwei Nachbarländern eine unterschiedliche Gesetzgebung darüber gibt, welche chemischen Abfälle ins Meer geleitet werden dürfen. Hier heißt es, wachsam zu sein. So gibt es ein Schiff, das immer unter holländischer Flagge fuhr, und das jedes Jahr 400 000 Tonnen Abfälle 40 km vor der Küste ins Wasser ableitete. Jetzt fährt es plötzlich unter belgischer Flagge, da die Umweltschutzgsetze in Belgien weniger strikt als die der Niederlande sind.

Die niederländischen Behörden verhindern allerdings nicht die Ableitungen. Sie verlangen vielmehr eine gesalzene Steuer, die eventuelle Kosten für die Beseitiging der Umweltverschmutzung decken soll. Und ferner haben sie in letzter Zeit die Kontrollen verstärkt. Dies alles kam



Was macht man, wenn man Hilfe braucht? Die neuen Pannenhilfe »Helpy«, ein Handsignal mit verschiedenen Symbolen (Benzinkanister, rotes Kreuz, Telefon) schafft hier die gewünschte Klarheit. Helpy gibt es an Tankstellen.

dem holländischen Reeder zu teuer; er hat deshalb sein Boot an einen belgischen Kollegen verkauft. Belgien hat bislang noch nicht die internationalen Abkommen zu diesem Problem ratifiziert. Die Europäische Kommission fordert jetzt, daß alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in dieser Frage eine einheitliche Rechtsprechung und Gesetzgebung betreiben. Doch 1976 hatten einige Regierungen Vorschläge bezüglich chemischer Abfälle im Meer abgelehnt. □

Ölverbrauch weiter rückläufig

Das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln legte die neuesten Daten zur Kosten- und Ertragslage der Mineralölindustrie in der Bundesrepublik vor.

Dabei wurde erneut festgestellt, daß die Bundesbürger mit dem schwarzen Gold auch im Jahr 1981 wieder sparsam umgegangen sind.

Im Vergleich zum Vorjahr ging der Verbrauch um 11 Prozent zurück, er sank von 128 auf 114 Millionen Tonnen. Gleichzeitig nahm der Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch auf 45 Prozent ab. Im Jahre 1979 hatte er noch 51 Prozent betragen.

Mehr Lärm ist die Folge von Manipulationen an Mofas und Mopeds, der erwünschte Erfolg, mehr Schnelligkeit, bleibt oft aus. Bei der Lärmbekämpfung wird die Polizei solche Verstöße mit empfindlichen Geldstrafen belegen.





Es wird wieder eingemacht: Noch vor einigen Jahren war das »Selbstgemachte« schwer zu realisieren und zeitintensiv. Durch die elliptische Form eines Schnell-Kochtopfes kann man bis zu 6 Gläsern auf einmal unterbringen.

Rückläufig waren: Schweres Heizöl mit 22 Prozent minus, leichtes Heizöl mit 11 Prozent minus und Motorbenzin (zum ersten Mal rückläufig) mit sechs Prozent minus. Zugenommen hat lediglich der Verbrauch von Dieselkraftstoff mit plus zwei Prozent.

Die Mineralöleinfuhren sind 1981 um insgesamt 16 Prozent zurückgegangen, dabei ging der Rohölimport um knapp 19 Prozent und die Produkteinfuhr um neun Prozent zurück.

Der Anteil des in der Bundesrepublik geförderten Öls macht vier Prozent an der gesamten Mineralölversorgung aus. □

Öko-Wiese nicht bei mir

Die Naturschützer begrüßen den Appell des hessischen Umweltministers Karl Schneider an die Gemeinden, anstelle des allgemein üblichen und ökologisch wertlosen Einheitsgrüns der öffentlichen Rasenflächen lieber Feldwiesen wachsen zu lassen, die ökologisch wertvoller und auch schöner seien.

Allerdings bedauerte es jetzt der Bund für Umwelt und Naturschutz, daß sich Minister Schneider für die Grünanlagen seines Behördenhauses nicht an die eigenen Öko-Empfehlungen gebunden fühle. Ausgerechnet vor dem Umweltministerium mache sich eine sterile Grünfläche breit, deren erster Rasenschnitt offenbar kurz nach der Ministerempfehlung erfolgte. Die Öffentlichkeit hat wenig Verständnis dafür, wenn ein Umweltminister Öko-Empfehlungen angebe, an denen er sich selbst am wenigsten orientiere. Der oberste hessische Naturschützer sollte vor seiner eigenen Haustür die naturnahe Gestaltung von Zierflächen praktizieren, damit Gemeinden und andere Behörden ein erstes positives Anschauungsprojekt erhalten. □

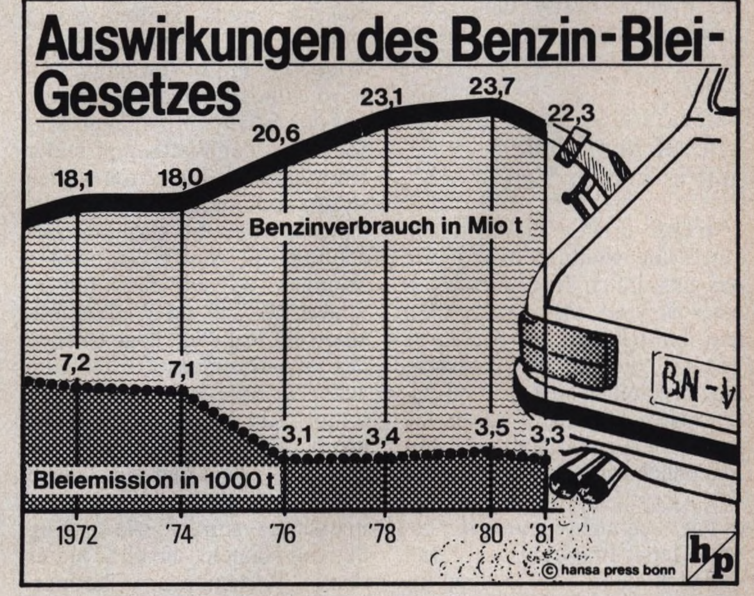
Giftstoffverbot für Spielzeug

Kleinkinder »entdecken« ihre Umwelt, indem sie nicht nur alles betasten und befühlen, sondern womöglich auch in den Mund stecken. Eltern, die ihren Kindern Zeichenstifte, Bauklötze oder Kleinspielzeug in die Hand geben, müssen sich deshalb darauf verlassen können, daß zu denen Herstellung keine giftige Farben oder sonstige Zutaten verwendet wurden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher bemängelt deshalb, daß auf diesem Gebiete kein generelles Giftverbot besteht, sondern selbst Schwermetalle wie Blei und Cadmium als »unbedenklich« angesprochen werden. Es werden daher eindeutige gesetzliche Vorschriften, möglichst auf europäischer Ebene, gefordert, die »ein generelles Giftverbot für Kinderspielzeug« enthalten. □

Garten- und organische Küchenabfälle sind viel zu schade, um in die Mülltonne zu wandern. Mit einem Komposthaufen gewinnt man wertvolle Aufbaustoffe. Und mit Gartenhandschuhen von Mapa kann man diese Arbeiten auch anpacken.





Auf weit weniger als die Hälfte ist in den letzten 10 Jahren die Bleibelastung der Luft im Straßenverkehr gesunken. 1980 erreichte der Benzinverbrauch mit 23,7 Millionen Tonnen einen Rekord, der immer stärker zurückgeht.

Abrüstung

Ausweg aus dem atomaren Dilemma

George F. Kennan

Der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan ist für den diesjährigen Friedenspreis des Deutschen Buchhandels nominiert worden. Der 78jährige teilte mit, er werde den Preis annehmen. Kennan hat im April zusammen mit dem früheren US-Verteidigungsminister Rober McNamara an den Westen appelliert, einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu erklären und die konventionellen militärischen Kräfte zu stärken.

Es fehlen die Worte, um den ganzen Ernst unserer gegenwärtigen Situation zum Ausdruck zu bringen. Es ist nicht nur das, daß die Vereinigten Staaten sich im Augenblick politisch mit der Sowjetunion auf Kollisionskurs bewegen und daß der Prozeß vernünftiger Kommunikation zwischen den beiden Regierungen völlig zusammengebrochen zu sein scheint; es ist auch das, – und das ist noch wichtiger – daß die letztliche Sanktion hinter der kollidierenden Politik dieser beiden Regierungen die Art und der Umfang der Bewaffnung ist, die möglicherweise ohne eine äußerste Katastrophe für uns alle nicht angewendet werden kann.

Mit solchen Waffen gibt es keinen Sieg

Seit über dreißig Jahren haben kluge und weitblickende Leute uns hinsichtlich der Sinnlosigkeit eines Krieges mit Atomwaffen und hinsichtlich der Gefahren gewarnt, die mit ihrer Entwicklung verbunden sind. Einige dieser ersten Stimmen waren die großen Wissenschaftler einschließlich der hervorragenden von Albert Einstein selbst. Aber es hat auch nicht an anderen gefehlt. Jeder Präsident der Vereinigten Staaten von Dwight Eisenhower bis Jimmy Carter hat versucht, uns daran zu erinnern, daß es in einem Krieg mit solchen Waffen keinen Sieg geben kann. Und das taten auch andere hervorragende Persönlichkeiten.

Wenn man heute auf die Geschichte dieser Warnungen zurückblickt, hat man den Eindruck, daß heute einiges von dem Sinn für die Dringlichkeit, den Hoffnungen und der Begeisterung verloren gegangen ist, die sie vor so vielen Jahren beflügelt haben.

Wie die Kinder von Hameln

Die Gefahr ist offensichtlich. So viel ist bereits darüber gesagt worden, was ist mit ständiger Wiederholung zu gewinnen? Wo wäre es heute nütze? Sehen wir uns den Effekt an. All diese Jahre lang ist der Wettkampf in der Entwicklung der Atomwaffen stetig, schonungslos weitergegangen, ohne die geringste Beachtung all dieser warnenden Stimmen. Wir sind damit fortgefahren, Waffen auf Waffen, Raketen auf Raketen, neue Ebenen der Zerstörungskraft auf alte aufzustapeln. Wir haben das hilflos, fast unwillkürlich getan, wie die Opfer einer Art Hypnose, die Menschen in einem Traum, wie Lemminge, die sich in das Meer stürzen, wie die Kinder von Hameln, die blind hinter dem Rattenfänger hermarschierten.

Und das Ergebnis ist, daß wir heute, zusammen mit den Russen, in der Herstellung dieser Vorrichtungen und der Mittel zu ihrer Auslösung einen Überfluß von so grotesken Dimensionen erreicht haben, daß sie jedem vernünftigen Einsehen trotzen. Ich sage Überfluß. Ich weiß es nicht besser zu beschreiben. Aber in Wirklichkeit ist das Wort viel zu milde. Es schließt ein, daß es Niveaus dieser Waffen geben könnte, die nicht überreichlich vorhanden sind. Ich selbst bezweifle es, daß es sie gibt.

Ich frage, ob diese Vorrichtungen überhaupt wirkliche Waffen sind. Eine richtige Waffe ist bestenfalls etwas, mit dem man bestrebt ist, auf das Verhalten einer Gesellschaft einzuwirken, dadurch, daß das Denken, die Berechnungen, die Absichten der Menschen beeinflußt werden, die davon beherrscht werden; sie ist nicht etwas, mit dem man wahllos das Leben, die Substanz, die Hoffnungen, die Kultur, die Zivilisation anderer Menschen vernichtet. Was für ein Bekenntnis geistiger Armut wäre es, was für ein Bankrott intelligenter Staatskunst, wenn wir zugeben müßten, daß solche blinden, sinnlosen Handlungen der Zerstörung das beste seien, was wir aus dem machen können, was wir uns angewöhnt haben, als die führenden Elemente unserer militärischen Stärke anzusehen.

Meiner Meinung nach ist die Atombombe die sinnloseste Waffe, die je erfunden worden ist. Sie kann zu keinem vernünftigen Zweck verwendet werden. Sie ist nicht einmal ein wirksames Verteidigungsmittel gegen sich selbst. Sie ist nur etwas, mit dem man in einem Augenblick der Gereiztheit oder Panik solche entsetzlichen Handlungen der Zerstörung begeht, wie sie kein gesunder Mensch je wünschen würde, auf dem Gewissen zu haben.

Da sind diejenigen, die mit einem Seufzer vielem, was ich gerade gesagt habe, zustimmen werden, aber auf die Notwendigkeit von dem hinweisen, was Abschreckung genannt wird. Das ist natürlich ein Begriff, der anderen – anderen, die, wie wir selbst von einem Weibe geboren wurden, auf zwei Beinen gehen und ihre Kinder lieben, kurz, menschliche Wesen – die Feindseligkeiten und unmenschlichsten aller Neigungen zuschreibt. Aber gut: Um des Argumentes willen einmal die Niederträchtigkeit dieser Gegner angenommen, so könnte doch niemand leugnen, wie ich meine, daß die gegenwärtig vorhandenen Arsenale der Sowjets und Amerikaner, die die mehr als millionenmal größere Zerstörungkraft der Hiroshima-Bombe darstellen, für den in Frage stehenden Zweck einfach phantastisch übermäßig sind.

Nicht das Maß der Mitschuld vergessen

Wenn die gleichen Relativ-Proportionen erhalten bleiben sollen, würden etwa gut weniger als zwanzig Prozent dieser Lager für die zuversichtlichsten Auffassungen der Abschreckung genügen, sei es, zwischen den beiden Atomsupermächten oder mit Bezug auf alle anderen Regierungen, die so schlecht beraten gewesen sind, den atomaren Pfad zu beschreiten. Was immer die Verdächtigungen gegeneinander sind, kann es auf seiten dieser beiden Regierungen keine Entschuldigungen geben, im Ausgleich gegen einander und in gewissem Sinne gegen die ganze nördliche Hemisphäre so ungeheuerliche Mengen dieser Waffen in Übertretung aller vernünftigen und darstellbaren Erfordernisse zu unterhalten.

Wie sind wir selbst in diese gefährliche Klemme geraten? Wir wollen die Frage nicht dadurch verwirren, daß wir sie ganz unseren sowjetischen Gegnern zur Last legen. Sie haben natürlich ihren Anteil an der Schande und keinen geringeren in ihrer ungenierten Ablehnung des Baruch-Planes vor so vielen Jahren.

Sie haben auch ihre Fehler gemacht, und ich wäre der Letzte, das zu bestreiten, aber wir müssen uns daran erinnern, daß wir Amerikaner es gewesen sind, die bei fast jedem Schritt auf dem Wege die Führung in der Entwicklung dieser Art Bewaffnung übernommen haben.

Wir waren es, die zuerst eine solche Vorrichtung produziert und getestet haben, wir, die die Zerstörungskraft auf eine neue Ebene mit der Wasserstoffbombe erhöht haben, wir, die jeden Vorschlag für den Verzicht auf das Prinzip der »ersten Anwen-

dung« abgelehnt haben, und wir allein, Gott helfe uns, die die Waffe im Zorn gegen andere angewendet haben und dabei sogar gegen Zehntausende hilflose Nichtkämpfer.

Ich weiß, daß für einige dieser Dinge Gründe angeführt worden sind. Ich weiß, daß andere diese Art der Führung hätten übernehmen können, wenn wir es nicht getan hätten. Aber wir wollen uns im Angesicht dieses Zeugnisses nicht so in Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit verlieren, daß wir das Maß unserer Mitschuld bei der Schaffung der Situation, in der wir uns heute befinden, vergessen.

Was ist also, wenn nicht unser eigener Wille, und nicht die angebliche Schlechtigkeit unserer Gegner, was uns auf diesen Weg geführt hat?

Die Antwort ist, meine ich, klar. Es ist zu allererst die innere Triebkraft, die unabhängige Triebkraft des Wettrüstens selbst – es sind die Zwänge, die sich erheben und große Macht entfalten, wenn sie beim Aufbau der hauptsächlichen Rüstungen jeder Art in einen Wettstreit eintreten.

Mit Träumen vom Sieg benebeln

Ist es möglich, aus diesem verlockenden und verderbten Kreis auszubrechen? Es ist ernüchternd, festzustellen, daß niemand, zumindest meines Wissens, das bis jetzt getan hat. Aber niemand ist, was das angeht, je mit einer so großen Katastrophe, solcher unwandelbaren Katastrophe am Ende der Strecke konfrontiert worden. Andere in früheren Jahrzehnten konnten sich selbst mit Träumen von so etwas wie einem »Sieg« benebeln, uns ist, vielleicht glücklicherweise, eine solche trügerische Aussicht verwehrt. Wir müssen aus dem Kreis ausbrechen, wir haben keine andere Wahl.

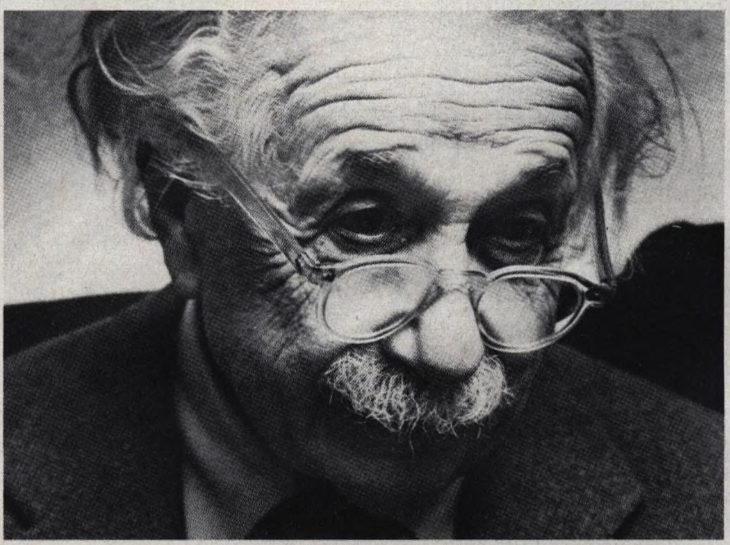
Wie müssen wir das anfangen? Ich muß bekennen, daß ich keine Möglichkeit sehe, das mittels Diskussionen nach den Grundsätzen der Verhandlungen zu tun, die während des vergangenen Jahrzehnts ab und zu unter dem Akronym SALT geführt worden sind. Ich bedaure sicherlich, daß das letzte SALT-Abkommen nicht ratifiziert worden ist. Ich bedaure das, weil, wenn die von diesem Abkommen erwarteten Gewinne auch gering wären, seine Nachteile noch geringer gewesen wären, und es besaß symbolischen Wert, der nicht so leicht geopfert werden sollte.

Aber ich gebe mich nicht der Täuschung hin, daß Verhandlungen nach dem SALT-Muster, das heißt, Verhandlungen, in denen jede Seite von dem Hirngespinst eines relativen Vorteils besessen ist und sich nur bemüht, ein Maximum der Bewaffnung für sich selbst zu behalten, und die Gegenseite in die maximal nachteilige Lage zu versetzen, ich gebe mich nicht der Täuschung hin, daß solche Verhandlungen je angemessen sein könnten, uns aus dieser Klemme herauszuholen, sie sind nicht der Weg, dem Wettrüsten zu entkommen, sie sind ein integrierender Teil davon.

Wer nicht versteht, daß, wenn es zu Atomwaffen kommt, die ganze Vorstellung eines relativen Vorteils illusorisch ist, wer nicht versteht, daß, wenn man über absurde und widersinnige Mengen für die totale Tötung spricht, die relative Größe der Arsenale keine ernste Bedeutung hat, wer nicht versteht, daß die Gefahr nicht in der Möglichkeit besteht, daß jemand anderer mehr Raketen und Sprengköpfe besitzt als wir, sondern gerade in dem Vorhandensein dieser unvorstellbaren Mengen hochgiftiger Explosionsstoffe und ihrem Vorhandensein in den so schwachen und zittrigen und unzuverlässigen Händen wie den unseren oder denen unserer Gegner oder jedes anderen bloß menschlichen Wesens, wer all das nicht versteht, kann uns nie aus dieser immer stärker werdenden Finsternis und dem bedrohlichen Wald der Verwirrungen herausführen, in die wir alle gewandert sind.

Ohne Gerangel unter den Experten

Ich kann keinen anderen Weg aus diesem Dilemma erkennen als den einer entschiedenen Abwendung – einer Abwendung, die chirurgisch durch die übertriebenen Befürchtungen, die selbst hervorgerufenen Alpträume und die verdrehten Berechnungen der Zerstörung hindurchschlägt, in die wir während dieser vergangenen Jahre verstrickt gewesen sind, und die uns erlauben würde, mit Mut und Entschlossenheit auf den Kern des Problems zu kommen.



Albert Einstein, Physiker und Nobelpreisträger: »Wir appellieren als Menschen an die Menschen. Erinnert euch eurer Menschlichkeit und vergeßt alles übrige.«

Präsident Reagan sagte vor kurzem, und, ich meine, sehr klug, er würde »nicht so lange wie möglich verhandeln, um die Anzahl der Atomwaffen auf einen Punkt zu reduzieren, wo keine Seite das Überleben der anderen mehr bedroht«. Nun, das ist natürlich genau der Gedanke, auf den diese meine gegenwärtigen Bemerkungen sich richten. Aber ich möchte gerne wissen, ob die Verhandlungen wirklich so lange dauern müssen?

Was ich möchte, daß der Präsident nach entsprechender Beratung mit dem Kongreß tut, wäre, der sowjetischen Regierung vorzuschlagen, über die Grenzen weg eine sofortige Reduzierung der Atomwaffenarsenale um 50 Prozent, wie sie heute von den beiden Mächten unterhalten werden – eine gleichmäßige Reduzierung aller Waffenarten, der strategischen, der mittleren Reichweite und der taktischen, wie auch ihre Auslieferung – und all dies sofort zu erfüllen und ohne weiteres Gerangel unter den Experten und solchen Mitteln der Verifikation zu unterwerfen, wie sie heute den beiden Mächten zur Verfügung stehen.

Ob das Gleichgewicht der Reduzierung exakt gegeben wäre, ob es hergestellt werden könnte, um die eine oder andere Seite zu begünstigen, wäre nicht die Frage. Wenn wir einmal anfangen, so zu denken, wären wir auf derselben verhängnisvollen Spur, die uns dahin geführt hat, wo wir heute sind. Was immer die genauen Ergebnisse einer solchen Reduzierung sind, bliebe immer noch eine Unmenge für die totale Tötung übrig, so viel davon, daß, wenn diese erste Operation erfolgreich wäre, ich dann eine zweite möchte, die durchgeführt uns von mindestens zwei Dritteln dessen befreien würde, was übrig bleibt.

Ich habe nun natürlich keine Vorstellung von den wissenschaftlichen Aspekten einer solchen Operation; aber ich kann mir vorstellen, daß ernste Probleme bei der Aufgabe auftreten könnten, die radioaktiven Bestandteile der vielen Tausenden von Sprengköpfen zu entfernen und sie sicher zu lagern, die entsorgt werden müßten.

Wenn das der Fall wäre, möchte ich, daß der Präsident seinen Anteil einer fünfzigprozentigen Reduzierung mit dem Vorschlag koppelt, daß unter dem Vorsitz einer distinguierten neutralen Person ein gemeinsames sowjetisch-amerikanisches wissenschaftliches Komitee errichtet wird, um gemeinsam und in aller Bescheidenheit nicht nur das Problem der sicheren Lagerung dieser Abfälle zu untersuchen, sondern auch die Frage, wie sie in solcher Weise verwendet werden könnten, einen positiven Beitrag zum menschlichen Leben zu leisten entweder in den beiden Ländern selbst oder –

Abrüstung

Ausweg aus dem atomaren Dilemma

vielleicht vorzugsweise – irgendwo. Mit einem solchen gemeinsamen wissenschaftlichen Unternehmen könnten wir sowohl einige unserer vergangenen Torheiten wieder gut machen als auch den Grund für eine konstruktive Beziehung legen.

Es muß ein Anfang gemacht werden

Es muß gesagt werden, daß dieser Vorschlag, was immer seine Verdienste sein mögen, sich nur mit einem Teil des Problems befaßt. Das stimmt genau. Dahinter lauern die ernsten politischen Differenzen, die uns heute von der sowjetischen Regierung trennen.

Dahinter liegen immer noch die Probleme, die vor kurzem im SALT-Forum behandelt worden sind und immer noch behandelt werden. Dahinter steht immer noch die große Frage der Annehmbarkeit des Krieges selbst, jedes Krieges, selbst eines konventionellen als Mittel zur Lösung von Problemen zwischen großen Industriemächten.

Was hier vorgeschlagen wird, würde nicht die fortgesetzte Behandlung dieser Frage geradeso wie heute beeinträchtigen, in welchen Foren und unter welchen Sicherheitsmaßnahmen auch immer die beiden Mächte sie für notwenig halten. Der Streit und die Argumente über diese Fragen könnten immer noch vorangehen, nach Herzenslust all derer, die sie mit solcher leidenschaftlicher Hingabe ansehen. Die Einsätze wären einfach nur kleiner und das wäre für uns alle eine große Erleichterung.

Was ich vorgeschlagen habe, ist natürlich nur ein Anfang. Aber irgendwie muß ein Anfang gemacht werden, und wenn er gemacht werden muß, ist es das beste, daß er gemacht wird, wo die Gefahren am größten sind und ihre Notwendigkeit am dringlichsten. Wenn ein Schritt dieser Art erfolgreich getan werden könnte, könnten sich die Menschen das Herz fassen, die Probleme, die immer noch übrig bleiben, mit großem Zutrauen und mit Entschiedenheit anzupacken.

Es wird eingewendet werden, daß damit Risiken verbunden seien. Möglich. Ich sehe sie nicht. Ich leugne die Möglichkeit nicht. Aber wenn sie gegeben sind, was dann? Ist es nicht möglich, sich irgendwelche Gefahren vorzustellen, die größer sind als diejenigen, die am Ende des Kollisionskurses bestehen, auf dem wir uns jetzt befinden? Und wenn nicht, warum das größere, ja, warum das größte aller Risiken wählen in der Hoffnung, die geringen zu vermeiden?

Erinnert euch eurer Menschlichkeit

Wir sind hier mit zwei Wegen konfrontiert, am Ende des einen besteht Hoffnung, schwache Hoffnung, unsere Hoffnung, von Gefahren umgebene Hoffnung. Am Ende des anderen Weges besteht, soweit ich erkennen kann, überhaupt keine Hoffnung. Kann es – im Lichte unserer Pflicht nicht gerade uns selbst gegenüber (denn wir alle müssen früher oder später sterben), sondern unserer Pflicht unserer Art gegenüber, unserer Pflicht gegenüber der Kontinuität der Generationen, unserer Pflicht gegenüber dem großen Experiment des zivilisierten Lebens auf diesem seltenen und reichen und wunderbaren Planeten – kann es im Licht dieser Anforderungen an unsere Ergebenheit eine Frage sein, welchen Weg wir wählen sollen?

In der letzten Woche seines Lebens unterzeichnete Albert Einstein den letzten der gemeinsamen Apelle gegen die Entwicklung von Atomwaffen, die er je unterzeichnen sollte. Er war tot, ehe der Apell erschien. Es war ein, wie ich hinzufügen möchte, von Bertrand Russell entworfener Appell. Ich hatte zu jener Zeit meine Differenzen mit Russell, wie ich sie im Rückblick heute noch habe. Aber ich möchte einen Satz aus dem letzten Absatz des Textes zitieren, nicht nur, weil es der letzte Appell war, den Einstein je unterzeichnet hat, sondern weil er, wie ich meine, alles zusammenfaßt, was ich in dieser Sache zu sagen habe. Er lautet:

»Wir appellieren als Menschen an alle Menschen: Erinnert euch eurer Menschlichkeit und vergeßt alles übrige.« □

Asbest

Kampf den gefährlichen Fasern

Es brennt nicht, läßt sich ebenso vielseitig verwenden wie formen, isoliert und dämmt, kann gebohrt, gefräst, gehobelt, zersägt werden, hat eine lange Lebensdauer, kann versponnen und verwebt werden, ist druck- und abriebfest und unempfindlich gegen Chemikalien. Es hat jedoch einen entscheidenden Nachteil: Es gefährdet die Gesundheit. Gemeint ist Asbest, ein Fasermaterial mineralischen Ursprungs.

Und gerade die Gefahr hat mit der Faserstruktur zu tun. Ein einziges dieser meist mikroskopisch kleinen Teilchen genügt, um einem Menschen die gefürchtete Asbestose anzuhängen – und als Folge möglicherweise einen Lungen-, Brust- oder Bauchfellkrebs.

Das Land Bremen hat den Fasern den Kampf angesagt. Das aus dem tropischen Bergbau stammende Magnesiumsilikat wird nicht nur bei der Bauindustrie in der häufig vorkommenden Form des Asbest-Zements verwendet, sondern steckt in Millionen von Kraftfahrzeugen als Kupplungs- und Bremsbelag, wo natürlicher Antrieb für eine Feinverteilung der Minifasern in unserer Atemluft sorgt. Unvorstellbar, daß da schon das kleinste Partikelchen reicht, um einen Menschen in Gefahr zu bringen. Und wenn es bereits Importländer für deutsche Autos gibt, die keine Asbestbeläge mehr dulden, warum müssen dann die Kollegen in deutschen Kfz-Schmieden das gefährliche Zeug für den Inlandbedarf weiterhin einbauen?

Bremens Gesundheits- und Umweltschutzsenator, Herbert Brückner, hat sich im vergangenen Jahr vor der Umweltministerkonferenz des Bundes und der Länder für das langfristige Verbot dieses Werkstoffes eingesetzt und die einstimmige Billigung des Gremiums erhalten. Nach dieser Initiative soll eine zweijährige Übergangsfrist bis zum Jahresbeginn 1983 zur völligen Verbannung des Fasermaterials führen, das sich gut und gern bereits jetzt schon durch Ersatzstoffe überflüssig machen ließe.

Um die Dinge zu beschleunigen hat der Bremer Bausenator verfügt, daß »Asbest und asbesthaltige Stoffe wegen ihrer gesundheitsgefährdenden Eigenschaften in Bereichen, in denen bereits weniger gefährliche Ersatzstoffe entwickelt worden sind, nicht mehr eingesetzt werden dürfen.« Und überall dort, wo ein Ersatz von Asbest nicht möglich ist, sind die Gründe dafür aktenkundig zu machen, warum das faserige Material weiterin eingesetzt werden soll.

Bremen steht mit dieser Order natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern kann sich der Interessengleichheit mit dem Europäischen Parlament rühmen. Auch Straßburg hat sich die Absicht zu eigen gemacht, daß Asbest soweit wie möglich durch ungefährliche Stoffe ersetzt werden muß. Bei künftigen Bau-



Ausschreibungen will Bremens Landesregierung darum auch die Nichtverwendung der gesundheitsgefährdenden Materialien vorschreiben, wenn es bereits auf dem fraglichen Gebiet ungefährlichen Ersatz gibt.

Bremens Senat bemüht sich weiter um eine Änderung der bestehenden Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe im Bundesratsausschuß für Arbeit und Sozialpolitik. Die Landesregierung fordert, daß Asbest und asbesthaltige Werkstoffe direkt mit dem Hinweis auf die Asbesthaltigkeit versehen werden. Um Arbeitnehmer und Hobbybastler, die Asbestprodukte verwenden, über ihren Werkstoff aufzuklären, soll eine direkte Kennzeichnung jedes Teiles durch Aufdruck oder Prägung erfolgen. Dies alles nur als Übergangserscheinung bis zum völligen Verbot. □

Endrin

Zuckerrüben mit Pflanzenschutzgift vergiftet

Das bisher größte Vogelsterben Deutschlands stellte man in diesem Frühjahr im Bodenseegebiet fest. Bis heute wurden allein 130 Greifvögel, vor allem Mäusebussarde, und mehrere hundert Singvögel tot oder unter qualvollen Krämpfen sterbend aufgefunden. Die Fläche, auf der die Vögel starben, umfaßt viele hundert Quadratkilometer.

Verursacht wurde das Sterben durch den Einsatz von endrinhaltigen Pflanzenschutzmitteln in Obstplantagen. Endrin ist ein chlorierter Kohlenwasserstoff, der sich durch eine besondere Langlebigkeit auszeichnet.

Spritzmittel mit diesem Wirkstoff sind zum Beispiel in der Schweiz seit elf Jahren verboten. In der Bundesrepublik dürfen sie nur in eingezäunten Obstkulturen zur Bekämpfung der Wühlmaus eingesetzt werden. Die Giftigkeit und Landlebigkeit wird durch die Auflage verdeutlicht, daß auf mit Endrin behandelten Flächen drei Jahre lang kein Wurzelgemüse mehr angebaut werden darf.

Infolge der Aufklärungsarbeit des Bundes für Umwelt und Naturschutz (Bund) wurde nun eine unsachgemäße Anwendung endrinhaltiger Mittel bekannt, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. In Südniedersachsen behandelte ein Landwirt in diesem Frühjahr 80 Hektar Zukkerrübenacker mit einem endrinhaltigen Pflanzenschutzmittel, obwohl dies rechtswidrig ist.

Von seinem Feld wurde Bodenproben sowie Zuckerrübenpflanzen entnommen und zur Untersuchung an zwei verschiedene Institute geschickt. Die Untersuchungen ergaben im Boden wie in den Rübenpflanzen erhebliche Endrinmengen.

Endrin schädigt als schweres Nervengift nicht nur Insekten und alle Arten von Wirbeltieren, nach einer amerikanischen Arbeit wirkt es beim Menschen noch giftiger als zum Beispiel bei Mäusen. Wenige tausendstel Gramm genügen, um beim Menschen schwere Vergiftungen hervorzurufen. Es ist nicht abzusehen, zu welchen Folgen es hätte kommen können, wäre diese widerrechtliche Spritzung nicht bekannt geworden. Hunderte Tonnen mit Endrin vergiftete Zukkerrüben wären in Form von Zucker in den Handel gelangt.

Der Bund hat beim zuständigen Pflanzenschutzamt in Hannover Anzeige gegen den verantwortlichen Landwirt erstattet. Der Bund nimmt als selbstverständlich an, daß die behandelten Zuckerrüben im Interesse der Volksgesundheit vernichtet werden.

Es ist sicher, daß es sich hierbei keinesfalls um einen Einzelfall handelt, da die allermeisten Verstöße gegen die Anwendungsbeschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln gar nicht erst bekannt werden. Nach Kenntnis des Bundes für Umwelt und Naturschutz ist die Überwachung der sachgemäßen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gesetzlich nicht geregelt.

Nach geltendem Recht gibt es keine Behörde, die die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln durch die einzelnen Landwirte überwacht. Somit werden die zum Teil strengen Anwendungsbeschränkungen und Anwendungsverbote für giftige Mittel wie Endrin nicht kontrolliert. Verstöße werden erst bekannt, wenn zum Beispiel Bienen- oder Vogelsterben auf sie aufmerksam machen. □



Bürgerprotest

Reden wie Blinde von der Farbe

Johannes Nitschmann

Am Ende rief der Politiker den Poeten zum Zeugen an: »... und es ist gar nicht Großmut, zu verzeihen, daß andere ganz anders als wir glauben. Und stimmte es, daß Leidenschaft Natur bedeutete im Guten und im Bösen, ist doch ein Knoten in dem Schuhband nur mit Ruhe und mit Liebe aufzulösen.«

Doch auch Christian Morgenstern, den der Ratsherr da im Stadtrat für seine fünfköpfige Fraktion bemühte, vermochte die beiden anderen Parteien nicht zu überzeugen. Für die Mehrheit des Stadtrats von CDU und FDP war nach monatelangen Diskussionen und Debatten um die »Innere Ortsumgehung« klar: »Wir können nicht mehr zurück!«

Gemeinsam gegen einen Schildbügerstreich

Eine Bürgerinitiative hatte Verwaltung und Stadträte ganz schön aus dem Konzept gebracht. Jugendliche Turnschuh-Teenis mit langen Haaren und brave Bürger mit Bürstenhaarschnitt, alternde Polit-Revolutionäre und besorgte Hausfrauen fanden sich zusammen und waren sich in einem einigermaßen einig: So, wie geplant, dürfe die »Innere Ortsumgehung« einfach nicht gebaut werden. Gemeinsam kämpften sie gegen »einen Schildbürgerstreich erster Ordnung«, dessen Planung freilich schon seit gut zehn Jahren auf dem Tisch lag.

Genau hier hakten die Bürgerinitiativler, wie immer sie zukünftig auftraten, nach: Ist das, was vor zehn Jahren möglicherweise richtig war, auch heute noch in Ordnung? Schließlich, so argumentieren sie beharrlich, hätten sich die Wertvorstellungen innerhalb der Bevölkerung gründlich verändert. Eine ganze Reihe alter, schöner Häuser müßte diesem Straßenprojekt weichen, Feuchtgebiete würden ausgetrocknet, die schöne Kreisstadt werde »von einem Straßennetz eingekreist«, eine reine Arbeits- und Geschäftsstadt hochgezüchtet, ein riesiger Kahlschlag ausgeübt, der die Stadt in zwei Teile reißt, und schließlich für eine Stadtautobahn Geld zum Fenster hinausgeworfen, das noch Generationen nach uns bezahlen müssen.

Das kam an. Schnell hatten die Bürgerinitiativler über 1200 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt, bekamen immer mehr Anhänger und traten dementsprechend selbstbewußt in der Öffentlichkeit auf. Die ersten Pressekommentare waren wohlwollend. Da las man plötzlich: »Schade wäre es, wenn diese ›Innere Ortsumgehung‹ das Zentrum der Stadt fast unüberbrückbar aufbrechen oder isolieren würde. Es lohnt sich auf jeden Fall, die Argumente der Gegner der ›Inneren Ortsumgehung‹ sorgsam zu studieren und notfalls auch jetzt noch die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Angesichts der allgemein spürbaren Tendenz gegen Straßenbaupläne könnten diesmal die Fachleute den kürzeren ziehen.«

Welche Rolle spielen noch Menschen?

Die Politiker irritierte, daß die Protestler immer mehr an Prestige gewannen. Erst recht, als sie in aller Öffentlichkeit anboten, auch mit den »Rotariern« und anderen honorigen Vereinigungen und Organisationen zusammenarbeiten zu wollen. So ließ denn der örtliche »Bürgerverein« nicht lange auf sich warten und gesellte sich zu den Bürgerinitiativlern. Der Protest war hier, vor allem in seiner Grundsätzlichkeit, fast wortgleich. Aufgeregt forderte ein Stadtverordneter daraufhin die Verwaltung auf, sie dürfe es dieser Bürgerinitiative »nicht so leicht machen«. Ein anderer Ratsherr sprach den Mitgliedern der Bürgerinitiative jegliche Qualifikation für ihren Protest schlicht ab: »Sie reden wie der Blinde von der Farbe.«

Das verschärfte die Auseinandersetzung. Jeden Morgen, wenn die Stadtverordneten ihre Lokalzeitung aufschlugen, trat ihnen dort der geballte Zorn von mehr und mehr Bürgern entgegen. Erst allgemein: »Was geht eigentlich in den Köpfen der Straßenbefürworter vor? Denken die nur an die Wirtschaftlichkeit solcher Straßen? Welche Rolle spielen Menschen, Tiere und Pflanzen dabei? Hat sie ihr Egoismus schon so weit gebracht, daß Zukunft Nebensache ist?«

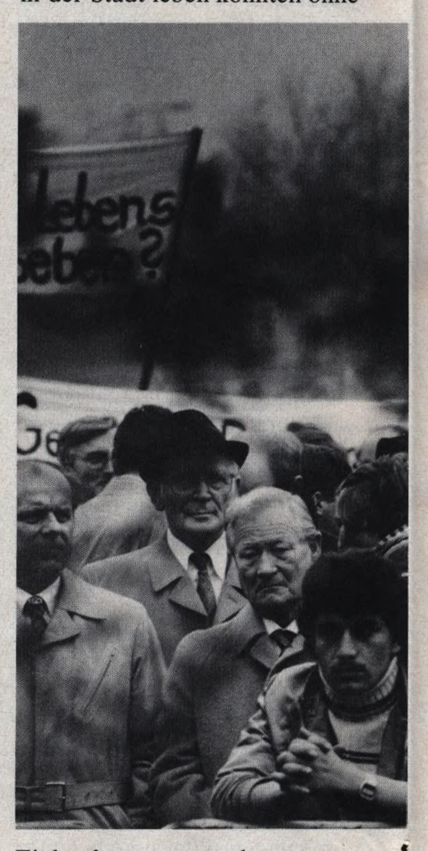
Die Ratschläge, die Bürger ihren Mitbürgern auf den Leserbriefseiten der Lokalzeitungen erteilten, zielten fast allesamt darauf ab: »Da nützen keine noch so gutgemeinten Unterschriftenaktionen, denn es ist schon abzusehen, daß sich niemand daran stört. Die einzige Möglichkeit besteht darin, die Bevölkerung aufzurufen, solche Stadtverordnete nicht mehr zu wählen.«

Einige in der Bevölkerung, und das waren keineswegs notorische Querulanten, empfanden – wann immer die Bürgerinitiative die Verwaltung mit peinlichen Fragen piesackte und die Ratsvertreter zwickte und hackte, regelrechte Freude, von der sie ihren Mitmenschen Mitteilung machten: »Behörden und Parteien sollten sich schnellstens darum bemühen, das Ohr wiederzufinden, auf dem sie so lange ruhten und das ihnen so die Fähigkeit vorenthielt, dem Bürger zuzuhören. Letzterer mußte dafür seit Jahrzehnten vieles Ungereimte hinnehmen und herunterwürgen: Das dürfte wohl nun vorbei sein, die Zeichen stehen für einen Wandel.«

Billige Polemik und bündelweise Arroganz

Die Stadtverwaltung zeigte in der ersten Phase zunächst so etwas wie Dialogbereitschaft mit den Bürgerinitiativlern. Sie deutete sogar Kompromißbereitschaft an (»Wir sind da flexibel«). Später freilich wollte sie davon nichts mehr wissen. Vielmehr versteifte sie sich auf ihre alte Position, wonach die »Innere Ortsumgehung« so notwendig sei, wie sie auch geplant ist. Die Zielsetzung wurde in Erinnerung gerufen: »Stadtkern frei vom Verkehr halten!«, »Ziel- und Quellverkehr kanalisiert an das Zentrum heranführen!«, »Parkraum schaffen!«

Natürlich, räumte die Verwaltung in ihrer Schlußnote polemisch ein, könne die Stadt auch ohne die »Innere Ortsumgehung« leben, »genauso wie wir in der Stadt leben könnten ohne



Einkaufszentrum, ohne neue Gymnasien, ohne Bücherei, ohne Sporthallen und Theater ...«

Indes, im Rat regte sich erstmals Widerstand gegen die Stadtverwaltung. Die kleinste Fraktion reagierte am schärfsten: »Billige Polemik« und »bündelweise Arroganz« warf sie der Verwaltung vor, an deren Spitze pikanterweise ein Parteifreund stand. Und sie setzte durch, daß die Verwaltung die Führung dieser »Inneren Ortsumgehung« überprüfen mußte in zwei ganz konkreten Punkten, an denen historische Gebäude nun doch vor

dem Bagger gerettet werden sollen. Die beiden anderen Fraktionen stimmten dem Begehren zu, denn schließlich wollten sie nicht »zu den Hausabreißern in dieser Stadt gehören«.

Sogar eine neue Konzeption für die Innenstadt wurde beantragt, »weil wir endlich wissen wollen, wohin die Reise geht«. Hatte der Bürgerprotest die Ratsvertretung zu gründlichem Nachdenken und Reflektieren veranlaßt? Sollte möglicherweise doch, wie die Protestler meinten, »manches ein bißchen einfacher, ein bißchen anders und ein bißchen kleiner« gehen?

Die beiden Lokalblätter rochen den Braten schnell. Sie sprachen von »Konzession an die protestierende Bevölkerungsgruppe« und »Beruhigung des schlechten Gewissens«. Eine Zeitung wörtlich: »Mit dem einheitlich gefaßten Beschluß wollte der Rat den zahlreichen Zuhörern im Sitzungssaal wohl auch demonstrieren, daß er nicht – wie schon vorgeworfen – verwaltungshörig sondern durchaus bereit ist, Bürgerproteste und Anregungen nicht nur ernstzunehmen, sondern auch mit dem Ziel, eine andere als bisher geplante Lösung noch einmal auf den Weg durch die Verwaltungs-, Planungs- und Beratungsinstanzen zu schicken. Selbst auf die Gefahr hin, daß dieser Weg wieder genau an seinen Ausgangspunkt zurückführt.«

Alles ging seinen Gang. Indes, es kam der Punkt, an dem die Protestler die Politiker nun endgültig nicht mehr verstanden. Im Planungsausschuß teilte plötzlich die Verwaltung mit, daß die im Rat vorgeschlagene Führung der »Inneren Ortsumgehung« zwar theoretisch machbar sei und somit die historischen Gebäude stehenbleiben könnten, aber »praktikabel« seien sie eben nicht, die neuen Vorschläge.

Der Sieg der Verwaltung

Wie Kai aus der Kiste kam plötzlich ein Verkehrsgutachten auf den Tisch, das die Ineffektivität der neuen Denkmodelle nachweisen sollte. Und der Planungsausschuß beschloß denn auch – gegen eine Fraktion –, daß alles beim alten bleibe. Einigen Politikern kam diese Gelegenheit gerade recht, »diesen Protestlern einmal zu zeigen, wer das Sagen hat in dieser Stadt«.



Bürgerinitiative im Einsatz: Hier geht es gegen den Straßenbau. Aber immer wieder reagieren Politiker schroff auf ein solches Verhalten der Bürger. Zu gern wollen sie den Protestlern immer wieder einmal zeigen, wer das Sagen in der Bürokratie hat.

Die zuhörenden Bürger waren fassungslos, ohnmächtig vor Wut und Zorn. Einer berichtete in Form eines Leserbriefes über seine Eindrücke aus der Planungsausschußsitzung: »Den Zuschauern wurde eine ›Sternstunde‹ parlamentarischer Demokratie geboten. Erst zwei Stunden vor der entscheidenden Abstimmung eine Tischvorlage mit Daten aus einem neuen Verkehrsgutachten. Außerdem trug die Verwaltung eine neue Planung vor, die sie dem Ausschuß freilich nicht empfehlen konnte. Die meisten Ausschußmitglieder hatten bis dahin mehrere Stunden lang die Sitzung ohne eigene Wortbeiträge und scheinbar gelangweilt verfolgt. Obwohl neue Fakten zur Diskussion standen und sich große Teile der Bevölkerung für den Erhalt dieses historischen Hauses einsetzten, behielt man den wortkargen und zeitsparenden Stil bei. Unter der selbstherrlichen Führung des Ausschußvorsitzenden gingen die Stadtväter nach wenigen Minuten brav zur Abstimmung über, die den bekannten Sieg der Verwaltung einbrachte.«

Im Stadtrat verläuft die Abstimmung mit den gleichen Mehrheiten. Diesmal indes geben sich die Fraktionssprecher weniger wortkarg als im Planungsausschuß. Sie nutzen die Stunde der endgültigen Abstimmung über die »Innere Ortsumgehung« zu einer Generalabrechnung mit jenen Ratskollegen, die sich aus »Opportunitätsgründen heraus, was aus parteitaktischer Sicht momentan politischen Aufwind bringen mag«, an den Bürgerprotest einfach drangehangen haben, gegen eigene Beschlüsse aus früheren Jahren.

Schlimmer noch: In einer Zeit, da den Stadtverordneten der Wind des Bürgerunmutes kräftig ins Gesicht blase, seien die Abweichler sozusagen aus der Solidarität der Demokraten ausgebrochen. So etwas tue man nicht! Was zu gut deutsch heißt, daß alle Stadtratsfraktionen sich des Bürgerprotestes gemeinsam erwehren müßten. Wer da ausschere, trage nicht dazu bei, »den Nutzen der Stadt zu mehren und Schaden von ihr abzuwenden«.

Nach dem Schaden, den solcherlei Polit-Geplänkel beim engagierten Staatsbürger anrichtet, hat keiner gefragt.

Der Zwang der Fortführung

Im »mittelfristigen Investitionsplan« der Stadt ist die »Innere Ortsumgehung« also nun fester Bestandteil. Der Stadtdirektor verteidigt das nachdrücklich: »Kommunalpolitik, die nicht den Mut zu Veränderungen aufbringt, verurteilt sich selbst zum Tode. Wir wollen nun wirklich nicht alles abreißen, wir glauben auch nicht, daß Neues besser als das Alte und das Alte schlechter sei. Natürlich wollen wir die wenigen historischen Teile der Stadt erhalten. Wir wollen aber auch nicht die Vergangenheit nostalgisch verklären. Denkmalschutz ja! Aber er ist kein Ersatz für den Städtebau des ausgehenden 20. Jahrhunderts.«

Am Ende dann, bei der Einbringung des neuen Haushalts durch den Kämmerer, hat die Realität sie alle wieder; nüchterne Zahlen geben da plötzlich die Standortbestimmung in Sachen »Innere Ortsumgehung« an, von Protest und Polit-Geplänkel keine Rede mehr. Der Kämmerer spricht von Schulden über Schulden, Defiziten und Fehlbedarf. Und kommt auf die »Innere Ortsumgehung«: »Wir stehen aber unter dem Zwang der Fortführung und Fertigstellung einiger großer Maßnahmen, obwohl für eine dieser Maßnahmen, nämlich die ›Innere Ortsumgehung‹ für 1982 noch keine Haushaltsmittel angesetzt werden konnten, weil zur Zeit weitere Landeszuschüsse nicht in Aussicht gestellt sind . . .«

Nicht einen Poeten, sondern einen Politiker ruft der Stadtdirektor da zum Zeugen an, den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Manfred Rommel, der am Ende seiner 14 Thesen zur Kommunalpolitik feststellt: »Gerate oft in Zorn. Merke: Der Mensch ist, wenn er wütend wird, in seiner besten Verfassung – das heißt: zu allem fähig.« □

Den vorstehenden Beitrag haben wir der Zeitschrift »Neues Rheinland« entnommen, die im Auftrag des Landschaftsverbandes Rheinland erscheint.

Abhängig von Parasiten

Harald Meder

Blind Geborene, die zu sehen vermeinen, sind deshalb schwer zu überzeugen, weil man ihnen nicht verdeutlichen kann, was Sehen tatsächlich ist. Harald Meder, der Wiener Pädagoge, versucht eine Analyse der Hintergründe der Alternativbewegungen. Dabei wird deutlich, daß das, was eine Lösung zu sein scheint, in Wahrheit eine maskierte Fortsetzung des Bisherigen ist.

Dem sogenannten Meister der Zivilisation, der zu den Sternen fliegt und Computer für sich denken läßt, wird früh schon die Basis genommen, die er brauchen würde, um, darauf aufbauend, das Spiel der diplomierten und graduierten Scharlatane durchschauen zu können. In seiner Instinktlosigkeit gleicht er einer blindgeborenen Katze; wobei der markante Unterschied der ist, daß Katzen sehr bald sehen lernen, der Mensch hingegen nicht.

Des Kaisers neue Kleider

Dieses Sehen hat mit den Augen nichts zu tun. Es handelt sich um eine Gefühlsblindheit, die ausschnitthaft immer nur das erkennen läßt, was man frühzeitig erlebt hat. Und sie kommt pränatal zustande; das heißt vor der Geburt, in der Mutter-Kind-Einheit. Zu dieser Zeit ist das Gehirn nicht funktionsfähig, ein Bewußtsein ist kaum vorhanden.

Es wird in der Einheit von Mutter und Kind unbewußt und emotional das übertragen, was den Menschen später zum Lieschen Müller macht, zum Stimmvieh, zum Patienten, zum rückgratlosen Vasallen einer Kaste, die sich gottähnlich erlebt und ohne diese Blindheit des Menschen ihren Einfluß nicht hätte.

Die Macher, angeblich Wissenden und scheinbar Könnenden gleichen jenen Schneidern, von denen Hans Christian Andersen in »Des Kaisers neue Kleider« zu erzählen weiß. Ihre Titel und Diplome gleichen Masken, hinter denen sich gut grinsen läßt, und sind den Kulissendörfern des Fürsten Potemkin nachempfunden. Sie verbergen gähnende Leere, geistiges Unvermögen und existentielle Armut, die dieses Grinsen zur Fratze erstarren lassen.

Diese Väter der Gesellschaft sind zerebralgestörten Kindern nicht unähnlich, bei denen sich mitunter Sonderbegabungen finden, die zur Illusion führen, das Kind könne normal werden. So hofft der seelisch kastrierte Zeitgenosse gottergeben von einer Wahlperiode auf die andere, von einer Audienz in den sterilen Werkstätten der modernen Medizinmänner zur nächsten, von einem Studienabschnitt auf den nächstfolgenden. Seine seelische Blindheit verhindert, daß er hinter die Masken sieht.

Die Herde der Orientierungslosen

Und so ist es den Entsprechungen archaischer Götter im Hier und Jetzt möglich, die Herde der Orientierungslosen sogar zur Schlachtbank zu treiben, ohne daß die Leibeigenen des Staates und der Theorie dagegen mehr als demonstrativ aufbegehren. Wer »Die weiße Robbe« von Rudyard Kipling liest, wird sich erstaunt fragen, warum der Mensch unfähig ist, aus Fehlern zu lernen; wie die Robben von Novastoschna.

Es kann aber auch sein, daß viele Leser sich diese Frage gar nicht erlauben. Die Erklärung ist nicht schwer: blind Geborene, die zu sehen vermeinen, sind deshalb schwer zu überzeugen, weil man ihnen nicht verdeutlichen kann, was Sehen tatsächlich ist.

Wir befinden uns auf halbem Wege zu einer parasitären und narzißtischen Gesellschaft, in welcher die Gestörtheit die Norm geworden ist und man letztendlich kaum noch sagen kann, ob jene, die rechtens befugt sind, Störungen zu beheben, in Wahrheit nicht gestörter sind als ihre Patienten. Der Unterschied dürfte lediglich darin liegen, daß die einen absahnen, während die anderen gemolken werden.

Wäre der Zustand grundlegend anders, so würde die Häufigkeitsziffer psycho-sozialer Störungen nicht beunruhigend steigen. Im Klartext: Um die Jahrtausendwende werden 6 (sechs) von 10 (zehn) Menschen dringend eine Psychotherapie brauchen. Wobei wir die Frage lieber offen lassen wollen, wieviel von diesen sechs der Politik, der Medizin und der Psychologie zuzuordnen sind.



Harald Meder: »Die Abhängigkeit des Menschen kann nur innerlich behoben werden, nicht aber in einer Spiegelfechterei gegenüber der Umwelt.«

Durchdenkt man das Problem, wird einem mühelos die Aussichtslosigkeit klar. Dies um so mehr, als der Durchschnittsbürger keine Chance hat, hinter der Maske aus Titel und Ansehen die Unfähigkeit zu erkennen. Nicht nur die Prädisposition aus der Mutter-Kind-Einheit verhindert das, sondern auch das, was wir unter dem Begriff Erziehung subsumieren, was uns im Bildungswesen widerfährt und was das Alltagsgemetzel gegenseitiger seelischer Kastration beseitigt. Darauf vertrauen die Pseudo-Autoritäten in ihrer Immunität und omnipotenten Erhabenheit.

Wäre es anders, dann gäbe es zwar mehr Arbeitslose, aber die Richtigen. Der Staatsbürger wäre in dem Fall nicht zu manipulieren; und an führenden Positionen würden Persönlichkeiten in Erscheinung treten, die dem voll Rechnung tragen. Damit das auf keinen Fall geschieht, muß alles bleiben wie bisher.

Bevor nämlich jene ein Feedback annehmen, denen wir leichtsinnig die Macht gegeben haben, hauen sie lieber alles kurz und klein; denn die ehrliche Erkenntnis ihrer selbst wäre mehr, als sie verkraften könnten. Sie müssen sich an ihren Masken festhalten; denn mehr haben sie nicht zu bieten.

Aussteigen ist nur scheinbar eine Lösung

Die Abhängigkeit zu lösen, scheint nur dem einfach, der von Abhängigkeit keine Ahnung hat. Aus dem Dargelegten ist zu entnehmen, daß die äußere Abhängigkeit von Institutionen und Talmi-Größen nur ein Aspekt ist; die weitaus massivere Abhängigkeit besteht im Seelischen des Individuums.

Im Klartext heißt das: Auch das Aussteigen und die Insel ist nur scheinbar eine Lösung. Die Macht der dominanten Parasiten ist eine absolute, weil sie auf jene Abhängigkeit vertrauen, gegen die der Mensch machtlos ist. Die Machtlosigkeit des seelisch Blinden gleicht der Impotenz und berechtigt deshalb zum Vergleich mit der Kastration.

Weil der Atommensch nie und nirgendwo lernt, sein Innenleben zu ergründen und zu beherrschen, potenziert sich die Macht der staatlich befugten Scharlatane. Der Mensch versucht, seine Abhängigkeit außen zu lösen, weil er unfähig ist zu durchschauen, daß er prädisponiert schon zur Welt kam. Denn die Mutter überträgt alles auf ihr

ungeborenes Kind, was sie selbst geprägt und seelisch verstümmelt hat; auch dann, wenn sie davon bewußt keine Ahnung hat.

Die aber, die prinzipiell das Rüstzeug hätten, dies aufzudecken und zu regulieren, sind Opfer ihrer eigenen Theorie und Methode. Sehr zu Recht spricht Alice Miller von einer »Schwarzen Psychoanalyse« und macht es glaubhaft, daß der angehende Analytiker schon in seiner Lehrausbildung seelisch verstümmelt wird.

Die Kenner der Seele dunkler Pfade kennen die Pfade in Wahrheit nicht, sondern orientieren sich an der Theorie. Was jenseits ihres geistigen Horizonts liegt, muß demgemäß krankhaft sein.

Mit anderen Worten: die tiefgreifendste Therapieform reguliert nicht etwa eine pränatale Störung, sondern ersetzt sie durch eine, die der allgemeinen Gestörtheit besser entspricht und deshalb unauffällig ist. Mit anderen Worten: die geistige Elite der Therapeuten betreibt Cunnilingus an einer immer gestörter werdenden Allgemeinheit.

Spiegelfechterei und Schattenboxen

Die Abhängigkeit des Menschen unserer Zeit kann nur innerlich behoben werden, nicht aber in einer zeit- und kraftraubenden Spiegelfechterei gegenüber der Umwelt. Ich gebe zu, daß der Gedanke wenig Attraktivität besitzt. Die ungeschminkte Wahrheit ist aber selten attraktiv, und dem Autor geht es nicht darum, etwas zu verkaufen oder gefällig zu verpacken. Das können andere viel besser; die Nachfolger der Märchenerzähler, von denen eingangs die Rede war.

Natürlich ist es leichter, auf die Straße zu gehen und Transparente zu schwenken, doch hält dieses Vorgehen der eingehenden Betrachtung nicht stand. Durch Beseitigung einer Feindattrappe ist nur die Entsprechung dessen eliminiert, was man in sich selbst trägt – und was man von der Walstatt mit



nach Hause nimmt. Es sitzt der Feind, der despotische Manipulator und Bevormunder, nicht nur in den eigenen Reihen der Aufständischen in Sachen Menschlichkeit, sondern steckt in jedem Detail und im Innenleben jedes Menschen. Solange das nicht erkannt und akzeptiert wird, gleichen alle Bestrebungen dem chinesischen Schattenboxen; das heißt, es wird viel Kraft investiert, aber der Erfolg ist dürftig.

Natürlich muß man Krisenintervention betreiben, denn es geht nicht an, daß in der Zeit, während man die Abhängigkeit in sich sucht und beseitigt, die Umwelt verseucht und zerstört wird. Es scheint aber die Selbsterkenntnis etwas vernachlässigt zu werden.

Das ist nicht unbedenklich; denn man orientiert sich hierbei an der Einstellung jener, gegen die man zu Felde zieht. Wer nicht bereit ist, in sich selbst den Anfang zu setzen, der ist ein schlechter Weggefährte. Wer an dem zweifelt, kann sich selbst überzeugen.

Die Jahre vergehen schnell. Im Tiefenbereich der Seele aber gibt es die Zeit nicht; das heißt, eine früh erworbene Einstellung bleibt lebenslang bestehen, wenn sie nicht erkannt und behoben wird. Wer aber sich selbst ausweicht, der kann nicht erkennen. Und wer erkennt, der kann nicht beheben. Er verstärkt die Macht jener, gegen die er sich stellt, während er sie reduzieren will. Deswegen auch zählt die Individuation in unserer Gesellschaft wenig. Denn Selbstverwirklichung ist ohne Selbsterkenntnis nicht möglich.

Und wer erkennt, wer er ist, der ist für jeden Machthaber gefährlich; weil ein Sehender sich nicht von Blinden führen läßt. □

Tier-Journal

Verbot von Endrin

Das für Tiere und Menschen überaus gefährliche Wühlmausgift Endrin, um ein vielfaches giftiger als DDT, muß von der Bundesregierung sofort und endgültig verboten werden. Dies fordern der Deutsche Bund für Vogelschutz und der Bund für Umwelt und Naturschutz. Endrin führt seit Anfang des Jahres zu einem Vogelsterben am Bodensee, dem neben tausenden von Singvögeln auch schon rund einhundert der ohnehin gefährdeten Greifvögel zum Opfer gefallen sind.

Obwohl das Gift vom baden-württembergischen Landwirtschaftsministerium inzwischen vorläufig verboten wurde, ist das Sterben noch längst nicht zu Ende. Denn Greifvögel legen zu Zeiten großen Nahrungsangebotes Fettpolster an, die erst allmählich abgebaut werden. So ist es möglich, daß das im Fett gebundene Gift erst im Lauf von Wochen oder sogar Monaten in die Blutbahn übergeht. Singvögel fallen dem Gift zum Opfer, wenn sie endrinhaltige Würmer fressen. Die vergifteten Vögel gehen unter krampfartigen Erstickungsanfällen qualvoll ein.

Endrin ist wie Lindan ebenfalls ein Gift aus chlorierten Kohlenwasserstoffen, jedoch nicht nur für Wühlmäuse und Vögel, sondern besonders für den Menschen sehr gefährlich. So darf auf dem mit Endrin behandelten Land zwei Jahre kein Gemüse angebaut werden. Zu dem Vogelsterben kam es, weil wegen einer Wühlmausplage Endrin nicht nur im Herbst, sondern vorschriftswidrig auch im Frühjahr benutzt worden war.

Die Naturschutzverbände warnen davor, das katastrophale Vogelsterben als lokales Ereignis aufgrund mißbräuchlicher Anwendung von Endrin zu verharmlosen. Ein Gift, dessen Gefährlichkeit schon lange bekannt ist, dürfte überhaupt nicht in den Handel kommen, da selbst bei Einhalten strenger Vorschriften Schädigungen von Menschen nie ausgeschlossen werden können. Die jetzige Situation ist nur die Spitze eines Eisberges, da die schleichende Belastung durch Umweltgifte noch gar nicht voll in das Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen ist. Tatsächlich wurden in Muttermilchproben Giftwerte festgestellt, die weit höher als die zulässigen Mengen für Kuhmilch lagen. □

Auch Schwedens Seehunde gefährdet

Der Seehundbestand an der Westküste Schwedens hat wider Erwarten nicht zugenommen, obwohl dort seit Jahren in besonderen Robbenschutzgewässern ein absolutes Abschußverbot besteht. Die Anzahl der Jungen ist stellenweise sogar um 20 Prozent und mehr zurückgegangen. Vermutlich wird die Fortpflanzungsfähigkeit der Tiere durch Vergiftungen des Meerwassers behindert. Der Seehundbestand an der schwedischen Westküste beträgt heute schätzungsweise etwa 1500 bis 2100 Tiere. □

Tierfotografen gefährden Vogelbrut

Tierfotografen richten jedes Jahr mehr Schaden an, als bekannt ist und als sie selbst wollen. Vor allem im Frühling während der Brutzeit sollten alle Hobbyfotografen, die auf Fotojagd nach seltenen Tierarten gehen, ganz besonders strenge Maßstäbe anlegen.

Der Deutsche Bund für Vogelschutz weist darauf hin, daß es bei mehreren bei der nach der Roten Liste der gefährdeten Arten vom Aussterben bedrohten Vogelarten streng verboten ist, sich den Nestern oder Brutstellen zu nähern. Aber auch bei anderen Vögeln besteht die Gefahr, daß der brütende Altvogel vom Nest flüchtet und das Gelege erkaltet und abstirbt. Oder daß Jungvögel ebenfalls vor dem Fotografen flüchten, aus dem Nest fallen und dann rettungslos dem Hungertod oder natürlichen Feinden zum Opfer fallen.

Deshalb sollten Fotografen geschützte Gebiete während der Brutzeit nicht betreten. Sie sollten mit extremen Teleobjektiven aus größerer Entfernung arbeiten und im Zweifelsfall auf Aufnahmen ganz verzichten. Wer mit solchen Fotos Geld machen will, hat ohnehin keine Chance: von allen in Europa lebenden Vögeln gibt es genügend Aufnahmen von der Brutbiologie und allen Phasen der Aufzucht. □

Standorttreue Bären

Damit sich das Elchwild in den Revieren Südalaskas ungestört vermehren kann, wollte man dort den Bärenbestand vermindern. Zu diesem Zweck betäubte man zwanzig Bären durch Narkosegeschosse und transportierte sie in 300 km entfernte Gebiete, wo man sie wieder freiließ. Wie erstaunt waren die Wildbiologen jedoch, als sich nach knapp 60 Tagen zwölf von den zwanzig Bären wieder in ihren alten Heimatrevieren eingefunden hatten. Man hatte die Standorttreue wie auch das Orientierungsvermögen der Bären unterschätzt. □

Rattenbeine verpflanzt

Zum erstenmal ist es Wissenschaftlern der kalifornischen Universität von Irving gelungen, Rattenbeine von einer Rasse auf eine andere zu verpflanzen. Sie transplantierten die Beine von wilden schwarzen Ratten auf 15 weiße Laborratten. Die Tiere überlebten 60 Tage. In dieser Zeit wuchsen die Beine ganz normal. Forscher meinten dazu: Ein erster Schritt zur menschlichen Gliedmaßenverpflanzung. □

Stopp dem Jungwild-gemetzel

Viele hundert Jungtiere werden alljährlich in der Bundesrepublik durch Mähmaschinen getötet oder verstümmelt. Um diesem Gemetzel Einhalt zu gebieten, fordert der Bund für Vogelschutz alle landwirtschaftlichen Betriebe auf, sogenannte Wildretter zu benutzen. Das sind Geräte an den Mähmaschinen, die den Verlust an jungen Rehen, Hasen, Kaninchen, Fasanen und Rebhühnern um 80 bis 90 Prozent reduzieren. Solange solche Geräte nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, bittet die Naturschutzvereinigung alle Tierfreunde, auf Landwirte einzuwirken, solche Geräte anzuschaffen und anzubringen.

Die meisten Jungtiere haben keinen Fluchtinstinkt, weil es für sie Jahrmillionen lebensrettend war, sich ganz klein zusammenzukuscheln und sich nicht zu bewegen. Erst größere Tiere fliehen vor den herannahenden Mähmaschinen. Jungtiere werden rettungslos zerschnitten, zermalmt oder zerfetzt. □

Traurige Bilanz der Aktion Seeadlerschutz

Die letzten Seeadler – die »Könige im Luftrevier« mit bis zu zweieinhalb Metern Spannweite – leben bei uns an der Ostküste Schleswig-Holsteins. Vor sechs Jahren waren es noch fünf Horste, dann wanderte ein Paar, wie es hieß, in die DDR aus. In diesem Jahr blieb ein weiterer Horst unbesetzt. Verbliebe es bei diesen nur noch drei brütenden Adlerpaaren, wäre also innerhalb weniger Jahre eine Abnahme von 40 Prozent zu verzeichnen.

Woran liegt es, daß die letzten Adler vor unseren Augen aussterben? Die Horste werden rund um die Uhr bewacht. Eierdiebstahl und Aushorstung von Jungen scheiden also aus. Fehlt es an ausreichendem Nahrungsangebot? Sind die Beutetiere teilweise immer noch so stark mit landwirtschaftlichen Giften belastet, daß der Adler als Endglied der Nahrungskette zuweilen daran eingeht? Werden zuviel Jungadler beim winterlichen Umherstreifen, trotz aller Schutzbestimmungen, von trophäensüchtigen Jägern abgeschossen – möglicherweise jenseits unserer Grenzen? »Heiraten« brutfähige Adler in ferne Reviere ein, die mehr Ruhe und unverfälschten Lebensraum bieten können, als bei uns noch zu finden sind?

Was von engagierten Naturfreunden zugunsten der »Aktion Seeadlerschutz« an persönli-

chem Einsatz geleistet wurde, verdient alle Achtung und Anerkennung. Der Amateur hat seine Schuldigkeit getan. Jetzt dürfte die Wissenschaft am Zuge sein. Ihre Aufgabe wäre es, gründlich und unter Einschluß der in Frage kommenden Nachbarländer zu erforschen, auf welche Ursachen die ständige Abnahme unserer Adlerbestände zurückzuführen ist. Es gilt Erkenntnisse zu gewinnen, die wieder eine Vermehrung unserer Seeadler ermöglichen, ehe es zu spät ist. □

Rettet die Natur vor der Haustür

Täglich verschwinden in der Bundesrepublik Deutschland 1,45 Millionen Quadratmeter Landschaft unter Beton und Asphalt. Im Jahr entspricht dies fast der Fläche des Bodensees, die überbaut wird. Was zurückbleibt, wird dazu noch immer intensiver bewirtschaftet. Ergebnis dieses gnadenlosen Kampfes gegen die Natur und damit gegen die Lebensgrundlage des Menschen: In der Bundesrepublik sind unter anderem 55 Prozent der Säugetiere, 44 Prozent der Vögel und 33 Prozent der Schmetterlinge vom Aussterben bedroht. Bei den Farn- und Blütenpflanzen sieht es nicht viel besser aus. Diese Umweltzerstörung beginnt in zunehmendem Maße bereits schon vor der eigenen Haustür.

Mit derselben Gründlichkeit, mit der bei uns Autobahnen und Einkaufszentren in die Landschaft gebaut werden, schuften wir uns die Natur im eigenen Garten sauber, bis sie keine mehr ist. Die Chemie hat inzwischen den Trend zum pflegeleichten, sterilen Einheitsgrün einschließlich exotischer Nadelgehölze bewußt als verkaufsfördernde Maßnahme für den Absatz von Düngemittel, Unkraut- und Insektenvernichtungsmittel bis hin zum Einsatz von E 605 gezielt gefördert. Bei einer Gartenfläche einschließlich öffentlichen Grünflächen von rund 630 000 Hektar im Bundesgebiet läßt sich leicht vorstellen, welche Absatzchancen hier für den Gifteinsatz liegen.

Diese Werbestrategie war auch durchaus erfolgreich. Denn überall wird mit der Spritzpistole sogenannten Schädlingen und Ungeziefer zu Leibe gerückt. Der Hobbygärtner ahnt nicht, daß diese Prozedur vielleicht eher der sogenannte Schädling als er selbst überlebt, zumal wenn hochintensive chemische Präparate – wie häufig zu beobachten – auch noch völlig unsachgemäß ausgebracht werden. □

Vogeltragödien bei Renovierungen

Bei Renovierungsarbeiten an alten Burgen, Türmen und anderen Bauwerken besteht die Gefahr von größeren Tiertragödien. Der Vogelschutzbund appelliert deshalb an Denkmalämter und an alle mit Renovierungsarbeiten beauftragten Firmen, Restaurierungen umsichtig auszuführen. Sonst könnten zahlreiche Vogelbruten vernichtet werden. Außerdem sollten dabei für die bei uns selten gewordenen Höhlenbrüter ausreichende Brutnischen und Höhlen erhalten bleiben.

Im vergangenen Jahr war es Vogelfreunden in letzter Minute gelungen, eine größere Tiertragödie zu verhindern. Bei Restaurierungsarbeiten an der Burgruine Helfenberg in Baden-Württemberg wurden vom Außengerüst aus 23 Mauerseglerbruten festgestellt. Diese Bruten wären regelrecht einbetoniert worden, hätten die Vogelschützer beim verantwortlichen Bauführer nicht Verständnis erwekken können. Die ausführende Baufirma koordinierte die Arbeiten schließlich so, daß vermutlich alle Mauersegler ausfliegen konnten. Außerdem wurden 21 Brutnischen erhalten und fünf größere Höhlungen für Turmfalken und eventuell auch für Steinkäuze neu geschaffen.

In einem anderen Fall wurden zwar keine Bruten vernichtet, doch wurden sämtliche Brutnischen der Mauersegler verschlossen. Sie mußten später mit hohem Kostenaufwand neu angebracht werden. Wären die kleinen Hohlräume erhalten worden, hätte man viel Geld gespart und gefährdeten Vögeln und Fledermäusen Überlebenschancen eingeräumt. □

Flämmverbot soll Tiere schützen

Nach dem Landwirtschaftsgesetz ist es verboten, die Bodendecke auf Feldrainen, Böschungen und an Wegrändern abzubrennen oder mit chemischen Mitteln niedrig zu halten oder zu vernichten. Darüber hinaus dürfen in der Zeit von Anfang März bis Ende September Hecken, Büsche, Röhricht- und Schilfflächen nicht gerodet, abgeschnitten oder zerstört werden. Diese Flächen haben für Vögel und Niederwild in der beginnenden Brutzeit besondere Bedeutung. Durch das Flämmverbot sollen vor allem die Bodenbrüter unter den Vögeln, aber auch zahlreiche Kleinlebewesen und Pflanzen geschützt werden. Außerdem wird der Entstehung größerer Brände vorgebeugt.

Die Anwendung chemischer Mittel ist deshalb untersagt, weil gerade Feldraine und Böschungen »ökologische Nischen« darstellen, in denen sich Kleintiere und selten gewordene Pflanzen noch weitgehend unbeeinträchtigt entwickeln können. Wie wichtig dem Gesetzgeber die Einhaltung dieser Landschaftsschutzvorschriften ist, machen die drastischen Bußgelder deutlich, die bei Verstößen ausgesprochen werden können. Danach kann ein Vergehen mit Bußen bis zu 50 000 DM geahndet werden. □





Das Wattenmeer zwischen Weser- und Elbmündung steht zum größten Teil unter Naturschutz. Nur etwa 100 Quadratkilometer rings um die Insel Neuwerk sind davon ausgenommen. Hier soll immer noch das Projekt des Dollarthafens verwirklicht werden. Allerdings ist die Euphorie, mit der noch vor Jahresfrist auf die Ansiedlung von Großindustrie hingearbeitet wurde, einer gewissen Ernüchterung gewichen. Die Schäden, die dem Watt zugefügt würden, wären nicht auszugleichen.

Tierversuche

Tiere sterben für die Schönheit

Barbara Ganser

Neben der großen Anzahl von Tieren, die in der pharmazeutischen Industrie zur Findung und Prüfung neuer Arzneimittel verwendet werden, gibt es noch eine ganze Menge anderer Bereiche, in denen man meint, auf den Tierversuch nicht verzichten zu können. Dazu gehören die Kosmetikindustrie, die Nahrungsmittelbranche, die Chemiewerke mit ihren Wasch- und Reinigungsmitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln und sämtlichen synthetischen Stoffen, mit denen der Mensch in engere Berührung kommt, die Zigarettenindustrie, die Lehre und Forschung, die Unfallforschung, die Luft- und Raumfahrt und nicht zuletzt die Wehrtechnik.

Den größten Forschungszweig überhaupt stellt die Wehrtechnik dar. Allein hierfür werden in der Welt pro Jahr mehr als 35 Milliarden Dollar bereitgestellt. Das ist einViertel der Summe, die für Forschung und Entwicklung insgesamt ausgegeben wird. Es wird angenommen, daß über eine halbe Million Wissenschaftler an der Entwicklung neuer Waffensysteme arbeiten.

Ratten sterben für Flugsicherheit

Was Tierversuche in diesem Bereich betrifft, so ist es recht schwierig, konkrete Beispiele zu liefern, da es kaum möglich ist, entsprechende Veröffentlichungen in die Hand zu bekommen. Man braucht sich aber nur einmal die chemischen und biologischen Waffensysteme vor Augen zu halten, so kann man gewiß sicher sein, daß diese Mittel alle an Tieren durchgetestet werden, wie sollte man sonst die Wirkungsweise dieser Stoffe beurteilen können.

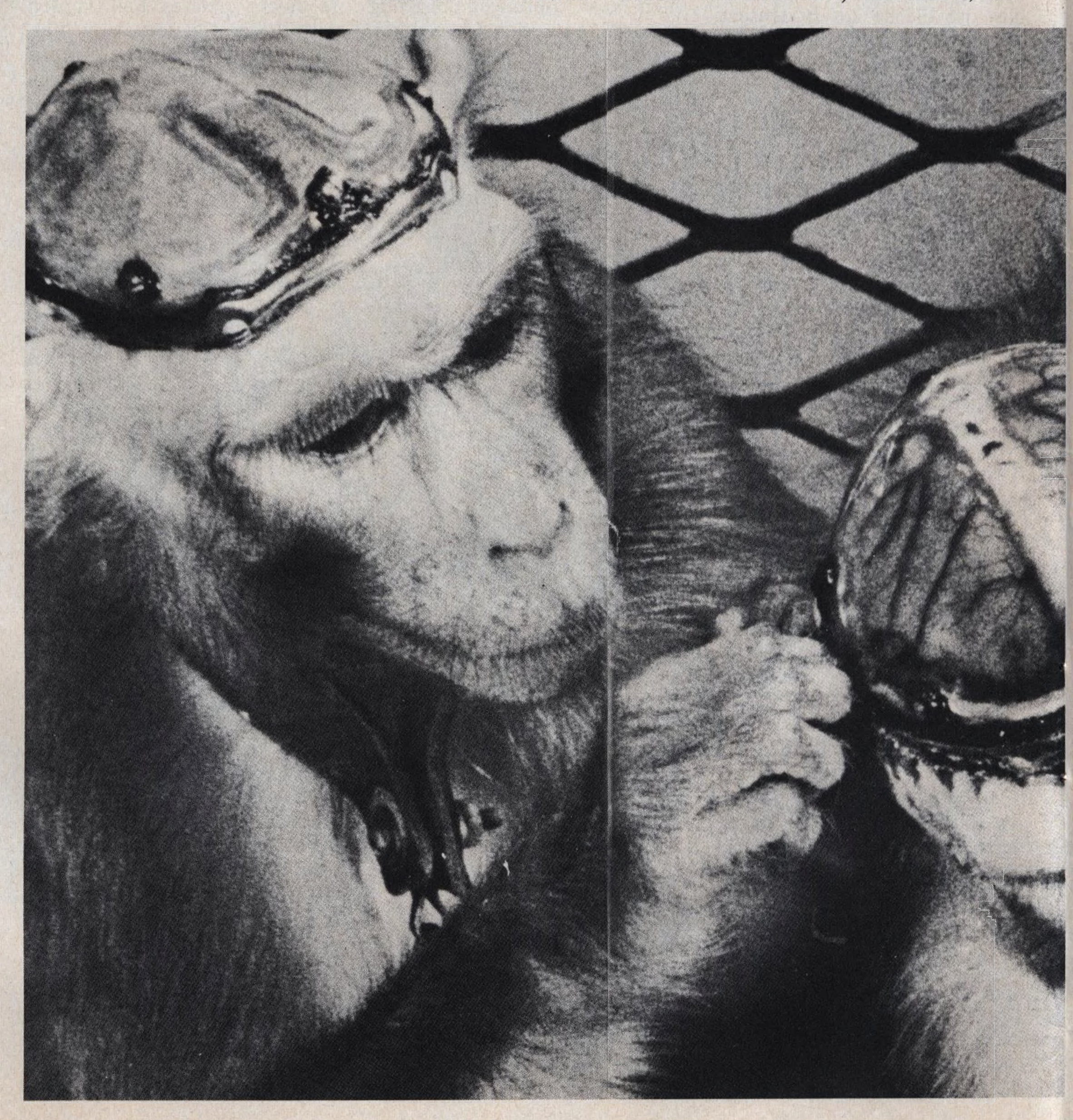
So heißt es zum Beispiel über Nervengifte, sie seien farb- und geruchlos, innerhalb von 10 Sekunden absolut tödlich bei Einatmung und in etwas längerer Zeit, wenn ein Tröpfchen auf die Haut fällt. Hierfür hat man natürlich Gegenmittel parat, wie zum Beispiel Oxime in Tablettenform zur Prophylaxe und Atropin zur nachträglichen Injektion. Wie wären solche »segensreichen« Entwicklungen wohl ohne Tierversuche möglich? So benutzt man auch Kaninchen als Testsystem, um festzustellen, ob in Lagerfässern, die solche Gifte enthalten, undichte Stellen auftreten.

Im Rahmen der Flugsicherheit werden unzählige Versuche zur Testung der Toxität von Verbrennungsrückständen durchgeführt. So werden zum Beispiel Ratten dem Rauch oder den Gasen, die durch das Verbrennen oder Schmelzen von Kunststoffen entstehen, ausgesetzt.

Eine besonders raffinierte Versuchsanordnung hat man im Aeronautischen Testzentrum von Toulouse entwickelt. Hier werden die Ratten einer Hitze von 45 Grad Celsius und dichtem Qualm ausgesetzt, wobei man den Erschöpfungszustand studieren will. Hierfür werden die Tiere in Laufräder gesetzt, in denen sie dann bis zur Erschöpfung rotieren. Zur Messung der Toxizität wird parallel dazu ein Kaninchen eingesetzt, das den Qualm »nur« einzuatmen braucht. Diese Versuche werden unternommen, um die Situation in der Flugkabine bei Feuerausbruch nachzuvollziehen.

Tiere müssen Zigaretten testen

Im Tauchwesen werden ebenfalls Tiere eingesetzt, um schädliche Auswirkungen des Tauchens zu untersuchen. So müssen zum Beispiel Mäuse stundenlang im eiskalten Wasser zubringen, werden durch hypoxische (sauerstoffarme) Bedingungen belastet und einem Überdruck mit anschließender Dekompression ausgesetzt, damit sie die Caissonkrankheit (Taucherkrankheit) bekommen, um



festzustellen, unter welchen Bedingungen diese Krankheit leichter auftritt, ob durch Sauerstoffmangel oder durch Unterkühlung.

Mit zunehmendem technischem Fortschritt erhöht sich nicht nur die Unfallgefahr, sondern die Unfallfolgen werden auch immer komplizierter, so daß die Behandlungsmethoden, die am Tier erlernt werden (zum Beispiel Mikrochirurgie, Gesichtsplastik) ebenfalls komplizierter werden und somit die Frage der Sicherheit der Anwendung technischer Geräte einer der Hauptkriterien ihrer Weiterentwicklung geworden ist.

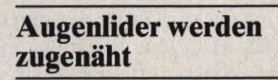
Am bekanntesten ist hier das Beispiel, in dem Schweine, Affen und Hunde in sogenannten Crash-Tests verwendet wurden, um Verletzungen durch Sicherheitsgurte im Auto zu testen. Erfreulicherweise ist es hier einmal gelungen, durch den Druck der Öffentlichkeit und der Initiative von Brigitte Bardot, solche Tests in Frankreich zu unterbinden.



Gehirne im Dienste der Wissenschaft. Affen, denen Schädeldecken aus durchsichtigem Plastikmaterial eingesetzt wurden, zeigen die Wirkung von Drogen und elektrischen Schocks auf die Arterien des Gehirn.

Auch Zigaretten sollen möglichst risikofrei – gestützt auf Tierversuche – vermarktet werden. Die Tabakindustrie hat ihre Testlabors, in denen Kaninchen, Ratten, Meerschweinchen, Hamster und Hunde rauchen müssen, damit wir »leicht« rauchen können. Seit Jahren schon müssen Tiere für Versuchszwekke Zigarettenrauch inhalieren, und dem Menschen fehlt es nicht an Phantasie, immer wieder neue Fragestellungen zu finden, die mit Hilfe der Tiere beantwortet werden sollen. So werden unter anderem unzählige Versuche gemacht, um festzustellen ob und wie ein bestimmtes Enzym in bestimmten Organen vorzufinden ist.

Geradezu unerschöpflich sind die Möglichkeiten der Grundlagenforschung. Mit jedem neuen Versuchsvorhaben ergeben sich neue Fragen, die es zu ergründen gilt. Die Beantwortung solcher Fragen wird häufig dafür benutzt, einen wissenschaftlichen Grad oder wissenschaftliche Anerkennung zu erlangen. Je mehr Veröffentlichungen ein Wissenschaftler herausgebracht hat, desto höher ist sein Ansehen innerhalb seines Wirkungskreises und desto eher wird er als kompetent zu bestimmten Fragen herangezogen. Hierbei muß jedoch beachtet werden, ob ein Versuchsvorhaben einen bestimmten für die Menschheit sinnvollen Zweck erfüllen soll, was bei manchen ökologischen Fragen mittlerweile durch die zunehmende Umweltbelastung gegeben ist, oder ob der Versuch reiner Selbstzweck ist.



Augenlider werden zugenäht

Ein Versuchsvorhaben beschäftigt sich zum Beispiel damit, die Regenerationsfähigkeit von Gliedmaßen der Amphibien zu untersuchen. Hierfür werden dem Tier, einem Axolotl, Gliedmaße amputiert. Durch bestimmte Maßnahmen in der Regenerierungsphase wird veranlaßt, daß dem Tier an einem Bein mehrere Füße nachwachsen. Es handelt sich in diesem Fall um eine Veröffentlichung aus dem Bereich der Evolutionsbiologie und mag einiges Wissenswertes über den Mechanismus der Regenerationsfähigkeit von Amphibien beinhalten, inwieweit sie jedoch für den Fortschritt der menschlichen Entwicklung von Wert ist, ist fraglich.

Das folgende grausame Beispiel läßt ebenfalls kaum einen Sinn erkennen. Hier werden Rhesusaffen kurz nach ihrer Geburt, wenn sie noch nicht richtig sehen können, die Augenlider zugenäht, um festzustellen, welchen Einfluß das auf eine Kurzsichtigkeit nimmt.

Vielfach werden Versuche, die zudem noch grausam sind, häufig wiederholt, nur um eine frühere Aussage zu bestätigen oder sie zu widerlegen. So wurde kürzlich in einer Untersuchung über das Aggressionsverhalten von Schweinen eine Arbeit von 1972 bestätigt, in der man feststellte (was heute jeder weiß), daß sich Schweine bei zu enger Haltung gegenseitig schwere Bißwunden zufügen. Die Erkenntnis dieser neuen Arbeit besteht zum Beispiel darin, daß sich Schweine, wenn sie auf sieben Quadratmeter pro Tier gehalten wurden, 24 Sekunden lang innerhalb von zehn Minuten bissen und bei einer Haltung auf vier Quadratmeter pro Schwein 32 Sekunden lang, wobei Futterentzug auch noch eine Rolle spielte.

Das nächste Beispiel fällt auch in den Bereich der Verhaltensforschung. Hier ist es manchmal recht zweifelhaft, geradezu gefährlich, aus Verhaltensweisen von Tieren auf die von Menschen schließen zu wollen, um somit eventuell gewisse Normen aufstellen zu können. So diente zum Beispiel eine in den USA durchgeführte Untersuchung an Kärpflingen, die speziell für den Zweck gezüchtet wurden, dazu, zu klären, ob Menschen aufgrund ihrer genetischen Struktur zu aggressivem Verhalten neigen und somit schon als prospektive Mörder geboren werden können.

Biologiebücher aufgrund vieler Tieropfer

Im Bereich der Lehre in Medizin, Tiermedizin und Biologie müssen pro Semester ebenfalls eine Menge Tiere ihr Leben lassen. Für das Medizinstudium müssen etliche Hunde zur Demonstration von Kreislaufsituationen daran glauben. Im Biologiestudium wird im Rahmen einer Pflichtveranstaltung über muskelphysiologische Vorgänge pro Semester einer großen Anzahl von Fröschen ohne vorherige Betäubung der Kopf abgeschnitten. Welch grausame Auswirkung dies durch unsachgemäße Handhabung ungeübter und zaghafter Studenten hat, kann man sich wohl vorstellen. Die Anzahl der so behandelten Frösche ist schon deshalb unsinnig, weil nur der geringste Teil der Studierenden im Bereich der Muskelphysiologie tätig bleibt. Das Lernziel dieser Versuche wäre sicherlich durch einen gutgemachten Film ebensogut zu erreichen. Allerdings muß entsprechendes Filmmaterial in genügender Menge vorhanden sein, sonst hat die Forschung nach Ersatz dieser Tierversuche durch Filme keinen Sinn.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß die meisten interessanten Biologiebücher durch das Opfer vieler Tiere zustande gekommen sind.

Der nächste Teil dieses Aufsatzes beschäftigt sich mit Bereichen, in denen Tierversuche aufgrund gesetzlicher Bestimmungen vorgenommen werden. Die zunehmende Umweltbelastung mit Giftstoffen erfordert gleichzeitig eine zunehmende Kontrolle ihrer Schadwirkungen an Mensch und Tier. Besonders stark belastet sind hier Arbeiter, die solch gefährlichen Stoffen unmittelbar ausgesetzt sind.

Hier tauchen immer wieder Schädigungen wie zum Beispiel Krebs auf, die sich erstmals am Menschen zeigen und anschließend im Tierversuch bestätigt werden. Gesünder wäre es sicherlich, von vornherein entsprechende Schutzmaßnahmen vorzunehmen, oder, wenn das möglich ist, auf die Verarbeitung solcher Stoffe zu verzichten.

So löste zum Beispiel bei Chemiearbeitern Dichlordimethyläther Bronchialkrebs aus, Vi-

Tierversuche

Tiere sterben für die Schönheit

nylchlorid, der Grundstoff zur Herstellung von PVC-Materialien, verursacht Leberkrebs, und Menschen in der bleiverarbeitenden Industrie erlitten Nervenschädigungen und Leistungsabfall trat auf.

Keine Relevanz zwischen Versuchen und Risiko der Arbeiter

Obwohl man seit mindestens 1975 weiß, daß zum Beispiel Vinylchlorid mutagen und kanzerogen bei Mensch und Tier wirkt, müssen Tiere weiterhin diesen Stoff inhalieren, damit man genetische Veränderungen untersuchen kann.

Ein weiterer Stoff, der in diesem Zusammenhang am Tier untersucht wird, ist Capolactam, die Grundsubstanz (Monomer) bei der Produktion von Nylon. Die jährliche Produktion dieses Monomers beläuft sich in den USA auf 500 000 Tonnen. Ratten bekommen diesen Stoff injiziert oder werden damit gefüttert, um Veränderungen von bestimmten Enzymen in der Leber zu untersuchen. In dieser Arbeit wird darauf hingewiesen, wie unklar die Relevanz der Ergebnisse aus diesen Versuchen für das Risiko des Arbeiters sei.

In erschreckender Häufigkeit liest man Meldungen über die Vergiftung der Umwelt durch Schwermetalle wie Cadmium, Quecksilber, Blei und Thalium. Um eine genaue Kenntnis von Vergiftungserscheinungen zu erhalten, werden zahlreiche Versuchstiere mit Schwermetallen vergiftet.

So setzt man zum Beispiel Ratten langfristig geringen Mengen von Cadmium aus, um festzustellen, daß sie dadurch an Intelligenzleistung verlieren. Oder man verfüttert an trächtige Ratten eine Quecksilberverbindung um festzustellen, daß die Nachkommen desto lernunfähiger werden, je mehr Quecksilber sie vor der Geburt aufgenommen haben.

Der Sinn solcher Tierversuche scheint darin zu liegen, je nach Standpunkt der Versuchsdurchführenden, den bereits Geschädigten einen Entschädigungsanspruch zu untermauern oder abzusprechen.

Toleranz des Schwellenwertes zu breit

Tierversuche dienen im Zusammenhang mit Umweltgiften zum Beispiel auch dazu, für die Giftstoffe Grenzwerte, bis zu denen sie dem Menschen noch nicht gefährlich werden können, festzulegen. Doch zeigt sich, daß solche Grenzwerte immer wieder ins Schwanken geraten. Es ist somit nicht einzusehen, daß Tiere leiden müssen, damit jahrelang irgendwelche Gifte bedenkenlos in die Umwelt abgegeben werden können, um dann nach Jahren an Schäden am Menschen oder auch an freilebenden Tieren festzustellen, daß die Toleranz des Schwellenwertes viel zu breit angelegt war.

Dies zeigt sich auch im folgenden Beispiel, bei dem man plötzlich an Ratten feststellte, daß Blei bereits in Konzentrationen, die angeblich noch als unschädlich galten, klinisch nicht nachweisbare Veränderungen im zentralen Nervensystem hervorrufen kann. Wo jetzt noch zwischen 60 und 100 Mikrogramm Blei je 100 Milliliter Blut für den Menschen als unbedenklich angesehen werden, wurde jedoch mittlerweile ein Blutspiegel von 30 Mikrogramm je 100 Milliliter Blut als Grenzwert ermittelt.

Eine weitere Quelle der Gefahr für Vergiftungen stellen die Schädlingsbekämpfungsmittel dar. Allein in den USA verwendet die Industrie annähernd 14 000 aktive Inhaltsstoffe, die in 4600 Betrieben hergestellt werden, um schätzungsweise 35 000 bis 50 000 Produkte auf den Markt zu bringen. Rund 100 Chemikalien finden vorwiegend als Insektizide, Herbizide und Fungizide Verwendung. Diese Stoffe werden auf alle möglichen Fragestellungen hin untersucht, so zum Beispiel um festzustellen, wie sich ein Gift auf die Sehfähigkeit auswirkt. Dafür werden an Ratten, Hunden, Kaninchen und Affen bestimmte Pestizide verfüttert, bis sie schwere Augenschäden und sogar Blindheit davontragen.



Wenn ein elektrischer Schock durchs Gehirn eines Affen fließt, reagiert er mit einem Blinzeln. Wissenschaftler untersuchen so die Beziehung zwischen Gehirn und Muskeln.

Bei Giften das duldbare Maß suchen

Pestizide, Pflanzenschutzmittel und Herbizide tauchen wieder in der Nahrungskette auf und fallen somit wie Zusatzstoffe, zum Beispiel Konservierungsstoffe und Farbstoffe, unter das Lebensmittelrecht. Dieses umfaßt heute neben dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz 16 weitere Gesetze sowie 85 Verordnungen. Da der Mensch mit der Nahrungsaufnahme durch Vergiftungen mit obengenannten Stoffen gefährdet ist, soll ein Schutz vor solchen Giften durch die Festsetzung einer auf ein gesundheitlich duldbares Maß begrenzten Höchstmenge gewährleistet werden.

Die Grundlage für solch eine Festsetzung sind Fütterungsversuche an Tieren. Doch gerade bei kanzerogenen Stoffen ist es recht problematisch, einen bestimmten Grenzwert festsetzen zu wollen. Dies zeigt sich zum Beispiel bei Aflatoxinen. Bei diesen Kanzerogenen, so heißt es, muß man bei bestimmten Rohstoffen wie Nüssen, Getreide, Mohn und Sesam von einer gewissen Grundbelastung ausgehen. Hier müssen die Tiere all die üblichen Tests durchlaufen, obwohl man sich darüber im klaren ist, daß man für solche Stoffe keine Grenzwerte ermitteln kann.

Mit den zahlreichen Futtermittelzusätzen, die heutzutage bei der Fütterung in der Nutztierhaltung regelmäßig verwendet werden, werden ebenfalls Toxizitätstests an unterschiedlichen Tierarten vorgenommen.

Neben Antibiotika wird zum Beispiel häufig Arsanilic Acid, eine arsenhaltige organische Säure, mit dem Schweine- und Geflügelfutter verabreicht, um schnelleres Wachstum zu erreichen und um den infektiösen Durchfall bei Schweinen zu behandeln. Kaninchen zeigen sich bei diesem Stoff schon für niedrige Dosen sehr empfindlich.

Meerschweinchen-Haut als Modell

Ein zahlenmäßig sehr großer Anteil an Tierversuchen fällt der Kosmetikindustrie zu. Hier fallen viele Stoffe ebenfalls unter das Lebensmittel-Bedarfsgegenständegesetz vom 15. August 1974, wonach die Hersteller solcher Stoffe nachweisen müssen, daß ihre Produkte nicht gesundheitsschädlich sind.

Zu den am besten toxikologisch untersuchten Produkten gehören Färbemittel zur Herstellung von Kosmetika, Seifen und Waschmittel. Es gibt etwa 300

Färbemittel, wovon nur noch 95 nach dem 1. August 1980 erlaubt sind. Ihre Verwendung unterliegt der Kosmetikverordnung vom 16. Dezember 1977.

Für die wichtigsten Testmethoden zur Austestung neuer Chemikalien und kosmetischer Fertigprodukte werden empfindliche Meerschweinchenstämme gezüchtet. Meerschweinchen werden deshalb bevorzugt genommen, weil ihre Haut das beste Modell für die menschliche Haut bei der Sensibilisierungstestung darstellt. Von drei möglichen Testmethoden, der Buehlerschen geschlossenen Läppchentechnik, dem Meerschweinchenmaximitationstest und dem offenen epikutanen Läppchentest, soll letzterer am besten geeignet sein, neue Chemikalien wie auch kosmetische Fertigprodukte zu testen.

Da bei allen Stoffen, die nur zur äußeren Anwendung bestimmt sind, auch davon ausgegangen werden muß, daß sie auch eingeatmet oder geschluckt werden, zum Beispiel durch Kinder, wird hier eine gewisse Sicherheit gefordert, die allerdings bei den meisten Produkten, vor allem bei verkehrter Anwendung, niemals zu erreichen sein wird.

Es ist zum Beispiel unerhört grausam, Tiere Nagellack schlucken zu lassen. Solche Produkte sollte man lieber von Kindern fernhalten, denn trotz der Tierversuche wird es immer gefährlich bleiben, Lacke aller Art zu trinken.

Mit einer großen Anzahl von Stoffen kommt der Mensch fast täglich in Berührung. Hierzu gehören zum Beispiel auch das Tensid (wasseroberflächenentspannende Substanz) Natrium-Dodecylsulfat, das ein Bestandteil der meisten Wasch- und Reinigungsmittel sowie Kosmetika und Zahnpasten ist. Solch ein Stoff muß dem Gesetz nach an Tieren getestet werden, wie es zum Beispiel an Ratten unter anderem durch Injektionen und durch einen Subkutantest bei Betäubung zur Untersuchung der Hautresorption getan wird.

Blaue Liste für kosmetische Produkte

Eine ganze Reihe von Wirkstoffen in kosmetischen Artikeln lösen Allergien aus. Enthalten sind diese Wirkstoffe unter anderem in Handcremes, Gesichtcremes, Augenbrauenstiften, Haarwasser, Shampoos und Desodoranten. Dies führte schon seit einiger Zeit zu der Diskussion, eine »Blaue Liste«, entsprechend der »Roten Liste« für Pharmaka, herauszugeben, in welcher die Inhaltsstoffe kosmetischer Produkte aufgeführt werden sollen. Darin sollen zunächst nur, ausgehend von den Regelungen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft und den entsprechenden nationalen Verordnungen, die vor allem in medizinischer Hinsicht wichtigsten Inhaltsstoffe aufgeführt sein.

Ab und zu stellt man fest, daß Stoffe, die schon seit langem Anwendung finden und bislang als ungefährlich galten, plötzlich giftig zu sein scheinen. Hierzu gehört zum Beispiel Chlorparaffin, welches dazu benutzt wurde, Kleidung feuerfest und wasserabweisend zu machen und auch als antiseptisches Mittel in Nasen- und Rachensprays eingesetzt wurde. Kürzlich hat sich herausgestellt, daß schon geringe Mengen davon für Fische sehr giftig sind.

Auch das Wollfett Lanolin, das in vielen Cremes und Salben enthalten ist und schon zur Römerzeit zur Hautpflege verwendet wurde, ruft auf einmal Allergien bei Menschen hervor, meist jedoch, so hat man festgestellt, im Zusammenhang mit Detergentien (waschaktive Substanzen in Waschmitteln). Aus diesem Grund müssen nun, laut Kosmetikverordnung vom 16. Dezember 1977, Artikel, die Lanolin enthalten, mit einem entsprechenden Hinweis versehen werden.

Es besteht offenbar die Möglichkeit, daß jahrelang verwendete Stoffe nicht nur plötzlich als gefährlich erkannt werden, weil es inzwischen bessere Meßmethoden zur Erkennung solcher Gefahren gibt, sondern, daß sie eine Giftigkeit auch durch das Zusammenwirken mit anderen synthetischen Umweltstoffen entwickeln können.

Überangebot an Kosmetikartikeln

Kaum auf einem anderen Sektor dürften auch unablässig soviel neue Produkte auf den Markt kommen wie im Kosmetikbereich. Die massive Werbung sorgt für ausreichenden Absatz.

Es drängt sich jedoch die Frage auf, inwieweit es nötig ist, bei dem derzeit vorhandenen Überangebot an Kosmetikartikeln immer wieder neue Produkte, die einer Prüfung am Tier unterzogen werden müssen, zu entwickeln. Es fällt schwer, daran zu glauben, daß die vorhandenen Artikel nicht ausreichen, die Bedürfnisse an Schönheit, Pflege und Reinlichkeit der Konsumenten zu befriedigen.

In diesem Bereich wird dem Paragraphen 9 des Tierschutzgesetzes, in dem es heißt, »Die Tierversuche sind auf ein unerläßliches Maß zu beschränken«, mit Sicherheit nicht Rechnung getragen. Gerade in dieser Branche finden zum Teil recht grausame Tierversuche statt, in denen Tiere ätzende Stoffe schlukken müssen, man ihnen ätzende oder stark reizende Mittel in die Augen gibt oder Puder an sie verfüttert und bis zum Ersticken inhalieren läßt.

Für Tests zur Bestimmung der Schädlichkeit von Stoffen im Auge werden überwiegend Kaninchen verwendet. Sie werden bevorzugt, da ihre Hornhaut (Cornea) sehr dünn (0,15 Millimeter dünner als die des Menschen) und somit besonders empfindlich ist. Obendrein besitzen Kaninchen keine Tränendrüsen, so daß die zu prüfende Substanz nicht verdünnt und herausgetränt werden kann. Die Tiere müssen diese Tests in völliger Bewegungsunfähigkeit ein bis drei Tage lang erdulden und erhebliche Verletzungen wie Geschwüre oder Trübung der Cornea, Entzündungen der Iris, Blutungen, Schwellungen sowie die totale Zerstörung des Auges ertragen.

Übermacht von wirtschaftlichen Interessen

Angesichts solcher qualvollen Versuche erscheint es besonders zynisch, wenn eine bekannte Kosmetikfirma, wie unlängst geschehen, in einer Anzeige für ihre Versuchstieranlage Tierpfleger mit Freude am Umgang mit Tieren sucht.

Wenn man eine Reduzierung der Produktentwicklung und somit der dazugehörigen Tierversuche fordert, so muß man sich allerdings darüber im klaren sein, daß man hier gegen eine Übermacht an wirtschaftlichen und somit bestimmten menschlichen Interessen anzukämpfen versucht. So wird zum Beispiel die Frage der Arbeitsplatzerhaltung eine wichtige Rolle spielen, da der Tierversuch direkt wie auch indirekt ganze Wirtschaftszweige unterhält, man denke da nur an die Versuchstierzuchtbetriebe, Futtermittelhersteller sowie die Versuchsdurchführenden selbst.

Vom ethischen Standpunkt her ist es jedoch nicht vertretbar, die Durchführung der Tierversuche zur Arbeitsplatzerhaltung aufrechtzuerhalten. Es wäre doch auch undenkbar, die Forderung aufzustellen, die Ursache für Krankheiten nicht zu bekämpfen, nur damit die Ärzte und das Pflegepersonal nicht arbeitslos werden.

Fast alle Kosmetikfirmen machen toxikologische Tests an Tieren. Einige führen sie selbst nicht aus, sondern beziehen bereits getestete Grundstoffe von Grundstoffherstellern. Doch besteht auch die Möglichkeit, Kosmetika zu erstehen, die völlig frei von Tierversuchen hergestellt werden. Diese sind vorwiegend aus pflanzlichen Naturstoffen hergestellt. Allerdings sind solche Produkte bis jetzt noch recht unbekannt. Es wäre also zu begrüßen, wenn diese Artikel durch entsprechende Informationen des Verbrauchers mehr an die Öffentlichkeit dringen würden. □

Barbara Ganser ist Diplom-Biologin am Salem-Forschungsinstitut in Haar bei München. Das Salem-Forschungsinstitut wurde von Gottfried Müller 1974 gegründet. Die Aufgabenstellung des Instituts umfaßt den Schutz der Versuchstiere. Aus wissenschaftlichen Zeitschriften werden solche Veröffentlichungen gesammelt, die neue Methoden enthalten, mit deren Hilfe Tierversuche vermindert oder ersetzt werden können. Diese Informationen sollen Wissenschaftlern wie Tierfreunden zur Verfügung gestellt werden. Daneben betreibt man experimentelle Forschung. Ziel dieser Arbeit ist die Entwicklung eines versuchstierfreien Prüfverfahrens zur Entdeckung von Kanzerogenen an menschlichen Zellkulturen. Das Institut wird ohne staatliche Zuschüsse allein aus Spenden unterhalten.

Tierschutzgesetz

Gesetzlich sanktionierte Qualen

Ilja Weiss

Der Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland hat die angebliche Notwendigkeit der Tierversuche 1972 bejaht und mit dem geltenden Tierschutzgesetz sowohl Tierversuche für medizinische als auch für »sonst wissenschaftliche« Zwecke zugelassen. Damit wurden praktisch alle denkbaren Experimente an Tieren ermöglicht, sofern der Antragsteller die räumlichen, technischen, fachlichen und formalen Bedingungen erfüllt – was bei Wissenschaftlern sowie Forschungseinrichtungen der Industrie und anderer Institutionen meistens der Fall ist.

Zwar müssen Tierversuche laut Tierschutzgesetz beantragt und von der zuständigen Behörde genehmigt werden, doch die Bewilligung ist reine Formsache, da der Antragsteller nicht verpflichtet ist, die Notwendigkeit geplanter Tierversuche nachzuweisen. Er muß lediglich darlegen, weshalb, wozu und an welchen Tieren die Versuche vorgenommen werden sollen. Darlegen bedeutet zwar etwas mehr als nur behaupten, aber eben weniger als glaubhaft machen.

Behörden gestatten, zu erwürgen und zu erdrosseln

Die Genehmigungsbehörde kann nach geltendem Recht nicht die Notwendigkeit geplanter Tierversuche, sondern bloß die Schlüssigkeit der Darlegung des Antragsstellers überprüfen – ein feiner, jedoch sehr wichtiger Unterschied, denn damit beurteilt die Behörde nicht den Tierversuch, sondern die Erklärung des Experimentators sowie seine Integrität, Qualifikation, Arbeitsbedingungen und andere formale Kriterien. Fällt diese Prüfung positiv aus, kann eine Genehmigung der beantragten Tierexperimente kaum versagt werden.

Doch selbst die Darlegungen der Wissenschaftler können oft nur unzureichend geprüft werden, weil die Behörden den Forschern personell und fachlich unterlegen sind. In Rheinland-Pfalz etwa werden Anträge auf Zulassung von Tierversuchen von Kreispolizeibehörden bearbeitet, in anderen Bundesländern von beamteten Tierärzten. Beide Berufsgruppen dürften wohl kaum in der Lage sein, die Wichtigkeit und Notwendigkeit medizinischer oder anderer Forschungsvorhaben richtig zu beurteilen. Meist wissen die Behörden nicht einmal, ob Versuche, die sie gerade genehmigen, nicht schon woanders vorgenommen werden.

So kommt es, daß in der Bundesrepublik praktisch kein beantragter Tierversuch abgelehnt wird – auch dann nicht, wenn die Experimente offenkundig grausam und entbehrlich sind oder schon x-mal woanders gemacht wurden. Die Hamburger Gesundheitsbehörde hatte es zwei Wissenschaftlern unlängst sogar gestattet, Versuchstiere zu erwürgen beziehungsweise mit Hanf- und Drahtseilen sowie mit einer Metallkette zu erdrosseln.

Tierschutzgesetz schützt nur die Wissenschaftler

Nach dem Tierschutzgesetz sind genehmigte Tierversuche auf das »unerläßliche Maß« zu beschränken. Doch kein Paragraph sagt, was das konkret bedeutet, so daß diese Bestimmung praktisch wertlos ist. Die zuständigen Behörden können allenfalls die Haltung, Pflege, Unterbringung und Fütterung der Tiere beeinflussen. Aber welcher Versuch wie oft an welchen Tieren zu welchem Zweck gemacht wird, entscheidet der Experimentator – er ist dabei praktisch seine eigene Genehmigungsbehörde. So werden auch Tierversuche genehmigt, die reine Wiederholungen sind, denn es gehört eben zur Freiheit der Wissenschaft, Experimente zu wiederholen, um ihre Ergebnisse zu »überprüfen«.

Mit den Vorschriften des Tierschutzgesetzes lassen sich nicht einmal grausame Tierversuche verhindern, denn es erlaubt ausdrücklich, daß Versuchstieren Schmerzen, Leiden und andere Schäden zugefügt werden dürfen, wenn es für den verfolgten Zweck unvermeidlich ist – also immer dann, wenn der Experimentator es will, denn er allein entscheidet, was bei einem Versuch vermeidbar ist und was nicht. Bei einem Großteil der Tierversuche kommt das ohnehin unzureichende Tierschutzgesetz nicht einmal voll zur Geltung, da Experimente, die vom Gesetzgeber vorgeschrieben oder von staatlichen Stellen empfohlen sind, nicht genehmigt, sondern nur gemeldet werden müssen. Dies gilt zum Beispiel für Teste zur Erprobung von Medikamenten, Chemikalien oder Kosmetika, die zahlenmäßig einen erheblichen Bereich der Tierversuche ausmachen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß das Tierschutzgesetz bei Tierversuchen nicht die Tiere, sondern vor allem die Wissenschaftler schützt, oder – um es kraß auszudrücken – die Paragraphen helfen nicht den Opfern, sondern vielmehr den Tätern. Die Regelungen dieses Gesetzes konnten Tierversuche nicht einschränken, im Gegenteil: Seit der Verabschiedung des Tierschutzgesetzes ist die Zahl der Tierexperimente enorm gestiegen und der Verschleiß von Versuchstieren hat sich in mehrfacher Hinsicht zu einem lukrativen Gewerbe entwickelt.

Für Forscher ein Kinderspiel

Nach Schätzungen von Fachleuten verbrauchen Wissenschaft und Industrie in der Bundesrepublik jährlich 7 bis 14 Millionen Versuchstiere. Wie wenig das Gesetz die Tiere schützt, zeigt sich auch daran, daß selbst Bundestagsabgeordnete vor kurzem Vorschläge zur Novellierung zahlreicher Bestimmungen erarbeitet haben, die jetzt im Parlament beraten werden.

So ist es nur folgerichtig, wenn sich Wissenschaftler darauf berufen, daß sie das Tierschutzgesetz einhalten, und zugleich jegliche Änderungen der Paragraphen ablehnen. Denn das Gesetz in seiner derzeitigen Fassung zu beachten, ist für Forscher fast ein Kinderspiel; dafür Anerkennung zu erwarten, kommt einer Zumutung für jeden gleich, der sich die Mühe macht, die Vorschriften genau zu lesen und ihre Auswirkungen kritisch zu überprüfen. □



Tierversuche

Gegen den LD 50-Test

Max Keller

Schon vor einiger Zeit hat sich die englische Tierschutzorganisation »Animal Aid« an viele Tierschutzorganisationen auf allen Kontinenten gewandt und sie aufgerufen, sich an einer internationalen Aktion gegen den LD 50-Test zu beteiligen. »Animal Aid« bezieht sich auf eine wissenschaftliche Arbeit über die Bedeutung des LD 50-Tests für die toxikologische Prüfung chemischer Substanzen.

Diese Arbeit, die auf Grund des Studiums der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur verfaßt worden ist, ist dem »Fonds für versuchstierfreie Forschung« in Zürich zu verdanken. Er hat die Arbeit in Auftrag gegeben und finanziert. Sie ist Ende Juni 1981 in einer Aktion zur Infragestellung des LD 50-Tests an die Gesundheitsministerien von 18 Ländern und an die Europäische Gemeinschaft versandt worden. Die Ministerien wurden angefragt, ob sie bereit wären, ihre heute gültigen Vorschriften zu ändern, um den LD 50-Test abzuschaffen.

Dieser Test ist ritueller Massenmord

Was ist der LD 50-Test? Er besteht darin, daß man einen Giftstoff oder einen auf mögliche Giftwirkung zu prüfenden Stoff in steigenden Dosen mehreren Gruppen von Versuchstieren verschiedener Art verabreicht, indem man diesen zu prüfenden Stoff entweder verfüttert, einspritzt, auf die zuvor aufgeschürfte Haut aufträgt, in die Augen tropft, als giftige Gase einatmen läßt oder dem Trinkwasser beifügt.

Die auf ihre Giftwirkung zu prüfende Substanz wird in steigender Konzentration an immer wieder neue Gruppen von Versuchstieren getestet, und zwar so, daß bei der geringsten Dosis sämtliche Tiere überleben, bei der höchsten hingegen alle sterben. Diejenige Dosis, die genau die Hälfte der Versuchstiergruppen umbringt, nennt sich LD 50. Das ist die Abkürzung für letale, also tödliche Dosis 50. »50« bedeutet dabei 50 Prozent.

Schon 1927 wurde der LD 50-Test entwickelt. Verwendete man ihn anfänglich nur zur sogenannten »biologischen Standardisierung« gefährlicher Medikamente, so wird er heute für die toxikologische Prüfung aller möglichen Stoffe verwendet: von Pestiziden, Kosmetika, Industrie-Chemikalien, Lebensmittelzusätzen. So wurden Millionen von Labortieren im LD 50-Test einem langen und qualvollen Vergiftungstod ausgesetzt, ohne jede Betäubung, ohne jede Schmerzlinderung, um die Versuchsergebnisse nicht zu beeinträchtigen.

Leider ist der LD 50-Test von den weitaus meisten Ländern als Prüfungsmethode vorgeschrieben, selbst wenn man seine Unzulänglichkeit längst eingesehen hat. Forscher von Rang und Namen haben schon seit Jahren die Abschaffung dieses »rituellen Massenmordes« verlangt. Bisher leider vergeblich.

Unsinnige Versuche für gesetzliche Vorschriften

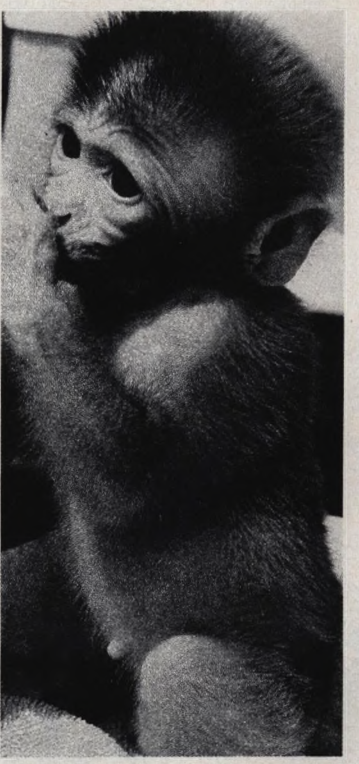
Der LD 50-Test ist eine verfehlte, unwissenschaftliche Prüfmethode, die niemals zu aussagekräftigen Ergebnissen führen kann. Nicht nur jede Tierart, sondern sogar jedes einzelne Tier reagiert wieder anders und vor allem anders als der Mensch.

Die Übertragung der Ergebnisse des LD 50-Tests auf die Verhältnisse beim Menschen hat nur zu oft zu verhängnisvollen Fehlschlüssen mit katastrophalen Auswirkungen geführt. Wir können und wollen es nicht weiter verantworten, daß Tiere, lebendige, gefühlsbegabte und leidensfähige Geschöpfe als sogenannte Meßinstrumente massenhaft unvorstellbaren Qualen ausgesetzt werden, für unsinnige, wertlose Versuche, nur damit dem Buchstaben der gesetzlichen Vorschriften Genüge getan wird.

Wir können und wollen es nicht weiter verantworten, daß die Versuchstiere, seien es Mäuse, Ratten, Kaninchen, Katzen, Hunde oder Affen, von Schmerz gepeinigt, tagelang zucken und schreien, sich die Bauchdecke zerbeißen, bis sie endlich durch den Tod erlöst werden und die Testlimits als erfüllt gelten.

In diesem unserem Protest wissen wir uns einig mit den Tierversuchsgegnern vieler anderer Länder, mit tausenden verantwortungsbewußter Menschen, die heute mit uns protestieren und ihren festen Willen zur Abschaffung dieses abscheulichen Tests und zu seiner Ablösung durch sinnvolle und gewaltfreie Methoden fordern.

Eine weitere Forderung, die wir ebenfalls in einer Resolution dem Schweizer Bundesrat überreicht haben, ist die Abschaffung der Produktion von Tetanus-Antitoxin von Pferden. Das schweizerische Serum- und Impfinstitut stellt heute noch das Starrkrampfserum auf die Weise her, daß Pferde – vor allem ausgediente Armeepferde – mit dem Starrkrampfgift infiziert werden, und zwar immer wieder in bestimmten Zeitabständen, so daß sie andauernd in ihrem Blut Abwehrstoffe produzieren. Dieses Serum wird ihnen dann abgezapft, damit es als Tetanus-Antitoxin für die Menschen verwendet werden kann.



Wie lange wird dieses Äffchen noch leben? 3 Tage oder ein halbes Jahr? Letztendlich wird es im Tierversuch sterben.

Die als Serumspender verwendeten Pferde sind die ganze Zeit an ihrem Standort im Stall angebunden und werden nur ein klein wenig bewegt, wenn ihnen Blut entnommen wird. Sie leiden allesamt unter dem Bewegungsmangel. Auch pflegen sich mit der Zeit sogenannte Sekundärbelastungen bei ihnen einzustellen, indem sich die Einstichstellen entzünden.

Zurück zu natürlichen Heilmethoden

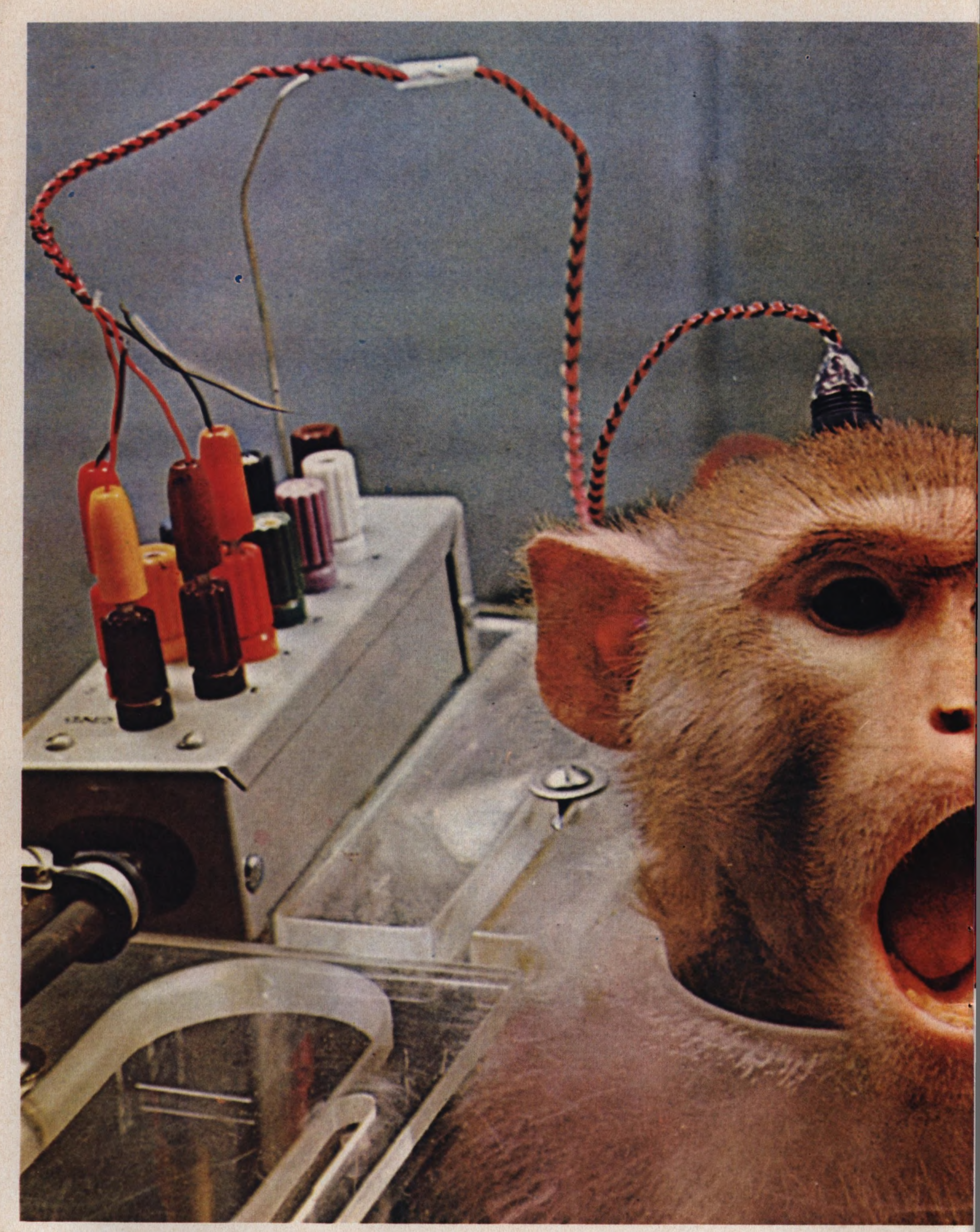
Wie die Behringwerke in Frankfurt berichten, haben diese die Produktion von Tetanus-Antitoxin von Pferden vollständig eingestellt, und zwar, wie sie sich selbst ausdrückten, wegen »der bekannten Gefahren, die mit der Applikation tierischer Sera verbunden sein können«. Anstelle des Pferdeserums soll das homologe Tetanus-Immunglobulin verwendet werden, das nicht von Tieren gewonnen wird.

So stellen wir fest: Nicht nur vom Standpunkt des Tierschutzes aus, sondern auch aus medizinischen Gründen soll und muß auf die Verwendung von Pferden zur Gewinnung des Starrkrampfserums verzichtet werden.

Unsere weitere Forderung auf Ablösung der bisherigen medizinischen Praxis, die sich im Tierversuch entwickelter und getesteter Medikamente bedient, durch natürliche und ganzheitliche Heilmethoden.

Was ich hier unterbreitet habe, sind Teilziele, Forderungen zur Abschaffung der leid- und qualvollen Tierversuche auf bestimmten Gebieten. □

Max Keller ist Präsident der Europäischen Union gegen den Mißbrauch der Tiere mit Sitz in Zürich.





Tierschutz

Schmutzige Geschäfte mit Primaten

Ende des vergangenen Jahres beriet die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf über die Frage der Errichtung von Zuchtkolonien für Primaten für die biomedizinische Forschung und verwandte Gebiete. Sollte dieses Vorhaben verwirklicht werden, bedeutete dies, daß Hunderttausende dieser besonders hochentwickelten Tiere gequält und getötet würden, und zwar in den meisten Fällen für militärische Zwecke. Auf der ganzen Welt manifestiert sich ein entschiedener Widerstand gegen dieses Vorhaben. Der folgende Beitrag ist aufgrund objektiver Informationen zusammengestellt worden. Er soll belegen, wie trügerisch die Argumente der WHO sind und welche unsauberen materiellen Machenschaften dieser Angelegenheit zugrunde liegen.

Sowjetische Forscher der Sukhumi-Schule lösen dadurch Hypertensionen mit eventueller Todesfolge aus, daß sie männliche Paviana isolieren und sie machtlos zusehen lassen, wie ihre Gruppe rund um ein fremdes Männchen neu organisiert wird. Diese Paviane dienen als »Modell« der experimentellen Pathologie, um psychosomatische Störungen beim Menschen aufzuzeigen und bestehende Thesen zu erhärten.

Sie zernagen das Neugeborene

15 Rhesusweibchen werden ihrer Mutter bei der Geburt weggenommen und in vollkommener Abgeschiedenheit aufgezogen. Als Erwachsene können sie sich mit ihren Artgenossen nicht paaren und werden künstlich besamt. Wenn sie gebären, sind sie unfähig, sich ihrer Jungen anzunehmen: Entweder ignorieren sie sie oder sie verhalten sich ihnen gegenüber brutal. Sie zernagen den Neugeborenen den Schädel oder reiben ihr Gesicht am Boden hin und her.

Bemerkenswert hierbei, so die Forscher, daß die jungen Äffchen trotz allem immer wieder zu ihrer Mutter zurückkehren. Die ausgestoßenen, mißhandelten, verletzten und blutenden Jungäffchen klammern sich an ihre Mutter und suchen deren Schutz, bis sie schließlich sterben.

Schlußfolgerung der Forscher: Diese Untersuchungen haben erwiesen, daß ein psycho-pathologisches Verhalten (der Wahnsinn) beim Affen hervorgerufen und untersucht werden kann (Modell des menschlichen Wahnsinns).

Andere, nicht gewalttätige Experimente in Form eines Dialogs und einer wechselseitigen Beziehung zwischen Mensch und Affe haben die Fähigkeit des Affen zu Tage gebracht. Primatologen haben ihren Affen die Taubstummensprache beigebracht. Wichtig ist nicht, daß die Affen die menschliche Sprache sprechen lernen, sondern die aufgrund dieser Experimente gemachte Feststellung des Niveaus der Aufnahmefähigkeit und der Intelligenz dieser Tiere.

Primaten sind eigentlich keine Tiere

Ein Affenweibchen, dem die Taubstummensprache von Geburt an vertraut war, konnte mit 13 Wochen ein erkennbares Zeichen machen, während ein taubes Kind dies erst mit 20 Wochen fertigbringt. Premack, auch Primatologe, hält fest, daß Schimpansen die Fähigkeit haben, sich etwas vorzustellen und ihre Absichten mitteilen können. Er erwähnt Viki, die auf die Abbildung eines Wagens zeigt, wenn sie spazierengehen möchte.

Tierschutz

Schmutzige Geschäfte mit Primaten

In unterschiedlicher Abstufung sind die Primaten in der Lage, Kausalzusammenhänge zwischen den Ereignissen herzustellen. Vor allem haben sie aber ein Gedächtnis. Der niederländische Ethologe Kortland sagt: »Primaten sind zwar keine Menschen, aber auch keine eigentlichen Tiere.«

Wenn die Forscher die Intelligenz als Maßeinheit nähmen, um zu messen, welche Achtung jedem Lebewesen entgegengebracht werden muß, wie würden sie wohl den gesunden, in seiner natürlichen Umwelt lebenden und alle seiner Art innewohnenden geistigen Fähigkeiten besitzenden Primaten und wie das zurückgebliebene, verkümmerte menschliche Wesen, das auch nicht das geringste der menschlichen Rasse innewohnende Zeichen der Intelligenz auszudrükken imstande ist, wie würden sie wohl diese beiden Lebewesen einstufen? »Die Primaten sind nicht so intelligent wie der Mensch, aber sie sind auch nicht dümmer.«

Wenn diese Wissenschaftler ihre Experimente am Primaten wegen der anatomischen, physiologischen, psychologischen und geistigen Verwandschaft mit dem Menschen rechtfertigen, müssen sie diesen Tieren auch dieser Verwandschaft entsprechende Bedürfnisse zuerkennen. Bedürfnisse, die jenen des Menschen ähnlich sind und die mit dem gleichen Recht geachtet werden müssen.

Es ist höchste Zeit, sich Gedanken über die von einer einzigen kulturellen Gruppe – dem Menschen – erstellte und nur ihm zum Vorteil gereichende hierarchische Einstufung der Arten und der einzelnen Lebewesen zu machen.

Biomedizinische Experimente am Primaten gerechtfertigt

In ihrem Kommuniqué vom 26. November 1981 hält die Weltgesundheitsorganisation fest, daß die Verwendung der Primaten trotz aller Anstrengungen zur Entwicklung und zum Einsatz von Ersatzmethoden bei der biomedizinischen Forschungstätigkeit und der Entwicklung von Impfstoffen nach wie vor notwendig sei.

Es muß hier daran erinnert werden, daß Viren beim Menschen, beim Tier und bei der Pflanze vorkommen und daß sie für ihren natürlichen Wirt ungefährlich bleiben. Sie werden jedoch gefährlich, wenn sie in einen unbekannten Organismus vorstoßen.

So ist der Virus SV-40 beim Affen endemisch, für dieses Tier also nicht gefährlich, jedoch für den Menschen. Der Virus findet sich in den Nierenzellen der Affen, auf denen das Antipolio-Serum kultiviert wird. Bei der Serenherstellung ist er gegenüber dem Formalin resistent. Bis zu 50 Prozent der Affennierenkulturen sind von diesem Virus verseucht und können deshalb nicht gebraucht werden (und dennoch sind Millionen Menschen mit dem lebenden Sabin-Impfstoff geimpft worden).

Heutzutage können die beiden Impfstoffe Sabin und Salk auf der Grundlage von menschlichen Zellkulturen erhalten werden. Ebenso sprechen Zellkulturen bei Harmlosigkeitstests leichter an als lebende Affen. In einem persönlichen Schreiben ließ Dr. F. T. Perkins Dr. Rowan wissen, daß die WHO erwäge, diese Zelltests offiziell als neues Testverfahren zu empfehlen. Weshalb diese Kehrtwendung? Was ist aus dieser Empfehlung geworden, die in der Rechtfertigung des WHO-Vorhabens, die der Internationalen Liga zum Schutze der Primaten zugestellt wurde, nicht erwähnt ist?

In den vergangenen Jahren sind drei unbekannte Viren aufgetreten: Der Marburg-, der Lassa- und der Ebiola-Virus. Der Marburg-Virus wurde mit Affen, die zum Zwecke der Impfstoffherstellung aus Uganda eingeführt wurde, eingeschleppt. 1967 erkrankten in Marburg 23 Angestellte des Laboratoriums, von denen sieben starben.

Auch in Laboratorien in Frankfurt und in Belgrad kam es zu Erkrankungen. In Lassa, Nigerien, starben im Jahre 1969 Erkrankte innerhalb dreier Tage an einem nicht identifizierten Virus. 1976 starben in Ebiola, Zaire, 300 Menschen; zum selben Zeitpunkt starben im 1500 km weit entfernten Sudan 120 Menschen. Die Virologen identifizierten einen Virus, der dem Marburg-Typ sehr ähnlich ist, und der vom afrikanischen Grünaffen stammte.

In der Pharmakologie und in der Toxikologie, aber auch in der Teratologie, ist der sogenannte LD 50-Test geläufig. Dr. A. Dayan vom Wellcome Research Laboratory zeigte sich im Jahre 1978 erstaunt darüber, »wie wenig die Versuche an Primaten zum medizinischen Fortschritt auf diesen Gebieten beigetragen haben.«

Auch in der Fortpflanzungsphysiologie will man uns weismachen, wie sehr Primaten nötig seien, um die Langzeit-Auswirkungen oraler Verhütungsmittel zu untersuchen. Die gemachten Untersuchungen zeigen aber gerade, daß die verwendeten Meerkatzen und Paviane die Steroide vollkommen anders

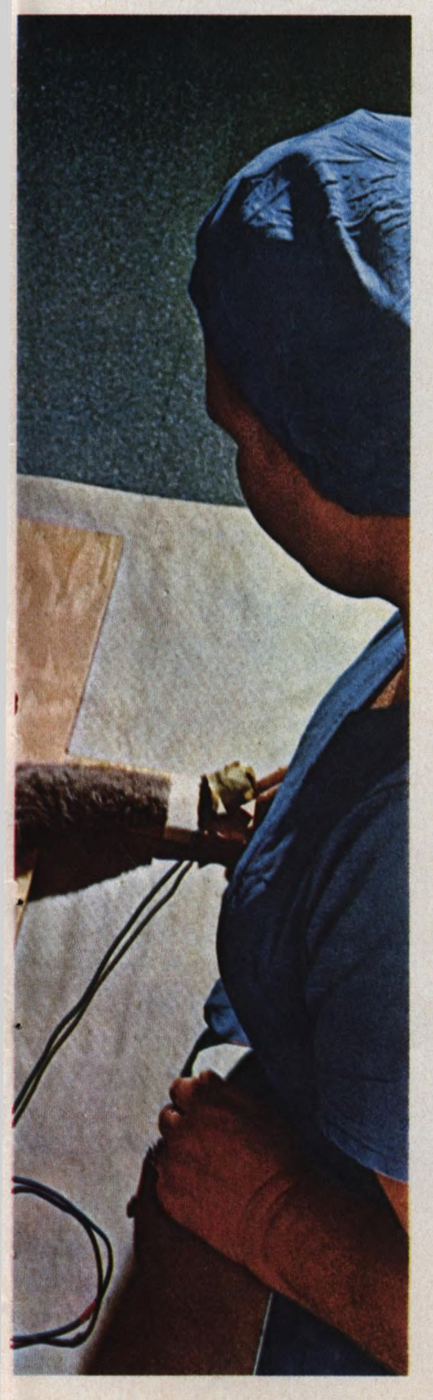


Ein Elektrokardiogramm wird von einem Lemuren aufgenommen, damit die Körperfunktionen besser untersucht werden können.

metabolisieren als der Mensch. Auch auf diesem Gebiet ist es offensichtlich, daß man auf Tierversuche verzichten kann und dabei die Gesundheit des Menschen noch lange nicht gefährdet.

Der Affe oder der Mensch?

Im erwähnten Kommuniqué der WHO wird auch festgehalten, daß »die Impfstoffe kleinen Kindern bei guter Gesundheit eingegeben werden... daß man alljährlich einige Zehntausend Primaten verwenden kann, um an die fünf Millionen Menschenleben zu retten und gleichviel Kinder die Lähmung erspart wird« und daß »die einzige mögliche Alternative zu den Versuchen an Primaten die Experimente am Menschen darstellt, eine Alternative, die niemand vorzuschlagen bereit ist.«



Hierzu sei jedoch folgendes festgehalten: Zu Beginn der siebziger Jahre rief man bei geistig behinderten Kindern bei ihrer Einlieferung in die Klinik Willowbrook, Vereinigte Staaten, absichtlich eine infektiöse Hepatitis hervor. Ein Arzt erläutert die Gründe, weshalb ausgerechnet diese Kinder für diese Versuche ausgesucht wurden:

»Da man kein Labortier kannte, das auf den Virus des Typs B ansprach, mußten diese Versuche an Menschen vorgenommen werden. Andererseits nimmt die Gefährlichkeit der Affektion mit dem Alter zu: eine Untersuchung an Erwachsenen schien somit nicht ratsam.«

Jahrelang wurden Affen mit einem Syphiliserreger infiziert, obwohl sie sich diese Krankheit auf natürlichem Weg nicht zuziehen können. Das war jedoch kein Hinderungsgrund, um nicht auch 40 Jahre lang Experimente mit 400 Syphilitikern männlichen Geschlechts (die allesamt derselben ethnischen Minderheit angehörten) durchzuführen, ohne daß die Beteiligten wußten, daß sie Versuchsobjekte darstellten. Dieses Experiment überlebten ganze 80 von ihnen.

An Pavianen getestete Verhütungsmittel werden gleichzeitig an Frauen (der minderbemittelsten sozialen Klasse) in Brasilien (Le Canard euchainé) und an schwarzen Südafrikanerinnen ausprobiert, ohne daß sie davon Kenntnis haben.

Bei Affen wird Geisteskrankheit hervorgerufen, damit die neuen Psychotropen an ihnen ausprobiert werden können. Daß Experimente an Geisteskranken und Drogenabhängigen durchgeführt werden, ist ein offenes Geheimnis. Der jüngste Skandal in der psychiatrischen Klinik Bel-Air in Genf im Jahre 1980 ruft uns dies in Erinnerung. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, nachdem ein junger Mann während einer erzwungenen Schlafkur verstarb. Sie ergab unter anderem, daß »invasive Versuche durchgeführt wurden, ohne daß der Ethik-Ausschuß davon Kenntnis hatte, und daß in enger Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie Forschung an Patienten getrieben wird.«

Auch Versuche am Menschen

Affenversuche und Tierversuche ganz allgemein haben dem Menschen dieses Schicksal noch nie erspart, denn »so vollständig die Versuche am Tier auch sind und so aufschlußreich deren Ergebnisse zu sein scheinen, der letztendliche Erweis ihrer therapeutischen Wirksamkeit und der Anwendungssicherheit eines Medikaments kann erst am Objekt Mensch schlüssig erbracht werden«, meint die WHO.

Da die Herstellung neuer therapeutischer Zusammensetzungen eine wichtige Industrie in den Händen der internationalen Mafia geworden ist, haben die Versuche am Menschen im gleichen Maß zugenommen wie die Tierversuche, wobei letzteren lediglich noch eine Alibifunktion zukommt. Trotz Tierversuche muß jetzt auch der Mensch vor inkompetenten oder skrupellosen Forschungstreibenden geschützt werden. Im Laufe der Zeit sind verschiedene ehtische Kodizes erstellt worden: der Eid von Genf, der internationale Kodex der medizinischen Ethik, die Erklärung von Helsinki. Dazu kommen noch zahllose Ausschüsse, Koloquien und Debatten zu diesem Themenkreis. Die invasive – also gewaltätige – Experimentiertätigkeit an allen Lebewesen und aus jeglichem Beweggrund hat die Ausmaße der reinen Torheit angenommen.

Unter dem wachsenden Druck der weltweiten Bewegung gegen die Vivisektion und der Aktionen der nationalen Ligen nimmt der Reigen der Kongresse, Symposien über die Alternativmethoden zum Tierversuch seit einem Jahr rasant zu.

Februar 1981: »Ausrichtung der Forschungsmethoden in der Biologie«, vom internationalen Gesundheitsinstitut Bethesda, USA, durchgeführt. Verschiedene weitere Konferenzen über dasselbe Thema wurden, ebenfalls in den Vereinigten Staaten, im Laufe des Jahres abgehalten.

Juni 1981: »Der Ersatz des Tieres in der biomedizinischen Forschung«, von der Schweizer Liga gegen Vivisektion in Genf durchgeführt.

September 1981: »Akute Toxizität – mögliche Alternativlösungen«, von der niederländischen toxikologischen Gesellschaft, der Tierschutzorganisation und der niederländischen Stiftung gegen die Vivisektion gemeinsam in Utrecht veranstaltet.

September 1981: »Differenzierte Organ- und Zellkulturen bei Toxizitätstests«, vom nationalen Büro für Labortiere und der Liga gegen die Vivisektion in Uppsala, Schweden, veranstaltet.

Oktober 1981: »Medizin und Tierforschung«, von der Ärztevereinigung gegen Tierversuche in Zürich, Schweiz, durchgeführt.

Januar 1982: »Internationales Symposium über gewaltlose Kosmetik-Forschung«, von der französischen Liga gegen Vivisektion in Marseille, Frankreich, organisiert.

April 1982: »Die Rolle des Tieres in der wissenschaftlichen Forschung und seine Gültigkeit als Modell für den Menschen«, von »The Humane Research Fund for Medical and Scientific Research« in Manchester, Großbritannien, durchgeführt.

Die Pharma-Industrie wird zur Alternative gezwungen

An Forscher, die wichtige Arbeiten zur Förderung der Medizin ohne Zuhilfenahme von Tieren durchführen, werden übrigens auch Preise verliehen. So wird in Italien seit Jahren der Premio Jorio Rustichelli vergeben. Das Institut Mérieux in Lyon hat soeben den Prix Marcel Mérieux ins Leben gerufen, mit dem die besten Arbeiten über Ersatzmethoden auf dem Gebiet der Zelltests prämiert werden sollen. Es sollen Impfstoffe gegen die Tollwut anhand von Zelltests vorbereitet werden. Bei der Herstellung von Salk-Impfstoffen werden keine Affen mehr zu Tests herangezogen. Die Methode soll von der WHO genehmigt worden sein.

Tierschutz

Schmutzige Geschäfte mit Primaten

In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien soll die pharmazeutische Industrie im übrigen in weniger als einem Jahr mehr als zwei Millionen Dollar in die Erforschung von Ersatzmethoden investiert haben. Namentlich für die Mikroelektronik und die Biotechnik hat die deutsche Bundesregierung 53 Millionen Mark für die Entwicklung von Forschungsmethoden ohne Tierversuche genehmigt.

Wenn alle diese Aktionen auch die Vivisektion nicht aus der Welt schaffen, belegen sie doch, daß in der biomedizinischen Forschung das Tier im allgemeinen und der Primat im besonderen ersetzt werden kann. Demzufolge ist das Vorhaben der Weltgesundheitsorganisation angesichts der Ausrichtung, die der Forschung gegeben worden ist und angesichts der Entwicklung von Ersatzmethoden als Rückschritt und als Provokation anzusehen.



Affen mußten den ersten Schritt in den Weltraum tun. Wie weit wird diese Perversion gehen? Wie lange werden wir noch schweigen.

Affen sterben für die atomare Rüstung

Vierzehn Affen wird beigebracht, wie sie sich durch das Betätigen eines Hebels elektrischen Schocks entziehen können. Nach diesem Lehrgang werden sie einer hohen Strahlungsdosis ausgesetzt und anschließend wieder zur Arbeit geschickt, wo sie acht Stunden lang durch das Betätigen des erwähnten Hebels die elektrischen Stöße vermeiden müssen.

Zwei Affen zeigen Zeichen der Desorientierung (Verwirrung): Es gelingt ihnen nicht mehr, eine aufrechte Haltung einzunehmen, durch die sie die Hebel betätigen können. Ein anderes Tier, das am Hinterteil gelähmt ist, muß auf dem elektrischen Gitter liegen bleiben. Weitere sechs Tiere erbrechen die ersten zwei Stunden, betätigen jedoch den Hebel noch so gut es geht, um den elektrischen Stößen zu entgehen. Ein Affe stirbt 35 Minuten nach der Bestrahlung, ein weiterer dreieinhalb Stunden danach und zwei schließlich sieben Stunden nach der Bestrahlung. Die überlebenden Tiere wurden nach Beendigung des Experiments »geopfert«.

100 Affen werden einer hohen Bestrahlung ausgesetzt. Es wird festgestellt, daß sie sich während der Bestrahlung am ganzen Körper kratzen und äußerst reizbar sind. Nach einigen Minuten – immer noch während der Bestrahlung – verfallen sie in einen Zustand der halben Bewußtlosigkeit. Sie sondern besonders viel Speichel ab, erbrechen, haben Durchfall. Sie verdrehen die Augen und haben Zuckungen. Nach der Bestrahlung ist ihre Atmung krampfartig und sie beginnen zu keuchen. Später haben sie Nasenbluten und verlieren Haare. Dennoch werden Hautverletzungen und Geschwüre am Gesicht sichtbar. Erschöpft bleiben die Tiere in einer Ecke ihres Käfigs und lehnen bis zu ihrem Tod 23 Tage nach der Bestrahlung jegliche Nahrung ab.

Die Neutronenbombe könnte nach der Explosion in einem Umkreis von bis zu einem Kilometer vom Punkt des Aufpralls so starke Strahlungen verbreiten, daß die Hälfte der betroffenen Bevölkerung nach 60 bis 90 Tagen stirbt. Diese Ergebnisse werden aus Tierversuchen abgeleitet, und zwar aus dem LD 50-Test, der in den Laboratorien gang und gäbe ist. Diese Experimente werden durch das Forschungsinstitut für Radiobiologie der Streitkräfte (AFFRI) in den Vereinigten Staaten finanziert und sind in einem Bericht der United Action for Animals Inc., New York, beschrieben.

Die Auswirkungen der Ionenstrahlen auf das Verhalten sind seit langem bekannt. Bereits 1930 führt Pavlev Experimente mit Hunden aus, die der Radioaktivität ausgesetzt worden waren. Diese groben und barbarischen Experimente, die heute noch wiederholt werden, sollen bestimmen helfen, wie lange die Streitkräfte nach einer radioaktiven Bestrahlung noch kampffähig bleiben. Alle atomaren, chemischen und biologischen Waffen, alle Laser werden an Tieren erprobt, wobei der Affe das Lieblingsmodell der »Forscher« bleibt.

Es ist zumindest schwierig, eine solche Tätigkeit als dem Menschen zum Wohle gereichend einzustufen oder ihr für die Gesundheit der Zivilbevölkerung oder die fünf Millionen Kinder, um die sich die WHO so sehr zu kümmern scheint, einen praktischen Nutzen abzugewinnen.

Zerstörungs- und Todeswerkzeuge herstellen und seine Wirksamkeit am Tier perfektionieren, bevor es am Menschen verwendet wird, ist der Ausdruck einer geistigen Perversion, die umso erschreckender ist, als wir sie durch unser Schweigen billigen. Wie weit wird diese Perversion gehen? Wie lange werden wir noch schweigen?

Tierversuche sollen im Weltraum wiederholt werden

Seit dem Tode des kleinen Affen Bonny im Jahre 1969, der nach acht Tagen im Raum erfolgte, hat die NASA ihre Methoden verfeinert, um die Affen für die Raumflüge vorzubereiten. Das Tier wird in eine Gipsform eingerollt, und zwar von den Achselhöhlen bis zu den Fußgelenken, oft auch noch die Arme. Es wird nicht erwähnt, wie das Tier urinieren oder defäkieren soll, auch nicht, wie es gereinigt wird, falls dies überhaupt der Fall sein sollte. Die Tiere werden oft bis zu sechs Monaten lang derartig bewegungslos gehalten, wenn sie nicht vorher vom Tod erlöst werden.

Zum Studium spezifischer Funktionen werden dem Tier vorher alle möglichen Elektroden, Sonden und ein vollständiger Apparat eingepflanzt. Mit diesen Experimenten sollen die physiologischen Veränderungen des Tieres untersucht und die Auswirkungen eines längeren Raumfluges auf den Menschen beurteilt werden. Dies obwohl Raumflugspezialisten bestätigt haben, das

beste Mittel, die Eignung des Menschen zum Leben im Raum zu erproben, bestehe darin, die Flüge allmählich zu verlängern.

Im »Life Programm« der NASA ist vorgesehen, ein Raumlaboratorium, das sogenannte Spacelab, von Europäern bauen zu lassen. Alle Experimente, die auf der Erde mit Tieren gemacht worden sind, sollen im Raum wiederholt werden. Die Einrichtungen bestehen bereits. Sie werden unter noch schlimmeren Bedingungen durchgeführt und von eiligausgebildeten Experimentierern für die Dauer der Mission geleitet.

Man kann sich ja leicht vorstellen, daß von den auf der Erde tätigen Forschern kaum einer Lust verspürt, seine Experimente im Raum zu wiederholen. Soll nach der Elektronik für militärische Zwecke und nach der Automatisierung der Schlachtfelder zur Erde und unter dem Wasser jetzt auch der Raumkrieg vorbereitet werden, dessen erste Opfer einmal mehr die Tiere sein werden?

Indien erläßt Ausfuhrverbot für Primaten

In den fünfziger Jahren wurden in einem einzigen Jahr bis zu 250 000 Primaten vor allem aus Indien in die Vereinigten Staaten eingeführt. Für jedes exportierte Tier starben zwischen fünf und zehn Affen. Wenn man weiß, daß allein zur Herstellung des Polio-Impfstoffes mehr als eine Million Rhesusaffen verwendet worden sind, kann man sich ein Bild über die Tragweite des Tiermordes machen.

In den Vereinigten Staaten, dem Hauptimporteur von Primaten, ist es zu einem Mangel an Primaten für Forschungszwecke gekommen, da zahlreiche Ländern, die sich Sorgen um den massiven Rückgang des Primatenbestandes machen oder wegen der Berichte, in denen die Behandlung dieser Tiere in wissenschaftlichen oder militärischen Laboratorien angeprangert wird, beunruhigt sind und deshalb Ausfuhrverbote oder Ausfuhrkontingente erlassen haben.

Der im Jahre 1955 zwischen Indien und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Vertrag sah vor, daß die Tiere menschlich behandelt werden müssen und weder für militärische Experimente noch bei Atomexplosionen oder in der Raumforschung verwendet werden dürfen. Da die Vertragsbestimmungen von den USA nicht eingehalten wurden, erließ Indien 1978 ein totales Exportverbot für Primaten.

Die Vereinigten Staaten setzten zuerst das Außenministerium ein, das versuchte, das Primatenausfuhrverbot rückgängig zu machen. Der angedrohte Entzug der »Hilfe«, die politischen Pressionen und die Dementis hinsichtlich der schlechten Behandlung der Affen vermochten Indien nicht zu einer Aufhebung des Verbotes bewegen.

Heute machen sich die Vereinigten Staaten die WHO zu ihrem Sprachrohr. Gleichzeitig setzen sie vermehrt Affen in der Erforschung chemischer, biologischer, nuklearer und raumtechnischer Waffen ein. Die WHO ist gegen Entgelt von 514 710 Dollar für die ersten drei Jahre der Einführung des Programms bereit, auf diesen Handel einzugehen.

Es gibt in unserer Hemisphäre seit langem zahlreiche Zentren für Primatologie. Das älteste ist jenes der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der Sowjetunion, das 1927 in Sukhumi gegründet wurde. In diesem Zentrum werden 2500 Paviane und Meerkatzen in Gefangenschaft gehalten. Ein ähnlich großes Zentrum ist ungefähr 100 km von Sukhumi entfernt in Sochi entstanden.

Die Gelder, die in den Jahren 1977 bis 1980 für die Erweiterung der Primatologie-Zentren in der UdSSR verwendet wurden, werden auf 100 Millionen Dollar geschätzt.

1965 wurde in den Niederlanden ein Primatologie-Zentrum gegründet, das sich auf die Organtransplantation spezialisiert hat. In den Vereinigten Staaten sind von den nationalen Gesundheitsinstituten neun Zentren für Primaten gegründet und in Universitäten eingegliedert worden. In der Schweiz hat die Ciba-Geigy eine neue Primatenabteilung gegründet. In Großbritannien wird einer der kleinsten Primaten, der Marmoset, von der Imperial Chemical Industries in großen Industrie-Zuchten verwendet.

Zuchtzentren in der dritten Welt

»Bis Anfang des 21. Jahrhunderts werden die meisten für Forschungszwecke bestimmten Primaten in den Laboratorien gezüchtet. Die Verwendung dieser Tiere wird in der Forschung eine ähnlich revolutionäre Entwicklung hervorrufen, wie dies bei der Verwendung der Nagetiere der Fall war.« Eine andere Kapazität auf dem Gebiet der Primatologie der medizinischen Abteilung der Universität New York beschreibt mit Stolz das Laboratorium für experimentelle Medizin und Chirurgie an Primaten und äußerte den erstaunlichen Satz: »Die Tiersäle sind die Extrapolation der Säle eines Kinderkrankenhauses und einer modernen Geflügelzucht.«

Trotz der Aussichten einer Intensivzucht will die WHO in der dritten Welt Primatenzentren errichten. Die an Ort und Stelle gefangenen Tiere sind billig. Nicht alle Wissenschaftler sind bereit, den Preis für ein im Labor aufgezogenes Tier – das bis zu 1000 Dollar kosten kann – zu bezahlen. Es muß befürchtet werden, daß die »Zuchtzentren« in den Ursprungsländern nichts anderes als eine Art Zwischenlager für Tiere sind, die wie bis jetzt ihrem natürlichen Habitat entrissen werden. In Peru funktioniert ein derartiges Lager bereits unter schrecklichen Bedingungen.

Weder für die Tiere noch für die Ausfuhrländer böte dieses Programm, sofern es definitiv auf die Beine gestellt werden sollte, Vorteile. Für die Tierimporteure, die nichts anderes als Schieber sind, die auf derselben Stufe stehen wie die Sklavenhändler des 19. Jahrhunderts, ergäbe sich allerdings ein auf Jahre hinaus regelmäßiger und einträglicher Handel.

Stellvertretend für viele andere kann man folgende auf diesem Gebiet tätige Organisationen erwähnen. In den Vereinigten Staaten: Worldwilde Primates, Florida, »Lieferanten verbrauchsfertiger Qualitätsprimaten für die Forschung«; International Animal Exchange, Michigan, »der wichtigste Importeur/Exporteur wilder exotischer Tiere, der vier große Zuchtfarmen für Wildtiere betreibt« und der in seiner Werbung darauf hinweist, er sei »Spezialist für die Lieferung kleiner Mengen seltener Tiere«.

In Großbritannien gibt es die Ingram of Jacchus Primates Ltd., deren Direktorin zufälligerweise die Tochter von Dr. F. T. Perkins, dem wichtigen Initiator und internationaler Koordinator des Primatenzuchtprogrammes ist.

Nicht nur Tierschützer sind betroffen

Es ist doch sehr erstaunlich, daß der internationale Verband zum Schutze der Natur und der natürlichen Ressourcen (UICN) und der World Wildlife Fund (WWF) ein derart skandalöses Vorhaben akzeptieren, das den internationalen Schutzübereinkommen spottet.

Vom 8. bis 13. August 1982 wird die Internationale Gesellschaft für Primatologie im Forschungszentrum für Primatologie Yerkes in Atlanta ihren 9. Kongreß abhalten. Bei dieser Gelegenheit soll alles unternommen werden, um das Vorhaben der WHO zu konkretisieren.

Die Schweizer Liga gegen Vivisektion hat mit zahlreichen Vereinigungen in Europa und auf der Welt Verbindung aufgenommen und nach der Demonstration vom 28. November 1981 vor der UNO eine weltweite Kampagne gestartet, die den Handel mit Primaten unterbinden will. Angesichts dieses schändlichen Tiermordes und dieser neuen Art der Ausplünderung der dritten Welt können und dürfen wir nicht schweigen.

Wir alle sind betroffen, denn letztlich finanzieren wir das Vorhaben der WHO und damit die ganze Forschung, einschließlich der militärischen, mit. Nicht nur die Tierschützer sind betroffen, sondern jede Frau und jeder Mann, die an die Gerechtigkeit glauben und für den Frieden kämpfen. □

Schreiben Sie Ihren Protest an den Generalsekretär der Weltgesundheitsbehörde (WHO), Via Appia, Ch-1211 Genf 27, oder an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, New York NY 10017, USA.

Vielleicht schicken Sie eine Kopie Ihres Protestschreibens an die Schweizer Liga gegen die Vivisektion, 8. Chemin du cèdre, CH-1224 Chêne-Bougeries, Schweiz.



Ernährung

Die Nahrungs-mittel-Pyramide

Wir alle müssen essen, um leben und arbeiten zu können. Man sollte meinen, daß jeder in der Lage ist, aus der Fülle des Nahrungsmittelangebots seine Ernährung richtig zusammenzustellen. Aber leider haben wir nicht den sicheren Instinkt, der uns sagt, was und wieviel für unseren Körper gut ist. Darum ernähren sich viele Menschen falsch.

Für viele, unter anderem Familien mit Kindern, ist die Wahl der Nahrungsmittel auch ein finanzielles Problem: denn die Ernährung verschlingt den größten Teil des Haushaltsgeldes, nämlich ein Viertel des gesamten privaten Verbrauchs.

Es muß unser Bestreben sein, eine vollwertige und doch preiswerte Kost zusammenzustellen, die außerdem abwechslungsreich und schmackhaft ist. Voraussetzung dafür sind jedoch Kenntnisse über Nahrungsmittel und Ernährung – das Wissen über Art, Menge und Zusammensetzung.

Die Schweden schlagen vor, mit Hilfe einer Pyramide, die drei Stufen enthält, die Ernährung zusammenzustellen:

Die erste Stufe, braun umrandet, bildet die Basis. Darin sind solche Nahrungsmittel enthalten, die im Vergleich zu ihrem hohen Gehalt an Nährstoffen preiswert sind. Für diese »Grundnahrungsmittel« hat man genaue Tagesmengen ermittelt, für Milch, Käse, Fett, Kartoffeln, und Getreideprodukte.

Mit diesen Grundnahrungsmitteln soll der Minimum-Bedarf an Eiweiß, Fett, Kohlenhydraten, Vitaminen und Mineralstoffen gedeckt werden, der je nach Alter, Lebens- und Arbeitsweise ergänzt werden muß.

Die zweite Stufe enthält als Ergänzung vor allem Obst und Gemüse in ausreichender Menge. Sie enthalten wenig Fett, dafür reichlich Vitamine und Mineral-

stoffe sowie auch Ballaststoffe, die für die Verdauung wichtig sind. Aus der Fülle des jahreszeitlichen Angebots kann für jeden Geschmack und für jeden Geldbeutel das Passende zusammengestellt werden.

Stufe 3 vervollständigt die Zusammenstellung der Nahrungsmittel schließlich durch Fleisch, Fisch und Eier, die tierisches Eiweiß sowie ebenfalls Vitamine und Mineralstoffe liefern.

Die Mengen dieser etwas teureren Nahrungsmittel müssen nicht groß sein. Sie können durchaus auch ganz weggelassen werden, ihr Eiweiß muß dann durch pflanzliche Eiweißträger, wie zum Beispiel Erbsen, Bohnen, Linsen oder Soja, ersetzt werden. Eine solche Kost, die außer pflanzlichen Nahrungsmitteln nur noch Milchprodukte enthält, wird auch als lacto-vegetabile Kost bezeichnet.

Die Wahl der Nahrungsmittel aus Stufe drei entscheidet darüber, wie teuer die Ernährung insgesamt wird. Grundsätzlich jedoch kann man sagen:

Eine Ernährung ist dann vernünftig, wenn sie nicht zu teuer ist, aber dennoch dem Körper alles bietet, was er braucht. Die Nahrungsmittel-Pyramide veranschaulicht diese Grundsätze der Ernährung.

Grundnahrungsmittel sind austauschbar

Wer bei der Zusammenstellung seiner Ernährung mit der Basis (Stufe 1) der Nahrungsmittel-Pyramide beginnt, ist schon auf dem richtigen Weg, ohne daß er sich mit wissenschaftlichen Theorien über Ernährung herumquälen muß.

Man kann sich sogar einiges zusätzlich leisten, was in der Pyramide nicht enthalten ist, wie beispielsweise Kaffee, Tee, Bier, Honig, Marmelade, Kuchen und Süßigkeiten – aber in Maßen!

Denn dies sind Dinge, die der Körper nicht unbedingt braucht, von denen die meisten aber viele zusätzliche Kalorien liefern.

Die Grundnahrungsmittel aus Stufe 1 der Nahrungsmittel-Pyramide kann man vielfach austauschen: Man kann mit den vielen verschiedenen Sorten Brot abwechseln – oder vielleicht einmal selbst backen.

Man ißt hin und wieder Brei oder »Müsli«, hergestellt aus verschiedenen Getreideprodukten. Man kann auch mit unterschiedlichen Corn-Flakes-Sorten variieren.

Darüber hinaus gibt es viele verschiedene Käsesorten und Milcharten, verschiedene Joghurt- und Quarksorten. Alles in allem: Es kann nicht langweilig werden, wenn man die hochwertigen Nahrungsmittel der Stufe 1 ständig untereinander austauscht.

Diejenigen, die mehr körperliche Arbeit leisten, oder Jugendliche mit hohem Energieverbrauch, zum Beispiel bei Sport, können die Menge der Grundnahrungsmittel entsprechend erhöhen. Sie können vor allem mehr Brot und Kartoffeln essen sowie normale Trinkmilch und Käse mit höherem Fettgehalt verwenden.

Für Kinder unter zehn Jahren, für ältere Menschen und für alle, die Gewichtsprobleme haben, sollten die Mengen für die Grundnahrungsmittel verringert werden.

Die Grundnahrungsmittel müssen durch Nahrungsmittel der Stufe 2 und 3 ergänzt werden, um eine ausreichende Eiweiß-, Vitamin- und Mineralstoffzufuhr sicherzustellen. Besonders Eisen und Vitamin B1 werden durch die Grundnahrungsmittel nur ungenügend zugeführt.

Diätkur – wirkungslos und ungesund

Das beherrschende Ernährungsproblem in der westlichen Welt ist nach wie vor das Übergewicht. Es entsteht in der Regel dann, wenn man mehr Energie in Form von Nahrung aufnimmt, als durch körperliche Arbeit verbraucht wird. Man wird nicht von einzelnen Nahrungsmitteln dick, wie oft angenommen wird, sondern durch die Summe der Energie, die mit allen Nahrungsmitteln aufgenommen wird.

Übergewicht vererbt sich nicht, aber die Eßgewohnheiten überdauern oft Generationen. Wer übergewichtigt ist, sollte auf jeden Fall sein Gewicht regulieren, seine Ernährungsweise überprüfen, Fehler aufdecken und berichtigen. An Gewicht abnehmen kann man nur dann, wenn man seine Energiezufuhr auf eine angemessene Menge und über einen bestimmten Zeitraum vermindert. Ausgefallene Diätformen oder gar Radikalkuren haben sich überwiegend als wirkungslos und schädlich erwiesen.

Zwar lassen sich dadurch oft eindrucksvolle Anfangserfolge erreichen, der Dauererfolg, auf den es ankommt, bleibt jedoch meist aus. Außerdem können derartige Maßnahmen zu gesundheitlichen Schäden führen.

Mängel müssen ausgeglichen werden

Wie oft am Tag gegessen wird, das heißt, wie die Gesamtnahrungsmenge auf den Tag verteilt wird, ist ganz entscheidend für die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden. Es ist zu empfehlen, mindestens fünf kleine Mahlzeiten über den Tag verteilt zu sich zu nehmen. Häufige kleine Mahlzeiten belasten die Verdauungsorgane wenig und beeinträchtigen auch nicht die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit.

Wie die Nahrungsmittel ausgewählt werden sollen, um eine ausgewogene Ernährung zu gewährleisten, ist anhand der Nahrungsmittel-Pyramide recht einfach nachzuvollziehen. Wie sie zusammengestellt oder verarbeitet werden, richtet sich jedoch nach dem individuellen Geschmack, den unterschiedlichen Gewohnheiten, Bedürfnissen und Gegebenheiten.

Wer zum Beispiel regelmäßig in einer Kantine ißt, wird seine Ernährung zu Hause so planen müssen, daß mögliche Mängel in der Nährstoffversorgung ausgeglichen werden. Wer Kinder, Großeltern und vielleicht noch einen Übergewichtigen in der Familie zu versorgen hat, muß die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigen.

Die Kost soll abwechslungsreich, schmackhaft und appetitlich angerichtet sein. Gesunde Ernährung muß auch nicht in jedem Fall mit höheren Kosten verbunden sein. Die Nahrungsmittel-Pyramide hilft auch beim Sparen. □

Ernährung

Krebsgefahr durch Grillen und Räuchern

Die Frage, ob beim Grillen oder Rösten und Räuchern von Fleischwaren krebsbildende Stoffe, sogenannte Karzinogene, entstehen, macht immer wieder Schlagzeilen und wird oft mit mehr Temperament als Sachkunde diskutiert.

Die Stoffe, die beim Räuchern und Grillen von Fleisch entstehen und bei Versuchstieren Krebs hervorrufen können, gehören chemisch in die Gruppe der zyklischen Kohlenwasserstoffe. An vorderster Stelle unter ihnen steht das 3,4 Benzpyren.

Abtropfendes Fett nicht auf die glühende Kohle

Mit den heute üblichen Grill- und Räucherverfahren können, wenn sie sachgemäß gehandhabt werden, Produkte hergestellt werden, die weniger als 1 ppb (pars pro billion) Benzpyren enthalten. Mit steigender Glimmtemperatur steigt auch der Benzpyrengehalt. Sehr große Mengen – bis zu 55 ppb – hat man bei unsachgemäßer Räucherung gefunden.

Beim Grillen mit Holzkohle läßt sich der Benzpyrengehalt dadurch verringern, daß man den Grill hoch stellt, so daß das abtropfende Fett nicht auf die glühende Kohle gerät. Größere Mengen kanzerogener Kohlenwasserstoffe entstehen auch beim Grillen über rußendem Feuer: bei Verwendung von Kiefernzapfen bis zu 190 ppb.

Geringere Gefahren in magerem Gegrilltem

Besonders geringe Kohlenwasserstoffkonzentrationen erzielt man mit Elektro- und Gasgrills. In jedem Fall ist die Kohlenwasserstoffkonzentration in magerem gegrilltem Fleisch beträchtlich geringer, als in fettem Fleisch.

Im Hinblick auf eine mögliche gesundheitliche Gefährdung darf nach der Fleischverordnung aus dem Jahre 1973 in der Bundesrepublik Deutschland der 3,4 Benzpyrengehalt in geräucherten Fleischwaren nicht höher sein als 1 ppb. Benzpyrenmengen dieser Größenordnung sind nicht karzinogen.

Auch in Grünkohl und Salat

Für die Beurteilung des Grillens und Räucherns als mögliche Gefahrenquelle ist ein weiterer Gesichtspunkt von Bedeutung: Auch Grünkohl, Kopfsalat, Tomaten und viele andere Gemüsepflanzen können 3,4 Benzpyren enthalten – auch dann, wenn sie nicht an verkehrsreichen Straßen wachsen. Diese Pflanzen können, auch fern jeder Zivilisation, in ihrem eigenen Organismus 3,4 Benzpyren bilden.

Unzählige Vermutungen, Theorien und Behauptungen

Die Tatsache, daß in tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln kanzerogene Stoffe enthalten sind, ist – und das bleibt oft unbeachtet – nicht gleichbedeutend mit Aufnahme in das Blut und in die Organe.

Noch wissen wir nicht genau, wieviel von den kanzerogenen Kohlenwasserstoffen tatsächlich aufgenommen wird. Möglicherweise wird ein großer Teil unverdaut mit dem Stuhlgang oder dem Urin wieder ausgeschieden. Es gibt heute unzählige Vermutungen, Theorien und Behauptungen über krebsbildende Stoffe in unserer täglichen Nahrung. Gesicherte Befunde über die diätetische Beeinflussung des Tumorwachstums beim Menschen sind jedoch nicht bekannt. □

Vorsorge

Richtig leben nach dem Herzinfarkt

Eine Expertengruppe der Internationalen Gesellschaft und Förderation für Kardiologie beschäftigte sich mit aktuellen Fragen der Vorbeugung von Erkrankungen der Herkranzgefäße. Eine Stellungnahme zu dieser Frage war notwendig, da sich mißverständliche und auch widersprüchliche Auffassungen hinsichtlich der Infarktverhütung sowie der Infarktbehandlung ergeben hatten. Durch klare Grundsatzerklärungen und Empfehlungen wollte man der allgemeinen Verunsicherung, die daraus entstanden war, begegnen.

Die teilnehmenden Wissenschaftler haben zu all jenen Faktoren Stellung genommen, die nach dem heutigen Wissensstand einen Einfluß auf die primäre und sekundäre Vorbeugung der Erkrankungen der Herzkranzgefäße haben können.

Vorbeugung steht an erster Stelle

Primäre Vorbeugung bedeutet die Verminderung krankmachender Bedingungen; unter sekundärer Vorbeugung (Prävention) versteht man die Verbesserung des Verlaufs und der Lebenserwartung bei bereits bestehenden Krankheitssymptomen. Wie also kann man den Krankheitsstand und die Sterblichkeitsziffer dieser in den Industrieländern nach wie vor häufigsten Krankheit vermindern?

Risiken erster Ordnung für den Herzinfarkt ist der chronisch arterielle Bluthochdruck, zu hoher Fett- und Cholesteringehalt des Blutes und das Zigarettenrauchen. Die Korrektur des Blutdrucks und des Fettgehaltes im Blut sowie die Einstellung des Rauchens sind damit für primäre und sekundäre Vorbeugung nützlich.

Ein weiterer Risikofaktor ist die Zuckerkrankheit. Ihre bestmögliche Behandlung wirkt der Entwicklung von gefäßbedingten Herzkrankheiten entgegen. Hierzu gehören auch diätetische Maßnahmen, um optimale Cholesterinwerte zu erhalten. Auch eine vermehrte körperliche Betätigung kann sich in diesem Zusammenhang als nützlich erweisen.

Die Ergebnisse von Vergleichsstudien zeigen, daß gefäßbedingte Herzerkrankungen bei gewohnheitsmäßiger körperlicher Betätigung seltener sind. Ob mehr körperliche Betätigung jedoch den Verlauf bei bereits Erkrankten zu ändern vermag, steht nicht fest. Trotzdem können Patienten nach einem Herzinfarkt eine individuell dosierte Bewegungstherapie zur Rehabilitation nutzen.

Damit kann die körperliche Arbeitsfähigkeit und die Herz-Kreislauf-Leistung sowie die seelische Verfassung des Patienten verbessert werden. Er ist damit auch schneller wieder in der Lage, seine Arbeit aufzunehmen.

Bei älteren und weniger leistungsfähigen Patienten können auch Aktivitäten auf niedrigem Niveau, wie etwas Spazierengehen, die körperliche Leistung fördern. Regelmäßige körperliche Betätigung trägt auch dazu bei, eine Gewichtszunahme zu verhindern, außerdem unterstützt sie die Beweglichkeit und Stabilität der Gelenke.

Über die Schädlichkeit des Rauchens nach einem Herzinfarkt gibt es 7 Studien, deren Ergebnisse sich zwar in Einzelheiten unterscheiden, aber dennoch folgende Schlüsse zulassen:

Bei Verzicht auf Rauchen wird die Gefahr eines tödlichen zweiten Herzinfarktes oder eines plötzlichen Todes um 20 bis 50 Prozent herabgesetzt. Auch die Häufigkeit eines Rückfalls, der nicht tödlich verläuft, kann verringert werden. Die günstigen Auswirkungen des Nichtrauchens zeigen sich vor allem in den ersten fünf Jahren nach einem Herzinfarkt; der schädliche Effekt des Rauchens ist auch dosisabhängig.

Patienten mit erwiesener Erkrankung der Herzkranzgefäße sollten das Rauchen in jeglicher Form einstellen. Die möglichen Nebenwirkungen eines Rauchverzichts wie Gewichtszunahme, Depressionen oder Reizbarkeit lassen sich durch sorgfältige Beratung vermeiden.

Bei Bluthochdruck weniger Salz verwenden

Bei Patienten, die schon einen Herzinfarkt hatten und unter Bluthochdruck leiden, soll der erhöhte Blutdruck unbedingt gesenkt werden. Allgemeine Maßnahmen sind hier ebenso wichtig wie die meistens erforderliche Behandlung mit Medikamenten.

Dazu gehört die Kalorieneinschränkungen bei Fettleibigen, um abzunehmen, weiterhin die Einschränkung des Alkoholkonsums und der Salzzufuhr sowie ein Programm regelmäßiger täglicher körperlicher Betätigung, die sich jedoch in Grenzen halten sollte.

Um die Cholesterinwerte im Blut zu senken, gibt es bestimmte Diätvorschriften. Ebenso wie bei Bluthochdruck gilt es, weniger Kalorien mit der Nahrung zu sich zu nehmen, insbesondere natürlich bei Fettleibigkeit, und mehr solche Nahrungsmittel verwenden, die reich an Ballaststoffen sind. In Ländern, in denen gefäßbedingte Herzkrankheiten ungewöhnlich sind, ist eine derartige Ernährung weit verbreitet. □

Ernährung

Krebs ist kein hoffnungsloser Fall

Cornelis Moermann

Auf dem Gebiet der Medizin wurden in den letzten 100 Jahren enorme Fortschritte erzielt. Fast alle Krankheiten haben Mediziner heute unter Kontrolle. Doch trotz aller Anstrengungen gibt es ein Leiden, das sich weiterhin in den Schleier des Geheimnisvollen hüllt und bei vielen Familien Tod und Verderben sät. Man spricht seinen Namen nur schaudernd aus: Krebs.

Man muß sich völlig von der alten Auffassung lösen, wonach die Krebsgeschwulst örtlich beschränkt ist und den Ausgangspunkt für den weiteren Krankheitsverlauf bildet. Stattdessen muß man sich mit der neuen Auffassung vertraut machen, wonach beim Krebs der gesamte Organismus erkrankt ist, ehe es zur eigentlichen Tumorbildung kommt.

Krebszellen wuchern nur im geschwächten Körper

Alle Zellen unseres Körpers – so wie Bäume oder sonstige Pflanzen gedeihen nur auf einem ganz bestimmten »lebensspezifischen« Nährboden. Auch in einem gesunden Körper entstehen da und dort Krebszellen, die jedoch von körpereigenen Abwehrstoffen ausgetilgt werden, so daß es nicht zu einer Tumorbildung kommt.

Jeder Mensch kann eine Krebsgeschwulst bekommen. Dies ist nur möglich, wenn sein Gesundheitszustand nicht mehr bestens ist. Zuerst erkrankt der Gesamtorganismus. Dadurch werden die körpereigenen Abwehrstoffe in ihren Aktivitäten gehemmt, und ein Krebstumor entsteht.

Den ohnehin kranken Körper sollte man keinesfalls durch Verabreichung giftiger Stoffe – wie Zytostatika – noch kränker machen. Vielmehr muß man den Gesundheitszustand des Körpers verbessern, in dem man die körpereigenen Abwehrstoffe wiederherstellt.

Ein operativer Eingriff ist möglich; man sollte damit aber nicht die Vorstellung verbinden, mit dem Tumor habe man auch die Krankheit entfernt. Eine wirkliche Besserung des Zustandes erzielt man ausschließlich durch die Verabreichung der von mir ermittelten acht Stoffe: Jod, Zitronensäure, Hefe = Vitamin-B-Komplex, Eisen, Schwefel sowie die Vitamine A, E, C.



Essen Sie sich gesund. Vermeiden Sie die krebsfördernde Fehlernährung und Nahrungsmittel, die einer Krebsbildung Vorschub leisten.

Bestrahlungen lähmen das Abwehrsystem, das zur Heilung des Patienten so dringend benötigt wird.

Worin besteht die Moermansche Krebstherapie? Das Zusammenwirken dreier Dinge führt zum Heilerfolg:

Erstens: Man gibt dem Paitenten Diätrichtlinien, denn es versteht sich von selbst, daß er nicht die krebsfördernde Fehlernährung fortsetzen darf. Es ist ein Irrtum zu glauben, mit der Moerman-Diät allein ließe sich Krebs heilen. Sie tritt an die Stelle seiner Ernährung mit nichtvollwertigen (das heißt durch chemische oder mechanische Prozesse lebenswichtiger Bestandteile beraubter) Nahrungsmittel, die einer Krebsbildung Vorschub leisten.

Zweitens: Man muß den Gesundheitszustand des Gesamtorganismus wieder herstellen und die oben genannten acht Stoffe zuführen, die Voraussetzung für eine bestmögliche Gesundheit sind.

Drittens: Befindet sich der Krebskranke im besserungsfähigen Stadium, bewirkt die therapeutische Zuführung der genannten acht Stoffe eine Genesung des Organismus, die eine Reaktivierung des ganzen Abwehrsystems und eine Einschmelzung des Tumors zur Folge hat. Das heißt Krebszellen werden zerstört.

Nach der Behandlung keine Symbionten mehr im Blut

Sollte die Wirksamkeit der Therapie in Frage gestellt werden, verweise ich auf folgenden Sachverhalt: Ich untersuchte in Belgien das Blut eines Krebskranken in zehntausendfacher Vergrößerung. Es wimmelte nur so von mikrobiologischen Elementen, sogenannter Symbionten. Nachdem ich den Patienten mit den bekannten acht Stoffen behandelt hatte, waren keine Symbionten mehr nachweisbar. Die Moerman-Krebsbehandlung beruht auf dem Prinzip, daß mit Hilfe der genannten Stoffe und bestimmter Spurenelemente der Unterdrücker wieder befähigt wird, die Krebszellen zu zerstören.

Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß es sich bei den therapierten Krebskranken durchweg um sogenannte »hoffnungslose Fälle« handelte, die von den jeweiligen Krankenhäusern, Krebsforschungszentren und Universitätskliniken als unheilbar zum Sterben nach Hause entlassen worden waren; denn Patienten, die auf eine Krankenhausbehandlung gut ansprachen, kamen ja nicht zu uns. Man darf also davon ausgehen, daß all diese Menschen ohne Behandlung nach der Moerman-Methode ganz sicher innerhalb kürzester Zeit gestorben wären.

Wenn die Schulmedizin weiterhin an ihrer alten Auffassung festhält, wonach Krebs eine lokale Krankheit ist, und Krebszellen selbständig wuchern, so daß Operation, Bestrahlung und Verabreichung von Zytostatika geeignete Mittel zur Tumorbekämpfung sind, so kann ich dem entgegenhalten, daß sich die Richtigkeit meiner neuen Auffassung von dieser Krankheit durch folgende Fakten beweisen läßt:

In einem gesunden Körper, in dem die von mir ermittelnten

acht Stoffe, Jod, Zitronensäure, Hefe = Vitamin-B-Komplex, Eisen, Schwefel sowie die Vitamine A, E und C ausreichend vorhanden sind, gedeihen alle Zellen. Nur Krebszellen, die da und dort auftauchen, sind in einem gesunden Organismus nicht lebensfähig. Das heißt, sie bilden keinen Tumor, sondern verschwinden. Damit ist bewiesen, daß Krebszellen durchaus nicht von sich aus hemmungslos wuchern, sondern daß dazu der Wirt-Organismus vorgeschädigt sein muß.

In einem kranken Körper, in dem es durch Fehlernährung an den genannten acht Stoffen mangelt, verhält es sich genau umgekehrt. Dort verschwinden die Krebszellen nicht, sondern bilden einen Tumor. Gleichzeitig verkümmern die Körperzellen und sterben ab. Das Verhalten der Krebszellen hängt vom Gesundheitszustand des Organismus ab.

Versucht man, bei einem Krebskranken durch Verabreichung der bekannten acht Stoffe, auf denen der bestmögliche Gesundheitszustand eines Organismus beruht, den Krankheitsprozeß so zu beeinflussen, daß der Körper in den bestmöglichen Gesundheitszustand zurückgeführt wird, so sieht man, daß dies möglich ist. Man kann beobachten, wie der Körper langsam, aber sicher gesundet und gleichzeitig auch die Krebszellen verschwinden.

Was tun, wenn der Stoffwechsel entgleist ist

Ich muß in diesem Zusammenhang nochmals darauf verweisen, daß Krebszellen von sich aus nicht hemmungslos wuchern, vielmehr ihr Verhalten ganz und gar vom Gesundheitszustand des Körpers abhängt, in dem sie sich befinden. Die Bildung einer Krebsgeschwulst wurzelt in einer durch langfristige Fehlernährung entstandenen Entgleisung des Stoffwechsels. Das ist der Kern des Krebsproblems, und damit wird auch die Möglichkeit einer wirksamen Bekämpfung dieser Krankheit offenkundig.

Wenn nun gefragt wird, ob der Körper eines Krebskranken Symptome aufweist, die auf einen Mangel an einem oder mehreren der genannten Stoffe schließen lassen, kann ich darauf nur mit »ja« antworten. Es gibt einige belanglos erscheinende Symptome, die jedoch so wichtig sind, daß ich sie noch einmal aufzählen möchte:

Trockene, zur Verhornung und Schwielenbildung neigende Haut, vor allem an den Fersen, zeigt Vitamin-A-Mangel an.

Eine rote Zunge deutet auf einen Mangel an Nicotinsäureamid (Vitamin-B-Komplex) hin.

Rhagaden in den Mundwinkeln, rötliche Ringe um die Nasenflügel sowie brüchige, glanzlose Nägel treten bei Riboflavinmangel auf.

Trockenes, schütteres, stumpfes und brüchiges Haar läßt auf Pantothensäuremangel schließen. Tritt dazu noch Eisen- und Vitamin-E-Mangel auf, so stellt sich gleichzeitig oft eine Leberfunktionsstörung und infolge dessen mangelhafte Entgiftung des Organismus ein, wodurch es gern zu Appetitlosigkeit kommt.

Unangenehmer Geschmack im Mund und übelreichender Atem sind Anzeichen von schlechter Eiweißverdauung, folglich von Pyridoxinmangel.

Schlechte Wundheilung, Zahnfleischbluten (beim Zähneputzen) und schlaffe Muskulatur deuten auf einen Vitamin-C-Mangel hin.

Lustlosigkeit und unmotivierte Müdigkeit zeigen Vitamin-E-Mangel an.

Die Tatsache, daß Krebskranke nach Saurem verlangen, läßt darauf schließen, daß der Zitronensäurezxklus gestört ist, so daß der Organismus zur Alkalose und damit zur Krebsbildung neigt.

Blutarmut ist eine Folge von Eisenmangel; dabei wird das Gewebe nicht ausreichend mit Sauerstoff versorgt, was der Krebsbildung Vorschub leistet, denn Krebszellen benötigten keinen Sauerstoff, sondern beziehen ihre Energie aus Gärungsprozessen. □

Dr. med. Cornelis Moerman »Krebs, Leukämie und andere unheilbare Krankheiten mit natürlichen Mitteln heilbar«, Aurum-Verlag, Freiburg

Medizin-Journal

Retortenbaby auf Krankenschein

Die Geburt des kleinen Oliver nach seiner Befruchtung außerhalb des Muttterleibs hat vielen Ehepaaren neue Hoffnung gegeben, die bisher keine eigenen Kinder haben konnten. Gleichzeitig ist die Frage aufgetaucht, ob die Arzt- und Krankenhauskosten im Zusammenhang mit einem »Retortenbaby« bei uns Kassenleistung werden können.

Ein Erlanger Wissenschaftler hat geäußert, Unfruchtbarkeit sei rechtlich eine Krankheit und käme damit als Kassenleistung in Betracht. Dazu stellt Professor Dr. Horst Bourmer, der Vorsitzende des Hartmannbundes, fest, daß der Gesetzgeber sich immer bemüht hat, sich nicht zu Krankheiten zu äußern. Unfruchtbarkeit ist zwar eine Anomalie, aber es stellt sich die Frage, ob es Aufgabe der Versichertengemeinschaft ist, sie zu beseitigen.

Hier zeige sich wieder einmal, daß im Rahmen der allgemeinen Kostendiskussion eine Diskrepanz der Auffassungen zwischen dem Machbaren, dem Wünschenswerten und dem Notwendigen besteht. Daß eine Befruchtung außerhalb des Mutterleibs »machbar« ist, hat sich inzwischen gezeigt. Ob das auf breiter Basis wünschenswert ist, wurde noch nicht ausdiskutiert. Notwendig ist es nicht. Natürlich kann man, wenn man die nicht medizinisch indizierte Sterilisation unverständlicherweise zur Kassenleistung erklärt, auch die künstliche Befruchtung konsequenterweise zur Kassenleistung erklären. Jedoch kommen die Krankenkassen bei dieser Entwicklung in eine Situation von »Wunschgedanken«-Kassen.

Ist es einem Paar wirklich nicht zumutbar, den Wunsch nach einem Kind selbst zu finanzieren? Man kann die Solidargemeinschaft Krankenkasse auch überstrapazieren, meint Bourmer. □



Genaue Dosierung ist entscheidend für die Wirksamkeit von Arzneimitteln. Pflicht des Herstellers ist daher die Angabe der Inhaltsstoffe. Für ihre Richtigkeit verbürgt sich der Apotheker bei der Abgabe des Präparates.



Die Begründung für die Vorzüge der »künstlichen« Bräunung ist, daß moderne Besonnungsanlagen das für Hautschäden verantwortliche UV-B völlig ausfiltern oder so stark reduzieren, daß es ohne schädliche Wirkungen bleibt.

Schwanger oder nicht?

Darauf haben Frauen schon gewartet: Der bisher schnellste und zugleich sicherste Schwangerschafts-Frühtest für den Hausgebrauch ist seit dem Frühsommer in Apotheken erhältlich. Mit dem neu entwickelten F + S-Test von Medicator kann die Frau erstmals schon ein bis zwei Tage nach Ausbleiben ihrer Regel feststellen, ob sie schwanger ist oder nicht. Gerade für Frauen, die eine Risiko-Schwangerschaft befürchten müssen, kann die Frühtest-Erkennung einer Gravidität unter Umständen lebenswichtig sein.

Dem F + S-Test liegt eine neuartige hochempfindliche Meßmethode zugrunde. Antikörper spüren unmittelbar nach Einnistung der befruchteten Eizelle in die Gebärmutter mit 99prozentiger Sicherheit selbst geringste Mengen des Schwangerschaftshormons HCG (Humanchoriongonadotropin) und seiner biochemischen Untereinheit »ß« im Morgenurin der Frau auf. Bisher konnte HCG erst sicher nachgewiesen werden, wenn die Frau schon mindestens drei Wochen schwanger war. □

Kommission für Krebsforschung gegründet

Eine »Kommission für Krebsforschung« hat der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft berufen. Aufgabe der Kommission soll es unter anderem sein, den gesamten Bereich der Krebsforschung sorgfältig und kritisch zu beobachten, Anregungen und Emfehlungen zur Förderung vielversprechender Ansätze zu geben und Kontakte zwischen einzelnen Wissenschaftlern und verschiedenen Arbeitsgruppen zu vermitteln. Außerdem ist die Durchführung einer Reihe von Symposien zu Problemen der onkologischen Grundlagenforschung und der klinisch-angewandten Forschung sowie die Anknüpfung und Vertiefung internationaler Kontakte geplant.

Mit der neuen Kommission für Krebsforschung wird die Arbeit einer Vorkommission für Krebsforschung fortgeführt, von der 1980 eine Bestandsaufnahme der Krebsforschung in der Bundesrepublik erstellt worden war. Vorsitzender der neuen Kommission wird der Freiburger Virologe Professor Dr. Harald zur Hausen. Außerdem gehören der Kommission zehn weitere Wissenschaftler aus verschiedenen biowissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen an.

Zu übersehen ist allerdings noch nicht, ob die Deutsche Forschungsgemeinschaft auch Wissenschaftler aus dem Bereich der biologischen Medizin – zur Schulmedizin sogenannte Außenseiter – hinzugezogen hat. Die bisherigen Bemühungen der offiziellen deutschen Krebsforschung – vor allem wenn man an das Krebsforschungszentrum Heidelberg denkt – waren ein Schlag ins Wasser. Dagegen kommen aus den Reihen der Außenseiter immer wieder Berichte über günstige Erfolge bei der Krebstherapie. □

Millionen fehlinvestiert

In einem Artikel der dänischen Ärztezeitschrift »Ugeskrift for Laeger« werfen die Wissenschaftler Torsten Deckert, Bruno Hansen, Jørn Nerup, Ake Lernmark und Christian Binder der Pharmaindustrie vor, Millionen in die Entwicklung des »Human-Insulins« falsch investiert

zu haben. Die Wissenschaftler, alle im Niels Steensens Hospital und den Hagedorn-Forschungslaboratorien beschäftigt, die zu den weltweit führenden Institutionen im Bereich der Insulin- und Diabetesforschung zählen, behaupten, daß es sinnvoller wäre, das Geld, das in die Entwicklung und Vermarktung der »Human-Insuline« gesteckt wurde, für die Forschung über Vorsorge und Ursache der Diabetes auszugeben.

»Unserer Meinung nach ist es eine rechte Verschwendung, Millionen in die Entwicklung von Human-Insulin zu investieren. Es gibt keine Hinweise, daß das Human-Insulin irgendwelche Vorteile gegenüber den heute verwendeten hochgereinigten Schweine-Insulinen bietet. Keines der Probleme, die heute bei der Behandlung von Diabetikern bestehen, wird durch diese neuen Insulin-Präparate gelöst werden.«

Nach Meinung der Wissenschaftler hat die Investition von Millionen in Human-Insulin rein kommerzielle Ursachen. Eingehende klinische Studien hätten die Wirkung der hochgereinigten Schweine-Insuline bewiesen, und die Minimal-Verunreinigungen sind heute fast alle erforscht. Neue Produktionsmethoden für das Human-Insulin dagegen bringen möglicherweise die Existenz neuer Verunreinigungen mit sich, was wiederum das Risiko von Nebenwirkungen bedeuten kann. Die Verwendung dieser neuen »Human-Insuline« nur deshalb, weil es sie neu gibt, ist nicht vernünftig, heißt es in dem Artikel. □

Hirnhautentzündung durch Zeckenstich

Durch den Stich von Zecken kann der Erreger der sogenannten Frühsommer-Hirnhautentzündung übertragen werden.

Schwere Lähmungen, die unter Umständen zum Tode führen, sind mögliche Folgen dieser Viruserkrankung. Sie wird zunehmend auch in der Bundesrepublik festgestellt.

Eine spezielle Therapie gibt es nicht. Den einzigen Schutz bietet eine rechtzeitige Impfung. Der entsprechende Impfstoff steht jetzt auch in der Bundesrepublik zur Verfügung. Die aktive Immunisierung, die ähnlich wie die Impfung gegen Tetanus drei Teilimpfungen im Zeitraum eines Jahres umfaßt, bewirkt einen Schutz für mindestens drei Jahre.

Einen Sofortschutz für die Dauer von etwa vier Wochen erwirbt man durch die passive Immunisierung. Hierbei werden dem Organismus Antikörper gegen das krankheitserregende Virus zugeführt. Solche Antikörper schützen auch dann noch, wenn sie innerhalb von vier Tagen nach einem Zeckenkontakt gegeben werden.

Nähere Angaben zu den Verbreitungsgebieten der Erkrankung und über die Vorsorge geben die Gesundheitsämter. □



Jugendzahnpflege wird immer wichtiger. Bereits 60 Prozent der Kleinkinder, 80 Prozent der Schulkinder leiden unter Karies und sogar 98 Prozent der Erwachsenen haben mit Parodontose zu tun.

Hemmungsloser Pharmaexport

Schwere Vorwürfe gegen westliche Chemiekonzerne sind während einer Gesundheitskonferenz in London von Gewerkschaftsseite erhoben worden. In den Industrienationen streng kontrollierte, gefährliche Medikamente würden vor allem von Unternehmen aus der Schweiz, Großbritannien, Frankreich und den USA in unterentwickelte Länder exportiert werden, hieß es. Dort gelangten sie ohne ausreichende Überwachung an die Bevölkerung und richteten verheerende Schäden an.

Einer der Führer der britischen Chemiearbeiter-Gewerkschaften, David Warburton, nannte in diesem Zusammenhang insbesondere Hormonmittel. Sie würden ohne medizinische Kontrolle in Ländern der dritten Welt verteilt und riefen immer mehr Geburtsschäden hervor.

Nach Warburtons Angaben wird das in den Industrienationen nur für seltene Fälle verwendete Vitamin B 12 in Werbekampagnen wie ein »Allheilmittel« angepriesen. Antibiotika würden bedenkenlos und unbegrenzt ausgeliefert. □

Jeder zehnte hat Nierensteine

In jüngster Zeit wird ein Anstieg der Nierensteinerkrankungen beobachtet. Wie die »Schweizerische Krankenkassen-Zeitung« berichtet, erkrankt durchschnittlich jeder zehnte Bürger während eines 65jährigen Lebens an Nierensteinbildung. Als Ursache gibt der Züricher Mediziner Dr. Oskar Schmucki falsche Ernährung und Streß an.

Zur Verhütung dieser Stoffwechselkrankheit, die mit einer Störung des Kalziumhaushaltes einhergeht, wird eine schlackenreiche Kost und verstärkte Flüssigkeitsaufnahme empfohlen. Nahrungsmittel, die reichlich 5 Purine, also Grundkörper der Harnsäure, enthalten (zum Beispiel Innereien, Kaffee, Tee, Schokolade), sollten gemieden werden, um den Harnsäurespiegel nicht weiter zu erhöhen. Wichtig ist auch die Einschränkung der Zufuhr kalziumreicher Nahrungsmittel und von Vitamin D. Gewarnt wird im Fall dieser Erkrankung von der Verwendung von Abführmitteln. □

Stiefkind Darm

Zu wenig Ballaststoffe in der täglichen Kost – zu wenig Arbeit für den Darm, und die Darmmuskulatur erschlafft. Ballaststoffe sind unverdauliche Bestandteile pflanzlicher Nahrungsmittel, die dem Organismus zwar keine Nährstoffe zuführen, trotzdem aber eine unersetzliche Funktion haben: Sie regen die Darmbewegung an. Da Ballaststoffe Wasser aufsaugen und im Darm quellen, vergrößert sich das Stuhlvolumen. Und ein gefüllter Darm muß tüchtig arbeiten; die Stuhlpassage wird verkürzt und Schadstoffe rascher ausgeschieden.

Heute wird viel zu rasch zu Abführmitteln gegriffen. Auf die Dauer sind sie keineswegs so harmlos, wie viele meinen. Mittel, die durch einen chemischen Reiz auf die Darmwand wirken, können bei Langzeit-Anwendung zu Entzündungen der Darmschleimhaut und zur Schrumpfung des Dickdarms führen. Ständige Einnahme von Abführmittel macht auch den Darm noch träger und immer größere Mengen werden erforderlich, damit es »klappt«.

Wer seine Verdauung so rigoros antreibt, entzieht seinem Körper auch lebenswichtige Stoffe. Denn mit dünnflüssiger Darmentleerungen werden auch Mineralstoffe ausgeschwemmt, wodurch Mangelerscheinungen auftreten können. Darmpflege heißt auf natürliche Weise die Darmfunktion unterstützen und anregen. Ein diätetisches Lebensmittel dafür ist reiner Milchzucker, der in den unteren Darmabschnitten in Milchsäure umgewandt wird. Ein saures Darmmilieu ist wichtig für eine gesunde Darmflora, eine wirkungsvolle Darmentgiftung und Leberentlastung sowie zur natürlichen Anregung der Darmbewegungen. □

Naturheilverfahren

Wege zur anderen Medizin

In Worms besteht seit einigen Monaten ein Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren. Es soll in völliger Unabhängigkeit für alle Ärzte, Heilpraktiker, Patienten und sonstige Interessenten zugänglich sein. Anlaß für die Gründung ist die Tatsache, daß das Unbehangen und die Skepsis gegenüber der sogenannten Schulmedizin in weiten Kreisen der Bevölkerung immer stärker zunimmt. Dies zeigt sich unter anderem daran, daß immer mehr Patienten Heilpraktiker aufsuchen und in der Boulevardpresse mit Erfolg naturheilkundliche Rezepte verkauft werden. Eigentlich ist in allen Bereichen unserer technisierten Gesellschaft ein »Zurück zur Natur« zu beobachten.

Die Polarisierung zwischen der »Schulmedizin« und den Naturheilverfahren ist nicht gerechtfertigt, aber erklärbar.

Antipropaganda gegen Naturheilverfahren

So wird an den Universitäten auf der Basis von überholten Dogmen »naturwissenschaftliche Medizin« gelehrt unter Einsatz einer zum Teil ebenfalls überholten Technik, die in keiner Weise auf die tatsächlichen biologischen Funktionen eingeht.

Das, was als Naturheilverfahren bezeichnet wird, wird teilweise aus Ignoranz oder aus Interessenkonflikten nicht mit ins Lehrprogramm aufgenommen, obwohl in der Zwischenzeit plausible Erklärungen für viele Naturheilverfahren vorliegen. In einigen Universitätsstädten finden zum Teil außerhalb der Universität auf Initiative der Studenten selbst Lehrveranstaltungen über Naturheilverfahren statt.

Es ist kein Geheimnis, daß breite Teile der Bevölkerung mit Erfolg Naturheilverfahren anwenden. Die Schwierigkeit in der augenblicklichen Situation besteht eher darin, daß viele nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen. Die zum Teil gezielte Antipropaganda gegen Naturheilverfahren, die Vielfalt naturheilkundlicher Gesellschaften, die Rivalität innerhalb der im Heilberuf Tätigen, verunsichert den Patienten und natürlich auch den Studenten.

Auch innerhalb der Ärzteschaft steht man den sogenannten »Außenseitern« skeptisch bis ablehnend gegenüber. Dies ist aber schon allein juristisch nicht gerechtfertigt, wie folgendes Zitat von Professor Dr. G. Küchenhoff belegt:

»Es muß jedem Menschen überlassen bleiben, für Erkennen und Heilen seiner Krankheit oder zur allgemeinen Erhaltung seines Gesundheitszustandes den Arzt seines Vertrauens zu wählen, gleichviel welcher Methode der Arzt huldigt.«



Wissenschaft ist nicht Statistik

Nach Küchenhoff hat der Arzt die Pflicht, den Patienten über seine Leiden und über die vom Arzt vorgeschlagene oder angewandte Untersuchungs- und Heilungsmethoden aufzuklären. Bei der ärztlichen Beratung und Entschließung über die Wahl der einen oder anderen Methode muß der voraussichtliche Nutzen unter Inkaufnehmen eines etwaigen Risikos ausschlaggebend sein. Bei gleichen Nutzen und Risiko mag die bisher allgemein geübte Methode bevorzugt werden.

Küchenhoff: »Wenn neuartige Methoden als ultima ratio nicht angewandt werden, so kann ein starres Festhalten an eingeführten Methoden eine unterlassene Hilfeleistung darstellen wie ein Außerachtlassen risikofreier herkömmlicher Methoden.

Neuartige Methoden, die auf einem ernsthaften wissenschaftlichen Bemühen beruhen, sind durch die Freiheit von Wissenschaft und ihrer Lehre ebenso gedeckt wie hergebrachte Methoden. Auch ist wissenschaftliche Anerkennung nicht identisch mit statistischer Feststellung. Statistik mag Wissenschaft sein, aber Wissenschaft ist nicht an Statistik gebunden.«

Ein Fußbad im richtigen Moment hilft und heilt und ist trotz Antipropaganda gegen Naturheilverfahren ein »Zurück zur Natur«.

Aus dem Angeführten wird verständlich, warum das Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren, ein neuer weiterer Verein ins Leben gerufen wurde. Er soll eine Informationslücke schließen helfen. Das »Zentrum« soll auf dem Gebiet der Naturheilverfahren das werden, was bereits seit Jahrzehnten in der »Schulmedizin« besteht, nämlich ein Informationszentrum ähnlich wie Dimdi (Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information).

Die Errichtung dieses Zentrums ist auch im Sinne des Bundesgesundheitsamtes und damit der Bundesregierung wie der Direktor des Institutes für Arzneimittel des Bundesgesundheitsamtes Professor Schnieders erklärte: »Insgesamt hängt der Aussagewert der Beobachtungsstudien von der Qualität der Fallbeobachtung, der Erfassung und Dokumentation ihrer Einzelwerte ab. Zweifellos ist für den Bereich der pflanzlichen Arzneimittel diese ärztliche Beobachtungsarbeit dringend erforderlich; Einsatzbereitschaft und Engagement sind dabei sicherlich zu erbringen, meines Erachtens aber auch leistbar. Es gilt nämlich auf Grund der eigenen praktischen Erfahrung mit einem Arzneimittel eine ärztliche Bewertung seiner therapeutischen Wirksamkeit und Unbedenklichkeit vorzunehmen oder vornehmen zu lassen und somit die Sicherheit dieses Arzneimittels in seinen Anwendungsmodalitäten zu bestimmen. Je mehr niedergelassene Kollgen sich aktiv beteiligen, um so größeren Nutzen kann jeder von ihnen für die Behandlung seiner Patienten aus der Vielzahl auf diese Weise auf der Basis ärztlicher Erfahrung beurteilter Arzneimittel ziehen.«

Die Zeiten sind vorbei, wo wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen unabhängig voneinander ablaufen konnten. Heute bestehen intensive Verflechtungen zwischen gesellschaftlichen Problemen und der Wissenschaft bis in den Bereich der Grundlagenforschung. Dies allein zeigt schon die Notwendigkeit umfassender Informiertheit. □

»ZDN – Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren e. V.«, erster Vorsitzender Dr. med. Klaus-Peter Schlebusch, Mölsheimer Straße 36, 6521 Flörsheim.

Naturheilmittel

Naturstoffe statt chemisches Gift

Günter Kaufmann

Eine Erkenntnis, die sich die »Gesellschaft für Phytotherapie« voll zu eigen gemacht hat und die von Professor Mutschler so formuliert wurde, lautet: »Es wäre töricht, den Naturstoff gegen das Synthetikum, das Synthetikum gegen den Naturstoff ausspielen zu wollen. Es ist genau so falsch, den Naturstoff als etwas besseres, weil natürliches, hinzustellen wie umgekehrt, die Therapie mit Naturstoffen als zweitrangig oder obsolet abzuqualifizieren. Entscheidend ist allein der therapeutische Erfolg und dafür werden Naturstoffe und Synthetika benötigt.«

Damit ist schon der Standort der Phytotherapie, das heißt der Wissenschaft, die sich der Anwendung pflanzlicher Heilmittel beim kranken Menschen widmet, umrissen. Da zu den pflanzlichen Heilmitteln auch die stark wirkenden (Forte-Phytotherapeutica wie zum Beispiel, Digitalis, Belladonna) und die »niederen Pflanzenarten« zählen, die uns unter anderen Antibiotika und Verdauungsenzyme liefern, gibt es kaum einen Arzt, der nicht auch Phytotherapie betriebe.

Erfahrungen aus der Volksmedizin

Aber es gibt keine Phytotherapeuten, die ausschließlich pflanzliche Arzneimittel anwenden und sich als medizinische Schule verstehen. Für Naturheilärzte, für Kneippärzte, für Homöopathen oder Anthroposophen spielen pflanzliche Wirkstoffe in der Therapie eine große Rolle. Dennoch sind ihre Schulen oder Therapierichtungen nicht gleichzusetzen mit praktischer und wissenschaftlicher Phytotherapie im engeren und eigentlichen Sinne. Deutlich wird das mit einem Bild aus dem Ernährungsbereich: Diättherapie ist bei einem breiten Spektrum von Indikationen angezeigt und sollte eigentlich zum Instrumentarium eines jeden Arztes gehören, ohne sie mit einer bestimmten Schule zu identifizieren. So kann man durchaus diät leben, ohne zum Beispiel Vegetarier zu sein.

Nun gibt es außer der schon erwähnten Gruppe stark wirkender Phytotherapeutika, die pharmakologisch und klinisch erforscht sind und für die der exakte wissenschaftliche Wirkungsnachweis zu erbringen ist, das weite Feld der Mittel, die bei einer großen Zahl chronischer Erkrankungen und bei Bagatellbeschwerden eingesetzt werden. Diese haben in der Volksmedizin seit altersher eine Rolle gespielt und für sie liegen in einer großen Zahl ärztliche Beobachtungen und Erfahrungen vor, die mit Schrifttum zu belegen sind. Da aber mit den derzeit vorhandenen Technologien der übliche klinische Wirksamkeitsnachweis schwer für sie zu erbringen ist, hat der Bonner Gesetzgeber die Zulassung für diese pflanzlichen Arzneimittel einer eigenen praktikablen Regelung unterworfen.



Traditionelle statt starker Medikamente

Bedenkt man, daß von 850 000 angenommenen, auf der Erde existierenden Pflanzenarten erst 4 bis 5 Prozent auf ihre Inhaltsstoffe untersucht worden sind, läßt sich erahnen, was der Arzneischatz der Natur noch an Forte- und Mite-Phytotherapeutika – aber natürlich auch an Giftstoffen – bereit hält.

Aufgabe der »Gesellschaft für Arzneipflanzenforschung« ist es, sich mit der Erforschung dieser Inhaltsstoffe und ihrer pharmakologischen Wirkungen zu befassen. Sie spricht denn auch in ihrem Fachorgan »Planta Medica« von Phytopharmaka.

Der Arbeit der Gesellschaft kommt entgegen, daß das Bewußtsein vom Risiko von Wirkung und Nebenwirkung der Arzneimittel beim Arzt, wie seinen Patienten wächst. So sagt Professor Dr. Hänsel, Berlin: »Ich plädiere, wo immer es möglich ist, ein solches traditionelles Arzneimittel zu verwenden, ehe ich unindiziert zum starken Arzneimittel greife.«

Hänsel verweist darauf, daß Mite-Phytopharmaka, nach überstandener akuter Erkrankung und der dabei oft notwendigen Verwendung von Chemotherapeutika, mithelfen können, einen möglichen Medikamenten-Mißbrauch zu verhindern. Eine wesentliche Hilfe für den verordnenden Arzt stellt schließlich der moderne Anbau von Pflanzen in Kulturen dar, der die Standardisierung der Produkte ermöglicht.

»Das hat den Vorteil«, wie Professor Schilcher feststellt, »daß man dort definierte Pflanzen hat, definiert einmal von der genetischen Seite her und auch kontrollierbar seitens des Wirkstoffgehaltes. Dies ist ein wichtiger Sicherheitsfaktor, weil nach wie vor Drogenverfälschungen, und Verwechslungen vorkommen, die zum Teil auf Sachunkenntnis von Sammlern beruhen.«

Den Blick für die tägliche Praxis verloren

Entgegenzuwirken versucht die Gesellschaft für Phytotherapie der Tatsache, daß, wie ihr Ehrenpräsident Dr. med. R. F. Weiss, der Autor des Standardwerkes »Lehrbuch der Phytotherapie«, es formuliert, »bisher die offizielle klinische Hochschulmedizin die Mite-Phytotherapeutika zum allergrößten Teil ignoriert.« Als Grund sieht er den Umstand an, daß man derartige Medikamente in der Klinik bei akuten Erkrankungen nicht benötigt und den Blick für die Bedürfnisse der täglichen Praxis verloren hat. Professor Dr. Theodor Kartnig spricht von der »zu wenig genutzten Alternative zur oft unnötigen Anwendung massiv wirkender Synthetika.«

Die Gesellschaft für Phytotherapie bemüht sich, das Ausbildungs- und Informationsdefizit der nachwachsenden Ärztegeneration zu überwinden indem von den Universitäten Lehraufträge für »Praktische Phytotherapie« erteilt werden. Nicht zuletzt wird es darauf ankommen, in der gegenwärtig gespannten gesundheitspolitischen Auseinandersetzung, die Therapiefreiheit des Arztes zu bewahren zu helfen und den Beitrag zu verdeutlichen, den die Phytotherapie zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen auch durch sinnvolle Anwendung der Selbstmedikation leisten kann. □

Heilpflanzen

Entschlacken mit Wacholder

Eigenständig und wild wächst der Wacholder fast überall, in der Heide und im Moor, vom Gebirge bis hinab ins Flachland. Glücklicherweise hat dieses immergrüne Gewächs inzwischen auch seinen Einzug in die bürgerlichen Ziergärten gehalten.

Damit ist es den Millionen städtisch-großstädtischen Menschen, die auf die unmittelbare Berührung mit der Natur durch ihre Umwelt verzichten müssen, wieder nähergekommen, buchstäblich ans und ins eigene Haus. Und dorthin gehört auch die Wacholderbeere – nicht nur als Schnaps.

Eigentlich sind die Wacholderbeeren gar keine echten Beeren, sondern vielmehr fleischig gewordene Fruchtblätter, ähnlich wie bei der Eibe. Die Botaniker reden daher lieber von einer Scheinbeere. Aber im Normalgebrauch spricht man weiterhin von Wacholderbeeren, die eigentlich Zapfen waren wie bei Tannen und Kiefern.

In den Heilpflanzenbüchern wird die Wacholderbeere seit jeher als Harntreiber geführt. Unter anderen Bezeichnungen wie Weghalder, Machandel, Holderstrauch oder Kranewitt steht sie nachweislich seit dem Altertum und Mittelalter ungebrochen in dem Ruf, »den Harn zu treiben«.

Als ein solcher Harntreiber muß sie jedoch mit einiger Vorsicht verwendet werden. Die Wacholderbeere ist angezeigt bei Blasenentzündung und Wassersucht. In der Schwangerschaft oder bei Nierenleiden ist allerdings Vorsicht geboten, da die Beeren nieren- und gebärmutterreizende Stoffe enthalten.

Auch gesunde Nieren brauchen eine Pause

Auch bei gesunden Nieren sollte ihre Anwendung die Sechswochengrenze nicht überschreiten. Hier macht der Pflanzenheilkundler erst einmal einige Wochen Pause. Es können sonst Reizungen der Filterorgane der Nieren auftreten. Wenn es notwendig ist, muß das harnfördernde Mittel zeitweilig gewechwelt werden.



Für die Hausapotheke bleibt ein ganzes Bündel von Einsätzen übrig. Bei Stoffwechselschwäche und schwacher Wasserabgabe bei Menschen, die sich wenig bewegen, wird die Wacholderbeere immer wieder verwendet.

Die blutreinigende Wirkung, die den Beeren immer wieder zugeschrieben wird, beruht sicher auf der Anregung des gesamten Stoffwechsels, auf Normalisierung der Magen- und Darmtätigkeit und auf der Ausscheidung von Giftstoffen.

Auch bei Abmagerungskuren, Fastenbehandlungen und verminderter Kost ist die Wacholderbeere hochwillkommen. Ein Sondereinsatz mit gleichzeitiger, reichlicher Flüssigkeitszufuhr zum Durchspülen lohnt sich zur Ausschwemmung von chlorhaltigem Kochsalz und von Stickstoff aus Eiweißabbauprodukten bei rheumatischen Erkrankungen.

Wacholderbeeren reinigen das Blut, regen den Stoffwechsel an und sorgen für die Ausscheidung von Giftstoffen.

Und hiermit sind wir bei einer recht modernen Anzgeigestellung für den Wacholder angelangt. Es handelt sich um den Komplex der rheumatischen Erkankungen mit seinen stoffwechselbezogenen Teilen.

Chronische Gelenkentzündungen und Abnutzungskrankheiten im Bereich der Schulter-, Hüft- und Kniegelenke, bei denen die Gelenkkapseln und Gelenkschleimhäute betroffen sind, können günstig beeinflußt werden.

Der Wacholder macht die Umgebung der knöchernen Teile rings um das Gelenk geschmeidig und beweglich und verringert die Schmerzen. Natürlich ist ein Langzeitgebrauch der Beeren erforderlich, um die Stoffwechselaktivierung zu erreichen. Die Kurdauer beträgt 4 bis 6 Wochen und muß mehrmals im Jahr wiederholt werden. Nach sechs Wochen ist eine mehrwöchige oder mehrmonatige Pause erforderlich, um den Erfolg zu kontrollieren.

Linderung bei Gelenkentzündung

Bevorzugte Kurzeiten sind der Herbst und die ersten Wintermonate. Die empfindlichen Gelenke brauchen dann Kälte und Nässe weniger zu fürchten.

Zerstörte Gelenke können damit nicht wieder hergestellt werden. Es gibt jedoch eine Aussicht auf Stop, Linderung und Schmerzverringerung, vor allem dann, wenn kontrollierte Ernährung, naturgemäße Behandlung und allgemein gute Lebensweise hinzukommen.

Weitere Wirkungsbereiche von Wacholderentschlackungskuren betreffen den Weichteilrheumatismus wie zum Beispiel Muskelreißen und Hexenschuß. Auch die Neigung zu Schlackenkrankheiten wie Sehnenscheidenentzündung und Tennisarm läßt sich damit bekämpfen. Die Bitterstoffgehalte der Wacholderbeere ermöglichen ihre Verwendung als Tonikum. □

Heilpflanzen

Hormonfreies Mittel gegen Potenzstörungen

Potenzstörungen oder völlige Impotenz dürften für jeden Mann – ob jung oder alt – ein Alptraum sein. Im vergangenen Jahrzehnt hat dieses Problem weiter um sich gegriffen. Und Fachleute wissen, daß mehr Männer darunter leiden, als man ahnt.

Häufig besteht noch die Ansicht, es handele sich um ein Problem ausschließlich älterer Männer, was nicht stimmt. Die Partnerin wie der Betroffene selbst suchen oft verzweifelt nach Möglichkeiten, die sexuelle Potenz stärken, zu erhalten oder zurückzugewinnen, um ihr Leben wieder zu genießen.

Leistungsgesellschaft fordert ihren Tribut

Höchstens 10 Prozent aller Fälle von Potenzstörungen und Impotenz haben hormonelle Ursachen. Medizinstatistiken beweisen: Potenzstörungen beruhen vorwiegend auf beruflicher Überbelastung, Streß, Überforderung, übermäßigem Konsum von Genußmitteln wie Alkohol und Nikotin. Dazu kommen Bewegungsmangel und Übergewicht. Hemmend wirkt sich auch das übertriebene Leistungsdenken unserer Gesellschaft aus, das – oft unbewußt – auf den Sexualbereich übertragen wird.

Aus Medizinstatistiken geht weiter hervor: fast jeder zweite Mann leidet zeitweilig unter Potenzstörungen. Und die Betroffenen sind zunächst geschockt. Unsicherheit, Angst vor erneutem Versagen resultieren daraus. Diese Erwartungsangst steigert sich bei manchem bis zur Neurose. Partnerschaftliche Beziehungen verlieren jede Unbefangenheit.

Stammtischratschläge oder »schnelle Mittelchen« nützen in diesem Fällen nichts, weshalb Sexualmediziner nach Mitteln forschten, die sich anregend auf den Sexualbereich des Mannes auswirken. Zahlreiche Mediziner haben schon in Fachzeitschriften darüber berichtet, daß es ein Sexualtherapeutikum aus hormonfreien Stoffen gibt, mit dem sie gute Erfahrungen machten. Eine wissenschaftliche Untersuchung brachte den Nachweis für die pharmakologische Wirkung dieses Mittels.

Durchgeführt wurde sie von Dr. Urŏs Jovanović, Leiter des Zentrums für Chronomedizin Würzburg. Dabei werden während des Schlafes nicht nur Hirnströme, die Herzaktivität, die Atmung, die Augen- und Muskelbewegungen genau beobachtet und registriert, sondern auch die Erektionen der betroffenen Patienten.

Die Testpersonen nahmen über zwei Wochen hinweg zwei Kapseln des hormonfreien Kombinationspräparates mit dem Ergebnis, daß sie die Erektionswerte der Patienten entscheidend verbesserten. Bereits nach drei Wochen hat sich die durchschnittliche Erektionsdauer pro Patient und pro Nacht um knapp 30 Minuten erhöht. Nach fünf Wochen dauerten die starken Erektionen zwischen 40 und 80 Minuten länger als zu Anfang. Die Patienten äußersten sich zufrieden über ihre sexuelle Leistungsfähigkeit, weil sich ihre Koitusfähigkeit verdoppelt hatte und ihre partnerschaftliche Beziehungen verbesserten.

Heilpflanzen fördern die Potenz

Das hormonfreie Arzneimittel besteht aus verschiedenen Wirkstofffen: einer davon ist Yohimbin, einem aus Westafrika stammendem Extrakt, der bei Naturvölkern als »Potenzrinde« bekannt ist. Er wirkt sich auf die Arterien der Haut, des Darmkanals, der Nieren und Genitalorgane anregend aus. Muira-Puama, ein vor allem in Brasilien verbreitetes, den Geschlechtstrieb anregendes Mittel, sorgt für eine bessere Durchblutung im kleinen Becken.

Durch den Wirkstoff Semen Colae wird die Herzleistung angekurbelt. Semen Ignatii regt die Nebenniere zur Hormonproduktion an. Und Vitamin E wirkt stoffwechselfördernd. Da das Arzneimittel völlig natürlich ist, eignet es sich auch für eine Kuranwendung. □

Europäische Gemeinschaft

Fette Subventionen – faule Tricks

Egon Weide

Überall, wo Geld von Verwaltungen verteilt wird, wo Behörden den Markt zu lenken versuchen, wo die Vorschriften wuchern – da möchten viele den reichen Segen der Beihilfen genießen, da entdekken clevere Großhändler Lücken in den Verordnungen, da riskiert man schon mal einen Trick und geht vorübergehend unter die Schmuggler. So konnten irische Schweinehirten in einer Woche 50 000 englische Pfund leicht verdienen, wenn sie nachts 7000 Schweine von Nordirland zurück in die Irische Republik trieben, die tags zuvor legal den umgekehrten Weg per Auto zurücklegten, denn in diesem Fall zahlte die Europäische Gemeinschaft (EG) eine Prämie von 7 Pfund je Tier. Ein Schwein, das zehnmal im Monat diese Tour hin und zurück macht, ist nicht nur sportlicher und setzt weniger Fett an als sein Stallkollege, es bringt seinem Hüter auch ein zusätzliches Taschengeld von über 250 DM, von dem allerdings die Transportkosten abzuziehen sind.

Dieser Trick liegt jedoch außerhalb der Legalität, ebenso wie jene große Transaktion, die vor einigen Jahren Aufsehen erregte, als von einer Butterlieferung an die Sowjetunion nach Verlassen des EG-Raumes einige tausend Tonnen abgezweigt, über Drittländer nach Rotterdam und dann nach Como gebracht und dort schließlich zum vollen EG-Preis verkauft wurden. Da für den Export vorher stattliche Erstattungen gezahlt wurden, betrug der – aufgedeckte – Verlust um 25 Millionen DM.

Amerikanischer Reis als britischer Import

Doch sind solche Fälle von Betrug, so eklatant und publikumswirksam sie auch sind, nicht so häufig wie die vielen Tricks, die sich am Rande und oft sogar innerhalb der Legalität bewegen. Das begann mit den harmlosen Butterfahrten auf der Ostsee, wo die exportsubventionierte Butter zum halben Preis erworben werden konnte, was der Gemeinschaft rund 4 Millionen DM im Jahr wert war.

Subtiler wird das Geschäft – und auch lukrativer, weil hier ungefährlich das große Geld gemacht werden kann –, wenn amerikanischer Reis erst nach Großbritannien verschifft wird, dort einige Stunden bleibt, damit er als britischer Import deklariert werden kann, dann weiter in die Bundesrepublik transportiert wird. Wegen der grünen Währungsunterschiede liegt der britische Einfuhrzoll weit unter dem deutschen; diese Differenz wird bei importierten Agrarerzeugnissen nicht abgeschöpft oder erhoben, wenn die Waren in andere EG-Staaten fließen.

Die geschickten Importeure und Großhändler darf man nicht rügen, denn sie handeln ganz legal. Das gilt auch für die Agrarimporte aus dem sozialistischen Lager, so gering sie auch sein mögen, wenn sie, als DDR-Ursprungsware ausgewiesen, zollfrei über die deutsch-deutsche Grenze rollen oder schwimmen. Daß dadurch der EG-Kasse jährlich um die 4 Milliarden DM entgehen, wie ein britischer Labour-Agrarminister behauptete, muß dagegen ins Reich der politischen Fabel verwiesen werden.

Umladungen bringen Zusatznutzen

Die krassen Unterschiede zwischen den realen und den grünen Währungen der Mitgliedsstaaten, die darauf basierenden, höchst differenzierten und auch divergierenden Zölle, Abschöpfungen, Erstattungen, Beihilfe und so weiter – sie fordern geradezu findige Köpfe des Agrarhandels dazu heraus, die günstigsten Wege und Bedingungen für die Warenströme zu erforschen. Dabei kommen manchmal höchst abenteuerliche und verschlungene Pfade zum Vorschein, die drei oder vier Länder – Mitgliedstaaten und Drittländer – berühren, Import-, Export- und Transitverfahren nutzen und Zwischenlagerung und Verarbeitungen einbeziehen.



Der Verbraucher sollte entscheiden, ob er einen Käse ohne chemische Beimischung kauft, oder einen haltbar gemachten in Scheiben.

Nach Abzug der zusätzlichen Kosten und Zeiten für ansehnliche Transport-Umwege, Deklerationen, Umladen bleibt fast immer ein Zusatznutzen. Dieser vermehrt sich, wenn – ebenfalls noch innerhalb der Legalität – Lücken in der Gesetzgebung des Gemeinsamen Marktes erkannt und vorteilhaft ausgeschlachtet werden.

So kam beispielsweise ein cleverer Importeur auf die Idee, Zukker nicht in reiner Form sondern als Bestandteil eines Futtermittels einzuführen. Während normale Zuckerimporte mit circa 350 DM pro Tonne abgeschöpft werden, unterliegen eingeführte Futtermittel keiner Belastung, da dafür noch Bedarf in der EG besteht und weitgehende Zollfreiheit international vereinbart wurde.

Unser Importeur hatte schon fast 200 000 Tonnen des Futtermittels und damit vermischt etwa 70 000 Tonnen Zucker bewegt, als die Ordnungshüter des Marktes darauf stießen. Es dauerte natürlich einige Zeit, bis eine neue Verordnung verabschiedet werden konnte, die ein oberes Limit für den Zuckergehalt in Import-Futtermitteln vorschrieb. Inzwischen verblieben dem klugen Importeur brutto 24 Millionen DM, allerdings gemindert um Entmischungs-, Aufbereitungs- und Absatzkosten.

Bis Butter auf den Markt kommt

Mit Futtermitteln kann nan auch gefahrlos das Getreide-Embargo, das gegen die Sowjets wegen ihrer Besetzung Afghanistans verhängt wurde, unterlaufen: für kürzlich entdeckte Getreidebeimischungen in 500 000 Tonnen exportierten Mischfutter wurden aus unserer gemeinsamen Kasse sogar noch 40 Millionen DM an Erstattung gezahlt.

Hunderte von Verordnungen mit Tausenden von Paragraphen, die sich um eine Warengruppe, beispielsweise Zucker, kümmern, und nochmals eine

Vielzahl von Warenpositionen des Zolltarifs, die mit dieser Warengruppe zu tun haben, bilden einen idealen Klettergarten für honorige Außenhändler, aber auch für weniger ehrenwerte Geschäftsleute.

Zu dieser zweiten Kategorie gehört eine Firma, die Butter exportierte und dafür die ihr zustehenden Erstattungen kassierte. Die gelieferten Waren wurden aber bald hinter der Grenze, sagen wir in Österreich, zu einer cremigen Masse aufbereitet und alsbald unter einer zollfreien und unauffälligen Warennummer re-importiert. Bei uns wurde dieser Masse die Butter wieder entzogen und, nun nicht mehr ganz landfrisch, auf den Markt gebracht.

Auch hier blieben einige Millionen hängen, bis die Markthüter zuschlugen. Neben diesen Manipulationen im großen Stil wirken die Bemühungen des Kleinbauerns aus Apulien, der im Beihilfeantrag ein paar Olivenbäume mehr aufzählt, bescheiden und eher rührend.

Wie groß der Schaden für die EG-Kasse durch illegale Manipulationen und durch legale, aber von den Marktordnern so nicht gewollte Transaktionen ist – das weiß niemand, kann es gar nicht oder will es nicht wissen.

Offizielle Stellen bemessen den Schaden auf etwa 8 Millionen DM im Jahr für die ganze EG. Diese Zahl verblüfft und läßt selbst den gutgläubigen, wenig informierten Betrachter der Marktszenerie erstaunen. Eingeweihte Beobachter schätzen diesen Schaden ganz grob auf ein Sechstel der Gesamtausgaben für den Agrarmarkt, zumindest was den Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen anbetrifft. Ein Wert zwischen 3 und 6 Milliarden DM im Jahr, der dem EG-Budget durch ungesetzliche und ungewollte Transaktionen verloren geht, dürfte der Wirklichkeit näher kommen.

Wie steht es mit der Lebens(mittel)qualität?

Fragt man die Verbraucher nach ihrer Meinung über die europäische Agrarpolitik, so hört man – etwa in der Reihenfolge nach der Häufigkeit der Antworten – immer wieder diese Argumente:

- Wir produzieren zuviel.
- Die Bürokratie der Marktverwaltung ist zu aufgeblasen und undurchsichtig.
- Die Lebensmittelpreise sind zu hoch, und die gesamte Landwirtschaftspolitik ist zu aufwendig.
- Ganz selten wird die Qualität der Lebensmittel gerügt, dann jedoch vehement das Argumentarium der Grünen und Umweltschützer benutzt und mit Zitaten aus Illustrierten und Fernsehdokumentationen gewürzt.

Punkt 1 und 3 der Verbrauchermeinung legt den Finger auf die heiklen Fragen der Finanzierung und der Mengenpolitik. Der Vorwurf der Bürokratie und der Fehlsteuerung des Marktes bei strukturellen Überschüssen läßt sich dagegen nicht so leicht entschuldigen, und hier verweisen auch die Fachleute achselzukkend auf eine schier gottgegebene Gesetzmäßigkeit, mit der sich die Verwaltung fruchtbar zu mehren hat.

Viel differenzierter, aber auch oft erfolgloser wird die Diskussion, wenn die Gretchenfrage der Umweltschützer gestellt wird: Entspricht die Lebensmittelqualität der oft berufenen, aber nur schwammig definierten Lebensqualität?

Während Produktmengen und Preise einigermaßen objektiv und mit konkreten Zahlen versehen beurteilt werden können, geraten wir bei der Behandlung von Qualitätsfragen häufig ins Subjektive und Emotionelle. Versuchen wir es trotzdem, einige qualitative Kriterien zu beleuchten.

Was die Vielfalt der angebotenen Lebensmittel anbetrifft, so steht der gemeinsame Markt an der Spitze. Beim zweiten Kriterium der Qualität, den Geschmack, kann man bekanntlich streiten. Vermeiden wir den Streit, indem wir keine Behauptungen aufstellen sondern persönliche Eindrücke vergleichen.

Den geschmacklichen Unterschied zwischen Saccharin und Zucker kennen die meisten. Viele schlucken den – gesundheitlich umstrittenen – Ersatzsüßstoff herunter, in der fatalen Hoffnung, so einige übergewichtige Pfunde loszuwerden, anstatt der Zunft der Jogger beizutreten oder sonstwie sportlich tätig zu sein.

Während der Kampf zwischen Zucker und Saccharin alle Wohlstandsländer erregt, scheint die Gewohnheit, statt Milch nur Milchersatz zu schlürfen, eine amerikanische Variante des Geschmacks oder der Anschauung zu sein. Wehe unseren Milchüberschüssen, wenn statt der Kaffeesahne auf unseren Frühstückstischen der Kaffeeweißer steht! Dieser US-amerikanische Kaffeeweißer, stolz als Nicht-Milchprodukt ausgewiesen, besteht aus verschiedenen Kokos-, Erdnuß- und Palmölen, Sodium-Kaseinaten. Mono- und Diglyzeriden, künstlichen Geschmacks- und Farbstoffen und anderen Substanzen der chemischen Industrie. Der Geschmack ist entsprechend.

Als guter Atlantiker und NATO-Partner sollte man auf weitere europäisch-nordamerikanische Geschmacksvergleiche verzichten, einen ausgenommen: In den für Alkoholausschank lizensierten Restaurants und in den betreffenden Alkoholgeschäften kann man vier bis fünf Sorten kalifornischen Weines erstehen: Burgundy, Liebfraumilch, Chablis, Sauternes.

Man kann beispielsweise vom Chablis, relativ preiswert Halbliter-Karaffen oder Liter-Karaffen bestellen. Derjenige, der sich über Geschmack und niedrigen Preis wundert, belehrt das Etikett der Weinflasche mit der Inhaltsangabe: Vergorener Traubensaft mit 6 bis 9 Prozent Alkohol, plus Geschmackstoffe. Angaben über Anbaugebiet, Lage, Jahrgang, Traubensorte erübrigen sich wohl.

Bacchus sei es geklagt

Aber lächeln wir nicht hochmütig und rechten wir nicht vorschnell: Ist es nicht ehrlicher, alle Stoffe eines Nahrungsmittels exakt aufzuzählen, als einen Qualitätswein mit Prädikat auf den Markt zu bringen, der über 150 Milligramm schwefliger Säure pro Liter enthält?

Damit sind wir beim dritten Kriterium der Qualität von Lebensmittel, der Bekömmlichkeit oder, wenn man es negativ ausdrücken will, der Schädlichkeit für die menschliche Gesundheit.

Sicher haben wir eines der strengsten Lebensmittelgesetzte, und sicher werden neue Pflanzenschutzmittel zehn Jahre toxikologisch und biologisch untersucht, bis sie freigegeben werden. Wenn all diese Vorschriften eingehalten werden – wozu ist es dann noch notwendig, einen Wein, ob mit oder ohne Prädikat, ob Qualitäts- oder Kabinetts- oder Tafelwein, so zu verschwefeln. Ein Zehntel dieser 150 Milligramm schwefliger Säure pro Liter ist, so sagen selbst Weinbauern, für Geschmack und Bekömmlichkeit gerade noch erträglich. Warum stehen auf den Etiketten der Weinflaschen phantasievolle Namen, nicht aber chemische und andere Zusätze?

Diese von den Landwirten und vor allem von den Agrarpolitikern viel ernster zu nehmenden Bedenken und Befürchtungen der Verbraucher lassen sich nur durch klare Information abbauen. Warum soll es nicht möglich sein, bei Eiern und Hühnern aus den abscheulichen Lege- und Aufzuchtbatterien zu deklarieren, welcher Raum für ein Huhn vorhanden ist und mit wieviel Hormonen und Antibiotika es gefüttert wurde? Wenn nur ganz wenige Chemikalien dem Futter beigemengt sind, desto besser. Ähnliche Auflagen zur klaren Information der Verbraucher hat bereits die Zigarettenindustrie verkraftet, und mancher Landwirt und Fabrikant wird solche Vorschriften werblich nutzen.

Gut informiert, kann der Produzent es getrost der Hausfrau überlassen, ob sie einen reifen Camembert (ohne chemische Beimischung) für das Abendbrot kauft oder einen irgendwie benannten Käse, in Scheiben verpackt und Monate haltbar. Auch brauchen sich die Mitgliedsstaaten des gemeinsamen Marktes nicht über das Reinheitsgebot des Bieres zu streiten – Informationspflicht über die Ingredienzien genügt. Wer will, kann sich ein bayrisches Bier, aus Wasser, Hopfen und Malz gebraut, durch die Kehle rinnen lassen, ein anderer wird ein Importbier bevorzugen, bei dem die Schaumkrone, gestützt durch chemische Zusätze, länger erhalten bleibt. □

Egon Weide »Die Kunst, eine Kuh ostfriesisch zu melken – Das Unglück mit der Agrarpolitik«, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München.

Europäische Gemeinschaft

Milliarden-Schlacht gegen die Partner

Harald Hotze

»Wer ausländisch kauft«, so verkündete Frankreichs damaliger Staatspräsident Giscard d'Estaing, »trifft eine Entscheidung gegen die nationale Beschäftigung.« Kanzler Schmidt muß die Bemerkung seines französischen Freundes überhört haben. Deutsche wie andere nichtfranzösische Mitglieder des Gemeinsamen Marktes allerdings spüren täglich, wie ernst Bürokraten und Kunden in Frankreich die Aufforderung ihres Präsidenten genommen haben.

Während die Grenzschikane und die schnell wechselnden Ursprungsvorschriften etwa dem Präsidenten des Bundesverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels, Hans Hartwig, noch als bloße »Sumpfblüten« erscheinen, die »den trügerisch gewordenen liberalen Ursprungskern der Gemeinschaft völlig verdecken«, verhalten sich die Franzosen bei Großaufträgen gezielt und ungeniert protektionistisch.

Deutschland schädigt französische Unternehmen

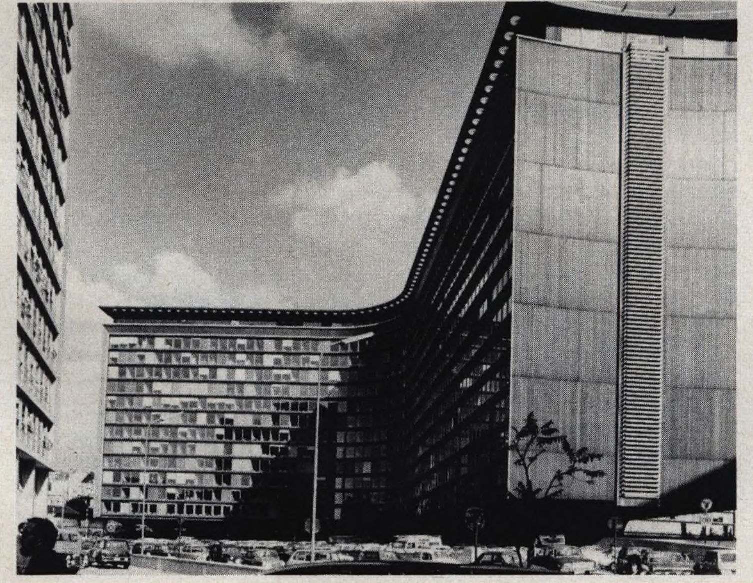
Die nationale Gesundheitsverwaltung in Paris etwa mahnt ihre Krankenhausdirektoren, bei Käufen medizinischer Anlagen französische Anbieter auf jeden Fall zu bevorzugen. Solche Anordnungen bedeuten in Wirklichkeit das Ende eines Gemeinsamen Marktes, auf dem jeder EG-Europäer in jedem EG-Land seine Produkte dem Druck von Angebot und Nachfrage aussetzen kann.

Die britische Firma EMI hat es erlebt. Die Briten boten einem Krankenhaus in Saint-Etienne einen Röntgen-Scanner für 1,5 Millionen Francs an. Die Direktion des Krankenhauses erhielt daraufhin ein Schreiben von Gesundheitsminister Jacques Barrot mit der Aufforderung, eine gleichwertige Anlage bei der französischen Compagnie Générale de Radiologie (CGR) zu ordern – allerdings sollte sie fast die Hälfte mehr kosten. Bei Schwierigkeiten, so lockte der Minister, könne die Regierung mit zinsgünstigen Krediten einspringen. Es verwundert nicht, daß die französischen CGR dank solcher Fürsprache in Frankreich Branchenführer mit einem Marktanteil von 80 Prozent ist. Philips oder Siemens haben unter solchen Umständen kaum noch Marktchancen.

Nur manchmal gibt es noch Richter in Frankreich, einem namhaften deutschen Fahrzeughersteller haben sie gerade noch geholfen. Die Firma hatte mit der französischen Stadtverwaltung von Brest einen lukrativen Auftrag über die Lieferung von 25 Autobussen abgeschlossen. Da schaltete sich 1978 die Kommunistische Partei der nordfranzösischen Hafenstadt mit der Forderung ein, die Stadtverwaltung solle den Auftrag rückgängig machen. Der Grund: »Deutschland fügt einem französischen Unternehmen Schaden zu.«

Europas Regierungen sind in Panik

Wer das französische Unternehmen war, erwies sich bald. Kaum hatte die Stadtverwaltung von Brest nachgewiesen, die deutschen Fahrzeuge seien um 14 Prozent billiger und überdies auch noch wirtschaftlicher als die französische Konkurrenz, da zeigte der staatliche französische Automobilkonzern Renault plötzlich Flagge. Der Staatskonzern offeriert der Stadtverwaltung nun einen Rabatt in Höhe von 1,1 Millionen Francs. Die Brester Stadtregierung fragte nach, warum Renault nicht gleich eine günstigere Offerte gemacht habe – und lehnte das Angebot der Landsleute ab. Als Renault seinen Anspruch vor Gericht durchsetzen wollte, wies das Verwaltungsgericht von Rennes das Begehren des französischen Automobilgiganten ab. Um ähnliche Folgen des französischen Staatskapitalismus aus dem Wege zu gehen, erwarb die deutsche Gesellschaft ein Montagewerk in Lothringen, das jetzt für französische Kundschaft Busse baut.



Für den Versuch in Brüssel, eine Europäische Gemeinschaft zu schaffen, werden noch die fähigen Politiker gesucht.

Für das deutsche Werk mag sich der erzwungene Umzug auszahlen, und seine Produktionsanlagen schaffen Arbeitsplätze im wirtschaftsschwachen Lothringen. Für Arbeitsplätze aber tun Europas Regierungen alles – und wenn man dadurch sogar Überreste des Gemeinsamen Marktes vollends zerstören sollte. Fast drei Millionen Arbeitslose auf den Britischen Inseln, fast zwei Millionen in Frankreich, und jeder zehnte Belgier ohne Arbeit – Europas Regierungen sind in voller Panik.

Jetzt rächt sich für die Wirtschaftsplaner in den Hauptstädten, daß sie während der Boom-Jahre versäumten, zukunftsträchtige Technologien zu fördern, und statt dessen darauf vertrauten, daß der Erfolg der alten Industrien schon anhalten werde. Und jetzt, wo hohe Energie- und Lohnkosten, veraltete Technologie und billige Konkurrenz aus der dritten Welt eigentlich das Ende einiger traditioneller Branchen einläuten, da haben die Europäer wieder eine Gemeinschaft entdeckt: Sie vereinen sich in einem Subventionswettlauf ohnegleichen – nicht gegen die außereuropäische Konkurrenz, sondern vor allem gegen sich selbst.

Die britische Regierung, die trotz der Milliarden aus dem Nordseeöl eine der schwächsten Wirtschaften der Gemeinschaft vertritt, pumpte allein zwischen 1975 und 1980 die unglaubliche Summe von fünf Milliarden Mark in den Automobilkonzern British Leyland. Schludrige Arbeit, Streiks und unattraktive Modelle waren schuld, daß der einstige Branchenführer der britischen Automobilbauer seine Fahrzeuge noch nicht einmal mehr im eigenen Land loswerden konnte, geschweige denn im Ausland. Die Aussichten für den Konzern sind denn auch trotz der Milliardenspritze aus London nicht einen Deut besser geworden.



Staatliche Krücken für Stahlkocher

Und da die Briten Ende 1981 drei Millionen Arbeitslose zu ernähren hatten, wurden für die beiden Pleitefirmen Rolls Royce und British Steel für den Zeit-

raum 1981/82 noch einmal fünf Milliarden Mark bereitgestellt. Dabei unterstützt die Regierung schon die verarbeitende Industrie mit jährlich 2,8 Milliarden Mark, die als Lohnsubventionen gezahlt werden.

Wenn es um Stahl geht, zeigen sich Europas Finanzminister auch in schlechten Zeiten durchaus spendabel, denn Stahl bedeutet Beschäftigung und nationales Prestige. Zwischen 1975 und 1980 stützten allein die Franzosen ihre altmodischen Stahlwerke mit 6,7 Milliarden Mark, die Italiener zweigten 7,2 Milliarden Mark und die Briten gar 17,1 Milliarden Mark für ihre kranke Stahlindustrie ab.

Und der Zweivölkerstaat Belgien, wo jeder der knapp zehn Millionen Einwohner statistisch mit 40 000 Mark verschuldet ist, pumpte in den fünf Jahren bis 1980 rund 6,6 Milliarden Mark in seine meist schrottreifen Hütten.

Um wenigstens einen kleinen Teil der gewaltigen Mittel wieder in die Kasse zu bekommen, unterboten die auf staatlichen Krücken produzierenden Stahlkocher die Preise des Marktes – zum Schaden der Deutschen. Der Urkern der europäischen Zusammenarbeit, die Anfang der fünfziger Jahre gegründete Montan-Union, drohte, als Folge des Subventionswettlaufs, auf der Strecke zu bleiben.

Tatsächlich deuteten Schätzungen von Sachverständigen darauf hin, daß der mit gewaltigen Mitteln betriebene Subventionsprotektionismus unter den EG-Staaten die einst als Früchte der EG gelobten Einkünfte aus dem Handel untereinander langsam auffrißt.

Das Mitglied des Sachverständigenrates, der Kieler Professor Gerhard Fels, glaubt, daß der »handelvernichtende Effekt« der europäischen Subventionsschlacht innerhalb der EG jährlich mit zweistelligen Milliardenbeträgen zu veranschlagen sei. Und zu Beginn der achtziger Jahre ist denn auch die Wirklichkeit des europäischen Binnenmarktes deprimierend. In der gegenwärtigen Rezession erlauben sich die EG-Staaten »die größte Ressourcenverschwendung der Wirtschaftsgeschichte in Friedenszeiten«, klagte Kommissar Narjes. Das von Bundeskanzler Schmidt gelobte »erfolgreichste Unternehmen Europas«, entlarvt sich als ein Trümmerhaufen.

»Denken Sie an die Saar«

Daß die Deutschen etwa die Ruinen zu neuem Leben erwekken könnten, darf bezweifelt werden, weil deutsche Politiker durch Desinteresse und mangelnde Durchsetzungskraft den Anfang vom Ende des wirklich wichtigen Teils der EG mitzuverantworten haben. Die Drohung des deutschen Kanzlers auf dem Treffen der EG-Chefs im niederländischen Maastricht Ende März 1981 kam zu spät. Bonn erwäge, so grollte der Kanzler, den subventionierten Stahl aus den Partnerstaaten mit einer Sondersteuer zu belegen, um Arbeitsplätze an der Ruhr zu sichern.

Dabei stand die Stahlindustrie erschüttert vor der außereuropäischen Konkurrenz, der mangelnden Nachfrage in der Rezession und dem harten Preiskampf untereinander schon längst unter Kuratel. Nach dem EG-Vertrag kann nämlich die Brüsseler EG-Kommission feststellen, daß Europas Stahlkocher in die Krise geschlittert sind. Tatsächlich: Die Preise auf dem europäischen Stahlmarkt waren um dreißig Prozent gefallen, und die Industrie rief um Hilfe.

Seit Oktober 1980 schreibt der Brüsseler Industriekommissar Etienne Vicomte Davignon den Chefs der europäischen Stahlfirmen vor, wieviel sie noch produzieren dürfen. Und das ist vor allem weit weniger als sie können. Nach dem strengen Reglement aus Brüssel dürfen Europas Stahlkocher derzeit gerade 55 Prozent ihrer Kapazität ausnutzen. Europas zwölf größte Stahlfirmen mußten Verluste von insgesamt sieben Milliarden Mark abschreiben – eine Milliarde mehr, als Bonn zum EG-Haushalt beiträgt.

Als aber der Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff im Kreise der europäischen Ministerkollegen gegen die Subventionsmilliarden der Partnerstaaten protestierte, mußte er sich vorhalten lassen, auch die Deutschen würden harte Mark in ihre eigene Industrie fließen lassen. Belgiens Wirtschaftsminister Willy Claes, der gerade wieder potente Geldgeber für eine zweistellige Milliardensubvention der maroden wallonischen Stahlindustrie sucht, antwortete dem Deutschen kurz: »Denken Sie an die Saar«.

Mitte Mai nämlich hatte das Bundeskabinett beschlossen, den schlingernden Stahlwerken Röchling-Burbach in Völklingen einen Zuschuß von 170 Millionen Mark zu gewähren. Die Gesellschaft konnte sich überdies Hoffnungen auf eine Bürgschaft von zusätzlich 210 Millionen Mark machen. Zugegeben, kein Vergleich mit den Milliardenbeträgen in Frankreich, Belgien oder Großbritannien.

So hat sich denn auch bei deutschen Produzenten das Dogma vom Freihandel in Europa, von dem sie zu profitieren glaubten, an der harten Wirklichkeit abgewetzt. Schon antichambrieren Vertreter der deutschen Unterhaltungselektronik, der Automobilindustrie und die Schuhfabrikanten in Bonn, um von der Regierung gegen die Konkurrenz der anderen Mitglieder des Zehnerklubs beschützt zu werden.

So hatten sich die Gründer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Zukunft wohl nicht vorgestellt.

Die europäische Fratze

Gerade jetzt, wo die Europäer eine gemeinsame Anstrengung erwartet hätten, zeigte sich die Gemeinschaft wie ein alter Passagierdampfer, der mit geplatzten Kesseln auf der Reede dümpelt. Der Rost, der sich beim Warten auf die Reparatur angesetzt hat, macht ihn wenig einladend.

Nur noch die Hälfte der rund 260 Millionen Einwohner der Zehnergemeinschaft hielten Sommer 1981 die EG noch für eine gute Sache. Daß die Mehrheit der Briten mit der EG nichts anfangen kann, wen wundert es nach all dem Streit um Geld und Fisch. Daß aber selbst die Deutschen, die in der Vergangenheit mit überwältigender Mehrheit für Europa waren, die Lust an der EG verlieren, wer hätte das gedacht.

Man hätte es sich denken können, denn Europa ist nicht mehr der Stoff, an dem sich wie in den fünfziger Jahren Träume entzünden. Der Traum von Europa ist aus, und auch das Europäische Parlament, das ein neues Gefühl von europäischer Notwendigkeit hätte schaffen können, hat dem verwelkten Traum keine neue Farbe geben können.

»Wir werden Europa bauen, oder werden es büßen«, hatte Anfang der siebziger Jahre der damalige Europa-Staatsminister Hans Apel noch gemeint. Nun, Europa mag in den Jahren seither für einige Experten weitergekommen sein, den Europäern der zehn Mitgliedstaaten erscheint die Gemeinschaft als ein fremdes, bewegungsloses Monstrum.

Europas Bürger büßen jetzt für die Versäumnisse ihrer Politiker. Sie haben Angst, nicht nur um ihre wirtschaftliche Zukunft. Die Einführung neuer Waffen hat eine Furcht wiederbelebt, die so alt ist wie die atomare Rüstung. Die Möglichkeit ist wieder denkbar geworden, daß Europa in einem nuklearen Schlagabtausch der beiden Supermächte endgültig zerstört werden kann.

Daß Europas Regierungen dagegen bei den beiden Kontrahenten in Washington und Moskau wirkungsvoll Einspruch erheben könnten: Wer möchte heute noch an eine konzertierte europäische Aktion glauben? Die Mitglieder des europäischen Zehnerklubs jedenfalls haben auf diesem Gebiet wenig vorzuweisen, um den Bürgern in schweren Zeiten Hoffnung zu geben.

Alternativen zu dem, was sich vor 25 Jahren als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft etablierte, sind denkbar, doch nicht notwendigerweise besser. Nur, für den Versuch, eine Europäische Gemeinschaft zu schaffen, werden noch die fähigen Politiker gesucht. □

25 Jahre Europäische Gemeinschaft oder: Wie sich eine Idee zu Tode subventioniert. Was Harald Hotze mit beißendem Sarkasmus über die Spielregeln, Gebräuche und Mißbräuche der EG in seinem Buch »Skandal Europa«, erschienen im C. Bertelsmann Verlag, berichtet, ist kaum für Festschriften geeignet, enthält aber dennoch die Aufforderung, Europa endlich handlungsfähig zu machen.

Briefe

Betr.: Gesellschaft »Versagen des Kapitalismus«, Nr. 6/82

Wenn in diesem Artikel das Versagen des Kapitalismus so eingehend beschrieben wird, so fehlt aber unmittelbar im Anschluß an diese Aussage die Feststellung, daß auch der Marxismus in allen seinen Schattierungen bis hin zum Kommunismus-Leninismus nicht nur keinerlei Besserung der Lebensverhältnisse der großen Masse der Völker brachte, sondern im Gegenteil unaufhörlich danach trachtete, die Bürger ausnahmslos zu verdummen, auszusaugen und Arme noch ärmer zu machen durch Schuldenwirtschaft, Geldentwertung und Arbeitslosigkeit.

Die für dieses völlig ungeeignete politische und wirtschaftliche System tätigen Spitzenfunktionäre füllen sich – wo immer sie auch tätig werden – rücksichtslos die eigenen Taschen oder ihren Staatssäckel, wie es in kommunistisch-kommandistischen Regimen der Fall ist.

Der Leser hat es nun aber »Diagnosen« zu danken, daß im Anschluß an »Das Versagen des Kapitalismus« sogleich der Artikel folgte »Millionäre im Arbeitsparadies« der Sowjetunion. Haben wir nicht auch in Westdeutschland die lebenden Beweise dafür, daß sich die Funktionäre des marxistischen Kapitalismus in ihrem »hart erarbeiteten« Reichtum sonnen, wobei es ihnen auf mehr oder weniger sauberes Gebaren nicht ankommt; sie verfügen als »Sozialisten« über hohe Geldkapitalien und reichlich Grundvermögen, das sie ständig durch Zins und Zinseszins und Manipulationen aller Art zu mehren trachten.

Die marxistischen Kapitalisten sind in der Regel keine Unternehmer, wenn man einmal von den Geschäften der Organisation »Neue Heimat« absieht – als solche auch keine Kreditnehmer –, sondern als Besitzer großer Geldsummen darauf bedacht, hohe Renditen durch Zinsen, Dividenden und sonstige Anlage-Gewinne zu erzielen. Ist dies nicht der Fall, halten auch sie – wie ihresgleichen – ihr Geld zurück bis die Lage sich für sie vorteilhaft gestaltet; damit steuern sie zu einem wesentlichen Teil die Wirtschaft, beeinflussen den Geschäftsgang der Unternehmer und die Zahl der in Arbeit stehenden Menschen. Das heißt also, wird kein genehmer Zins gewährt, wird auch kein Geldkapital zur Verfügung gestellt und haben die Unternehmer kein Geld für neue Investitionen, so können natürlich auch keine Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Warum richtet sich der Kampf der arbeitenden Bürger um höheren Lohn gegen die kapitalschwachen Unternehmer, anstatt gegen die Geldkapitalisten, die – ohnehin in der Mehrzahl – ihr Geld nur herausrükken, wenn es durch einen ihnen genehmen Zins bedient wird?

Es ist eben offensichtlich marxistisches Dogma, Unkenntnis oder gar »Gefolgschaftstreue«, der man glaubt folgen zu müssen, ohne auch nur einen Augenblick daran zu denken, wem man in einem Arbeitskampf gegenübersteht und wer die ausbeuterischen Hintermänner sind, die den Arbeiter in den Kampf schicken um mehr Lohn oder um menschenwürdige Arbeitsplätze.

Die Kardinalfrage aber ist hier allerdings: Woran erkennt man einen Geldkapitalisten – wenn er nicht gerade ein hoher Funktionär ist –, der sein Geld nur für einen ihm genehmen Zins zur Verfügung stellt? Diese Frage braucht gar nicht gestellt zu werden, wenn der Wert des umlaufenden Geldes dem Wert des umlaufenden Produktionsvermögens entspricht. Hierfür ist eine Sicherung notwendig, die im Interesse der Wirtschaft und der in ihr tätigen Bürger erlassen werden muß. Das Geld darf nicht Herrscher, sondern muß Diener in der Wirtschaft sein mit allen sozialen Konsequenzen.

Adolf A. Jäger, Neustadt

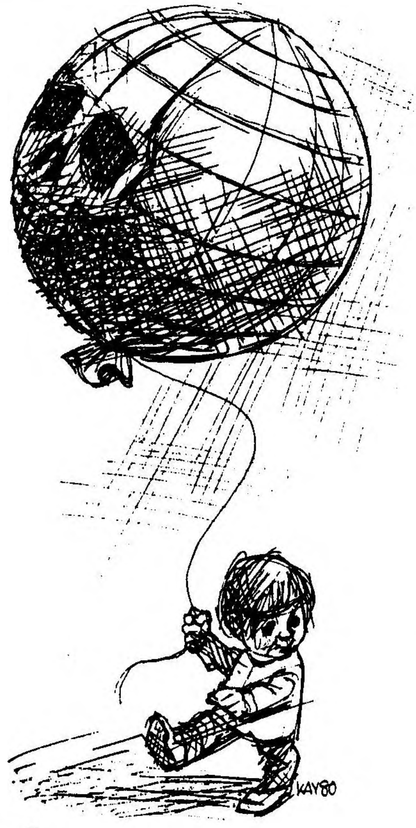
Betr.: Kommentar »Rückkehr zur Normalität«, Nr. 6/82

Die Rechten und die Schlechten oder die Guten und die Bösen (Mächte) gibt es solange wie es die Phantasie gibt – nur in unterschiedlichem Zahlenverhältnis zur Gesamtheit: Menschheit. Heute scheinen die Stelle von Meeresungeheuern, bösen Geistern und Göttern, Teufeln, Hexen und anderen der »schwarzen Magie« bezichtigten »finsteren Mächte« Zionisten eingenommen zu haben. Der Mensch der einen Buhmann sucht, findet immer einen. Und sei es der Computer, der an allem die Schuld zugewiesen bekommt.

Überall sucht der Mensch den Fehler, das Negative zu sehen, nur nicht bei sich selbst. Wie kann er auch: er müßte dazu ja wie im Dunkeln in einem Spiegel sich selbst erkennen können – was doch unmöglich ist, solange er kein Licht hat. Rückkehr zur Normalität läßt sich auch verstehen als ein Sich-Besinnen und geistig neu Beginnen; also ohne Vorbelastungen durch Weltanschauliches das heißt ohne das den Blick auf die natürliche Ordnung Verstellende.

Augias Saustall ist in unserem Gehirn! Die Herkulestat ihn auszumisten ist die Tat, die jeder Einzelne für sich vollbringen muß. Die Tat gelingt, durch eine neue geistige Grundlage. Sich damit zu beschäftigen ist Sache jedes Einzelnen. Die das Wissen, die Grundlage schon erreicht haben können nur warten, bis die Menschen davon (von ihnen) etwas wissen wollen. Es gibt also noch einen Ausweg. Die Menschen müssen ihn nur wirklich (gehen) wollen und nicht länger warten, ob ihre Phantasien von »finsteren Mächten« auch Wirklichkeiten werden. Realität ist: Die »finsteren Mächte« von heute sind ebenso wie die »bösen Mächte« von gestern und vorgestern: Phantasiegebilde naiver Menschen.

Max König, Heidelberg



GLÜCKLICHE JUGEND

Betr.: Kommentar »Der Kostenbrüter von Kalkar«, Nr. 4/82

Kostenentwicklung und technische Hybris erinnern mich immer wieder an das Prestigeprojekt »Concorde«. Auch hier wurden Milliarden in ein Flugzeug investiert, das nach kurzer Nutzung in absehbarer Zeit im Luftfahrtmuseum landet.

Viel mehr macht mir ein versteckter »Neonationalismus« Frankreich gegenüber zu schaffen. Als noch weiland Kurt Rudzinski in der FAZ fraktur redete und immer wieder recherchierte und den franko/alemannischen Brüterkrampf an den Pranger stellte, ist es nun mit kritischer Begleitung ruhig geworden. Statt dessen tönt es schon wieder: Die Franzosen, die machen es, schaffen es, haben billigeren Strom, die Wiederaufbereitung klappt, der Phenix läuft und der Superphenix in Malville ist im Bau. Wir müssen da doch mithalten – oder? Mir kommt das Ganze wieder vor wie zu Beginn unseres Jahrhunderts. Frankreich, das will uns überrunden, die imperialistische Kolonialpolitik hat doch Erfolg – also wer nicht mitzieht, ist out. Die Folgen des damaligen Wilhelminisch/Tirpitzschen Krampfes kennen wir ja.

Dr. Reinhard Mielke, Offenbach

Betr.: Tierversuche »Achtung vor jedem Leben«, Nr. 6/82

Ich betrachte es als echtes Plus Ihrer Zeitschrift, daß sie immer wieder Artikel gegen Tierversuche bringt, und habe auch den an sich sehr ansprechenden Beitrag von Rudolf Pfeifer mit Interesse gelesen.

Leider wird jedoch der Artikel durch eine meiner Meinung nach nicht ganz konsequente Aussage beeinträchtigt: einerseits wird die Berechtigung von Tierversuchen absolut bestritten (»ethisch unhaltbar«, usw.), andererseits aber die Forderung nach unverzüglicher Einstellung der Versuche geäußert, für die »es bereits brauchbare Alternativen gibt«, und erst »schließlich« die Einstellung aller Versuche. Damit wird m. E. die Argumentation gegen die Versuche im allgemeinen wieder hinfällig gemacht.

Wenn solche Tieropfer aus philosophischen und ethischen Gründen nicht vertretbar sind, dann sind sie auch für keine Übergangsfrist akzeptabel.

Almut Baumann, Grünwald

Betr.: Forschung »Zellkulturen statt Tiere«, Nr. 5/82

Wenn es der Pharmaindustrie trotz ausgegebener Milliardenbeträge für die Forschung noch nicht gelungen ist, einen ädequaten Ersatz für die antiquierten Tierversuche, das heißt für die Forschungsmethoden der Jahrhundertwende, zu finden, muß man sich fragen, ob der Anspruch der Industrie, Vorreiter der pharmazeutischen Innoavtion zu sein, gerechtfertigt ist. Handelt es sich hier nicht vielmehr um das Festhalten an Methoden, die mit bürokratischem Fleiß im Sinne von »Forschungsfließbandarbeit« betrieben werden?

Zur kurzfristigen Einschränkung der Tierzahlen, die in Tierversuchen »verbraucht« werden, könnte die Anwendung anderer als die derzeit gängigen statistischen Prüfverfahren beitragen. Bei den »trial-and-error« Methoden studiert man die Wirkung an nur einem Tier, bevor man ein weiteres in den Versuch nimmt. Von dem Ausgang dieser Prüfung hängt es dann ab, ob ein weiteres Tier geopfert werden muß. Bei den bisher üblichen statistischen Auswertungsverfahren werden immer größere Gruppen von Tieren gleichzeitig in den Versuch genommen.

Ilse Hahn, Wiesbaden

Mehr Motivatoren!

Indonesien. Kontinent der dreizehntausend Inseln. Gigantisch in seiner Ausdehnung. Eine Vielfalt von Völkern und Kulturen. Reich an Bodenschätzen. »Land und Wasser«, wie die Indonesier ihre Heimat nennen. Ein tropisches Paradies? Keineswegs. Rund ein Drittel der 140 Millionen Indonesier leben unter der Armutsgrenze; das heißt, sie haben ein Einkommen von weniger als 34 Pfennig pro Tag. Hoffnungszeichen für die Bewohner armer Dörfer auf entlegenen Inseln ist ein Entwicklungsprogramm der indonesischen Kirchen, das von »Brot für die Welt« gefördert wird. Engagierte, gut ausgebildete junge Indonesier werden als Motivatoren aufs Land geschickt, um Hunger und Krankheit zu bekämpfen und den Menschen ein erträgliches Dasein zu verschaffen – so lautet ihr Auftrag. Drei Jahre bleibt jeder am Einsatzort, arbeitet eng mit der Bevölkerung zusammen, lebt unter den gleichen Bedingungen. Die jungen Leute – bis heute sind es rund einhundert – die freiwillig Trennung von Freunden und Familie auf sich nehmen, um anderen zu helfen, erhalten nur ein kleines Gehalt. Ausgebildet werden die künftigen Motivatoren in einem Trainingslager 120 Kilometer von Jakarta entfernt. Während dieser Ausbildung, bei der ihnen nichts geschenkt wird, lernen sie, was an ihrem späteren Einsatzort möglich und machbar ist. Motivatoren müssen Sprachtalent besitzen, mit Menschen umgehen können, Vorbild sein. Ihre Aufgabe ist es, den Veränderungswillen der Bevölkerung zu mobilisieren, sie zu motivieren, damit der Entwicklungsprozeß in Gang kommt. Indonesien braucht mehr Motivatoren!

Aktion Brot für die Welt
Stafflenbergstraße 76
7000 Stuttgart 1.

Brot für die Welt

...daß alle leben

Spendenkonto 500 500 500
Bank für Sozialwirtschaft Köln
(BLZ 370 205 00)
oder Postscheckamt Köln.

